REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 415 · 5.6.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Indonesien vor dem Bankrott
2. Sonder-Konferenz der Anti-AKW-Bewegung. 20.21. Juni 1998 in Marburg
3. Türkei: Krieg mit deutschen Waffen. Die Lügen der Bundesrepublik erneut bloßgestellt - Thomas W. Klein
4. Wir suchen Menschenrechts- beobachterInnen für Chiapas - CAREA
5. Kriminelle Vereinigung gesucht! LKA Bayern veranlaßt bundesweite Razzia gegen Antifas - Anna Bartels
6. Jüdische Arbeiter und Revolutionäre. Ausstellung zur jüdischen Arbeiterbewegung in Hamburg - Klaus Mellenthin
7. Musik oder Begleitmusik? Grüne Pläne zum Atomausstieg - was die Bewegung davon zu halten hat - Jochen Stay
8. Grüne werden überflüssig. Stellvertretende GAL-Fraktionsvorsitzende legt Mandat nieder - Karin Barnsen
9. Ohne Gen-Test keine Familienzusammenführung - Werner Reisberger
10. Magere Zeiten für die REPs. Schönhuber sieht sich als Integrator einer neuen Rechtspartei - Jean Cremet
11. Braune Socken. Nach der Wahl in Sachsen- Anhalt - Kt.
12. Eine Mehrheit für den Frieden. (Nord-)Irland sagt Ja zum Vertrag von Belfast - Dietrich Schulze-Marmeling
13. Ein neuer Präsident ohne Gottes Segen. Machtrochaden in Manila - Rainer Werning
14. Ex-General Suharto tritt ab - das Militär aber putzt weiter seine Stiefel - Rainer Werning
15. Die Niederlande bleiben "violett". Wahlen stärken die neoliberale Koalition - und die linke Opposition - mi.
16. Mehr Jobs durch Umverteilung. Das niederländische "Bündnis für Arbeit" und das "Beschäftigungswunder" - mi.
17. Das BKA konstruiert wieder. MRTA-Sprecher Velazco und seine Frau im Visier deutscher Ermittler - Interview mit Hartmut Jacobi
18. Bürgerkrieg niedriger Intensität? Neoliberalismus und Landlosenrevolte - Eva Kocher
19. Brasiliens Hausangestellt zwischen allen Stühlen - Susanne Schultz
20. "Ich bin eine rebellische Sklavin ..." Offener Brief von Assata Shakur - ehemaliges Black-Panther-Mitglied
21. Libanesische Gefangene im Geiselstatus. "Donnerstagsmütter" fordern Freilassung ihrer Angehörigen - Brigitte Pagendamm
22. (Fast) ein Generalstreik. Dänische ArbeiterInnen streiken für mehr Urlaub - Kalle Blomquist
23. Die Spur führt nach Susurluk. Anschlag auf Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsverein - Jan Keetman
24. Schengenland Österreich. Buchbesprechung - ch.
25. Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen. Eine Bestandsaufnahme - Antirassismusbüro Bremen
26. Aufruf zu den antirassistischen FrauenLesben- Aktionstagen an der deutsch-polnischen Grenze
27. Kurden, Kirche und Kampagne. Es geht in die entscheidende Runde - a.k., Kölner Netzwerk
28. Kein Ende in Sicht! NRW schiebt weiter kurdische Flüchtlinge ab - ch.
29. "Sind wir zu fein, uns zu bücken?" Arbeitslose zum Spargelstechen abkommandiert - Kt.
30. Wieder nur Sprechblasen. Die RAF bleibt eine Erklärung schuldig - ga.
31. Maifeier mit Torte. Frankreich diskutiert über den Mai 68 und die Folgen - Bernhard Schmid
32. Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution von 1848. Teil 3 - Vo
33. Vor 150 Jahren: Die erste Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung - Vo
34. Der "Pöbel" steckt die rote Fahne auf. Rüdiger Hachtmanns Buch "Berlin 1848" - Angela Martin
35. Böse Dealer, arme Schweine. Linke und Drogen(-politik) - Oya Sömnez
36. Der Euro und die Linken. Nicht die Währung ist das Problem, sondern die neoliberale Politik - ZAK Tübingen
37. Fußball ist Gott. In Lateinamerika lauern überall Tore - ari
38. Quelldatei 20bu.htm
39. Weg mit herrschaftssichernden Grenzen!

40. Quelldatei 32.htm
41. Quelldatei 34.htm
42. Quelldatei 38.htm
43. Grüner AKW-Ausstieg?
44. Ostartikel braune Socken
45. Indonesien vor dem Bankrott
46. Leere Regale in Dänemark

1. Indonesien vor dem Bankrott

Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/suharto.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:suharto

Die siebte Präsidentschaft hatte Indonesiens Despot Suharto schon fest im Blick, da machten ihm Aufstände gegen Preiserhöhungen für Lebensmittel und Benzin einen Strich durch die Rechnung. Nach 32 Jahren Diktatur mußte der Kohl-Freund Suharto am 21. Mai zurücktreten. Noch bis vor kurzem wurden die südostasiatischen Wirtschaftswunderländer von den führenden kapitalistischen Institutionen gelobt. Seit einigen Monaten hängen etliche von ihnen am Tropf des IWF.

Die trügerische Aussicht auf kontinuier- liches Wirtschaftswachs- tum ließ massiv Kapital in die Region fließen. Im letzten Sommer begann eine wilde Spekulation gegen die Währungen dieser Länder. Die indonesische Rupiah sank auf historische Tiefstwerte. Das Suharto-Regime war nicht mehr in der Lage, der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise gegenzusteuern.

Innerhalb eines halben Jahres stieg die offizielle Erwerbslosenzahl auf über acht Millionen an. Mittlerweile ist die Hälfte aller Arbeitsplätze gefährdet. Es kam zu Plünderungen und Straßenkämpfen, die auch vor der Hauptstadt Jakarta nicht Halt machten; Hunderte von Toten, panikartige Fluchtbewegungen und Massenevakuierungen von AusländerInnen waren Ergebnis dieser Riots. Auf sanften Druck der G8-Staaten übergab Suharto die Regierungsgeschäfte an seinen politischen Ziehsohn, den "German-Boy" Habibie.

Nicht die Demokratisierung des despotischen Systems steht jetzt im Mittelpunkt der IWF-Forderungen. Sie lauten vielmehr: Abbau des Auslandsschuldenbergs; Aufhebung der Kapitalbeteiligungsbeschrän- kungen für ausländische Unternehmen; Entflechtung der Handelsmonopole für landwirtschaftliche Produkte; Umstrukturierung des Bankenwesens. Mit der Umsetzung dieser IWF-Auflagen sind weitere Aufstände vorprogrammiert. Die politische und ökonomische Macht in Indonesien wird weiterhin von einer Armee abgesichert, die eng mit dem Suharto-Clan verwoben ist.

Auf den internationalen Finanzmärkten gehen die Geschäfte trotz der Krise munter weiter, die Aktienkurse erklimmen immer höhere Rekordwerte. Die bisherigen kapitalistischen Musterländer Asiens sind von diesem Boom abgehängt. Die Milliardenzuflüsse an Dollars versiegen, die Krise wird dadurch verstärkt. Indonesische Banker wurden am Pfingstmontag zum Rapport nach Frankfurt/Main beordert. Die europäischen, japanischen und US-amerikanischen Banken sehen ihre angelegten Gelder in Gefahr und werden alles unternehmen, um sich die 70 Milliarden US-Dollar Schulden der indonesischen Unternehmen zurückzuholen.

Die Entwicklung ist vorgezeichnet: Indonesien wird den Forderungen der Gläubigerbanken und des IWF folgen müssen. Für dieses Jahr wird von einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um zehn Prozent ausgegangen. Die gesamte asiatische Region befindet sich in einer schweren ökonomischen Krise; auch die führende Wirtschaftsmacht Japan ist betroffen.

Die Verlierer sind jetzt schon klar auszumachen: Innerhalb kürzester Zeit stieg die Zahl der Erwerbslosen in Indonesien auf über 15 Millionen an. Bis zum Jahresende wird sie auf mindestens das Dreifache anwachsen. Die Versorgung der indonesischen Bevölkerung mit bezahlbaren Grundnahrungsmitteln ist stark gefährdet.

Damit sind weitere Aufstände vorprogrammiert, die - so steht zu befürchten - auch weiterhin rassistische Züge aufweisen werden. Eine Opposition mit einer antirassistischen und antikapitalistischen Perspektive ist nicht sichtbar. Habibie und die Armee wird es freuen.

Seite 12

2. Sonder-Konferenz der Anti-AKW-Bewegung. 20.21. Juni 1998 in Marburg

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:43

Liebe Anti-AKW-Bewegte,

es gibt zur Zeit (mindestens) zwei Gründe, weshalb wir nicht auf unsere nächste Herbst-Konferenz im Oktober warten sollten:

- Grün-interne Überlegungen zu einem "Atom-Ausstieg" nach der nächsten Bundestagswahl gewinnen in der öffentlichen Diskussion zunehmend an Bedeutung. Wer diese Strategieüberlegungen kennt, weiß, daß sie mit unserer Forderung nach sofortiger Stillegung wenig zu tun haben. Wir wollen überlegen, wie wir als Bewegung eine Ausstiegs-Debatte ins richtige Fahrwasser bekommen.

- Die Castor-Behälter, die auf ihrer anstrengenden Reise in die WAA Strahlenschweiß absondern, haben der Atomlobby mal wieder das Image gegeben, das sie verdient. Es ist Aufgabe der unabhängigen Anti-AKW-Bewegung, dem Beschwichtigungsgerede von "umfassender Aufklärung und grundlegender Neuordnung" das Mißtrauen zu erklären.

Wir schlagen vor, mit den Vorbereitungen für eine neue Kampagne zu beginnen. Mit der Konferenz in Marburg soll deutlich werden: Was sie auch reden von Kontrolle und strenger Aufsicht, wir glauben der Regierung kein Wort. Die Vorbereitungen (Schienenspaziergänge, Streckenkonzept, Widerstands-Camps, Information durch Wort und Tat) fangen jetzt an. Und wenn irgendwann die Transporte wieder anrollen, stehen wir auf und an der Strecke und an der Grenze.

Beginn: Samstag, 20.6., 12 Uhr, Ende Sonntag, 21.6., 15 Uhr

Der Ort steht noch nicht fest, bitte nutzt das Infotelefon 06421-14090 (ab 10. Juni)

anti atom aktuell, 29. Mai 1998

Artikel zu diesem Thema auf Seite 4

3. Türkei: Krieg mit deutschen Waffen. Die Lügen der Bundesrepublik erneut bloßgestellt

Die Lügen der Bundesregierung erneut bloßgestellt

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:31

Ende Mai ist eine Delegation von PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen von Frankfurt am Main nach Ankara geflogen. Ziel der Reise war es, demokratischen Organisationen einen Solidaritätsbesuch abzustatten. Nach dem Attentat auf den Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD, Akin Birdal, sollte insbesondere der Menschenrechtsverein, der in der türkischen Presse seit Wochen unter Beschuß steht und nach Angaben von IHD-Leuten einer regelrechten "Hetzkampagne" ausgesetzt ist, Unterstützung erhalten.

Unterdessen hat der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhardt Hirsch von der Bundesregierung eine konsequentere Haltung gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gefordert. Hirsch äußerte dieser Tage die Befürchtung, daß die Bundesregierung das Gesicht verlieren werde, wenn sie Folterungen durch die türkische Polizei oder Massaker an der kurdischen Bevölkerung schweigend hinnehme. In diesem Zusammenhang wies Hirsch auf den bis jetzt unwidersprochenen Beitrag in dem ARD-Magazin "Monitor" hin, demzufolge in der kurdischen Stadt Kars mit deutschen Waffen ein Massaker verübt worden sei.

Tatsächlich wurde durch diesen Beitrag erstmals aus dem Munde ehemaliger türkischer Offiziere bestätigt, was Menschenrechts- und Friedensorganisationen schon seit Jahren durch Fotos, Filmaufnahmen und Zeugenaussagen immer wieder in die Öffentlichkeit zu tragen versuchen: Die Türkei setzt gegen die kurdische Guerilla und auch gegen die Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet deutsche Waffen ein. Dieser Tatbestand ist von erheblicher Brisanz. Einerseits handelt es sich ganz klar um einen vertragswidrigen Einsatz, der gegen die NATO-Bestimmungen und die deutsch-türkischen Bestimmungen verstößt. Andererseits wird der schon vielfach belegte vertragswidrige Einsatz sowohl von der türkischen als auch der deutschen Regierung stets bestritten. Bis zum heutigen Tag ist die offizielle Sprachregelung in Bonn: Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse, daß deutsche Waffen im Einsatz sind. Mit dieser offenkundigen Verleugnung der Tatsachen versucht die Bundesregierung, aus Sicht aller, die sich mit dieser Materie näher beschäftigen und sich von der Unhaltbarkeit dieser Aussage selbst überzeugen, die Frage nach der Mitverantwortung bei Vertreibung, Folter und Krieg erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Daß die nun in dem Fernsehbeitrag interviewten ehemaligen türkischen Offiziere die Behauptungen der Bonner Regierung Lügen strafen, hat bisher erstaunlicherweise noch wenig öffentliche Empörung erregt. Dabei sind die gemachten Angaben eindeutig: Einer der Offiziere gab an, selbst einen der Schützenpanzer gefahren zu haben, den die Bundesregierung dem NATO-Partner Türkei aus ehemaligen NVA-Beständen in großer Zahl geschenkt hat. Er habe u.a. den Befehl erhalten, mit einen, ehemals ostdeutschen Schützenpanzer vom Typ BTR-60 eine Gruppe kurdischer Guerilleros, die sich bereits ergeben habe, "niederzumetzeln". Daß es sich bei dem eingesetzten Panzer um einen aus Deutschland gelieferten gehandelt habe, sei eindeutig: Schließlich sei er noch mit deutscher Bedienungsanleitung ausgestattet gewesen.

Diese Aussage deckt sich mit den Erkenntnissen der zu diesem Thema recherchierenden Gruppen, die allein schon durch statistische Angaben leicht zu untermauern sind. So sind bei einzelnen Waffengattungen die türkischen Landstreitkräfte zu über 90% mit US-amerikanischen und deutschen Waffen ausgestattet. Ein vertragsgerechter Umgang mit den aus Deutschland so reichlich gelieferten Waffen - die Bundesrepublik hat an die Türkei mehr Waffen geliefert als alle anderen europäischen Länder zusammen - würde in der Praxis bedeuten, daß die Armee eine erhebliche Teilentwaffnung durchführen müßte. Bildlich gesprochen: die Soldaten müßten Berge an deutschen Waffen am Wegesrand zurücklassen.

Durch die jüngsten Aussagen der türkischen Offiziere sind einige für die Bundesregierung äußerst unangenehmen Punkte nochmals deutlich geworden: in der Türkei sind vertragswidrig deutsche Waffen im Einsatz, die Bonner Regierung schweigt zu diesem Sachverhalt bzw. lügt seit Jahren die Öffentlichkeit an.

Fragt sich vor diesem Hintergrund, welches Gesicht der Abgeordnete Hirsch meint, das die Bundesregierung noch verlieren könnte.

Thomas W. Klein

Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden

Tel.: 0611/9102350, Fax 381837

4. Wir suchen Menschenrechts- beobachterInnen für Chiapas

Autor: CAREA · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:13

Nach der Militäroffensive 1995 richtete die Menschenrechtsorganisation Fray Bartolomé de las Casas der Diözese San Cristobal auf Bitten der betroffenen Gemeinden zivile Friedenscamps mit nationalen und internationalen BeobachterInnen in den zapatistischen Gebieten ein.

Inzwischen hat sich die Situation enorm verschärft. Der Krieg niederer Intensität greift auf weite Teile Chiapas' über und stellt eine existentielle Bedrohung für die dort lebenden Menschen dar: Vertreibungen, Drohungen, Gewalttaten gegen Frauen, Vernichtung der Ernten, willkürliche Verhaftungen, Vergiftung von Grundwasser und massive Einschüchterungen bis hin zu politischen Morden sind an der Tagesordnung. Hinzu kommt, daß die mexikanische Regierung seit Wochen immer wieder Ausländer ausweist, die sich in den Krisengebieten aufhalten und sich mit der Bevölkerung solidarisch erklären.

Auch wenn die Aufenthaltsbedingungen für BeobachterInnen erschwert sind, bitten die bedrohten Gemeinden, organisiert über das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas, mehr denn je um internationale Präsenz.

Wir bereiten Leute vor, die sich dieser Aufgabe stellen wollen. Sie sollten folgende Kriterien erfüllen:

- fließende Spanischkenntnisse

- politisch soziales Engagement

- Mindestalter 21 Jahre

- physische und psychische Belastbarkeit

- verpflichtende Teilnahme am Vorbereitungsseminar

- mindestens zwei Monate Zeit

- der/die TeilnehmerIn verpflichtet sich zur Nachbereitung des Aufenthaltes und Öffentlichkeitsarbeit nach der Rückkehr

- der/die TeilnehmerIn kommt für die eigenen Kosten des Aufenthaltes und der Vorbereitung auf.

Ort der Vorbereitung: in und um Berlin

Datum: Anfang Juli 1998 ca. 4 Tage

Koordinationsgruppe: CAREA e.V., Mexiko-Gruppe im FDCL in Koordination mit dem Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas

Kontaktadresse:

CAREA e.V., Grünberger Str. 73, 10245 Berlin, Tel./Fax: 030-2922471

Wenn ihr nähere telefonische Auskünfte wünscht, ruft bitte dienstags zwischen 17 und 20 Uhr unter o.a. Telefonnummer an.

5. Kriminelle Vereinigung gesucht! LKA Bayern veranlaßt bundesweite Razzia gegen Antifas

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:27

Am 12. Mai um sechs Uhr morgens drangen LKA-Beamte und BereitschaftspolizistInnen in 36 Wohnungen, Autos und Ladenräume in Berlin, Bielefeld, Göttingen, Hamburg, Mühldorf/Inn, München, Nürnberg und Passau ein. Von den Razzien betroffen waren 28 Personen, insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft München jedoch gegen 39 Linke, deren Gemeinsamkeit es ist, irgendwann einmal in der niederbayerischen Stadt Passau gelebt zu haben. Die Staatsanwaltschaft ordnet sie dem Antifa-Spektrum zu und ermittelt seit März 1997 wegen Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB).

Die Hausdurchsuchungen sollten nun u.a. "den Bezug der Beschuldigten zum ‚antifaschistischen` Spektrum belegen", die "Mitgliedschaft in Gruppierungen des ‚antifaschistischen` Spektrums bestätigen" oder "den Grad der Einbindung in die Organisierung des ‚antifaschistischen` Spektrums (z.B. Druckwerkherstellung) belegen". Begründet werden die Razzien und Ermittlungen mit über 100 Straftaten, die die vom LKA Bayern konstruierte kriminelle Vereinigung aus dem "autonomen / ‚antifaschistischen` Spektrum Passau seit 1993" gegen "Veranstaltungen der politischen Gegner, staatliche Einrichtungen und die Stadt Passau" begangen haben soll. Die Beschuldigten sollen "als Mitglied der ‚antifaschistischen Aktion` und über ein qualitativ hochanzusetzendes Kontaktfeld innerhalb der Szene in führender Funktion in die Vorbereitung und Durchführung der Aktionen und Straftaten der ‚antifaschistischen` Szene eingebunden" sein.

Im Durchsuchungsbeschluß für den Buchladen Rote Straße in Göttingen hingegen ist nicht mehr nur vom "antifaschistischen Spektrum" die Rede, sondern darin wird ausdrücklich die Beschlagnahmung von Unterlagen und Informationen zur Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und dem Schriftverkehr zwischen AA/BO und Antifaschistischer Aktion Passau (AAP) verlangt. Die Staatsanwaltschaft München behauptet dort auch, die Antifa (M) in Göttingen habe eine federführende Rolle innerhalb der AA/BO und verwalte so auch Papiere über die in der AA/BO organisierte AAP. Außerdem suchten die Staatsschützer in Göttingen nach "Mitgliedslisten der Roten Hilfe, Ortsgruppe Passau", die eine "Teilorganisation der ‚Antifaschistischen Aktion Passau`" sein soll.

Die Durchsuchungsaktion richtete sich also vor allem gegen Passauer Antifa-Zusammenhänge, die sich über Jahre gegen die regelmäßige Vermietung der stadteigenen Nibelungenhalle an Nazis gewehrt haben. Erst im Februar dieses Jahres fand dort ein Kongreß der NPD/JN mit 5.000 TeilnehmerInnen statt, zu dessen Ver- bzw. Behinderung Passauer AntifaschistInnen aufgerufen hatten. In der niederbayerischen Stadt ist es gelungen, kontinuierlichen antifaschistischen Widerstand aufzubauen. Die Voraussetzungen dafür waren nicht unbedingt günstig: Eine linksliberale Öffentlichkeit fehlt in Passau weitestgehend, was Bündnisarbeit fast unmöglich macht. Und durch die provinzielle Lage ist eine kontinuierliche Arbeit von Gruppen schwierig, da die meisten AntifaschistInnen irgendwann aus Passau wegziehen. Aufgrund dieses jahrelangen Widerstandes gegen die Kongresse von DVU und NPD standen die Passauer Antifas schon länger im Blickpunkt staatlichen Ermittlungsinteresses. Bisher ist es ihnen aber nicht gelungen, die Ermittlungen in gerichtliche Verurteilungen münden zu lassen.

In den Hausdurchsuchungsbeschlüssen ist auffällig, daß den Beschuldigten keine konkreten Straftaten vorgeworfen werden, allein die Konstruktion einer "kriminellen Vereinigung", die für 100 nicht genannte Delikte verantwortlich sein soll, muß für die Durchleuchtung bundesweiter Antifa-Zusammenhänge herhalten. Die Razzien können aber auch als ein weiterer Schlag gegen die Struktur der AA/BO gewertet werden. Schon 1994 kam es in Göttingen zu einer breit angelegten Durchsuchungsaktion des niedersächsischen LKAs gegen angebliche Mitglieder der Antifa (M), die ebenfalls in der AA/BO organisiert ist. Damals wurden 29 Wohnungen und Einrichtungen von den Staatsschützern durchsucht. Der Antifa (M) wurde vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung zu sein (§129), die auch Werbung für die terroristische Vereinigung RAF betreibe (§129a). Die Verfahren gegen die Antifa (M) wurden mittlerweile gegen Zahlung eines Geldbetrages eingestellt.

Auch die aktuellen Durchsuchungen können als Versuch gewertet werden, antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, beziehungsweise sich einen Überblick über bundesweite Antifastrukturen zu verschaffen.

Schließlich wohnten die meisten der von den Razzien Betroffenen gar nicht mehr in Passau, sondern sind längst in anderen Städten und Gruppen aktiv.

Anna Bartels

6. Jüdische Arbeiter und Revolutionäre. Ausstellung zur jüdischen Arbeiterbewegung in Hamburg

Ausstellung zur jüdischen Arbeiterbewegung im Hamburger Museum der Arbeit

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Arbeiterbewegung; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:11

Allmählich dringt sogar in deutsche Köpfe, daß es neben der Reduktion von Juden auf das "ewige Opfer" und die Religion, der verkitschten Sicht auf das Shtetl und der Klesmer-Seligkeit, neben der Reduktion jüdischer Geschichte auf die Schoah und jenseits deutsch-israelischer Freundschaftsgesellschaften und christlichem Drängen um Vergebung eine höchst vielfältige jüdische Lebenswirklichkeit gab und gibt.

Als Durchbruch kann die Berliner Ausstellung Jüdische Lebenswelten Anfang 1992 gelten. Auf einigen tausend Quadratmetern wurde mit zweieinhalbtausend Exponaten jüdische Geschichte von der Antike bis in die jüngste Gegenwart in einer bis dahin nie erreichten Vielfalt präsentiert. Selbstverständlich für die BRD konnte es nicht ausbleiben, daß das Konzept - die Konzentration auf jüdisches Leben - auch heftig angegiftet wurde: Von einer "Verharmlosung der Schoah" war die Rede - was zwar nichts über die Ausstellung sagte, viel aber über diese Kritikaster, die vom toten Juden nicht lassen wollten.

Jüdische Arbeiterbewegung

Bahnbrechend wie die Ausstellung Jüdische Lebenswelten, aber leider weitaus weniger gut besucht, ist die vom Diaspora-Museum Tel Aviv in achtjähriger Arbeit entwickelte Ausstellung Arbeiter und Revolutionäre - Die jüdische Arbeiterbewegung. 1994 in Tel Aviv gezeigt, kam sie noch im selben Jahr nach Wien. Den Sprung nach Deutschland (München, Frankfurt, Dortmund und Köln) schaffte sie 1996; nun ist sie, vier Jahre nach der Premiere, in Hamburg am denkbar geeignetsten Ort zu besichtigen: dem Museum der Arbeit.

Bahnbrechend ist die Schau in doppelter Hinsicht: Zum einen sind, für eine in Israel entstandene Ausstellung gar nicht so selbstverständlich, die Strömungen der jüdischen Arbeiterbewegung in ihrer ganzen Vielfalt zu besichtigen - neben den zionistischen Gruppierungen werden auch die anderen Organisationen und das Leben in der (sog.) Diaspora in schöner Gleichberechtigung nebeneinander vorgestellt; zum anderen erweitert sie die Kenntnis jüdischer Lebenswelten und -wege um ein wesentliches Element.

Bestimmend für die Herausbildung und das jahrzehntelange Bestehen speziell jüdischer Arbeiterorganisationen war die soziale Lage der Juden im Ansiedlungsrayon (das seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bis in den Ersten Weltkrieg hinein von Rußland besetzte Gebiet von Polen, Litauen, Weißrußland, Ukraine und - zum Teil - Rumänien). Juden waren nicht nur der allgemeinen Unterdrückung durch den Zarismus und der allgemeinen Verarmung ausgesetzt, sondern auch der teils provozierten, teils unorganisiert ausbrechenden Judenfeindschaft anderer Völker im Ansiedlungsrayon. Zudem arbeiteten Juden fast ausnahmslos in kleinen und kleinsten Betrieben als Handwerker unter patriarchalischen Verhältnissen, und sie hatten ihre eigene Sprache: Jiddisch.

Seit etwa 1880 entstanden im Ansiedlungsrayon viele verschiedene, teils direkt gegensätzliche moderne Versuche zur Lösung der jüdischen Frage: Organisierung in sozialistischen Parteien unter Hintanstellung der jüdischen Identität, Herausbildung eines jüdischen Sozialismus, Auswanderung vorwiegend in die USA, Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina (u.a. Poale Zion - Arbeiter Zions), Selbstbehauptung im Heimatland durch den Kampf für national-kulturelle Autonomie (Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund: "Dort wo wir leben, dort ist unser Land!"; und die Jüdische Volkspartei, die jedoch den vom "Bund" intendierten Klassenkampf innerhalb des Judentums ablehnte).

Veranschaulicht werden in der Ausstellung Leben und Kampf der jüdischen Arbeiterbewegung notgedrungen fast ausschließlich durch "Flachware", wie es im Museumsjargon heißt: Fotografien, Publikationen, Fahnen, Transparente. Die Schriftstücke und Transparente sind größtenteils in jiddischer Sprache abgefaßt (nicht "hebräisch", wie ein taz-Autor unter der schmerzhaft dummen Schlagzeile "Talmud und Klassenkampf" plauderte), werden aber oft zumindest zusammenfassend erläutert. Die Ausstellung macht also Mühe, eine Mühe aber, die sich lohnt, wird doch beim Betrachten der großenteils bisher unbekannten Funde des Diaspora- Museums deutlich, daß Juden nicht "außerhalb dieser Welt" lebten, daß die jüdische Geschichte

zwar eine besondere ist - aber so besonders auch wieder nicht. Wem ist schon gegenwärtig, daß im Jahr 1897 nicht nur der Erste Zionistische Kongreß (mit Herzl) stattfand, sondern auch die Gründung des "Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes", der im darauffolgenden Jahr wesentlichen Anteil hatte an der Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Partei? Und daß die US-amerikanischen Gewerkschaften zum guten Teil aus anfangs speziell jüdischen Gewerkschaften entstanden sind? Daß also, kurz gesagt, die Strömungen der jüdischen Arbeiterwegung faktisch integraler Bestandteil der allgemeinen Arbeiterbewegung waren, was allerdings diese nur zögerlich oder auch gar nicht akzeptierte.

Polen oder Palästina?

Neben einem Anteil in traditioneller Religiosität verharrender Juden - die hier jedoch außer Betracht fallen - bestanden die Versuche zur Lösung der jüdischen Frage unter zaristischer Herrschaft im wesentlichen in der Selbstbehauptung im eigenen Land (Autonomisten, "Bund" u.a.), der Auswanderung oder der Schaffung eines eigenen Staates in Palästina (Zionisten).

Der Auswanderung - zwischen 1880 und 1920 emigrierten zwei Millionen Juden aus dem Ansiedlungsrayon fast ausnahmslos in die USA - hatten weder Autonomisten noch Zionisten letztlich etwas entgegenzusetzen. Zwischen diesen beiden Organisationen bzw. Strömungen bestand, soweit es den politischen Sektor der Juden betraf, der schärfste Gegensatz: Während Zionisten die Lösung nur in einem jüdischen Staat sahen, wollten die Bundisten ihr Lebensrecht in den Ländern erkämpfen, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten lebten.

Entschieden wurden diese gegensätzlichen Versuche zur Lösung der jüdischen Frage nicht von den Kontrahenten selbst. Entschieden wurde die Frage durch die deutsche "Endlösung". Mit dem Völkermord an den europäischen Juden erschien der zionistische Weg, die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina, als die einzig verbliebene Lösung für das Überleben und Leben von Juden.

Aber, merkte John Bunzl 1987, an: "Obwohl der Bund jahrzehntelang in einem rivalisierenden Verhältnis zum Zionismus stand und die übriggebliebenen bundistischen Kleingruppen auch heute im Staat Israel nicht die ‚Lösung` der jüdischen Frage sehen, kommt dem Bund - selbst aus zionistischer Perspektive - das Verdienst zu, den ‚Eintritt der Juden in die Geschichte`, ohne welches der Staat Israel undenkbar wäre, mitbegründet zu haben. Insofern würde ihm selbst in Zion ein würdiges Denkmal zustehen - ein Denkmal für modernes, jüdisches, selbständig- politisches Handeln."

Klaus Mellenthin

Selbstbehauptung und Utopie

Unter dem Titel Selbstbehauptung und Utopie sind im Hamburger Museum der Arbeit drei Ausstellungen "in Spannung vereint" (Faltblatt des Museums): Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung vom Diaspora-Museum Tel Aviv; Rosa Luxemburg 1871-1919. Ein Leben für die sozialistische Idee von Maxi Besold und dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung, ergänzt um Rosa Luxemburg in Hamburg von Jürgen Ellermeyer, Museum der Arbeit; Jüdische Mitstreiter in der Hamburger Arbeiterbewegung, im wesentlichen entwickelt von Ulrich Bauche, Museum der Arbeit. Die BesucherInnen sind so mit einer nicht mehr faßbaren Überfülle konfrontiert - weniger wäre mehr gewesen ...

Ausgehend von der Lage der Handwerker und Arbeiter in Osteuropa werden in der Schau zur jüdischen Arbeiterbewegung die Ausbreitung des Sozialismus, Juden in der sozialistischen Bewegung und die Anfänge des jüdischen Sozialismus gezeigt. Hierauf folgen einzelne Organisationen bzw. Strömungen - der "Bund", sozialistischer Zionismus, Arbeiterparteien in Palästina ("Eretz Israel"), Abschnitte zur Entwicklung in der Sowjetunion nach 1917 und in Polen. Ein dritter Block bezieht sich auf Westeuropa und die USA: Immigranten in London, Sozialisten und Gewerkschaften in England, Sweatshops (Schwitzbuden), sozialistische Zirkel und Gewerkschaften in den USA.

Hervorragend gestaltet sind die beiden Ausstellungsteile zu Rosa Luxemburg: Aufgeteilt auf zwei halbrunde weiße Wände und gut ausgeleuchtet werden die BesucherInnen im äußeren Bogen mit den Lebensstationen Rosa Luxemburgs bekanntgemacht; im inneren Bogen ist mehr über Rosa Luxemburgs Besuche und Reden in Hamburg zu erfahren, als mensch je gewußt hat.

Mit viel weniger Sorgfalt jedoch ist die Ausstellung zur jüdischen Arbeiterbewegung gestaltet worden. Zugegebenermaßen ist es nicht gerade einfach, die rund 15 Teile dieser Schau so zu plazieren, daß sich die BesucherInnen auch ohne Führung in diesem Labyrinth zurechtfinden - im Jüdischen Museum Frankfurt war dies in kleineren und ungünstig geschnittenen Räumen sehr wohl gelungen.

Gezeigt werden Organisationen und Entwicklungen, die gleichzeitig oder nacheinander, am gleichen Ort oder Erdteile voneinander entfernt gewirkt haben. Gegliedert wird die Ausstellung durch Schrifttafeln, die aber durch die Art der Hängung die BesucherInnen alle paar Meter mit der Frage alleinlassen, ob es nun sinnvoll links weitergeht, oder rechts oder eine Ecke umkreist werden sollte. Zudem ist diese Ausstellung im Wortsinne verdüstert: Die Exponate sind vor braunen Rupfenbahnen angebracht (weil Sackleinen einen "proletarischen Touch" hat?) und die leitenden Schrifttafeln - schwarze Schrift auf durchsichtigem Plexiglas - sind vor dem dunklen Hintergrund nur aus nächster Nähe zu lesen.

Aber ungeachtet dieser Mängel in der Präsentation: Ebenso wie die "Jüdischen Lebenswelten" 1992 in Berlin ist auch diese Ausstellung "nur einmal im Leben" zu sehen. Und sie muß gesehen werden!

Bis zum 26.7.98 im Museum der Arbeit, Maurienstraße 19-21, Hamburg. Montag: 13-21 Uhr, Dienstag bis Samstag: 10-17 Uhr, Sonn- und Feiertage: 10-18 Uhr. Eintritt 8 DM, erm. 5 DM.

Bilder und Texte

Der in hebräischer und englischer Sprache erschienene Begleitband zur Ausstellung liegt dank der Initiative von Jürgen Ellermeyer (Museum der Arbeit) nun auch in deutscher Sprache vor. Der größte Schatz in diesem Begleitband ist das Bildmaterial, das Tamar Manor-Friedman, Kuratorin der Ausstellung, in ihrem Aufsatz "Die graphische Bilderwelt der jüdischen Arbeiterbewegung" kritisch erörtert und so verständlich macht.

Mosche Mishkinsky, eremitierter Professor für jüdische Geschichte, eröffnet die Reihe der Beiträge des Bandes mit einem Aufriß zur jüdischen Arbeiterbewegung in der modernen Geschichte. Die jüdische Erfahrung war, schreibt Mishkinsky "auf enge und komplexe Weise mit der allgemeinen Geschichte der Gesellschaft in den souveränen territorialen Strukturen der Nationen verflochten, unter denen sie lebten. Gleichzeitig, und dies ist entscheidend, folgte die jüdische Entwicklung ihrem eigenen, komplizierten und verschlungenen, aber beständigen und einzigartigen Weg." Der Autor erläutert seine These anhand einer Skizze der Entwicklung der jüdischen Arbeiterbewegung auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Israel Bartal, Professor für Moderne Jüdische Geschichte, diskutiert in seinem Beitrag die "ständige Spannung zwischen Nationalismus und Internationalismus" im sozialistisch orientierten Judentum. In zwei weiteren Aufsätzen wird die jüdische Arbeiterbewegung in Osteuropa (Shmuel Ettinger) bzw. in Großbritannien und den den USA (Lloyd P. Gartner) skizziert.

Der Begleitband zur Ausstellung zeichnet sich im übrigen nicht allein durch sein hervorragendes Bildmaterial aus und die informativen Einführungen, er ist (Großformat! Solide gebunden!) auch dazu geeignet, ihn all jenen aufs Haupt zu schlagen, die immer noch von "ewigem Opfer" und "Luftmenschen" faseln.

Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung. Hg. Beth Hatefutsoth - The Nahum Goldmann Museum of the Jewish Diaspora Tel Aviv (hebr. u. engl. Ausg. 1994) / Museum der Arbeit Hamburg (dt. Ausg.). Aus dem Engl. von Christian Wiese. Hamburg: Dölling und Galitz, 1998. 29x23 cm, 136 S., DM 56.- (im Museum DM 48.-). ISBN 3- 930802-92-9

7. Musik oder Begleitmusik? Grüne Pläne zum Atomausstieg - was die Bewegung davon zu halten hat

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:36

Während ich diesen Beitrag schreibe - es ist Ende Mai 1998 - gibt es nichts Schöneres für eine/n AtomkraftgegnerIn, als jeden Morgen diverse Zeitungen aufzuschlagen und zu lesen, wie alle politischen Fraktionen der JournalistInnenzunft (von der taz bis zur FAZ, vom Handelsblatt bis zur Süddeutscher Zeitung und von Bild bis zu diversen Regionalblättern) die schwerste Krise der deutschen Atomwirtschaft seit den Tagen von Tschernobyl beschreiben und kommentieren. Der latent seit vielen Jahren vorhandene politische Druck in Richtung Atomausstieg findet im sogenannten "Castor-Skandal" neuen, ungeahnten Aufschwung. Faszinierend daran ist, daß die Anti-Atom-Bewegung selbst in diesen Wochen wenig dazu beitragen muß, damit die Wogen der Empörung die Dämme der Atommafia in Staat und Industrie gefährlich bedrohen. Die politische Entwicklung scheint ein Selbstläufer zu sein.

Schauen wir etwas genauer hin, so wird schnell deutlich, daß die aktuellen Ereignisse sehr wohl etwas mit dem Widerstand der letzten Jahre zu tun hat. Der "Castor" hat inzwischen als Symbol der Auseinandersetzung um die Atomenergie die Namen der AKW- und WAA-Bauplätze aus den 70er und 80er Jahren abgelöst. Und nicht nur die PolizeibeamtInnen, die teilweise trotz großer Gewissensbisse die Atommülltransporte nach Gorleben und Ahaus durchgesetzt haben, fühlen sich nun, wie es ihr Gewerkschaftsvorsitzender Hermann Lutz ausdrückt, "verarscht". Nicht von ungefähr taucht in den sarkastischen Zeitungskommentaren häufig der noch im März grellbunt in vielen Zeitungen plazierte Slogan des Informationskreises Kernenergie auf: "Genaugenommen ist Castor nur ein anderes Wort für Sicherheit."

Was hat diese aktuelle Entwicklung nun aber mit dem eigentlichen Thema dieses Beitrags zu tun? Schließlich möchte ich primär den augenblicklichen Stand der bei den Bündnisgrünen geführten Diskussion über Wege zum Atomausstieg bei einer möglichen Regierungsbeteiligung nach den Bundestagswahlen darstellen und bewerten. Mit einer bewußt zugespitzten und provokanten These läßt sich am besten verdeutlichen, worin dieser Zusammenhang besteht und wo das Grundproblem grüner Ausstiegsplanungen liegt:

Wäre statt Angela Merkel bereits ein Mitglied der Bündnisgrünen BundesumweltministerIn, dann wäre es unter Umständen zu dem jetzt verkündeten vorläufigen Stopp aller Castor-Transporte nicht gekommen. Der/die MinisterIn hätte der drängenden Öffentlichkeit erklärt, daß das Risiko von Schadenersatzprozessen, angestrengt durch die Atomindustrie, zu groß und es deshalb leider nicht möglich sei, den Rechtsanspruch der AKW-Betreiber auf eine Transportgenehmigung einzuschränken. Das Ministerium arbeite aber intensiv an einem Gesetzentwurf, mit dem die Zahl der gefährlichen Transporte innerhalb einer noch zu bestimmenden Frist von einigen Jahren um einen noch festzulegenden Prozentsatz reduziert werden kann. Die Zeiträume sollen so festgelegt werden, daß die ökonomischen Interessen der Energieversorgungsunternehmen nicht mehr als unbedingt notwendig tangiert werden.

Das grüne Ausstiegsgesetz

Klingt alles ziemlich unfair gegenüber grünen Politikbemühungen? Nun, schauen wir uns an, wie die bündnisgrünen Planungen für den Fall der Fälle, eine Regierungsbeteiligung im Bund nach der Wahl im September, aussehen.

Gerüchte über die Arbeit an einem Ausstiegsgesetz geisterten schon länger durch die Szene. In den letzten Monaten wurde dann einiges konkretisiert. Im Auftrag des hessischen Umweltministeriums, federführend koordiniert vom grünen Staatssekretär Rainer Baake, wird in einer Arbeitsgruppe von JuristInnen, kritischen WissenschaftlerInnen und MinisteriumsmitarbeiterInnen ein Entwurf für ein Atomenergieausstiegsgesetz erarbeitet, das unter Umständen noch vor der Wahl vom Land Hessen in den Bundesrat eingebracht werden soll.

Die Grundgedanken des Gesetzentwurfes stammen von dem versierten Atom- und Verfassungsjuristen Alexander Roßnagel. Ich versuche im folgenden, seine Herleitung möglichst unkommentiert wiederzugeben,

um den LeserInnen zu ermöglichen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Roßnagel hat sie unter folgenden Prämissen erarbeitet:

1. Der Ausstieg darf nichts kosten. Hier geht es vor allem um drohende Schadenersatzforderungen der Atomindustrie, falls der Staat die mit Bestandsschutz versehenen Betriebsgenehmigungen der Reaktoren durch ein Gesetz zurücknimmt oder befristet.

2. Das Gesetz muß vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen können. Auch hier ist der Bestandsschutz das wesentliche Problem. Die Energieversorger können sich auf ihre Eigentums-Grundrechte zurückziehen und den Vertrauensschutz von einmal erteilten Genehmigungen einfordern.

3. Es darf keine Abhängigkeit von anderen Organen als dem Bundestag und der Bundesregierung selbst geben. Es soll also eine Regelung gefunden werden, die für ihre Umsetzung nicht auf bestimmte Gutachten, bestimmte Verwaltungsentscheidungen oder bestimmte Gerichtsurteile angewiesen ist, die also auch dann funktioniert, wenn in Behörden, in wissenschaftlichen Kontrollgremien und in der Verwaltungsjustiz weiterhin AtomkraftbefürworterInnen agieren.

Das neue Gesetz soll das Verbot neuer Betriebsgemehmigungen enthalten und auf das Beenden bestehender Genehmigungen hinarbeiten. Wenn gesetzlich bestimmte Fristen festgelegt werden können und diese auch in Karlsruhe bestehen, dann braucht es z.B. keine Verwaltungsentscheidungen der Länderbehörden bei der Beurteilung der Sicherheit einzelner Reaktoren mehr, sondern es ist klar im Gesetz festgelegt, wie lange die AKWs noch laufen dürfen. Werden diese Zeiträume auch nur um einen Tag überschritten, machen sich die Betreiber strafbar.

Knackpunkt der verfassungsrechtlichen Bewertung eines Ausstiegsgesetzes ist die Aufhebung der mit Bestandsschutz versehenen Betriebsgenehmigungen. Aufgrund der Untersuchung bisheriger Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zu wesensverwandten Fragen kommt Roßnagel zu dem Ergebnis, daß der Gesetzgeber durchaus ursprünglich unbefristete Genehmigungen befristen kann, allerdings verlangt Karlsruhe einen "schonenden Übergang". Dieser wird gewährleistet, wenn es zum einen für die Betreiber nicht zu kurzfristigen Überraschungen kommt. Es muß also bei Inkrafttreten eines Ausstiegsgesetzes Übergangsfristen geben, bis erste Atomkraftwerke stillgelegt werden können. Zum anderen verlangt das höchste Gericht einen Ausgleich für die Entwertung der alten Rechtsposition, also für den Entzug der Betriebsgenehmigung. Dieser kann in Form einer Entschädigung hergestellt werden oder indem für die jeweiligen Anlagen Auslauf-Fristen festgelegt werden, die sich an der Amortisationszeit orientieren.

Aufgrund der so umrissenen Interpretation des verfassungsrechtlichen Spielraums schlägt die Baake-Kommission ein Ausstiegsgesetz mit folgenden Elementen vor:

1. Der Zweck des Atomgesetzes wird geändert. Nicht mehr die Förderung der Atomtechnik ist das Ziel, sondern der geordnete Ausstieg aus der Atomenergienutzung.

2. Neue atomrechtliche Genehmigungen werden verboten, außer denjenigen, die notwendig sind, um den Ausstieg zu erreichen.

3. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird den AKW-Betreibern eine Übergangsfrist von einem Jahr eingeräumt, in der die folgenden Regelungen noch nicht greifen.

4. Die Betriebsgenehmigungen der laufenden Anlagen werden durch das Gesetz befristet. Orientiert am Abschreibungszeitraum sollen die Reaktoren 25 Jahre nach dem Erteilen der Genehmigung stillgelegt werden. Dies würde in der Praxis bedeuten, daß nach dem einen Jahr Übergangsfrist drei Altanlagen vom Netz gehen müßten und danach etwa ein weiterer Reaktor pro Jahr. Nach 15 Jahren wären die letzten AKWs stillgelegt.

5. Dieser Zeitraum kann weiter eingeschränkt werden, da sonst die Restlaufzeit der neueren Kraftwerke, wie Baake es ausdrückt, "indiskutabel lang" wäre. Dazu wird in das Gesetz eine zweite Befristung eingefügt. Sie legt fest, daß alle Genehmigungen spätestens zu einem festgelegten "Jahr X" erlöschen. Der Zeitraum soll so gewählt sein, daß eine ausreichende Rechtssicherheit für die Atomindustrie gewährleistet ist.

Magische Zahlen

Wieviele Jahre vergehen müssen, um keine staatlichen Entschädigungspflichten gegenüber den Betreibern zu riskieren, ist im bisherigen Gesetzesentwurf noch offen. Der hessische Staatssekretär selbst legt sich in der Diskussion um diese engere Frist öffentlich nicht fest. Alexander Roßnagel und verschiedene bündnisgrüne PolitikerInnen sprechen allerdings von einem Zeitraum von zwei Legislaturperioden (acht Jahre).

Die Zahl acht ist inzwischen auch in der Presse angekommen. Die erstaunliche Nähe zur offiziellen Parteilinie des möglichen Koalitionspartners SPD, in der immer noch der Nürnberger Beschluß von 1986 gilt, nach einem Regierungswechsel innerhalb von zehn Jahren aus der Atomenergienutzung auszusteigen, kommt übrigens nicht von ungefähr.

Offenbar versprechen sich einige bündnisgrüne StrategInnen größere Erfolgsaussichten in Koalitionsverhandlungen, wenn sie sich an die Position der sozialdemokratischen "Aussteiger-Fraktion" annähern, die ja selbst innerhalb der Partei starkem Gegenwind durch die energiepolitischen Positionen des Kanzlerkandidaten ausgesetzt ist. Gerhard Schröder spricht sich schon seit der 1995er Runde der sogenannten "Energiekonsensgespräche" für eine Restlaufzeit von 30 Jahren aus und übertrifft damit noch die ursprünglich für die Reaktoren vorgesehene Gesamtbetriebszeit. Ob es wahltaktisch und koalitionstechnisch wirklich klug ist, bereits vor dem Eintritt in Verhandlungen eigene Maximalpositionen so eklatant zu verlassen, daß kaum noch ein Unterschied zur Beschlußlage der SPD erkennbar ist, werden die nächsten Monate zeigen.

Der spezifische Denkansatz der hessischen Arbeitsgruppe - Orientierung am verfassungsrechtlich Machbaren und an defensiven koalitionstaktischen Überlegungen auf der Grundlage unbedingter Vermeidung von staatlichen Entschädigungszahlen - bestimmt inzwischen die Richtung der Diskussion innerhalb der grünen EnergiepolitikerInnen. Nach einigen kritischen Rückmeldungen beeilte sich Rainer Baake, darauf hinzuweisen, daß die Festlegung der Restlaufzeit letztendlich keine juristische, sondern eine politische Größe darstellt, die durchaus auch kürzer als acht Jahre ausfallen kann. Auch wurde das Konzept inzwischen durch einige Elemente ergänzt. So soll die Beweislast für die Sicherheit der Anlagen umgekehrt werden, so daß die AKW-Betreiber während der restlichen Betriebsjahre nachweisen müssen, daß ihre Kraftwerke den Schutzzielen des kerntechnischen Regelwerks entsprechen. Die Deckungsvorsorge für Katastrophenfälle soll von bisher 500 Millionen DM auf mindestens 5 Milliarden DM erhöht werden. Die letzte Novelle des Atomgesetzes soll aufgehoben und das Personal der wichtigsten vom Bund eingesetzten Gremien und Organisationen (Reaktorsicherheitskommission, Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Strahlenschutzkommission usw.) einer "zügigen personellen Erneuerung" unterzogen werden, um auch kritische Sachverständige einbeziehen zu können.

Die Sorgen mit der Entsorgung

Neben der Frage der Restlaufzeiten ist sicherlich die Frage der Atommüll-Entsorgung der springende Punkt bei der Bewertung der grünen Konzepte. Auch mit diesem Thema hat sich die hessische Arbeitsgruppe beschäftigt. Unter der Federführung von Michael Sailer vom Darmstädter Öko-Institut wird nach einer Lösung für das unlösbare Problem mit dem strahlenden Abfall der Atomindustrie gesucht.

Schließlich müssen die Bündnisgrünen, wenn sie sich in Regierungsverantwortung begeben, auch die Verantwortung des Staates für die in den letzten Jahrzehnten angefallenen Atommüll-Mengen übernehmen (und auch für die in den im Ausstiegsgesetz vorgesehenen AKW-Restlaufzeiten weiter anfallenden Abfälle).

So ist es z.B. nicht möglich - sagen die JuristInnen - daß ein/e grüne/r BundesumweltministerIn den möglichen Endlager-Standort Gorleben kippt, um dann die Stillegung der Reaktoren wegen fehlender Entsorgungsmöglichkeit zu verfügen. Denn die Regierung müßte gleichzeitig die Suche nach alternativen Standorten eröffnen. Solange aber weiter nach Endlagermöglichkeiten geforscht wird - was staatliche Pflicht ist - gibt es auch die für den Entsorgungsnachweis der AKWs geforderten "Fortschritte bei der Suche nach einem Endlager".

Sailer und seine Kollegen haben aus diesem Dilemma als Handlungsoption entwickelt, die Erkundung des Salzstocks in Gorleben durch ein Moratorium zu unterbrechen und in dieser Zeit die grundsätzliche Debatte über Möglichkeiten relativ sicherer Endlagerung neu aufzurollen. Damit ist zwar der Entsorgungsnachweis noch nicht gekippt, doch zumindest werden im Wald bei Gorleben nicht weiter milliardenschwere Tatsachen geschaffen, die dann bei einer zukünftigen Standortentscheidung zu stark ins Gewicht fallen.

Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in den französischen und britischen WAAs soll nach dem grünen Konzept verboten werden. Dies dürfte auch beim möglichen Koalitionspartner durchsetzbar sein, da die SPD schon lange einen Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft fordert. Rainer Baake weist in einem Strategiepapier darauf hin, daß es notwendig ist, das Verbot der Wiederaufarbeitung an die Verabschiedung des Ausstiegsgesetzes zu koppeln. Davon erhofft er sich Akzeptanz in der Bevölkerung für die dann möglicherweise anstehenden Rücktransporte größerer Mengen hochradioaktiven Atommülls aus La Hague und Sellafield in die Bundesrepublik.

Die grünen Planspiele sehen vor, diese strahlenden Abfälle in den bereits vorhandenen und genehmigten Zwischenlagern in Ahaus und Gorleben zu deponieren. Auch was den Verbleib der in den noch Jahre weiterlaufenden Reaktoren anfallenden Müllmengen angeht, spricht der hessische Staatssekretär von Ahaus und Gorleben. Da die Partei allerdings die Proteste vor Ort fürchtet wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser, wird eine möglichst schnelle Umsetzung einer Zwischenlagerung in Castor-Behältern auf dem Gelände der Kraftwerke angestrebt. Dazu müssen aber erst an allen Reaktorstandorten Lagerhallen gebaut und genehmigt werden.

Grünes Dilemma

"Was ist in die Grünen gefahren?", so die Reaktion vieler in der Anti-Atom-Bewegung Engagierter, nachdem erste Meldungen über die beschriebenen Konzepte durch die Presse geisterten. Die Bewegung, als deren Teil sich die Grünen ja immer begriffen haben und aus der sie u.a. auch hervorgegangen sind, hat in all den Jahren des Atom-Konfliktes zwei grundsätzliche Forderungen aufgestellt. Zum einen die sofortige Stillegung aller Atomanlagen und zum anderen, über Entsorgungswege erst dann zu diskutieren, wenn die Stillegung vollzogen ist.

Ich fange mit letzterem Punkt an, um zu beschreiben, in welches Dilemma die aktuellen Planspiele sowohl Partei als auch Bewegung bringen. Baake argumentiert ja so, daß er eine gesellschaftliche Akzeptanz für Castor-Transporte und Zwischenlagerung schon dann erwartet oder erhofft, wenn der Ausstieg beschlossen, aber noch längst nicht vollzogen ist. Die Bewegung hat ihr Junktim aus gutem Grund aber immer so verstanden, daß die Suche nach dem "kleinsten Übel" der Atommüll-Lagerung erst dann beginnen kann, wenn auch der letzte Reaktor abgeschaltet ist. Denn nur dann kann vermieden werden, daß die scheinbar mit "Umweltengel" versehenen Lagerungs-Variante zur Rechtfertigung des Weiterbetriebs der AKWs mißbraucht wird. Schließlich ist diese Legitimation die Hauptfunktion aller sogenannter Entsorgungs-Konzepte bis zum heutigen Tag.

Wenn nun das rot-grüne Bündnis nicht mehr als eine Legislaturperiode übersteht und dann wieder atomenergiefreundliche Parteien die Politik bestimmen, dann können sie die mit grüner Regierungsmacht entwickelten Entsorgungsprojekte - z.B. neue Zwischenlager an den AKW-Standorten - dazu nutzen, den zahlreichen nach dem grünen Ausstiegsgesetz immer noch in der "Restlaufzeit" befindlichen Reaktoren eine im Atommüll-Bereich unbeschwerte Zukunft zu sichern.

Die gleiche Dynamik kann sogar dann entstehen, wenn das Wahlergebnis im September keine grüne Regierungsbeteiligung zuläßt oder wenn im Falle rot-grün ein Kanzler Schröder lieber auf den Konsens mit den Atomkonzernen und ihren Interessen setzt als auf grüne Ausstiegsstrategien. Dann sind nämlich trotzdem all die schönen, neu angedachten Entsorgungsvarianten im politischen Raum, und es wird den Grünen und der Bewegung um die Ohren gehauen, daß ja z.B. die Castor-Hallen in Gorleben und Ahaus so schlimm nicht sein können, wenn sogar die Umweltpartei Konzepte für solche kraftwerkexterne Trockenlagerung befürwortet hat.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich will hier nicht Politikberatung für eine potentielle Regierungspartei in spe betreiben und nun in puncto Ausstiegsgesetz und Atommüllproblematik andere Strategien, Paragraphen oder Konzepte empfehlen. Das kann gerne tun, wer es will. Da gibt es sicherlich auch noch eine Menge Ideen, wie eine ausstiegswillige Bundesregierung an der eine oder anderen Stelle der Atomindustrie in die Suppe spucken kann: den fehlenden Entsorgungsnachweis mehr in den Mittelpunkt stellen, das kerntechnische Regelwerk und Strahlenschutzbestimmungen verschärfen, die gesetzlich vorgeschriebene Zuverlässigkeit der Betreiber anzweifeln, die Frage möglicher staatlicher Entschädigungszahlungen angesichts der unvergleichbar höheren Kosten eines Super-GAU nicht von vorneherein ausklammern, die Berechnung der angenommenen 25 Jahre Amortisationszeit überprüfen (manche ExpertInnen sprechen von 17 Jahren), etc.

Auch Rainer Baake beeilt sich immer wieder zu betonen, daß das Ausstiegsgesetz ja nicht alles ist und sein Ministerium die Stillegungsverfügung für Biblis schon in der Schublade liegen hat und nur noch darauf wartet, daß es in Bonn eine politische Konstellation gibt, bei der die hessische Landesregierung nicht mehr mit einer bundesaufsichtlichen Weisung zu rechnen hat, wenn sie der RWE die Betriebsgenehmigung des Reaktors aufgrund gravierender Sicherheitsmängel entzieht.

Mir geht es in diesem Beitrag darum, deutlich zu machen, wo die grundsätzlichen Gefahren im Atombereich bei einer grünen Regierungsbeteiligung liegen. Wenn die Partei, die bisher parlamentarischer Ausdruck der Forderung nach Atomausstieg sein wollte, nun die Verantwortung für den Weiterbetrieb - wieviele Jahre auch immer - übernimmt und in dieser Rolle auch noch gezwungen ist, sich um den jahrzehntelang angefallenen Atommüll zu kümmern (die Bündnisgrünen als Müllmänner/frauen der Atomwirtschaft), das ganze auch noch unter einem Bundeskanzler, der ein ausgewiesener Freund der Stromkonzerne ist, dann kann dies zu einer deutlichen Schwächung des gesellschaftlichen Einflusses all derjenigen führen, die sich für das Ende der Atomwirtschaft stark machen.

Gerade das aktuelle Geschehen um den "Castor-Skandal" zeigt doch, in welch starker Position sich die Bewegung zur Zeit befindet. Da braucht es eben gar kein/e grüne MinisterIn, um die Transporte vorläufig zu stoppen.

Alle Erfahrung aus dem Kampf gegen die Atomindustrie lehrt, daß die politischen Erfolge der Bewegung selten davon abhängig waren, welcher Couleur eine Regierungskoalition in Bonn oder in den Landeshauptstädten war. Entscheidend war immer der von den AtomkraftgegnerInnen ausgehende politische Druck. Ob Wyhl oder Wackersdorf, ob Ernst Albrechts historisches Wort von der politischen Undurchsetzbarkeit der WAA in Gorleben, ob die unzähligen verhinderten Castor-Transporte in die Zwischenlager (statt einem pro Jahr würden die AKW-Betreiber gerne deutlich mehr durchführen). Die Liste der unter CDU/CSU-Regierungen gestoppten Atomprojekte ist lang. Und da diese traditionell wirtschaftsfreundlichen Parteien einen denkbar kurzen Draht zu den Vorstandsetagen der Konzerne haben, wird dort sogar manchmal mitgezogen, wenn die Politik dem "Druck der Straße" weicht. Auch dafür ist das aktuelle Geschehen ein gutes Beispiel.

Wie lange die Reaktoren noch weiterlaufen, hängt jedenfalls nicht in erster Linie davon ab, was die Grünen in ein Ausstiegsgesetz schreiben. Entscheidender ist der Machtkampf zwischen ausstiegswilliger Bevölkerung und den Interessen der Stromkonzerne. Je mehr Menschen sich bequem zurücklehnen und darauf warten, bis Rot-Grün den Ausstieg vollzogen hat, um so länger wird dieser dauern.

Daß diese Gefahr durchaus nicht konstruiert ist, zeigt die Erfahrung aus Niedersachsen zu Beginn der 90er Jahre. Der damals nach vollmundigen Ausstiegsversprechungen neugewählten rot-grünen Landesregierung wurde von Teilen der Bevölkerung ein großer Vertrauensvorschuß entgegengebracht ("Nun laßt die in Hannover doch erst mal machen"), und es dauerte mehrere Jahre, bis die Leute begriffen, daß auch eine Ex-Greenpeace-Aktivistin als Umweltministerin oder ein grüner stellvertretender Ministerpräsident wenig atompolitischen Einfluß haben, wenn die Menschen nicht auf die Straße gehen und sich querstellen.

Deshalb ist es durchaus angebracht, daß sich die Aktionen der Bewegung auch gegen die Politik der möglichen neuen Bundesregierung richten. Schließlich bleibt es allein schon angesichts der Gefahren unumgänglich, daß es weiter Protest und Widerstand geben wird, solange noch Atomkraftwerke am Netz sind, und dies unabhängig davon, welche Parteien eine Regierung bilden und welche Parteien meinen, den Weiterbetrieb politisch verantworten zu können, ob acht Jahre, wie manche Bündnisgrüne glauben oder zehn bis 30 Jahre, wie die SPD vorschlägt.

Die Grünen sind um ihren Job nicht zu beneiden, und sie müssen zwangsläufig damit rechnen, daß all ihr Handeln aus der Bewegung sehr kritisch verfolgt wird. Das ist nur zu verständlich, weil die SozialdemokratInnen in der Öffentlichkeit kaum das Image einer Ausstiegspartei haben, die Bündnisgrünen aber in weiten Teilen der Bevölkerung als RepräsentantInnen der Bewegung gelten. Wenn ihr Handeln den weiterhin notwendigen Forderungen zu wenig entspricht, dann haben sie ein Problem mit ihrer "Basis". Merkel, Schröder und die Atomwirtschaft werden auch nach der Bundestagswahl ihren Positionen treu bleiben. Wenn die Grünen im ganzen Atomkonflikt die einzigen sind, die sich von ihrem bisherigen Standpunkt deutlich entfernen, dann begeben sie sich in einen handfesten Rollenkonflikt, von dem nicht ausgemacht ist, ob ihn die Partei übersteht.

Nur wenn die Bündnisgrünen es bereits im Wahlkampf schaffen, ihren atomkraftkritischen WählerInnen nicht vorzugaukeln, mit einer Regierungsbeteiligung sei es getan, sondern weiter auf die entscheidende Rolle des außerparlamentarischen Widerstandes im Kampf um die Atomenergie setzen, haben sie vielleicht die Chance, den Balanceakt ohne größere Blessuren zu überstehen. Intern geben die Matadore der grünen Ausstiegskonzepte, ob nun Baake oder seine Berater Roßnagel und Sailer, gerne zu, daß sich nur dann etwas politisch bewegen läßt, wenn sich auf Straßen und Schienen etwas bewegt.

Kurioserweise befinden wir uns ja bei der Frage grüner Regierungsbeteiligung im Bereich Atompolitik mitten in den klassischen Diskussionen zwischen Bewegung und Partei in den 80er Jahren. Damals war viel vom "Standbein" Bewegung und "Spielbein" Partei im Parlament die Rede. Heute fällt von mancher grüner Seite das Wort von der "Begleitmusik", die die Bewegung zu den atompolitischen Bemühungen der Partei machen soll. Doch das geht deutlich am politisch Notwendigen vorbei. Nur wenn alle diejenigen, die den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie für unumgänglich halten, weiterhin selbst die "Musik" machen, und zwar möglichst laut, tanzen Regierungen und Konzerne in die richtige Richtung. Wichtig ist dabei allerdings für die Bewegung, trotz aller Schmerzen und allen Unverständnises über manche grüne Politikansätze den Hauptgegner nicht aus den Augen zu verlieren. Selbst die eher zaghaften grünen Ausstiegsversuche werden auf massiven Widerstand aus der Atomindustrie und der sie stützenden Parteien treffen. Und noch ist völlig unklar, welche Rolle die SPD unter einem möglichen Kanzler Schröder in diesem Konflikt einnehmen wird.

Die Chance nutzen

Es ist anzunehmen, daß die öffentliche Debatte nach einer von Rot-Grün gewonnenen Bundestagswahl stark von den Positionen der Parteien in den Koalitionsverhandlungen bestimmt wird und die Sachzwänge der atompolitischen Regierungsarbeit von den Bündnisgrünen zur Rechtfertigung ihres geringen Spielraumes in die Waagschale geworfen werden. Zu diesem Zeitpunkt wird es die Bewegung relativ schwer haben, mit eigenständigen Positionen öffentliches Gehör zu finden. Dann besteht sogar die Gefahr, daß die weiter berechtigte Forderung nach Sofortausstieg in der Diskussion als "utopisch" und "unrealistisch" abgetan wird. (Wer hätte denn vor zwei Monaten gedacht, daß es in diesem Land politisch durchsetzbar ist, sämtliche hochradioaktiven Atommülltransporte von einem Tag auf den anderen zu stoppen?)

Weil es nach der Wahl schwieriger wird, ist es dringend notwendig, die verbleibende Zeit bis September und die augenblicklich selten günstige Situation durch den Skandal der kontaminierten Castor-Behälter zu nutzen, um den politischen Druck in Richtung Atomausstieg zu erhöhen. Wer politische Chancen nicht nutzt, den bestraft das Leben in Form eines/r ohnmächtigen grünen Umweltministers/in. Wenn sich die AkteurInnen der Bewegung in den nächsten Wochen und Monaten halbwegs geschickt anstellen, wenn sie erkennen, wie lohnend es sein kann, gerade jetzt mit ganzer Kraft die aufbrechende Krise der Atomwirtschaft zu vertiefen, dann kann noch vor dem Wahltermin unter Umständen mehr erreicht werden, als in vier mühsamen grünen Regierungsjahren.

Jochen Stay

Zur Zeit werden in vielen Anti-Atom-Initiativen Konzepte für den Protest und Widerstand der nächsten Monate entwickelt. Wer sich an den Aktivitäten beteiligen möchte,kann sich u.a. an den Autor dieses Beitrages wenden. Sie/er bekommt dann entsprechendes Infomaterial zugeschickt. Kontakt: Jochen Stay, 29439 Jeetzel 41, Fax: 05841/4521

8. Grüne werden überflüssig. Stellvertretende GAL-Fraktionsvorsitzende legt Mandat nieder

Autor: Karin Barnsen · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:29

Am 5. Mai legte Anna Bruns, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft, ihr Abgeordnetenmandat nieder. Dieser Schritt dokumentiert eine tiefe Krise der Grünen in Hamburg und insbesondere des linken Flügels dieser Partei; eine Krise, die gerade durch die Regierungsbeteiligung seit dem November letzten Jahres an Schärfe zugenommen hat.

Auch wenn Anna Bruns als Begründung für ihren Rücktritt "persönliche Gründe" angab, so war doch der unmittelbare Anlaß für diesen drastischen Schritt eine heftige politische Kontroverse mit dem grünen Stadtentwicklungssenator Willfried Maier. Dieser zeichnet verantwortlich für ein neues "Koordiniertes Handlungskonzept" des Senats, mit dem der Hauptbahnhof und der angrenzende Stadtteil St. Georg nun endgültig vom Schmuddelimage "gesäubert" werden sollen: Die offene Drogenszene soll vornehmlich polizeilich-repressiv vertrieben werden, Straßenprostitution in St. Georg beseitigt und die anliegenden Straßenzüge zu "attraktiven Wohn- und Geschäftsorten" umgewandelt werden. Dieses Papier trägt unmißverständlich die Handschrift der Innenbehörde und folgt unverhohlen dem Geist des berüchtigten "Bettlerpapiers" von 1996. Bereits damals sollten BettlerInnen, Obdachlose und DrogenkonsumentInnen mit Polizeigewalt vom Hauptbahnhof und anderen "Visitenkarten der Stadt" vertrieben werden. Und wenn Karin Roth, neuerdings sozialdemokratische Sozialsenatorin und ehemalige DGB-Chefin, bejubelt, daß St. Georg wieder zu einer solchen "Visitenkarte" wird, bestätigt sie nachdrücklich diese Kontinuität.

Grüner Streit um Vertreibungspolitik

Aufgrund massiver Interventionen u.a. von Bruns, die auch sozial- und migrationspolitische Sprecherin ihrer Fraktion war, ist eine erste Fassung dieses neuen rot-grünen Handlungskonzepts zunächst Ende April im Senat ausgesetzt worden. Die Kritik der GAL-Fraktion an diesem Papier und an dem eigenen Stadtentwicklungssenator war durchaus scharf und strömungsübergreifend. Gut eine Woche später ist dann eine etwas überarbeitete Fassung von der Fraktion mehrheitlich akzeptiert und im Senat beschlossen worden. Daß Anna Bruns als stellvertretende Fraktionsvorsitzende auch diese Version öffentlich als "grünes Bettlerpapier" kritisierte und dem Stadtentwicklungssenator ein "bürokratisches Amtsverständnis" vorwarf, war jetzt Anlaß für jenen fulminanten Fraktionskrach, der schließlich zu Bruns' Mandatsniederlegung führte.

Das "Koordinierte Handlungskonzept am Hauptbahnhof" ist durchaus auch von anderen namhaften GALierInnen kritisiert worden. Manfred Mahr, Kritischer Polizist und innenpolitischer Sprecher der GAL-Fraktion, sah ein deutliches Übergewicht des "repressiven Teils" in dem Papier, was "grünem Gedankengut" widerspreche. Und die wohnungsbaupolitische Sprecherin Susanne Uhl sprach gar von einer "Optimierung der Vertreibung" und einer "Fortführung der alten Politik ohne einen einzigen grünen Akzent." Dennoch konzentrierte sich die anschließende Schlammschlacht in der Fraktion ausschließlich auf die Person Anna Bruns. Die Fraktionsmehrheit um den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Martin Schmidt versuchte, diesen Konflikt als individuelles Fehlverhalten einer Fraktionskollegin zu personalisieren. Ihr gelang es dabei außerdem, den Konflikt von einer inhaltlichen auf eine formale Ebene zu verlagern. Die Fraktion stritt jetzt nicht mehr um den Inhalt der Senatsvorlage, sondern nur noch darum, was ein Mitglied des Fraktionsvorstandes in der Öffentlichkeit sagen darf und was nicht, ob ein "eigener Senator" kritisiert werden darf oder nicht und welche demontierende Wirkung das Label "grünes Bettlerpapier" habe.

Es zeigte sich, daß Anna Bruns auf diesem Feld der Auseinandersetzung sehr schnell isoliert war. Selbst weite Teile der Fraktionslinken teilten die Auffassung, sie habe sich "im Ton vergriffen"; der Anspruch, Mitglieder des Fraktionsvorstandes hätten sich mit öffentlicher Kritik an grünen SenatorInnen zurückzuhalten, wurde nicht zurückgewiesen. Und es wurden auch keinerlei Versuche unternommen, die Kritik an dem Senatspapier noch einmal politisch-inhaltlich - und vor allem kollektiv - zu begründen und zu bekräftigen. Nur wenige Tage später, am 8. Mai, veröffentlichte die TAZ die Stellungnahmen von vier namhaften RepräsentantInnen der Partei- und Fraktionslinken, in denen diese sich ausdrücklich von Anna Bruns distanzierten und sowohl ihr formales Vorgehen wie auch ihre inhaltliche Kritik zurückwiesen.

Linke Grüne handlungsunfähig

Der Rücktritt von Anna Bruns macht mit einem Schlag den desolaten Zustand der GAL-Linken in Hamburg deutlich. Sie scheint kaum mehr zu einem kollektiven und koordinierten Handeln fähig zu sein. Strategische und taktische Absprachen scheinen nicht mehr zu existieren. Politisch unverantwortlich wird dies spätestens da, wo es keine Verständigung im Umgang mit dem Koaltionsvertrag und der grünen Regierungsbeteiligung gibt. Die Grünen haben in Hamburg einen Koalitionsvertrag abgeschlossen, der ihnen zumindest in zentralen Politikbereichen keinerlei eigenen Gestaltungsspielraum beläßt und der mittlerweile offensiv von der SPD gegen die Grünen instrumentalisiert wird. Dies und die Betonköpfigkeit der Hamburger SPD führt dazu, daß sich die Grünen und gerade ihr linker Flügel im Grunde permanent die Koalitionsfrage stellen müssen. Vor diesem Hintergrund keine strategische Klarheit darüber herzustellen, wann und an welchen Punkten möglicherweise ein Verlassen der Koalition thematisiert werden soll, ist ein unverzeihliches politisches Versäumnis. Alle rot-grünen Erfahrungen haben gezeigt, daß bei einer grünen Regierungsbeteiligung früher oder später die politische Frage ausgestritten werden muß, ob die Fraktion zum Erfüllungsgehilfen oder zum Korrektiv der Regierung gemacht wird. Die GAL-Linke in Hamburg hat sich in keinster Weise auf diese Auseinandersetzung vorbereitet. In der Konsequenz wird die "Gefährdung der Koalition" zu einem Druckmittel, dem die Linken absolut nichts entgegenzusetzen haben. Sie beklagen mehr oder weniger wortreich die Kröten, die der rot-grüne Senat produziert, schlucken sie aber in jedem Einzelfall aufs neue. Was bleibt, ist die eigene Unglaubwürdigkeit oder individuelle Konsequenzen, wie die Mandatsniederlegung von Anna Bruns.

In der TAZ vom 6. Mai ist Bruns' unterstellt worden, sie wolle sich mit ihrem Schritt lediglich ein "reines Gewissen" verschaffen. Der Hamburger Innensenator spitzte diese Behauptung in derselben Zeitung am 11. Mai weiter zu, indem er von einem zwar verständlichen, letztlich aber unpolitischen Handeln sprach. Diese Unterstellungen werden zwar durch das individualistische Verhalten der GAL-Linken in dem Konflikt genährt, sind aber dennoch nichts weiter als eine Denunziation. Die TAZ beschreibt ja durchaus richtig, daß eine Koalition mit der Hamburger SPD kein Sonntagsspaziergang sei und man sich selbstverständlich verbiegen müsse. Aber sowohl für die persönliche Integrität als auch für die politische Handlungsfähigkeit ist es unverzichtbar, die eigenen Spielräume politisch stets neu zu bestimmen und gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen. Dies hat Anna Bruns getan. Vorzuwerfen ist ihr nur, daß sie diesen Schritt nicht im Rahmen einer breiteren politischen Diskussion gegangen ist.

Grüne in der Krise

Anna Bruns hat aus ihrer kritischen Haltung zum Hamburger Koalitionsvertrag nie ein Hehl gemacht. Es spricht daher einiges dafür, daß ganz gezielt sie in dem Konflikt um das "grüne Bettlerpapier" abgemahnt werden sollte. Doch auch wenn Senator Maier sich jetzt "von der Fraktion unterstützt" sieht, ist es sehr fraglich, ob die Partei- und Fraktionsmehrheit wirklich diesen Preis für die Bekräftigung der Koalition zahlen wollte. Mehr radikale Bürgerrechtlerin und Demokratin als (sozialistische) Linke hat die Fraktion mit Anna Bruns nicht nur eine herausragende Migrations- und Sozialpolitikerin verloren, sondern auch eine moralische Instanz. Wie kaum eine andere Politikerin repräsentierte Bruns das moralische und leidenschaftliche "Herz" dieser Partei. Ihr Rücktritt signalisiert somit in erster Linie, daß ein solches "grünes Herz" in einer rot-grünen Regierung fehl am Platz und überflüssig ist und daß eine konsequente bürgerrechtlich-demokratische Sozial- und Migrationspolitik nicht (mehr) gemacht werden kann. Ein Signal, das für die Grünen als Ganzes verheerend ist und auch von den Parteirechten kaum gewollt sein dürfte.

Den Grünen ist es bisher relativ erfolgreich gelungen, gerade die ungeliebte Sozial- und Migrationspolitik innerparteilich zu entsorgen und sie gleichzeitig integren PolitikerInnen als Spielwiese zu überlassen. Mit Bruns' Rücktritt bricht dieses Kartenhaus zumindest in Hamburg zusammen. Die Hamburger Grünen sind nicht in der Lage, diese Politikbereiche auch nur annähernd adäquat neu zu besetzen. Sie werden dazu gezwungen, auch nach außen zu dokumentieren, daß sie in diesen Bereichen, die maßgeblich zur Profilierung der Grünen als menschen- und bürgerrechtlich orientierte Partei beigetragen haben, in Zukunft keine ernstzunehmenden politischen Positionen beziehen können.

Der Rücktritt von Anna Bruns hat geradezu schockartig deutlich gemacht, wie sehr die bisherige grüne Partei unter den Bedingungen einer rot-grünen Koalition überflüssig geworden ist. In vielen gesellschaftlichen Bereichen und nichtzuletzt in der Parteibasis selbst sitzt dieser Schock tief. Bis weit ins rechte Parteilager hinein gab es eine erhebliche Enttäuschung über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen. Inzwischen ist es

nahezu unmöglich geworden, einigermaßen plausibel zu begründen, worin in Hamburg grüne Politik als Reformpolitik besteht. Immer deutlicher wird die bloße Regierungsbeteiligung zum politischen Selbstzweck, der allerdings ständig schwerer zu vermitteln ist. Vor einigen Monaten konnte jede innerparteiliche Kritikerin mit dem demagogischen Hinweis diszipliniert werden: "Mit solchen Positionen werden wir die Bundestagswahl nicht gewinnen." Heutzutage müssen sich Partei- und Fraktionsgrößen bei innerparteilichen Veranstaltungen wieder die Bemerkung gefallen lassen "Na und?"

Karin Barnsen

9. Ohne Gen-Test keine Familienzusammenführung

Genetische Fingerabdrücke bei Flüchtlingen

Autor: Werner Reisberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:14

In anderen Bereichen noch mehr oder weniger heiß umstritten wird der genetische Fingerabdruck bei Flüchtlingen bereits praktiziert. Auch die Erstellung, Speicherung und Vernetzung von Gen-Dateien ist im Bereich der Asylpolitik weit fortgeschritten.

Per Rundschreiben informierte das Bundesinnenministerium (BMI) am 12. November 1997 die Länderinnenminister über die Möglichkeit, einen "genetischen Fingerabdruck" von nordirakischen Kurden und Kurdinnen zu nehmen, wenn deren Papiere das Verwandtschaftsverhältnis mit ihren in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen nicht ausreichend belegen. Der vergleichende Test wird mit Speichelproben durchgeführt, die den Flüchtlingen von einem Vertrauensarzt der deutschen Botschaft in Ankara entnommen werden. Parallel dazu müssen die in der Bundesrepublik lebenden Verwandten ihren Speichel bei einem Amtsarzt abgeben. Die Proben werden am Institut für Rechtsmedizin der Universität Münster analysiert. Zuständiger Mediziner in Münster ist Prof. Brinkmann, auf dessen Privatkonto die Flüchtlinge auch die Gebühren von etwa 660,- DM überweisen müssen. Nach Angaben der Universität Münster kann Herr Brinkmann - der de facto ein von den Behörden gebilligtes Monopol innehat - die Gen-Untersuchungen von Flüchtlingen rechtlich einwandfrei privat abrechnen.

Weder das Auswärtige Amt noch das Bonner Innenministerium konnten bisher eine klare Auskunft darüber erteilen, welche Personen oder Behörden über Art, Umfang und Ausgestaltung des Testprogrammes entschieden haben. Der Sprecher des Innenministeriums bestreitet jegliche Beteiligung seines Ministeriums und teilt mit, daß die Initiative vom Auswärtigen Amt ausgegangen sei. Dessen Sprecher, Herr Lindner, hingegen erklärt, daß das Verfahren "wahrscheinlich von irgendeiner Ausländerbehörde" vorgeschlagen worden sei, die von der Möglichkeit erfahren hätte, in Münster solche Untersuchungen durchführen zu lassen.

Rechtlich unklar ist, was mit den Proben und den gewonnenen Daten nach Untersuchungsende geschieht. Glaubt man Professor Brinkmann, so werden die personenbezogenen Daten unter Verschluß gehalten und weder für Forschungszwecke verwendet noch an die Sicherheitsbehörden weitergeleitet- eine Behauptung, die sich nicht überprüfen läßt.

Unklar ist auch, wie die Flüchtlinge über die Art der Untersuchung aufgeklärt werden und in welcher Form ihnen das Testergebnis mitgeteilt wird. Eine lediglich lakonisch hingeworfene Bemerkung wie z.B. "Das ist gar nicht Ihr Kind" führt logischerweise zu schwerwiegenden Familienkonflikten - ganz abgesehen davon, daß diese Auskunft natürlich auch auf einem falschen Testergebnis beruhen kann. Für Herrn Lindner sind allein die örtlichen Ausländerbehörden und das Institut des Professor Brinkmann verantwortlich für die Ausgestaltung des Verfahrens.

Für das nordrhein-westfälische Innenministerium sind diese Tests eine rein "private" und "freiwillige" Angelegenheit zwischen den Antragstellern und dem Münsteraner Institut. Von einer freiwilligen Entscheidung, der die notwendigen Informationen vorausgegangen sind, kann allerdings kaum die Rede sein, denn eine Verweigerung der Tests hat automatisch die Einreiseverweigerung zur Folge. Auch haben die AntragstellerInnen nicht die Möglichkeit, eine Kontrolluntersuchung bei einem anderen Labor durchzuführen, weil die möglicherweise abweichenden Ergebnisse nicht anerkannt würden.

Genetische Datenerfassung

Nach Auskunft von Lindner rechtfertigen angeblich unvollständige oder gefälschte Papiere der Flüchtlinge die Untersuchungen. Außerdem sei der Gen-Test oftmals die einzige Möglichkeit für die Flüchtlinge, den Nachweis über das Verwandtschaftsverhältnis zu führen.

Angeblich gibt es keine Bestrebungen, die Gen-Tests auch auf andere Nationalitäten auszudehnen, obwohl es durchaus andere Flüchtlingsgruppen gibt, deren Dokumente nicht dem bürokratischen Anspruch der bundesdeutschen Behörden genügen. Außerdem scheint das Auswärtige Amt schon selbst nicht mehr zu wissen, wer, wo und wann getestet wird: Der auf Asylrecht spezialisierte Kölner Rechtsanwalt Gunter Christ

berichtet von einem in Deutschland lebenden afghanischen Ehepaar, das ihr Kind aus Pakistan in die Bundesrepublik nachholen wollte. Obwohl es ordnungsgemäß in den Paß der Eltern eingetragen war, wurde dem Kind von der deutschen Botschaft in Pakistan erst die Einreise gestattet, nachdem in Münster der genetische Fingerabdruck angefertigt wurde. Entgegen der bisherigen Praxis wurde in diesem Fall der Eintrag des Kindes im gültigen Paß des Ehepaares nicht mehr als ausreichend anerkannt - ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Tests auch eingesetzt werden, um eine zusätzliche Hürde vor der Einreise aufzubauen.

Schon jetzt werden Flüchtlinge europaweit erkennungsdienstlich behandelt. Im Aufbau befindet sich EURODAC, ein europaweites Fingerabdrucksystem, das die mehrfache Bearbeitung von Asylanträgen vermeiden soll. Insbesondere soll auch in anderen europäischen Staaten die erkennungsdienstliche Behandlung von Flüchtlingen sofort bei der Einreise und noch vor der Stellung eines Asylantrags erfolgen; eine Maßnahme, die nach Informationen von Medico International vor allem auf Drängen des Bundesinnenministeriums erfolgte. Die Sicherheits- und Innenbehörden sind immer daran interessiert, auf möglichst viele Daten zugreifen zu können. Es dürfte daher nicht überraschen, wenn einmal die Forderung aufgestellt werden sollte, auch die bisher vorliegenden DNA-Profile von Flüchtlingen in Datenbanken zu sammeln und EU-weit verfügbar zu machen.

Professor Brinkmann, Präsident der deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin, hat sich bisher nicht durch Rücksichtnahme auf die Belange des Datenschutzes ausgezeichnet. In einem Interview mit Focus Anfang April über genetische Fingerabdrücke als Fahndungsmittel der Polizei spricht er sich dafür aus, auch bei weniger schweren Delikten wie z.B. Einbruch die DNA-Profile der TäterInnen in Datenbanken zu speichern. Er sieht überhaupt keine Probleme in datenschutzrechtlicher Hinsicht, sondern fragt: "Was ist denn schon Schlimmes dabei?" In der taz vom 18. April 1998 kritisiert er die vorgesehene zeitliche Beschränkung der Speicherung von Körperzellen auf zwei Jahre. Die DNA-Profile könnten bei einer Weiterentwicklung der Analysemethode dann nicht mehr auf den neuesten Stand gebracht werden.

Britische Erfahrungen

Die bei einem genetischen Fingerabdruck gewonnenen Daten lassen keine Rückschlüsse auf Persönlichkeitsmerkmale und Krankheitsanfälligkeiten zu - das behaupten jedenfalls Brinkmann und seine Kollegen. Für die üblichen DNA-Testmethoden mag das auch zutreffen. Aus eingefrorenen Körperzellen aber lassen sich jederzeit die gewünschten Informationen gewinnen. Auch die Speichelproben der irakischen Flüchtlingsfamilien werden in Münster auf unbestimmte Zeit gespeichert, da ja, wie Herr Brinkmann anmerkt, "zu einem späteren Zeitpunkt Kontrolluntersuchungen notwendig werden können". Denkbar ist auch, daß die bisher von den Analytikern für den Fingerabdruck benutzten und als informationslos geltenden DNA-Sequenzen (d.h. DNA-Sequenzen, deren Informationen bei heutigem Wissensstand nicht interpretierbar sind) mit der fortschreitenden Entschlüsselung der DNA plötzlich Rückschlüsse erlauben, die vorher nicht für möglich gehalten wurden.

Die Erfassung von Flüchtlingen mittels genetischem Fingerabdruck ist übrigens keine Erfindung der Deutschen: Der Brite A. Jeffreys, der die Methode entwickelte, beschrieb 1985 ihren Einsatz bei einem Jungen aus Ghana, bei dem die Behörden die Verwandtschaft zu der in Großbritannien lebenden Mutter anzweifelten. In den folgenden Jahren wurde dieses Verfahren in Großbritannien tausendfach bei ImmigrantInnen (vorwiegend aus Indien und Bangladesh) angewendet. MigrantInnen-Organisationen gerieten durch diese Praxis in ein Dilemma: Einerseits wurde die generelle Einführung des Gen-Tests gefordert, weil ohne den Test ungefähr 25% aller AntragstellerInnen wegen ungenügend bewerteter Papiere abgelehnt wurden, während beim Gen-Test für ca. 95% eine Verwandtschaft nachgewiesen werden konnte. Andererseits forderten die MigrantInnen-Organisationen, den Test nur als letztes mögliches Mittel zu benutzen, da ein negatives Ergebnis in den Familien erhebliche Konflikte auslöste. 1989 wurde der genetische Fingerabdruck als Beweismethode zur Bestimmung von Verwandtschaftsverhältnissen vor britischen Zivilgerichten zugelassen.

Wie auch die Gen-Datenbanken, die momentan für die Polizeibehörden aufgebaut werden, bewegt sich die genetische Erfassung von Flüchtlingen in einer rechtlichen Grauzone. Hier wird, so ist zu vermuten, ohne Rücksicht auf datenschutzrechtliche Belange eine neue Erfassungsmethode an einer Personengruppe ohne Lobby ausprobiert.

Werner Reisberger

Quellen:

Frankfurter Rundschau, 7.01.1998, "Bonn macht Grenzen für Kurden dicht"

Süddeutsche Zeitung, 20.12.1997, "Schengen und die flüchtenden Kurden"

Kurdistan aktuell Nr. 61, März 1998, S. 85 ff, "Kein Ausfuhrverbot von Flüchtlingen in den Irak"

Alec J. Jeffreys et al, "Positive identification of an immigration test-case using human DNA fingerprints", Nature, Vol. 317, 31 Oct. 1985, S. 818 ff.

Nature, "DNA fingerprinting to be used for British immigrants?", Vol. 331, 18 Feb. 1988, S. 556

Nature, "Genetic tests made official by UK courts", Vol. 339, 8. Jun. 1989, S. 408

10. Magere Zeiten für die REPs. Schönhuber sieht sich als Integrator einer neuen Rechtspartei

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:01

Während die DVU in Sachsen-Anhalt ihren Wahlerfolg feierte, machten die Republikaner lange Gesichter. Nach den Niederlagen in Hamburg und Niedersachsen erlebten sie jetzt mit einem Stimmenanteil von 0,7 Prozent ein Debakel. Tage nach der Wahl folgte die nächste Ohrfeige: Der ehemalige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber, zur Zeit parteilos, wurde von Gerhard Frey als Spitzenkandidat der DVU für die Europawahl 1999, möglicherweise auch für die Bundestagswahl im September präsentiert. Anfang vom Ende der REPs? Entsteht aus der Umbruchkrise eine neue Rechtspartei?

Franz Schönhuber, laut Armin Mohler der einzige Volksredner, den die deutsche Rechte der Nachkriegszeit hervorgebracht hat, will durch seine Spitzenkandidatur für Gerhard Freys DVU zu den Europawahlen im Sommer 1999 als der große "Integrator" wirken und mithelfen, den "mörderischen Bruderkampf der Rechtsparteien zu beenden"; ein wenig klammheimliche Freude darf man bei ihm schon vermuten, wenn er die letzten Landtagswahlergebnisse betrachtet, die seine ehemalige Partei unter seinem Nachfolger Rolf Schlierer eingefahren hat. Nach dem ersten Debakel in Hamburg im September vergangenen Jahres, bei dem die REPs von 4,8% im Jahr 1993 auf nunmehr magere 1,9% abstürzten und noch mit ihrem besten Bezirks-Ergebnis hinter dem schlechtesten der DVU zurückblieben, erklärte Schönhuber kategorisch: "Die propagierte ‚staatstragende` Attitüde erwies sich in Hamburg als Reinfall. Die Geschichte lehrt, in Notzeiten gewinnen nicht die Sympathischeren oder Moderateren, sondern die in ihren Aussagen Härteren und Direkteren."

Sein in früheren Zeiten gehätschelter Kronprinz, dem Schönhuber nun ständige Anbiederung an die CDU, die political correctness und den Zeitgeist vorwirft, hatte vor dieser Wahl noch zuversichtlich erklärt, die Partei befinde sich im Aufwind; in einer großangelegten Werbekampagne solle der Mitgliederstand um 5.000 auf 20.000 gesteigert werden, denn die Partei brauche "die besorgten Bürger aus Handwerk, Mittelstand und intellektuellen Kreisen, um nach einem Wahlerfolg in Hamburg den sich anbahnenden Aufgaben gewachsen zu sein." Das Wunschdenken ersetzte die Strategie. Entsprechend gestaltete sich der Wahlkampf, bei dem die REPs im Stadtbild im Gegensatz zu ihrer Konkurrenz von DVU und Bund Freier Bürger kaum präsent waren.

Führungsanspruch

trotz Niederlage

Schuldzuweisungen ersetzten auch nach dieser ernüchternden Niederlage die Analyse. Der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Käs sah in einem anderen Gescheiterten, dem Law-and-Order-Sozialdemokraten Henning Voscherau, den Hauptschuldigen für den eigenen Mißerfolg. In einem Interview mit Nation + Europa erklärte er: "Durchschlagend aber war die unheilige Allianz von Herrn Voscherau mit der DVU. Letztlich ist der sozialdemokratische Regierungschef dafür verantwortlich, daß eine nicht parlamentsfähige Partei fast 5% der Stimmen erhalten hat. (...) Nach Lage der Dinge hat aber keiner mit der neuen Strategie der Altparteien gerechnet, den schwachen gegen den eigentlich viel gefährlicheren Gegner stark zu machen. Daraus müssen wir lernen."

Er selbst erwies sich allerdings als nur wenig lernfähig, denn beim sogenannten Republikaner-Tag am 3. Oktober 1997 in Stuttgart meinte er noch immer, für seine Partei eine Führungsrolle im rechten Lager beanspruchen zu können. "Ich fordere... hiermit feierlich alle ehrlichen Patrioten innerhalb und außerhalb der Partei auf, ihre ewigen Eigenwilligkeiten und eitlen Verletzungen endlich zu vergessen und, die große nationale Aufgabe vor Augen, sich uns vorbehaltlos anzuschließen. Ich wiederhole es deutlicher: Ich fordere heute uneingeschränkt Gefolgschaft aller echten Patrioten in Deutschland ein. Wer ab heute, wer ab diesem Moment nicht zu uns steht, sondern uns bekämpft, verrät die Zukunft Deutschlands."

Dieser Hochmut, der bekanntlich vor dem Fall kommt, lag vollkommen auf der Linie des Bonsai-Führers Rolf Schlierer. Der farblose Parteivorsitzende, von dem böse Zungen in seiner Gefolgschaft behaupten, er sei schon in Anzug und Weste zur Welt gekommen und meine, Arbeiter seien eine Spezies, die es im Zoo zu betrachten gebe, wies brieflich eine Einigungsofferte Gerhard Freys schroff zurück. Lapidar hieß es dort: "Sehr

geehrter Herr Dr. Frey, nachdem Sie in der Öffentlichkeit bereits angekündigt hatten, in Niedersachsen Herrn Schröder und in Bayern die Freien Wähler zu unterstützen, steht fest, daß sie keine Position einer nationalen Opposition, sondern die Altparteien unterstützen. Vor diesem Hintergrund sehe ich keine Möglichkeit zu irgendwelchen Absprachen." Freys Antwort fiel ebenso knapp aus: Anstatt gemeinsam nach vernünftigen Lösungen zu suchen, würden sich die REPs einem normalen Miteinander verweigern und lieber ihre Partei untergehen lassen.

Aber ein "normales Miteinander" war selbst im innerparteilichen Leben schon längst nicht mehr gegeben. Für den Parteitag in Dietmannsried am 18. Oktober 1997 hatte die REP-Führung ein Schauspiel vorbereitet, das den Delegierten Ausstrahlungskraft und Bündnisbereitschaft vorgaukeln sollte. Als Gastredner waren zu diesem Zweck der unvermeidliche Prediger der rechten Einheit, Alfred Mechtersheimer, der führende Funktionär des französischen Front National, Yvan Blot, und der Landesvorsitzende der Deutschen Sozialen Union in Sachsen-Anhalt, Joachim Nothdurft, eingeladen worden. Letzterer bot ein Bündnis für die Landtagswahl an, Schlierer stimmte ohne zu zögern zu - allerdings ohne Rücksprache mit dem dortigen Landesverband.

Eine Analyse des Wahlergebnisses von Hamburg wurde beim Parteitag für überflüssig gehalten. Wichtiger war es, das Bundesschiedsgericht, das in der Vergangenheit wiederholt satzungskonforme, aber Schlierer mißfallende Entscheidungen gefällt hatte, so umzugestalten, daß es größere Fügsamkeit versprach. Während dieser Coup noch - wenn auch unter dem Murren zahlreicher Delegierter - gelang, gestaltete sich die notwendig gewordene Nachwahl dreier Beisitzer im Parteivorstand als mittlere Katastrophe. Neben dem alten hessischen Schönhuber-Gefolgsmann Jochen Klings und dem aus Thüringen stammenden Befürworter einer ultrarechten Einheitsfront Uwe Horst Freiherr von Soden wurde dabei nämlich auch die Ehefrau eines der wesentlichen Gegner Schlierers, des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Rudolf Krause, in dieses Gremium gewählt. Kurz zuvor hatte sie noch der Tagungsleitung "Stalinismus" vorgeworfen, weil auf deren Geheiß der bisherige Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts mit Polizeigewalt aus dem Saal geschafft worden war. Die Nachwahl geriet somit zum Affront.

Natürlich spielte auch die "Einheit der Rechten" bei diesem Parteitag eine gewichtige Rolle. Und, wie meistens bei der extremen Rechten, wenn von Einheit die Rede sein soll, wird zunächst von der Unvereinbarkeit gesprochen. In seiner Parteitagsrede erteilte Schlierer jeglicher Zusammenarbeit mit NPD oder DVU eine Absage. "Gespensterparteien mit dubiosen Millionen-Etats", was allerdings auch auf den BFB zutrifft, seien keine Partner. Eine Kooperation mit Leuten, die den Parlamentarismus abschaffen wollen, komme nicht in Frage. Der bevorstehende Einzug in die Länderparlamente von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern werde den REPs wieder die führende Rolle auf der Rechten bringen.

Heimlich, still und leise wurde dagegen ein erstes, tastendes Liebeswerben um den Bund Freier Bürger inszeniert, dessen Vorsitzender Manfred Brunner sich noch ein halbes Jahr zuvor bei der Jungen Freiheit beschwert hatte, im Kontext der "problematischen Republikaner" wolle seine Partei nicht genannt werden. Doch Schlierer verhielt sich stur analog zu den Textzeilen des alten "Fehlfarben"-Klassikers "Paul ist tot": "Was ich haben will, das krieg ich nicht. Was ich kriegen kann, das gefällt mir nicht." Unverdrossen beauftragte er trotz der ablehnenden Signale Parteivorstandsmitglied Gerolf Tittel mit entsprechenden Verhandlungen, die erwartungsgemäß erfolglos blieben.

Franz Schönhuber, der offenkundig noch immer über gute Informationsquellen in der REP-Führung verfügt, plauderte die Einzelheiten geradezu genußvoll aus: "Schon die Begleitumstände des Treffens hätten ihn entmutigen müssen. Manfred Brunner bestand nach Aussagen aus REP-Kreisen darauf, sich an einem entlegenen, unbeleuchteten Autobahnparkplatz zu treffen. Begründung: er könne es sich nicht leisten, mit einem REP-Funktionär gesehen zu werden." Für Schönhuber ist ein Techtelmechtel mit dem neoliberalen Bund Freier Bürger ohnehin sinnlos, denn "was er (Brunner; Anm. J.C.) macht, ist überflüssig wie ein Kropf. Heiner Kappel und seine Professoren sind lauter Generäle, denen aber das Fußvolk fehlt."

Pleite bei der Niedersachsenwahl

Doch der nächste Hoffnungsschimmer für die REPs leuchtete schon am Horizont: die Landtagswahl in Niedersachsen am 1. März, wo, im Gegensatz zu Hamburg, außer Gerhard Schröder keine Konkurrenz von rechts drohte. Leicht spöttisch prognostizierte die neofaschistische Monatszeitschrift Nation + Europa deshalb

für Niedersachsen "eine glänzende Chance" und ergänzte ebenso spöttisch: "Auch die politischen Rahmenbedingungen waren noch nie besser. Die höchste Arbeitslosigkeit seit 1932/33 - das müßte eigentlich zweistellige Wahlergebnisse für die Rechte bewirken." Wenn es da nicht noch ein entscheidendes Hindernis gäbe: die Partei selbst. Im gleichen Heft zitierte Franz Schönhuber die in REP-Funktionärskreisen verbreitete Ansicht, gegenwärtig könne man auch einen Besenstiel aufstellen und er werde gewählt werden. Nach dem Einzug ins Parlament aber, warnte Schönhuber, müsse ein solcher Besen auch kehren können und wollen.

Gerade das aber trauten in Niedersachsen offenbar selbst etliche der führenden Funktionäre im Landesverband dem inneren Zirkel um den Landesvorsitzenden Peter Lauer (früher NPD) nicht zu. Die auf seine Initiative hin mit viel Aufwand betriebene Initiative für ein Volksbegehren gegen die Einführung des Euro, die fast ausschließlich von REP-Funktionären getragen wurde, geriet zum Desaster. Die Einbeziehung des gesamten Landesverbandes mißlang sichtlich, die erhoffte Öffentlichkeitswirksamkeit ließ sich nur in wenigen Städten erreichen, vielfach verrottete das teure Material in den Kreisverbänden, die eigentlich für den Wahlkampf benötigten finanziellen Ressourcen wurden u.a. durch ganzseitige Zeitungsanzeigen weitgehend aufgebraucht, und schließlich wurde noch nicht einmal die nötige Zahl an Unterschriften erreicht. Mißerfolg auf der ganzen Linie also.

Folgerichtig kamen die schon lange schwelenden Konflikte im Landesverband nunmehr offen zum Ausbruch. Den Kreisverband Hannover, einen der wenigen funktionsfähigen im Lande, verließen zur Jahreswende rund die Hälfte der ca. 50 Mitglieder. Dazu gehörten auch die Ratsmitglieder Gerhard Wruck (ex-NPD), einstmals stellvertretender Landesvorsitzender und wichtiger Spender der Partei, und der Bauunternehmer Günter Lüdtke (ex-NPD), ein ehemaliges Mitglied der Waffen-SS. Zu Jahresbeginn kam es dann zu einem regelrechten Exodus aus dem bis dahin relativ starken Regierungsbezirk Lüneburg, wo ungefähr 50 Personen die Partei verließen. Es handelte sich keineswegs um irgendwelche Karteileichen, sondern vielmehr um zahlreiche Mandatsträger und langjährige Funktionäre. Auf einen Schlag verloren die niedersächsischen REPs somit fast alle ihre Vertreter in den Rathäusern und in den Kreistagen. Auch das Parteivorstandsmitglied August-Wilhelm Petersen vollzog den Parteiaustritt. Als Gründe wurden "die ständigen Ordnungsmaßnahmen, die Ausgrenzung von Parteifreunden, die Mißachtung von Schiedsgerichtsurteilen und die Mißachtung der Parteisatzung" angeführt. Es war also keineswegs nur eine Rebellion gegen den Provinzfürsten Lauer, sondern auch eine gegen den Lehnsherrn Schlierer selbst.

Dieser machte sich selbst Mut, beschwor wiederholt die Richtigkeit seines Kurses, beteuerte, daß er die Prüfung bestehen werde. Doch selbst seine notorische Wirklichkeitsblindheit mag bei der zentralen Wahlkampfveranstaltung am 13. Februar in Hannover durch ein wenig Ernüchterung unterbrochen worden sein. Hatte es sein Vorgänger Schönhuber stets vermocht, tausende Zuhörer anzulocken, so hatten Schlierers Parteifreunde vorsichtshalber lediglich den 800 Personen fassenden Beethovensaal der Stadthalle angemietet. Ein Kneipenhinterzimmer hätte es beinahe auch getan. Nach wohlwollenden Schätzungen knapp 150 Besucher verloren sich im weiten Rund, um den bekannten Ergüssen Schlierers zu lauschen.

Die mittelprächtige Pleite am 1. März kam deshalb nicht überraschend. Der Anteil der Zweitstimmen sank von 3,7 auf 2,8 Prozent. Doch auch bei dieser Wahl konnte umgehend ein Schuldiger präsentiert werden. Die Presse war es, die mangelhaft über den Wahlkampf berichtet habe. Allerdings kann, wo nichts ist, auch keine Berichterstattung stattfinden. Landesvorsitzender Lauer sprach trotzdem in diesem Zusammenhang von einer "massiven Wahlbeeinflussung". Eine Analyse wurde wie nach dem Hamburger Desaster tunlichst vermieden, um nicht mit der Nase auf eigene Versäumnisse zu stoßen. Das neoliberale Dampfgeplauder über den Euro und ähnliche Themen hatte offenkundig nicht den erhofften Einbruch in die bürgerlichen Wählerschichten gebracht. Allein 22.000 Stimmen flossen zurück an die SPD.

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnten weiterhin in den traditionellen Schwerpunktgebieten der extremen Rechten in der Lüneburger Heide erzielt werden. Die anderen, aus der Sicht der REPs positiven Kennziffern hätten eigentlich bereits deutliche Anhaltspunkte für einen notwendigen Themen- und Zielgruppenwechsel liefern müssen, wenn man die anhaltende Talfahrt in einen neuerlichen Anstieg wenden wollte. So schnitt die Partei mit 10% bei den Erstwählern unerwartet gut ab. Die beiden herausragenden Ergebnisse wurden mit 8,6% in Wilhelmshaven und 5,7% in Jever erzielt. In der Vergangenheit war der ostfriesische Raum unfruchtbarer Boden für die Agitation der REPs gewesen. Beide Wahlkreise sind traditionelle SPD-Hochburgen, in beiden herrscht eine gravierende, langanhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit. Relativ günstig gestaltete sich der Trend außerdem in Stadtteilen, deren Abstieg zu Slums droht.

Debakel in Sachsen-Anhalt

Das niedersächsische Wahlergebnis lieferte also reichlich Indikatoren, die man für die Wahl in Sachsen-Anhalt nur knapp zwei Monate später hätte heranziehen können. Genau das taten die REPs nicht. Mit der in Sachsen-Anhalt wenig bedeutenden DSU hatte die Parteiführung endlich einen Partner gefunden, der noch nicht das Stigma der Beobachtung durch den Verfassungsschutz trägt. Hinzu kam noch die Miniatur-Partei Demokratische Erneuerung, eine regionale Abspaltung der REPs. DSU-Landeschef Joachim Nothdurft sah in der Listenverbindung ein "wichtiges Signal" und prophezeite: "Die gemeinsame Liste der demokratischen Rechten wird in Sachsen-Anhalt erfolgreich sein." Und Rolf Schlierer assistierte, indem er von "einer historischen Chance zu einer echten politischen Wende" sprach. Die Bundespartei werde das Projekt mit aller Kraft und aus allen Gliederungen unterstützen. Auch Alfred Mechtersheimers Segen bekam das Vorhaben. Man müsse der Anwalt derjenigen Deutschen sein, so erklärte er, "die den Preis für Globalisierung und europäische Integration zu zahlen haben."

Nur einen knappen Monat nach der Verabschiedung der Bündnisliste bei einer gemeinsamen Versammlung am 15. Februar in Zerbst hörte sich alles wieder ganz anders an. In der Märzausgabe des Parteiorgans spielte Schlierer den Papiertiger: "Der Bundesvorstand tritt allen Versuchen, die gemeinsame Liste zu sabotieren, rasch und entschieden entgegen." Gut gebrüllt, Tiger! Nur erschreckte er mit dem Gebrüll niemanden. Beim Bündnispartner DSU spielte zwar der Landesverband mit, aber der Bundesverband zierte sich erheblich. Das Parteipräsidium der DSU distanzierte sich von dem Vorhaben und kündigte die Einleitung von Disziplinarmaßnahmen an. Man befürchtete wohl negative Auswirkungen auf die gleichzeitig für die Bundestagswahl laufenden Kooperationsbemühungen mit dem Bund Freier Bürger.

Umgekehrt war die Situation bei den REPs. Hier wollte der von Schönhuber-Anhängern beherrschte Landesverband nichts von dem von oben aufgezwungenen Bündnis wissen, hatte man doch bereits im vergangenen Oktober eine eigene Liste verabschiedet. Die Konsequenz war die gleiche wie bei der DSU: Der Vorstand drohte mit Ordnungsmaßnahmen. Und er drohte nicht nur, sondern setzte sie auch umgehend um. Der größte Teil des widerspenstigen Landesvorstandes um den Vorsitzenden Wolfgang Höber wurde einfach amtsenthoben. Doch auch das frisch gewählte Bundesschiedsgericht der REPs mochte sich wie das alte nicht einfach dazu hergeben, die Erlasse Schlierers abzusegnen. Es hob die Maßnahmen wieder auf.

Das führte prompt dazu, daß der Landeswahlausschuß die Bündnisliste nicht zur Wahl zuließ, da die Unterzeichnerin und Spitzenkandidatin in spe, Eve Reinhold, zwar eine getreue Schlierer-Anhängerin ist, aber eben nicht dem ordnungsgemäß gewählten Landesvorstand angehörte. Somit war das Unternehmen Bündnisliste auf Sand gesetzt, der Wahlvorschlag des Landesverbandes dagegen hatte freie Fahrt. Der Wahlkampf allerdings dümpelte dahin, da die Gelder der Gesamtpartei nun nicht mehr flossen. Landesvorsitzender Höber kündigte an, auf die Hilfe von Franz Schönhuber zurückgreifen zu wollen, der in den größten Städten des Landes auftreten sollte. Genützt hat dies wenig. Es erfolgte eine Halbierung des letzten, ohnehin schon mageren Ergebnisses auf noch dürftigere 0,7 Prozent.

Die Konkurrenz

der "freien Bürger"

Wer den Schaden hat, der braucht auf den Spott selten lange zu warten. Den Part des Spötters übernahm in diesem Fall, wohl nur zu gerne, der ehemalige REP-Spitzenfunktionär Harald Neubauer: "Apropos REP: Deren Vorsitzender Rolf Schlierer ist nicht zu beneiden. Unter ihm kamen die Republikaner in sämtliche Verfassungsschutzberichte, und unter ihm müssen sich die Republikaner nun auch noch mit der Brunner/Kappel-Konkurrenz herumschlagen. Unter, nicht wegen Schlierer - das ist gerechtigkeitshalber hinzuzufügen. In den 80er Jahren aber pflegten Kapazitäten und Talente, wie sie jetzt beim BFB auftauchen, den Republikanern beizutreten: Professoren, Offiziere, enttäuschte Altparteiler." Den REPs sei, so Neubauer, eine "Weichspülung verordnet" worden, um die Partei aus der "Schmuddelecke" herauszuholen, in der sie jedoch nie gewesen sei. Auf diese Weise sei das Bundesschiedsgericht zum aktivsten Teil der Partei geworden. "Die heutigen Republikaner", analysiert der ehemalige Kronprinz der Partei, "- darunter nach wie vor prächtige Kämpfer und Idealisten, die bessere Bedingungen verdient hätten - geraten in einen fatalen Zweifrontenkrieg, eingeklemmt zwischen DVU/NPD auf der einen Seite und dem BFB auf der anderen Seite. Wenigstens in einer Richtung hätte man das Terrain zernieren ("durch Truppen einschließen"; Anm. ak)

müssen. Chancen und Angebote dazu gab es durchaus. Aus Berührungsängsten läßt sich allerdings kein Bündnis schmieden."

Neubauer, ein fast so begabter Demagoge wie sein früherer väterlicher Freund Schönhuber, trifft mit seinen Aussagen einige kritische Punkte, die auch von zahlreichen Kadern der REPs gesehen werden; deren Kritik an Schlierers Kurs war nur vorübergehend durch den Wiedereinzug in den Landtag Baden-Württembergs zum Verstummen gebracht worden. Zwar war der "Weichspülgang" bereits durch Schönhuber eingeleitet worden, aber Schlierer erhöhte die Dosis des Spülmittels noch erheblich, obwohl zum damaligen Zeitpunkt bereits deutlich abzusehen war, daß die Unionsparteien mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen wollten, sich die unliebsame Konkurrenz von rechts vom Hals zu schaffen. Einerseits wurden Programmpunkte der REPs aufgegriffen und teilweise sogar verschärft (z.B. beim berüchtigten "Asylkompromiß"), andererseits wurde die Partei in nunmehr allen Bundesländern ausgegrenzt und durch den Verfassungsschutz beobachtet. Ein Tatbestand, der zwar keinerlei objektive Aussagekraft aufweist, in den Augen vieler potentieller Wähler aber zur Stigmatisierung einer ganzen Partei ausreicht.

Das Gelände in Richtung Bund Freier Bürger war also entgegen Neubauers Meinung gar nicht mehr zu "zernieren"; es war bereits von Brunner und seinen Bürgern wirkungsvoll vermint worden, die mehr Angst vor dem Verlust ihrer bürgerlichen Reputierlichkeit haben als Graf Dracula vor der Knoblauchknolle. Jemand wie der stellvertretende Parteivorsitzende Paul Latussek darf sich ruhig einmal die Finger beflecken, indem er dem "Nationalen Widerstand" einen Werbespot im lokalen Ilmenauer Fernsehen (Ilm-TV) für die NPD-Demo am 1. Mai in Leipzig finanziert, wenn er gleichzeitig dafür sorgt, daß wegen regierungsgenehmer Tätigkeiten, z.B. als bisheriger Vizepräsident des Bund der Vertriebenen, nicht der verfassungsschützerische Bannstrahl auf ihn - und damit die gesamte Partei - geschleudert wird.

Die NPD und das Duo Schönhuber/Frey

Nein, Manfred Brunner und Heiner Kappel, diese Häuptlinge ohne Stamm, oder besser: diese Handwerksmeister ohne Gesellen, möchten zwar gern die bürgerliche Anhängerschaft der REPs erreichen, aber deren Funktionärskörper gehört auch für den BFB zur Kaste der Unberührbaren. Der BFB betätigt sich als Staubsauger - bisher ohne allzu große Anziehungskraft - in denjenigen Gesellschaftsschichten, die beim besten Willen nicht zu den Modernisierungsverlierern gerechnet werden können. Die kleine Deutsche Partei ist bereits faktisch geschluckt worden, ebenso wie die eigens zum Zweck der Postenbeschaffung gegründete Offensive für Deutschland Heiner Kappels. In den letzten Wochen sind nun rund 90 Kleingruppen angeschrieben worden, um mit ihnen zu Vereinbarungen für die Bundestagswahl zu kommen.

Auf der anderen Seite leistet der Doppelstaubsauger NPD/DVU ganze Arbeit. Die NPD ist bereits heute soziologisch fast eine reine Facharbeiterpartei, konzentriert sich - besonders in Ostelbien - ganz auf die soziale Frage, wobei die Parole vom nationalen Sozialismus in Verbindung mit einer gehörigen Portion DDR-Nostalgie schon längst kein Tabu mehr darstellt. Der Integrationsprozeß der brauchbaren Kader der verbotenen neonazistischen Gruppierungen - wobei die Führungspositionen weitgehend den ehemaligen Funktionären der Nationalistischen Front vorbehalten bleiben - ist weitgehend abgeschlossen. Aus den lockeren Cliquen der jugendlichen Subkultur pickt sich die Partei gezielt diejenigen Aktivisten heraus, die sich bei den zahlreichen Aufmärschen der Vergangenheit als am diszipliniertesten erwiesen haben.

Nicht ungeschickt wird teilweise versucht, die Protestaktionen der Arbeitslosen im eigenen, rassistischen Sinne zu instrumentalisieren. Genau die ansprechbare Zielgruppe, die die REPs bei den vergangenen Wahlen verfehlt haben, wird auf diese Weise nach der Methode "Steter Tropfen höhlt den Stein" erreicht. Der so im vergangenen Jahr erreichte Mitgliederzuwachs, der den endgültigen Absturz der Traditionspartei ins Sektendasein vorerst verhindert hat, gibt der Parteispitze recht. Wahlerfolge werden nicht als vordringlich angesehen. Man setzt auf die langfristige Wirkung der Schulung der eigenen Kader und die Werbekraft der Präsenz auf der Straße. Was an Geld fehlt, das soll durch Einsatz wettgemacht werden.

Bei der DVU des "NS-Devotionalienhändlers" (so Franz Schönhuber früher) Gerhard Frey ergibt sich das umgekehrte Problem. Hier sind die finanziellen Mittel zwar überreichlich vorhanden, doch hat es der Verleger und Immobilienhai noch immer nicht geschafft - und wohl auch nie wirklich beabsichtigt -, sich damit eine funktionsfähige Partei zu basteln. Zu leicht könnte jemand, der weiter als bis drei zählen kann, zum Konkurrenten um die Führung der Partei werden. Dies kann man natürlich nicht zulassen, wenn man soviel

Geld investiert hat. Doch der Erfolg von Magdeburg hat Frey Blut lecken lassen. Mit Franz Schönhuber hat er nunmehr einen kapitalen Hecht geangelt, der die DVU als Parteiloser ins Europaparlament und möglicherweise auch in den Bundestag führen soll. Schönhuber hat noch immer beachtliche Zugkraft und verkörpert ein komplettes Parteiprogramm. Dennoch darf für die Zeit nach den Wahlen - mögen diese erfolgreich sein oder nicht - die baldige Aufkündigung der neuen Freundschaft erwartet werden. Einerseits ist eine dauerhafte Zusammenarbeit zweier absoluter Egomanen kaum vorstellbar, andererseits bestehen eine Reihe gravierender inhaltlicher Differenzen, die einen Bruch wahrscheinlich machen.

Neugründung

in der Umbruchkrise?

Franz Schönhuber gebärdet sich immer stärker als wiederauferstandener Otto Strasser. Er teilt die Ansicht des Europa-Vorn-Herausgebers Manfred Rouhs: "Die alten Parteinamen, die alten Strukturen sind verbraucht. Der Neuanfang ist unvermeidbar." So will er die DVU als Vehikel nutzen, um seiner ehemaligen Partei den Todesstoß zu versetzen. Schönhuber kann sich leicht ausrechnen, daß der verhaßte Rolf Schlierer einen doppelten Mißerfolg bei den Landtagswahlen in Bayern und bei der Bundestagswahl politisch kaum überleben dürfte. Das Auseinanderbrechen der noch immer mitgliederstärksten und mit den besten Organisationsstrukturen versehenen Partei der extremen Rechten dürfte dann sehr wahrscheinlich sein. In den ostdeutschen Bundesländern, wo bereits einige REP-Kreisverbände nahezu geschlossen zur NPD übergetreten sind, dürfte sich dieser Trend dann noch verstärken. Im Westen ist eine relativ große Wanderungsbewegung ins Nichts und eine kleinere in die Reihen von Brunner und Kappel anzunehmen. Diese bevorstehende Umbruchkrise, so die Kalkulation, wäre der geeignete Zeitpunkt für eine Neugründung - für die sich Schönhuber, ganz "uneigennützig", als "großer Integrator" zur Verfügung stellen würde.

Daß seine Sympathien inhaltlich eher beim gegenwärtigen nationalrevolutionären Kurs mit NSDAP-Reminiszenzen der NPD liegen, machen seine Äußerungen aus jüngerer Zeit deutlich. Im Interview mit Freys Deutscher Wochenzeitung kündigte er Anfang des Jahres an: "Ich werde jene Partei wählen, die einen maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen verbindet. In diesem Zusammenhang muß gefordert werden, daß die Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland oder dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht mehr tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt wird. (...) Ich wähle jene Partei, die Ökologie als gleichrangig neben Ökonomie stellt. Ich werde jener Partei meine Stimme geben, die sich ohne Wenn und Aber gegen die zunehmende Amerikanisierung und die anhaltende Verteufelung der deutschen Kriegsgeneration wendet."

Auch die Methoden der Umsetzung seiner Forderungen hat er bereits deutlich vor Augen. Kein Wunder, sind sie doch direkt der deutschen Vergangenheit entnommen: "Eines Tages werden auch in Leipzig, Dresden, Magdeburg, Schwerin und Ostberlin junge Arbeitslose die Nobelhotels stürmen und den feinen Leuten die Butter vom (Kaviar-)Brot nehmen. Sie werden die Zuhälter aus den Städten herausprügeln, wenn sie sehen, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, dem schändlichen Treiben ein Ende zu bereiten. Sie werden in Städten mit hoher Ausländerkriminalität sich als Schützer der drangsalierten Bewohner aufspielen. Ja, es wird soweit kommen, daß sie von den Bewohnern, die kein Vertrauen mehr zur Polizei haben, sogar gerufen werden, da und dort schon gerufen werden."

Programmatisch findet sich hier alles, was das faschistische Herz begehrt, das Bild einer neuen SA eingeschlossen. In einem distanzierenden Brief an die Junge Freiheit stellt Schönhuber klar: "Deutschland wird nicht erneuert werden von Trittbrettfahrern aus dem Kreis der Burschenschaften, der Wertkonservativen, der Nationalliberalen, der Neuen Rechten, was immer das sein mag, und der diversen Professorenzirkel." Für ihn gilt immer noch seine alte Aussage, daß die vorzeigbaren Leute erst mit dem Erfolg kommen. Er weiß genau, daß eine Partei der extremen Rechten, die bei Wahlen erfolgreich abschneiden will, sich momentan und in absehbarer Zukunft vor allem auf jene Gesellschaftsschichten stützen muß, die bereits ausgegrenzt sind oder sich von Ausgrenzung bedroht fühlen.

Daß auch ein erfolgreiches Wildern im Revier der PDS möglich sein wird, beweist ebenfalls das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt. Rund 11.000 Wählerinnen und Wähler der PDS wanderten direkt zur DVU. Von deren Wählerschaft wiederum votierte fast ein Viertel mit der Erststimme für die PDS. Speziell der autoritär orientierte

Teil der PDS-Anhängerschaft dürfte bei nachlassenden Erfolgen ihrer Partei und einer weiteren "Verwestlichung" für die extreme Rechte ansprechbar sein.

Den REPs wird dies allerdings auch zukünftig wohl kaum gelingen. In der ehemaligen DDR verfügt sie kaum über Parteistrukturen, geschweige denn über funktionsfähige. Der eher großbürgerlichen Parteiführung fehlt jegliches Verständnis für die Nöte der vielbeschworenen "kleinen Leute", deren Stimmen man allerdings gern erhalten möchte. Diejenige soziale Gruppe jedoch, die der Zusammensetzung des Funktionärskörpers entspricht, hält sich zunehmend fern von den REPs. Zwar dürfte es noch zu früh sein, von einem Zerfallsprozeß der REPs zu sprechen, denn noch könnte es ihnen durchaus gelingen, sich als süddeutsche Regionalpartei zu behaupten. Aber ein Absturz auf Raten ist bereits heute absehbar.

Damit wird endgültig auch ein parteipolitischer Umgruppierungsprozeß der extremen Rechten eingeleitet werden. Rolf Schlierer wird ihn wohl nur noch als Zuschauer erleben. Franz Schönhuber dagegen, der alte Fuchs, hat sich auf geschickte Art zurück ins Spiel gebracht. Pokern hat er gelernt. Folglich wird noch einiges von ihm zu erwarten sein. Ob mit oder ohne Gerhard Frey.

Jean Cremet

11. Braune Socken. Nach der Wahl in Sachsen- Anhalt

Autor: Kt. · Rubrik: Ausländer / Ausländerfeindlichkeit; Rechtsradikale, Neonazis; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:17

Das Ergebnis von 12,9% für die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April zeigt, daß der Rechtsextremismus nun auch auf der Wahlebene in der Ex-DDR angekommen ist. Angesichts des evidenten großen rechtsextremen Stimmungspotentials ist nur verwunderlich, daß es bis zu diesem keineswegs sensationellen Wahlergebnis so lange gedauert hat.

Bei der ersten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1990 waren Republikaner und NPD zusammen auf 0,8% gekommen. Mit Einschränkung kann diesem Spektrum auch die DSU zugerechnet werden, die es auf 1,7% brachte. 1994 stimmten 1,2% für die Republikaner, weitere 0,2% für die DSU.

Diese Ergebnisse entsprachen dem bisherigen Trend in der gesamten Ex-DDR. Die Republikaner schafften 1994 bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen gerade mal 1,3%, in Brandenburg 1,1% und in Mecklenburg-Vorpommern sogar nur 1%. Die Strukturen der REPs ebenso wie der NPD und der DVU waren im Osten so schwach entwickelt, daß sie zu den meisten Kommunalwahlen überhaupt nicht antraten und nirgends einen Erfolg verzeichnen konnten.

Voreilige Entwarnung

Daß sich in diesen Zahlen auch nicht annähernd der reale Einfluß rechtsextremer Stimmungen in der ex-DDR widerspiegelte, stand niemals in Zweifel. Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) stehen für tagelange gewalttätige Ausbrüche eines rassistischen Massenwahns, der in diesem Ausmaß keine Parallele in den westlichen Bundesländern hatte. 1992 brachte in West- und Ostdeutschland einen schlimmen Rekord an rechtsextremen Gewalttaten, vor allem gegen Ausländer, wovon ein bei weitem überproportionaler Anteil auf die Ex-DDR entfiel. Außerdem trat die spezifische Form dieser Gewalttaten als öffentliche Bandenangriffe, die mitunter an mehreren Tagen hintereinander erfolgten, fast nur in den östlichen Bundesländern auf. Im Westen überwogen Brandanschläge und Überfälle auf Einzelpersonen.

Auf den Anschlag von Mölln (23. November 1992) folgten im Dezember in vielen Großstädten die Lichterketten als einmalige, folgenlose kollektive Entladung des guten Gewissens. Wie oberflächlich und absurd dieses Unternehmen war, wird daran deutlich, daß die SPD überhaupt keine Schwierigkeiten mit ihrer Klientel bekam, als sie genau zeitgleich mit den Mordanschlägen und mit den Lichterketten auf die fast vollständige Liquidierung des deutschen Asylrechts umschwenkte.

Das Ergebnis war, daß die Zahl der "Asylbewerber", d.h. der nach Deutschland hereingelassenen und zum Asylverfahren zugelassenen Flüchtlinge, von rund 440.000 im Jahr 1992 auf nur noch 104.000 im vergangenen Jahr heruntergedrückt wurde. Gleichzeitig trat vorübergehend eine Minderung der gewalttätigen Virulenz des deutschen Rassismus ein. Die Zahl der amtlich registrierten ausländerfeindlichen Straftaten ging von 2.277 im Rekordjahr 1992 auf 860 im Jahr 1995 zurück. Auf der Wahlebene sind die Republikaner als stärkste Partei des rechtsextremen Spektrums seit 1994 mit abnehmenden Ergebnissen konfrontiert. Sie verpaßten am 12.6.94 den für sicher gehaltenen Wiedereinzug ins Europa-Parlament und fielen von 7,1 auf 3,9%. Auch in Bayern, neben Baden-Württemberg ihr Stammland, scheiterten die Republikaner bei der Landtagswahl am 25.9.94 klar an der 5-Prozent-Klausel. Der erzwungene Rücktritt Schönhubers im Dezember 1994 leitete eine Phase der innerparteilichen Agonie der REPs ein.

Nach der Devise "Der Zweck heiligt die Mittel" gaben manche sozialdemokratischen Politiker und Soziologen diese Entwicklung als Erfolg ihres Zusammengehens mit der CDU/CSU in der Asylpolitik aus. Speziell hinsichtlich der neuen Bundesländer erschienen 1994-96 mehrere sozialliberal inspirierte Untersuchungen, in denen ein signifikanter Rückgang rechtsextremer Einstellungen unter ostdeutschen Jugendlichen behauptet und daraus gleich eine entscheidende Tendenzwende konstruiert wurde. So hieß es beispielsweise in einer Studie über "Jugendliche in den neuen Bundesländern": "Sehr stark zurückgegangen ist die Angst vor einer weiteren Einwanderung von Ausländern (von 51 Prozent auf 30 Prozent); diese klare Tendenz spricht für die an anderer Stelle festgestellte erhebliche Abnahme der Ausländerfeindlichkeit." - In der gleichen Studie wurde behauptet, der Anteil der Jugendlichen mit Rechtsaußen-Positionen hätte sich in den letzten beiden Jahren nahezu halbiert. (Förster/Friedrich, Beilage zur Zeitschrift "Das Parlament", 19/96)

Dabei wurde grundsätzlich verkannt, daß solche Einstellungen, anders als das schnell wechselnde Wahlverhalten und äußerliche Modeerscheinungen, im allgemeinen sehr stabil sind und sich allenfalls langfristig ändern können. In dieser Sichtweise stellte sich der spezifische ostdeutsche Rechtsextremismus als eine spontane (Über-) Reaktion auf die unerwünschten Begleiterscheinungen der deutschen Einheit dar, ohne tiefere gesellschaftliche und bewußtseinsmäßige Wurzeln. Damit eng verbunden war die These, daß (Mitte der 90er Jahre) wirtschaftlich und sozial der Tiefpunkt in den neuen Bundesländern bereits überschritten sei und daß im Zuge der sich beschleunigenden Normalisierung der Rechtsextremismus immer mehr an Bedeutung verlieren würde. Das war schon von den materiellen Voraussetzungen her falsch und entsprach durch und durch der vorherrschenden Tendenz, sich die Verhältnisse gnadenlos schön zu lügen.

Aufschwung Ost

Seit 1996 steigt die amtlich erfaßte Zahl der "Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund" wieder steil an, und zwar im Osten weitaus stärker als im Westen. Gemessen an der Einwohnerzahl werden im Gebiet der Ex-DDR fast viermal so viele rechtsextreme Gewalttaten begangen wie in den alten Bundesländern. In Ostdeutschland hat sich in den letzten Jahren eine breite rechtsextreme "Jugendkultur" entwickelt, die (mit örtlichen und regionalen Unterschieden) vermutlich bis zu einem Drittel aller Jugendlichen umfaßt. Es gibt dazu weder in Westdeutschland noch im übrigen Europa - möglicherweise mit Ausnahme Rußlands - eine Parallele.

In demoskopischen Analysen deutete sich schon vor einigen Monaten an, daß sich diese Entwicklung wahrscheinlich in Sachsen-Anhalt erstmals auch im Wahlergebnis ausdrücken würde. Allerdings gaben die veröffentlichten Prognosen der DVU nicht mehr als 6 Prozent, wiesen also eine in der Geschichte der Demoskopie einmalig hohe Fehlerquote von mehr als 100 Prozent auf. Bekanntermaßen liegen Umfragezahlen bei den rechtsextremen Parteien immer erheblich unterhalb der realen Ergebnisse, weil viele potentielle Rechtsaußen-Wähler nicht ehrlich antworten oder sich über ihre Wahlentscheidung vielleicht wirklich noch nicht sicher sind. Die Demoskopen versuchen, diesen verfälschenden Effekt durch Zusatzfragen zu korrigieren, doch bleiben sie dabei zwangsläufig im Bereich der Spekulation.

Im Fall Sachsen-Anhalt kam hinzu, daß die Umfrageergebnisse erst in den letzten Wochen vor der Wahl eine steil ansteigende Tendenz zugunsten der DVU aufwiesen. Diese Zahlen wurden nicht mehr veröffentlicht, um keine zusätzliche Wirkung zugunsten der DVU auszulösen. ("Spiegel" 19/1998). Der Befund deutet darauf hin, daß sich ein erheblicher Teil der DVU-Wähler, vielleicht sogar ungefähr die Hälfte, erst kurzfristig definitiv entschieden hat.

Dies unterstreicht noch einmal die Feststellung, daß zwar rechtsextreme Einstellungen im allgemeinen relativ stabil sind, aber rechtsextremes Wahlverhalten sehr starken Schwankungen unterliegt, so daß das eine nur sehr beschränkt und mit Vorbehalt Rückschlüsse auf das andere zuläßt. In der Regel ist das rechtsextreme Meinungs- und Stimmungspotential erheblich größer als die Zahl rechtsextremer Wählerstimmen. Oder anders gesagt: Der größte Teil des rechtsextremen Potentials wählt in der Regel eine nicht rechtsextreme Partei oder beteiligt sich nicht an der Wahl. Das gilt besonders für die Bundestagswahl und kann sich bei Wahlen, die als nicht so wichtig gelten, z.B. Europawahl oder auch Landtagswahlen, verschieben.

Nach einer Analyse der CDU-eigenen Adenauer-Stiftung hatten etwas mehr als die Hälfte der DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt sich 1994 nicht an der Landtagswahl beteiligt. Weitere 7% sollen Erstwähler gewesen sein, 13% ihrer Wähler habe die DVU von der CDU und je 6% von der SPD und PDS geholt. (FAZ, 15.5.)

Bisherige Nichtwähler stellten also mit Abstand das stärkste Potential der DVU dar. Bekanntermaßen weisen Gebiete, in denen die rechtsextremen Parteien relativ gut abschneiden, überwiegend niedrige Wahlbeteiligungen auf. Außerdem haben diese Parteien gelegentlich bei Wahlen mit besonders niedriger Wahlbeteiligung, wie beispielsweise der Europawahl 1989, überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Das hat einige Schlaumeier in den etablierten Parteien zu dem Trugschluß verleitet, niedrige Wahlbeteiligungen kämen generell den Rechtsextremen zugute. Praktische Folge dieses Irrtums war, daß sogar Werbekampagnen geschaltet wurden, um unter dem Motto der "staatsbürgerlichen Pflicht" für eine hohe Wahlbeteiligung zu trommeln.

Tatsächlich haben relativ hohe Stimmenzahlen für die Rechtsextremen und niedrige Wahlbeteiligung oft gemeinsame Voraussetzungen: überdurchschnittliche Anteile von Menschen mit niedrigem sozialen Status, geringer Schulbildung sowie von Jugendlichen bzw. Menschen in der Altersgruppe bis 30. Und was den

Hinweis auf die Europawahl angeht: Im allgemeinen ist die Wahlbeteiligung um so niedriger, je weniger praktische Bedeutung der jeweiligen Wahl beigemessen wird, und in dieser Hinsicht rangieren Europawahlen am Ende der Werteskala. Zugleich nimmt mit sinkender Bedeutung aber auch die Bereitschaft zu, abweichend vom sonstigen Wahlverhalten die Stimme an eine "Splitterpartei" am Rande des Parteienspektrums zu vergeben.

Zu einem erheblichen Anteil ist Nicht-Wählen offenbar Folge eines Zusammentreffens von niedrigem politischem und geistigem Horizont einerseits sowie starker Unzufriedenheit mit den Verhältnissen andererseits, nach dem sachlich völlig zutreffenden Motto: "Die da oben machen ja doch, was sie wollen, und wir müssen's ausbaden." - Nach aller bisherigen Erfahrung sind rechtsextrem Eingestellte unter den Nichtwählern so stark überrepräsentiert, daß Kampagnen zur Hebung der Wahlbeteiligung in erster Linie den rechtsextremen Parteien zugute kommen.

Schnittmenge DVU-PDS

Den Wahlanalysen zufolge haben insgesamt ungefähr 12% der DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt vor vier Jahren für SPD oder PDS gestimmt. Die seltsame Mischung von Positionen, Vorurteilen und Motiven bei vielen DVU-Wählern drückt sich in dieser Zahl aber viel zu schwach aus. Da rund 60% der DVU-Wähler sich 1994 gar nicht an der Wahl beteiligten (Nicht- und Erstwähler) kann man zunächst über deren politische Präferenzen wenig sagen; tatsächlich könnte vielleicht ein hoher Anteil von ihnen tendenziell auch zu einer Stimmabgabe für SPD oder PDS bereit sein.

Ein guter, zuverlässiger Anhaltspunkt ist dadurch vorhanden, daß die DVU keine Direktkandidaten aufgestellt hatte. Jeweils fast ein Viertel der DVU-Wähler vergab seine Erststimme an die PDS und an die SPD. Bedenkt man, daß eine radikale, militante anti-linke Positionierung eigentlich zum klassischen Inventar jeder rechtsextremen Partei gehört, muß dieses Ergebnis wohl als außerordentlich und erklärungsbedürftig bezeichnet werden. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, daß in Hoyerswerda im Juni 1994, nur zweieinhalb Jahre nach den rassistischen Krawallen, ein PDS-Kandidat mit 42% zum Bürgermeister gewählt wurde.

Was die Verklettung von rechtsextremen und linken bzw. "staatssozialistischen" Versatzstücken und Motivationen in der Ex-DDR angeht, gibt es, zumindest vordergründig, Ähnlichkeiten zur Situation in Rußland. Allerdings mit der wesentlichen Einschränkung, daß die PDS, im Gegensatz zu verschiedenen russischen KPs, diese Entwicklung nicht durch Zugeständnisse an rechtsextreme Vorstellungen, eigene politisch-ideologische Konfusion und "rot-braune" Aktionseinheiten ermutigt. Das gilt, muß man gleich wieder einschränken, auf zentraler und programmatischer Ebene, nicht aber unbedingt und in jedem einzelnen Fall in der Kommunalpolitik.

Der schon zitierten Wahlanalyse zufolge haben in Sachsen-Anhalt 29% der Erstwähler (18 bis 21 Jahre) für die DVU votiert; nimmt man allein die männlichen Jugendlichen dieser Altersgruppe, sollen es sogar fast 34% gewesen sein. Das veranlaßte einen Kommentator der "Jungen Welt" am 28. April zu einer eigenwilligen Variation der beliebten Theorie von der Gnade der späten Geburt: "Das sind junge Leute, die zur 'Wende' des Jahres 1989 zehn Jahre alt waren. Für das, was sie tun, kann man DDR-Lehrer oder -Pionierleiter schlechterdings nicht mehr verantwortlich machen."

Ein Irrtum durch und durch: Erstens ist der DVU-Anteil in der Gruppe der 25-30jährigen auch nicht wesentlich niedriger. Zweitens offenbart es, unter anderem, ein grundsätzliches Erziehungsdefizit, wenn ein Jugendlicher seinen Frust über die sozialen Verhältnisse mit - allzu oft sogar gewalttätigem - Haß auf "Fremde", rassistischen Vorurteilen, Nazi-Sprüchen usw. abreagiert. Daß die jüngsten der DVU-Wähler erst 9 Jahre alt waren, als sie aus der Obhut der DDR-Erziehung entlassen wurden, befreit die DDR keineswegs von Mitverantwortung. Außerdem hatten diese Kinder Eltern, die ihrerseits in der DDR aufgewachsen waren. Nur zeigen leider Untersuchungen, daß sich die Altersgruppen in Ostdeutschland zwar im Wahlverhalten erheblich, aber in den grundsätzlichen Auffassungen nur wenig unterscheiden. Eine Mitte März im Auftrag der PDS durchgeführte Umfrage ergab, daß der zentrale Wahlkampfslogan der DVU, "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche", im Gebiet der Ex-DDR von 60 Prozent unterstützt wurde; das sind doppelt soviel wie in den alten Bundesländern. (jw, 21.4.98)

Dies erklärt, zumindest teilweise, den Befund, daß sich laut Untersuchungen in der Ex-DDR Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern im allgemeinen besser verstehen, bzw. sich gegenseitig tolerieren als die vergleichbaren Altersgruppen im Westen. Rechtsextrem eingestellte Jugendlichen akzeptieren oft den ganz anders gearteten Lebenslauf ihrer Eltern zu DDR-Zeiten, und anscheinend auch umgekehrt. Demzufolge muß in einer Familie, wo die Eltern PDS und die Kinder DVU wählen, nicht unbedingt ewiger Zoff und Fäusteschwingen herrschen. Dafür mag zum einen die auf den ersten Blick paradoxe, aber nachgewiesene Tatsache verantwortlich sein, daß in der DDR im privaten Bereich eine Kultur der gegenseitigen Toleranz vorhanden war. Offenbar spielt aber auch eine Rolle, daß es zwischen den Generationen (und politischen "Standorten") gemeinsame Ansichten und Verhaltensmuster gibt, die auf die Erfahrungen und Wertvorstellungen der DDR zurückgeführt werden können.

Der freundliche Hinweis, daß es Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch im Westen gibt, ist selbstverständlich richtig. Er weicht aber der interessanten Fragestellung aus, warum diese Dinge nach 50 Jahren Realsozialismus

im Osten erheblich stärker anzutreffen sind als im Westen. Die vor allem von der PDS immer wieder strapazierte, vordergründig sachlich richtige Schuldzuweisung an die Bonner Politik - sie habe 1. große Teile der ex-DDR-Bevölkerung in die Perspektivlosigkeit getrieben und 2. die rassistische Politik überhaupt erst "hoffähig" gemacht - ist höchstens die halbe Wahrheit. Der erste Punkt macht als Argument nur Sinn, wenn man unterstellt, daß Ausländerfeindlichkeit eine naturgemäße, geradezu zwangsläufige Reaktion auf eine eigene Notlage ist. Zum zweiten Punkt: Den meisten rechtsextrem gestimmten Jugendlichen in der Ex-DDR ist es vermutlich scheißegal, ob irgendetwas, was sie tun, aus Sicht der Westparteien "hoffähig" ist. Im Gegenteil: Aus ihrer Sicht stellen Rassismus, Nazi-Sprüche usw. eine radikale Form des Protestes und nicht etwa einen Ausdruck von konformistischem Wohlverhalten dar.

"Unkalkulierbare Spontaneität"

In der zitierten Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung wird behauptet, das Wahlergebnis von Sachen-Anhalt sei "das Ergebnis von unkalkulierbarer Spontaneität und Protest. Rechtsradikale Motive waren nahezu ohne Bedeutung." (nach FAZ, 15.5.98) - Das kam man wohl nur noch als lustige Einlage werten. Diese Ignoranz steht in der Linie einer deutschen Beamtenmentalität, die nach rechtsextremen Gewalttaten lakonisch verkündet: "Ein politischer Hintergrund ist nicht zu erkennen", und die sich in dieser Auffassung nicht einmal durch offen zur Schau getragene NS-Symbole irre machen läßt.

Sachsen-Anhalts alter und neuer Regierungschef Höppner meinte zum Abschneiden der DVU, viele ihrer Wähler hätten "nicht realisiert, daß das eine schlimme rechtsradikale Partei ist". (nach ND, 28.4.98) Diese Deutung impliziert, daß für viele Bewohner von Sachsen-Anhalt ausländerfeindliche Parolen so stinknormal und selbstverständlich sind, daß sie sie nicht als rechtsextreme Propaganda zu erkennen vermögen. Das mag für einige zutreffen, aber in erster Linie drückt das Wahlergebnis der DVU einen hohen Bekanntheitsgrad dieser Partei aus. Das beinhaltet, daß ein Großteil der Bevölkerung ihre zentralen Aussagen und Parolen kennt, und daß die meisten auch mitbekommen haben, daß diese Gruppierung von den übrigen Parteien und den Medien als rechtsradikal bezeichnet wird.

Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Ringstorff, kommentierte, "daß nicht alle DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt rechtes Gedankengut vertreten, sondern in erheblichem Maße Protest zur herrschenden Politik dokumentierten". (nach ND, 29.4.98) - Das mag im Einzelfall zutreffen, doch im allgemeinen wählt man eine extreme Partei auch "aus Protest" nur dann, wenn man sich zumindest teilweise in ihren Aussagen und Parolen wiederfindet. Daß dies für den zentralen Diskurs der DVU tatsächlich der Fall ist, zeigt die schon erwähnte Zustimmung von mehr als der Hälfte aller Ostdeutschen zu nationalistischen Slogans wie "Deutsche Arbeit für Deutsche". In Umkehrung der Aussage von Ringstorff ist festzustellen, daß keineswegs alle Nicht-Wähler der DVU kein rechtes bzw. rechtsextremes Gedankengut vertreten, sondern daß dieses sehr viel weiter verbreitet ist, als im Wahlergebnis der DVU sichtbar wird.

Daß sich in diesem Wahlverhalten auch Protest gegen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Ex-DDR und gegen die herrschende Politik ausdrückt, stellt dazu keinen Widerspruch dar. Die etablierten Parteien haben dem rechtsextremen Potential in Ostdeutschland nur ihr Ideal des angepaßten Spießers und Normalbürgers entgegenzusetzen: Der ist zwar auch mal unzufrieden, meckert gern über alles und jedes, regt

sich über eine Ungerechtigkeit drei Minuten lang auf und vergißt sie dann gleich wieder, hält "die in Bonn" für unfähig zur Lösung der großen Probleme des Landes, wählt sie aber trotzdem regelmäßig immer wieder, und wechselt höchstens mal, wenn er wirklich sehr vergrätzt ist, von der CDU zur SPD oder umgekehrt oder wählt grün.

Eine Regierung, die vor dem Hintergrund einer Rekordarbeitslosigkeit in diesem Frühjahr eine Werbekampagne schaltet, in der es heißt: "Neue Arbeitsplätze - Firmen stellen ein - Aufschwung greift. Geschafft: Wir sind auf gutem Weg" stellt eine so unglaubliche Provokation dar, daß man nur immer wieder staunen kann, mit welchem Gleichmut der Normalbürger sie über sich ergehen läßt. Politisch leben wir in einer Kultur der offensichtlichen Lüge, der demonstrativ ausgestellten Selbstgefälligkeit und der Scheinheiligkeit, der die Apathie und Oberflächlichkeit des Normalbürgers entspricht und Vorschub leistet. Die Parteitage von SPD und CDU gestalten sich gleichförmig zu einem Mix aus traditionellen SED-Klatschmärschen und amerikanischen Show-Einlagen. Eine ganze Branche lebt davon, daß sie den Reichen völlig legal hilft, ihre Gewinne und Vermögen an der Steuer vorbei zu lavieren. Gleichzeitig macht beispielsweise im "rot-grün" regierten Hamburg die Polizei auf dem Dom Jagd auf Menschen aus dem alleruntersten sozialen Bereich, die sich durch Hilfsarbeiten ein paar Mark zum Leben verdienen und deswegen als "Sozialbetrüger" gelten.

Aufgabe der Linken müßte es sein, den Protest gegen diese Verhältnisse zu formulieren und zusammenzufassen, und zwar nicht nur als Protest gegen Einzelerscheinungen, sondern insgesamt gegen die in Deutschland herrschende politische und wirtschaftliche Kultur. Antikapitalismus ist kein Wesensmerkmal des Rechtsextremismus, auch wenn dieser ihn gelegentlich für sich in Anspruch nimmt. Und der Satz, die Beteiligung an Wahlen müsse in erster Linie dazu führen, vor den Massen darzulegen, warum die herrschenden Parlamente es verdienen, auseinandergejagt zu werden, stammt weder von Schönhuber noch Frey, sondern von Lenin.

Kt.

12. Eine Mehrheit für den Frieden. (Nord-)Irland sagt Ja zum Vertrag von Belfast

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:23

Am 22. Mai stimmte die Bevölkerung der Republik Irland und Nordirlands über den Friedensvertrag ("Belfaster Vertrag") ab, der am Karfreitag zwischen London und Dublin sowie den nordirischen Parteien ausgehandelt worden war. (vgl. ak 414) Der Urnengang - der erste gesamtirische seit der Teilung von 1920/21 - endete mit einem Erfolg für die Befürworter des Vertrages. Im Norden stimmten 71,1 Prozent dafür, im Süden waren es sogar 94,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag mit 81,1 Prozent in Nordirland deutlich über der in der Republik (55,6 Prozent).

Der Vertrag sieht die Einrichtung eines nordirischen Regionalparlaments vor, dessen 108 Abgeordnete am 25. Juni nach Verhältniswahlrecht gewählt werden. Das Parlament soll von einem zwölfköpfigen Regierungsausschuß geleitet werden, in dem alle maßgeblichen Parteien - also auch Sinn Féin - vertreten sind. Erster Minister wird voraussichtlich David Trimple sein, der Vorsitzende der Ulster Unionist Party (UUP), sein Stellvertreter John Hume von der moderat-nationalistischen Social Democratic and Labour Party (SDLP). Sinn Féin winken ein bis zwei Ministerposten; Gegner des Vertrags orakeln, daß ein ehemaliger IRA-Mann zukünftig für das Ressort "innere Sicherheit" verantwortlich sein könnte. Anders als im alten Stormont-Parlament, in dem allein die protestantisch-unionistische Mehrheit das Sagen hatte, sind Regularien eingebaut, die die Vorherrschaft einer Bevölkerungsgruppe unmöglich machen.

Das nordirische Regionalparlament muß binnen zwölf Monaten gemeinsam mit dem Parlament in Dublin einen gesamtirischen Ministerrat einsetzen. Dessen Zuständigkeiten werden sich zunächst auf die Bereiche Tourismus, Landwirtschaft und Verkehr beschränken, könnten aber ausgedehnt werden. Beschlüsse dieses Rates benötigen die Zustimmung beider Seiten. Außerdem wird ein britisch-irischer Inselrat gebildet, dem Abgeordnete der parlamentarischen Versammlungen in Schottland, Wales und Nordirland sowie der Parlamente in London und Dublin angehören sollen.

Von besonderer Bedeutung sind die Verfassungsänderungen, zu denen der Vertrag London und Dublin verpflichtet. London streicht sein Irland-Gesetz von 1920, das die irische Teilung zementierte. Im Gegenzug ersetzt Dublin seinen Hoheitsanspruch auf den Norden durch Formulierungen, die eine Wiedervereinigung vom Mehrheitswunsch der Nordiren abhängig machen. Irische Nationalität wird nicht mehr durch Territorium definiert; den Bewohner der Insel wird die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft angeboten.

Ein Votum für den Wechsel

Daß der Vertrag in der gespaltenen Nordprovinz eine Mehrheit erhalten würde, war von vornherein klar. Schließlich hatte er die Unterstützung von Sinn Féin, der SDLP und der liberal-unionistischen Alliance Party, die bei den letzten Wahlen 48 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Auch die Mehrheit von David Trimples UUP befürwortete den Vertrag. Allerdings sieht sich Trimple mit einer nicht zu unterschätzenden innerparteilichen Opposition konfrontiert. Sechs der zehn Unterhausabgeordneten der UUP zählen zum Lager der Vertragsgegner um Ian Paisley (Democratic Ulster Party/DUP) und Bob McCartney (United Kingdom Unionist Party), die das Verhandlungsergebnis vom Karfreitag als Ausverkauf protestantischer Interessen und als Kapitulation vor der IRA brandmarken.

Die spannendste Frage war also, ob der Vertrag auch die mehrheitliche Zustimmung der protestantischen/unionistischen Bevölkerungsmehrheit erhalten würde. Nach ersten Analysen bejahen 96 Prozent der Katholiken und 55 Prozent der Protestanten das Vertragswerk. Das entspricht dem Inhalt des Vertrages: Während die Unionisten Zugeständnisse machen mußten, gewannen die Nationalisten politisch an Terrain.

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses sagte der SDLP-Vorsitzende John Hume: "Zum ersten Mal in unserer Geschichte haben die Menschen beiderseits der Grenze und innerhalb unserer geteilten Gesellschaft mit einer Stimme gesprochen." Sinn-Féin-Vorsitzender Gerry Adams erklärte: "Die Menschen haben für den Wechsel gestimmt." Die historische Bedeutung des protestantischen Mehrheitsvotums ist nicht zu unterschätzen. Allerdings werden die unterlegenen Vertragsgegner nicht lockerlassen. Paisley und McCartney werden die

Wahlen zur nordirischen Versammlung zu einem weiteren Referendum erklären. Selbst ein neuerlicher Sieg der unionistischen Vertragsbefürworter bietet noch keine Sicherheit. Wenn eine relativ große Zahl von Abgeordneten den Vertrag ablehnt, könnte die Konsensfindung in der Versammlung erheblich behindert werden. Zudem besteht die Gefahr, daß es den Paisley-Fundamentalisten gelingt, einzelne Abgeordnete der UUP auf ihre Seite zu ziehen. Zumal wenn solch brisante Fragen wie die Polizeireform oder die Entwaffnung der IRA auf der Tagesordnung stehen.

Außerdem steht die protestantische "Marching Season" bevor - ein ideales Forum, um die Konfrontation zu schüren. Der für die alljährlich über 3.000 Märsche verantwortliche Orangisten-Orden gehört zum Lager der Vertragsgegner. In den letzten Jahren hat vor allem der Marsch durch die Garvaghy Road in Portadown, ein katholisch-nationalistisches Wohngebiet, für Unruhen gesorgt. Auch in diesem Jahr geben sich der Orden und Portadowns Loyalisten kompromißlos. Bei den Loyalisten besteht eine Stadt-Land-Spaltung. Während die Loyalisten in Belfast und Derry den Vertrag unterstützen, will man in Portadown und anderen ländlichen Gebieten von einem Ende des Krieges nichts wissen. Gerry Adams forderte Trimple auf, dafür zu sorgen, daß die Triumphmärsche in diesem Jahr nicht stattfinden.

IRA und Sinn Féin hinter Gerry Adams

Ein Sonderparteitag Sinn Féins hatte den Vertrag mit überwältigender Mehrheit bestätigt. 95 Prozent der Delegierten stimmten für eine Änderung der republikanischen Statuten, die eine Teilnahme Sinn Féins am künftigen Belfaster Regionalparlament ermöglicht.

Ausschlaggebend war, daß Gerry Adams für seinen Friedenskurs die IRA-Führung, die IRA-Gefangenen und sämtliche Ikonen des militanten Republikanismus zu mobilisieren wußte. Mehr als 20 IRA-Gefangene durften am Sinn-Féin-Parteitag teilnehmen, darunter der Kommandant der republikanischen Häftlinge im Maze-Gefängnis, wo das Gros der politischen Gefangenen einsitzt. Die Gefangenen, die sich für den Vertrag aussprachen, wurden mit minutenlangen Ovationen empfangen.

Auch der ehemalige IRA-Mann Martin Meehan, für viele der Repräsentant eines sich primär militärisch artikulierenden Republikanismus schlechthin, sprach sich für den Vertrag aus. Meehan würdigte die Opfer, die die Freiwilligen der IRA gebracht haben, und fuhr fort: "Wenn die Möglichkeit besteht zu verhindern, daß weiter junge Männer und Frauen ihr Leben im Kampf für die irische Freiheit opfern, dann haben wir die Pflicht, diese Möglichkeit zu erforschen." In vier der sechs nordirischen Grafschaften sei die Mehrheit bereits nationalistisch. Die demographische Entwicklung werde dazu führen, daß um 2015 alle sechs Grafschaften mehrheitlich nationalistisch seien. Das Konsensprinzip, das innerhalb der republikanischen Bewegung unverändert skeptisch beurteilt wird, werde den Unionisten/Loyalisten zugute kommen. Meehan: "Wir werden ihnen dann nicht antun, was sie uns angetan haben."

Letzter Debattenredner war der IRA-Veteran Joe Cahill, Anfang der 70er einer der ersten Belfaster IRA-Kommandeure. Er rief den Delegierten unter tosendem Beifall zu: "Habt keine Angst vor Veränderungen! Was immer auch an Veränderungen auf uns zukommen wird, ich garantiere euch, sie werden uns keine Probleme bereiten."

Zu den Gästen des Sonderparteitages gehörten Thenjiwe Mtintso, stellvertretender Generalsekretär des ANC, Dumiso Dabengwa, Minister in der Regierung Zimbabwes, Nobelpreisträger Ramos Horta aus Osttimor und die US-amerikanischen Kongreßabgeordneten Peter King und Richard Neal.

Abrüstung und Polizeireform

Die heißesten Themen dürften in der nächsten Zeit die Entwaffnung der IRA und der loyalistischen Paramilitärs sowie die Reform der heute noch zu 93 Prozent protestantischen Polizei (Royal Ulster Constabulary/RUC) sein.

Die IRA hat erklärt, daß sie vorerst nicht daran denke, ihre Waffen abzugeben. Für David Trimple ist eine Abrüstungsgeste der IRA Voraussetzung für die Aufnahme von Sinn-Féin-Mitgliedern in die Regierung. Laut Vertrag soll die Entwaffnung von einer unabhängigen Kommission kontrolliert werden und in zwei Jahren abgeschlossen sein. London hat sich zu einer schrittweisen Demilitarisierung verpflichtet (Abzug der Armee, Abbau der militärischen Einrichtungen). Außerdem sollen die Nordirland betreffenden Terrorismus-Gesetze gestrichen werden.

Auch für die Polizeireform wird eine unabhängige Kommission gebildet. Die Reform der RUC dürfte einen erheblichen Verlust "protestantischer" Arbeitsplätze bedeuten. Nicht wenige Polizisten betrachten sich als Verlierer des Krieges. Während der "troubles" wurden 299 Polizisten getötet und über 8.000 verletzt. Dennoch war der Job attraktiv, weil bestens dotiert: Der Jahresverdienst eines einfachen Konstablers beträgt über 100.000 DM. Zur Zeit tun 13.300 Polizisten Dienst in der RUC - etwa 10.000 mehr als bei Ausbruch des Krieges.

Hinter den Kulissen ist von einer Reduzierung um 7.000 Stellen die Rede. Gleichzeitig müßte eine größere Zahl katholischer Bewerber integriert werden. Deren Anteil hat sich seit der Unterzeichnung des Belfaster Vertrages von 12 auf 24 Prozent verdoppelt.

Dietrich Schulze-Marmeling

13. Ein neuer Präsident ohne Gottes Segen. Machtrochaden in Manila

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:33

Drei "Gs" - Gewehre, Gold und gedungene Gauner - bestimmen auf den Philippinen stets das Gerangel der Eliten um Macht und Pfründe. Die Präsidentschaftswahl am 11. Mai diesen Jahres wurde noch durch eine Mixtur aus Politikasterei und Entertainment bereichert. Das Resultat: In der früheren US-amerikanischen Kolonie wurde - jedenfalls nach den bis Redaktionsschluß (25.5.) bekannten Auszählungen - mit Joseph "Erap" Estrada ein Ex-Schauspieler zum Präsidenten gewählt - so wie ein Jahrzehnt zuvor im Mutterland Ronald Reagan. In dem vorwiegend christlichen Land wog Estradas Volksnähe schwerer als die ihm vom katholischen Klerus attestierte mangelnde Gottesnähe. So unergründlich sind letztlich die Wege des Herrn.

Sein Markenzeichen ist die Zigarre, die er lässig von einem Mundwinkel zum anderen schiebt, aber nicht raucht. Als er jünger war, machte er sich ein Vergnügen daraus, mit einem Zigarrenstummel im Mund per Fallschirm vom Himmel herabzuschweben. Die Rede ist von dem zur Zeit noch amtierenden philippinischen Präsidenten Fidel V. Ramos. Als Offizier hat er eine Karriere gemacht, von der er vor Jahren nicht einmal zu träumen gewagt hätte.

Als Absolvent der renommierten US-amerikanischen Militärakademie West Point und während des Korea- und Vietnamkrieges in psychologischer Kriegführung geschult, hat sich Ramos beharrlich zum Eliteoffizier hochgedient. Als Kommandeur der später im In- und Ausland wegen ihrer notorischen Menschenrechtsverletzungen heftig attackierten Philippine Constabulary/Integrated National Police bildete er gemeinsam mit dem damaligen Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile eine wichtige Stütze der Marcos-Diktatur. Seine Laufbahn hätte eigentlich mit dem Posten des Generalstabschefs gekrönt werden sollen, doch diesen Posten erhielt ein entfernter Cousin von Marcos. Verbittert ging Ramos auf Distanz zu seinem früheren Gönner, bis er sich - ein Wende-General par excellence - im entscheidenden Moment der Machterosion des Marcos-Regimes zusammen mit Enrile auf die Seite von Corazon Aquino schlug.

Das war ein in zweierlei Hinsicht vorteilhafter Schachzug: Zum einen konnte er so die eigene Macht erhalten - er wurde erst Generalstabschef, dann Verteidigungsminister und schließlich als Aquino-Protegé im Sommer 1992 mit gerade mal 23 Prozent der Stimmen zu deren Nachfolger gewählt. Zum anderen wurde das Militär auf diese Weise über Nacht reingewaschen, und man umhüllte es nunmehr mit der Gloriole des Königsmachers.

Als er in einem Gespräch mit der Welt am Sonntag (15.2.98) gefragt wurde, warum eigentlich den Philippinen kein seinen Anrainern vergleichbarer wirtschaftlicher Erfolg beschieden worden sei, hatte der Ex-General und Präsident die Chuzpe, dem Interviewer zu antworten: "Sie dürfen nicht vergessen, daß die Philippinen beinahe 20 Jahre unter einer Diktatur standen. (...) Nachdem wir aber so lange unter der Herrschaft eines starken Mannes gelitten hatten, konnten wir unsere Wirtschaft nicht sofort in Gang bringen. (...) Während meiner Zeit haben wir das alles aber sehr schnell korrigiert."

Im Gegensatz zu seinen Vorläufern machte Präsident Ramos weniger die Lösung der Land- und Agrarfrage als vielmehr den Anschluß an die - zumindest zeitweilig - erfolgreichen Tigerökonomien Südost- und Ostasiens zum Kernpunkt seines Regierungsprogramms "Philippinen 2000". Infrastrukturprojekte wie der Auf- und Ausbau von See- und Flughäfen und die zügige Sanierung des maroden Energiesektors ließen den von seinen Kumpanen liebevoll "Steady Eddy" genannten Ex-General in der Gunst seiner Landsleute steigen. Überdies floß im Vorfeld des Abzugs der Briten aus Hongkong Auslandskapital aus Taiwan und Hongkong in beträchtlichem Umfang ins Land. Die ehemaligen US-Militärstützpunkte Clark Air Base und Subic Naval Base, immerhin einst die größten US-Basen außerhalb Nordamerikas, wurden schrittweise in besondere Exportförderungs- bzw. Freihandelszonen umgewandelt, um nach dem "Fall" Hongkongs einen entsprechenden Finanz- und Handelsknotenpunkt in der Region entstehen zu lassen.

Nichts übrig für "Sozialklimbim"

Ein Wachstum von annähernd sechs Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahre 1996 bedeutete für die jahrelang heruntergewirtschafteten Inseln einen Durchbruch. Zeitweilig hatte es den Anschein, als glücke

Ramos die Einlösung seines Versprechens, daß die Armutsrate halbiert und das jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf umgerechnet 1.000 US-Dollar steigen werde. Eine flankierende "Social Reform Agenda" stellte vormaligen squatters in den urbanen Zentren sowie Pächtern und Kleinbauern auf Reis- und Maisland den Erwerb von Grund und Boden in Aussicht.

Heute jedoch wird über soziale Fortschritte allenfalls hinter vorgehaltener Hand geredet. Aufgrund des Kurssturzes des Pesos - seit Sommer 1997 büßte er über 40 Prozent seines Wertes ein - und mit Kreditzinsen von 30 und mehr Prozent ist für solchen Sozialklimbim nichts mehr drin. Die Inflation bewegt sich wieder auf eine zweistellige Höhe zu. Ausländische Investitionen sind in einem Maße zurückgegangen, daß selbst in der nahe Manila gelegenen Sonderwirtschaftszone Cavite zu Beginn des Jahres ein Dutzend der dort 230 ansässigen Firmen ihre Pforten schließen mußten. Nicht abzusehen sind die Folgen vorzeitiger Aufkündigungen von Arbeitsverträgen, die zehntausende ArbeitsmigrantInnen in Hongkong, Malaysia, Singapur und im Nahen und Mittleren Osten abgeschlossen haben. Allein deren Überweisungen waren in den vergangenen Jahren der mit Abstand größte Devisenbringer - laut Zentralbank umgerechnet fünf Mrd. US-Dollar. Ein etwa gleich hoher Betrag dürfte über andere als Bankkanäle ins Land fließen.

Illustre KandidatInnenshow

Der brodelnde Moloch Manila, von dem niemand weiß, ob dort zehn oder zwölf Millionen Menschen leben, hatte für seine ständig in Staus steckenden und nun zusätzlich von lähmenden Hitzewellen gebeutelten BewohnerInnen - El Niño läßt grüßen - zusätzliche Ablenkungen parat: Wahlplakate und Poster allerorten. Die abgebildeten KandidatInnen schienen sich allesamt einem Lächel-Wettbewerb gestellt zu haben. Passé sind die Zeiten, da die Nacionalista Party (NP) und Liberal Party (LP) das politische Geschehen dominierten und deren Führungspersönlichkeiten sich abwechselnd für eine Amtszeit im Malacañang-Palast einnisteten. Gehässige Zungen nannten das die Wahl zwischen Pepsi und Coca-Cola - eine herbe Enttäuschung für Wein-Aficionados.

Spätestens seit dem Amtsantritt von Präsidentin Aquino im Frühjahr 1986 schossen jedoch junge Parteien wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Ihr gemeinsamer Nenner: Statt eines Programms zeichnete sie lediglich die Fähigkeit aus, Seilschaften, gruppiert um eine Führungspersönlichkeit, zu bilden.

Ein enges Netz aus persönlichen Beziehungen, die gezielte Verwendung von staatlichen Geldern, um Günstlinge zu gewinnen, und die Akquierierung von Sonderfonds bilden die Sesam-öffne-Dich-Formel, um überhaupt Chancen auf irgendeinen politischen Posten zu erhalten. Heute, so ein Insider, der Businessman und frühere Handels- und Industrieminister unter Aquino, José Concepcion, "sind mindestens eine Milliarde Pesos (umgerechnet zirka 25 Millionen US-Dollar; R.W.) nötig, um ernsthaft Präsidentschaftsaspirationen zu wahren."

Concepcion ist Chef der "RFM Group of Corporations" und Co-Vorsitzender der Nationalen Bürgerbewegung für freie Wahlen (Namfrel), einer von betuchten Privatpersonen geförderten Organisation, die sich dafür einsetzt, daß beim Urnengang alles rechtens verläuft. Er selbst hatte während der Senatswahlen im Jahre 1992 reichlich acht Millionen Pesos aufgewendet und dennoch verloren. "Selbst wenn ein Kandidat nicht vorhat, sich mit Stimmenkauf oder Betrügereien den Sieg zu erkaufen, braucht er Geld, viel Geld, um Leute einzustellen, die nur das Wahlprozedere und die ordnungsgemäße Auszählung der Stimmen beobachten."

Ursprünglich hatten für den 11. Mai über 80 KandidatInnen ihre Ambitionen auf das Präsidentenamt bekundet. Doch die staatliche Wahlkommission Comelec mochte sich in dem überwiegend christlichen Land nicht dazu durchringen, illustre Vögel wie selbstgestylte Nachfahren von Jesus Christus und Wunderheiler erst antreten zulassen. So wurden nur elf als würdig befunden, sich der Wahl zu stellen, darunter neben Enrile die trotz der gegen sie losgetretenen Prozeßlawine nach wie vor umtriebige Marcos-Witwe, Imelda Romualdez, und Kongreßabgeordnete ihrer Heimatprovinz Leyte als makabrer Restposten des Ancien régime. Ernsthafte Siegeschancen konnten sich aber allenfalls drei Kandidaten ausrechnen.

Ein "Trapo": de Venecia

Lakas-NUCD-UMDP-Kampi, ein buntscheckiger Mix sich christdemokratisch verstehender Parteigruppierungen aus dem nördlichen Luzon und von der Südinsel Mindanao, genoß mit dem Spitzenkandidaten José de Venecia den Vorteil, von Ramos unterstützt zu werden. Venecia gilt als "Trapo",

traditioneller Politiker, der nach einer Diplomatenkarriere und einem hochdotierten Job in der Ölbranche die Seilschaften zusammengeführt und vor allem zusammengehalten hat, die die Ramos-Regierung bildeten. Sein gewieftes Austarieren der Macht ließ ihn zum Sprecher des Abgeordnetenhauses aufsteigen. Am letzten Aprilsonntag verspürte de Venecia beträchtlichen Aufwind, als in Manilas Rizal-Park weit über eine Million AnhängerInnen der charismatischen "Jesus-is-Lord"-Bewegung zusammenströmten, die sich im Lande großer Sympathien erfreut. Es war ein gott- und kandidatennahes Happening, das da zelebriert wurde. Gemäß der Vorliebe der Filipinos und Filipinas für Akronyme und immer wieder verblüffende Abkürzungen geriet das Spektakel zu einer pompösen Inszenierung für den Regierungskandidaten "JDV". Die gebräuchliche, doch allzu profane Abkürzung für José de Venecia stand nunmehr für "Jesus Declaration for Victory". Ob dieses Fingerzeigs des Herrn präsentierte sich denn selbst der hartgesottene "Trapo" sichtlich gerührt.

Als Venecias Stellvertreterin und Anwärterin auf die Vize-Präsidentschaft empfahl sich Gloria Macapagal-Arroyo, die Tochter von Diosdado Macapagal, der in den sechziger Jahren Marcos' Vorgänger war. Auf allgegenwärtigen Postern war sie als strahlendes Bauernmädel mit Reisähren in den Händen abgebildet: ein lächelnd-lächerliches Konterfei. Die in den USA ausgebildete, redegewandte Ökonomin ist wohlvertraut mit allem, was das pulsierende urbane Leben zu bieten hat, dürfte aber ein Reisfeld allenfalls zum Posieren betreten haben.

Tropengerechter Robin- Hood-Verschnitt: Estrada

Weit vorn in der Gunst der WählerInnen lag von Anfang an der oppositionelle Kandidat der Laban ng Makabayang Masang Pilipino (LAMMP; Kampf der national gesinnten philippinischen Massen), Vizepräsident Joseph "Erap" Estrada. Erap, was soviel wie Kumpel bedeutet, ist der sunny boy philippinischer Politik. Aus einfachen Verhältnissen stammend, reüssierte der vorzeitige Schulabbrecher als Schauspieler, der bevorzugt die Rolle des kleinen Straßenhelden mit großem Herzen verkörperte. Ein tropengerechter Robin-Hood-Verschnitt, der die Phantasien seiner zahlreichen armen Landsleute beflügelt und sie mit der erlebbaren Nähe eines Helden aus ihrer Mitte über den tristen Alltag hinwegtröstet.

Estradas Auftritte waren landesweit durchweg gut besucht. Weitaus weniger als seine KonkurrentInnen war er dabei auf den Einsatz exaltierter Go-go-girls und Musikbands angewiesen. Die Massen jubelten ihm zu, während die säkularen und kirchlichen "Trapos" nicht müde wurden, dem untersetzten und von ihnen als Trunkenbold und draufgängerischer Frauenheld öffentlich gerügten Erap eins auszuwischen. Er hat zwar sechs Jahre lang dem Präsidenten eng zur Seite gestanden und wurde gleichzeitig als höchster Verbrechensbekämpfer geschätzt; trotzdem hat Ramos im Vorwahlkampf keine Gelegenheit ausgelassen, seinem Vize, dessen mangelnde Eloquenz und Englischkenntnisse reichlich Stoff für eine eigene Witzgattung bieten, öffentlich unter die Gürtellinie zu schlagen.

Schützenhilfe erhielt der protestantische Präsident in diesem Falle ausnahmsweise vom Erzbischof Manilas, Jaime Kardinal Sin, der Politik und Religion zeit seines Lebens stets gern vermengte. In Pastoralschreiben drängte Sin mehrfach darauf, keinem "unqualifizierten Kandidaten" die Stimme zu geben und strikt dem Gewissen zu folgen. Ein deutlicher Seitenhieb auf Estrada, über den sich der chinesischstämmige, wegen seiner China-Connections geschätzte und mitunter gar als potentieller Nachfolger des Papstes gehandelte Sin in Interviews noch deutlicher ausdrückte. Der Londoner Financial Times sagte er, "der wahrscheinlichste Gewinner wird der höchstwahrscheinlich desaströseste für unser Land sein".

Die mangelnde Gottesnähe macht Estrada indes durch Volksnähe und das Einbeziehen sachkompetenter Leute in sein Team wett. Zu seinem Vizekandidaten hat er den Juristen Edgardo Angara auserkoren, den einstigen Präsidenten der renommierten staatlichen University of the Philippines. Als Redenschreiber und Souffleure assistieren Erap überdies namhafte Mitglieder des ehemaligen linken Untergrundbündnisses der Nationalen Demokratischen Front (NDFP), die darauf spekulieren, daß Geist und Geld sich einmal kongenial und gewinnbringend entsprechen möchten.

Crimebuster Lim

Dem Gusto des Kardinals und der Ex-Präsidentin Aquino entspricht indes Manilas Bürgermeister Alfredo Lim von der Liberal Party. Als ehemaliger Cop und Chef des Western Police District in Manila ist Lim mit populistischen Parolen hervorgetreten. In Rambo-Manier ließ er zahlreiche zweifelhafte Etablissements in Manilas Rotlichtdistrikt Ermita schließen und sich dafür von einer ordnungsliebenden, sicherheitsbewußten

Ober- und Mittelschicht als Crimebuster auf den Schild heben. Daß die rasch dichtgemachten Schuppen in Ermita ebenso hurtig andernorts wieder eröffneten, ist von Lims PR-Strategen unter den Teppich gekehrt worden.

Als Lims Aspirant auf die Vizepräsidentschaft ging Serge Osmeña III ins Rennen. Er ist Sproß einer mächtigen Geschäftsfamilie und "Trapo"-Dynastie aus der nach Manila zweitwichtigsten Finanz- und Handelsstadt Cebu. Die Osmeñas beherrschen seit Jahrzehnten das politische Geschehen auf der mittleren Visaya-Insel Cebu, die der Londoner Economist wegen ihres ungestümen Wachstums als "Ceboom" bezeichnet hat.

Bei Redaktionsschluß (26.5.) lagen Estrada und Macapagal-Arroyo mit über acht Millionen bzw. neun Millionen Stimmen weit vorn in der WählerInnengunst. Weit abgeschlagen folgten de Venecia und der Vize-Aspirant Angara mit gut drei bzw. vier Millionen Stimmen. Fazit: Philippinische Politik verspricht nunmehr spannender und unterhaltsamer zu werden. Das ist nicht wenig in einem Land, wo auf etliche Landesteile noch die Schatten der Marcos-Diktatur fallen.

Rainer Werning

14. Ex-General Suharto tritt ab - das Militär aber putzt weiter seine Stiefel

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:30

Am 21. Mai trafen bündelweise Grußbotschaften in Jakarta ein. Der Empfänger: Indonesiens Präsident Suharto, der soeben seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für Bacharuddin Jusuf Habibie freigemacht hatte, seinen Intimus und Vize. "Respekt und Zustimmung" wurden Suharto aus Washington, Tokio und Bonn gezollt - einem Mann also, der jahrelang Terror und Gewalt auf seinem Archipel gesät hatte, der aber von den westlichen Industriestaaten notorisch umschmeichelt oder - wie im Falle Helmut Kohls - gar ausdrücklich als "guter Freund" bezeichnet worden war. So wurde nicht nur im nachhinein ein krimineller Politiker als einsichtig-honoriger Staatsmann eingestuft, sondern auch die Kontinuität des Alten begrüßt: business as usual .

Noch Mitte Mai, auf dem G8-Gipfel im englischen Birmingham, hatte der sonst geschätzte Liebling des Westens Schelte bekommen: Er möge sich, so der Appell der Staats- und Regierungschefs der reichsten Länder, endlich um Reformen bemühen. Hätten diese Industrieländer den stramm antikommunistischen Haudegen Suharto nicht selber jahrelang tatkräftig unterstützt, wäre ihnen die selbsteingebrockte Blamage erspart geblieben.

Im fernen Indonesien schüttete der Ex-General derweil Öl ins Feuer: Mit Hunderten von Toten, panikartigen Fluchtbewegungen und Massenevakuierungen von AusländerInnen belastete er zusätzlich die Bilanz seiner Herrschaft.

"Sie sind wie Heuschrecken. Diese Heuschreckenschwärme wüten mittlerweile in zahlreichen Vierteln Jakartas, und sie rücken immer näher", ereiferte sich noch am 15. Mai der Vorsitzende der Deutsch-Indonesischen Handelskammer, Fritz Kleinsteuber, in einem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk. Mit "Heuschrecken" meinte der Geschäftsmann marodierende Gangs von Brandstiftern und Plünderern, die sich bedrohlich dem Stadtzentrum näherten. Informationsminister Muhammad Alwi Dahlan sprach unumwunden von Chaos, in dem die Metropole versinke. Der Architekt dieses Chaos freilich ließ in gewohnter Manier Knüppel schwingen. Allen aufbegehrenden Untertaninnen drohte er mit drakonischer Vergeltung.

"People Power" - aber kein Umsturz

Dabei hätte sich die revoltierende Bevölkerung allzu gern eine Neuauflage jener "People Power Revolution" gewünscht, die vor zwölf Jahren im nördlichen Nachbarland, den Philippinen, den Sturz der Marcos-Diktatur besiegelt hatte. In der dortigen Hauptstadt Manila hatte im Februar 1986 ein Teil der Streitkräfte um den späteren Präsidenten Fidel V. Ramos und Ex-Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile Marcos kurzerhand die Loyalität aufgekündigt und ihn in den Orkus geschickt. Doch Marcos' Gesinnungskumpan in Jakarta ist von anderem Kaliber: ein gereiftes Produkt der Armee und gerissener Gebieter über die Streitkräfte (ABRI). Ohne sie läuft nichts in Jakarta. Und das wird auf Dauer leider so bleiben.

Historische Gründe sind dafür ausschlaggebend. Während die Armed Forces of the Philippines (AFP) von der ehemaligen US-amerikanischen Kolonialmacht aus der Taufe gehoben worden sind und bis zu Marcos' Machtantritt (1966) eine quantité négligeable waren, kam den indonesischen Streitkräften eine nationbildende, identitätsstiftende Funktion zu: Die ABRI bezogen ihre Legitimation aus dem langwährenden antikolonialen Kampf gegen die Niederlande.

Am 17. August 1945 wurde die unabhängige Republik Indonesien ausgerufen. Die über 13.600 Inseln hatten 350 Jahre holländische Kolonialherrschaft und drei Jahre japanischer Besatzung während des Zweiten Weltkrieges hinter sich. 1945 war Indonesien jedoch noch nicht wirklich frei: Die holländischen Kolonisatoren kehrten unter dem Schutz der britischen Armee zurück und versuchten, die Herrschaft erneut an sich zu reißen. Noch im Juli 1947 und Dezember 1948 führten die Niederlande "Polizeiaktionen" gegen die Republik durch. Erst auf Druck der Vereinten Nationen übertrugen die Holländer 1949 Indonesien die formelle Souveränität über sämtliche Inseln des ehemaligen Kolonialreiches mit Ausnahme West-Irians. Die Republik

wurde in eine Föderation umgewandelt, die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft des Landes blieben jedoch in ausländischer Hand.

Schillernder Sukarno

Die nationalistischen Volksbewegungen widersetzten sich dem aufgezwungenen Föderalismus und führten am 17. August 1950 ein parlamentarisches System ein, wobei die Nationalisten (PNI), die Kommunistische Partei (PKI) und die beiden muslimischen Organisationen Masjumi und Nahdlatul Ulama (etwa 90 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zum Islam) die wichtigsten Rollen spielten. Mit Sukarno, dem Staatsgründer und ersten Präsidenten an der Spitze verweigerte sich Indonesien der Eingliederung in den auf Initiative der USA 1954 geschaffenen Südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO). Statt dessen fungierte es ein Jahr später als Gastgeber bei der Gründung der Blockfreienbewegung.

Aufgrund zahlreicher separatistischer Aufstände verkündete Sukarno Ende der fünfziger Jahre sein Staatskonzept der "Gelenkten Demokratie", das dem Präsidenten weitreichende Vollmachten einräumte. 1959 setzte er die Verfassung von 1945 wieder in Kraft und übernahm auch das Amt des Ministerpräsidenten. Ein Jahr später löste er das Parlament auf und bildete die "Nationale Front" unter Mitwirkung der PNI, der PKI und der Nahdlatul Ulama.

Außenpolitisch kam es zu Konfrontationen mit den Niederlanden, die sich weiterhin weigerten, die Provinz West-Irian an Indonesien abzutreten. Im Mai 1963 wurde West-Irian dann als Irian Jaya in die Republik Indonesien eingegliedert - unter Umgehung eines Volksentscheids und nachdem lediglich ein von Jakarta handverlesener, gut 1.000-köpfiger Papua-Ältestenrat für die Annexion gestimmt hatte.

Im gleichen Jahr spitzten sich die Beziehungen zum Nachbarn, der britischen Ex-Kolonie Malaysia, erheblich zu: Es kam zu bewaffneten Konfrontationen und zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Aus Protest gegen die Aufnahme Malaysias in den UN-Sicherheitsrat trat Indonesien im Januar 1965 aus den Vereinten Nationen aus. Die angespannte außen- wie innenpolitische Situation verschlechterte zusehends auch die wirtschaftliche Lage, bis in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1965 ein Machtwechsel stattfand, dessen traumatische Konsequenzen in der indonesischen Gesellschaft bis heute nachwirken. Dieser Machtwechsel beendete die Sukarno-Ära.

Sie war eine Ära des Populismus gewesen. Indonesiens erster Präsident wollte den Inselstaat politisch einen, sozial befrieden und wirtschaftlich weiterentwickeln. Dazu sollte die NASAKOM dienen - eine Allianz aus Nationalisten, Gläubigen und Kommunisten. Doch bereits Ende der fünfziger Jahre zerbrach dieses fragile Bündnis aufgrund widerstreitender Interessen: Das betraf zum einen die Sicherheitspolitik bzw. das Problem, wie der Konfrontationskurs mit Großbritannien und Malaysia beizulegen sei, zum anderen aber auch die innere Sicherheit. Die Doppelfunktion, externe Gefahren abzuwehren und intern als sozialpolitische Ordnungsmacht aufzutreten, oblag fortan den Streitkräften ABRI. Mit der Einführung der "Gelenkten Demokratie", die Sukarno ausdrücklich befürwortete, gelang es den Militärs, ihre Stellung in Staat und Gesellschaft beträchtlich auszubauen und im Herbst 1965 zur dominierenden politischen Kraft aufzusteigen.

Massaker im Namen der Freiheit

Mit der Abwehr eines vermeintlich linken Putsches erlebte Indonesien in den Jahren 1965 und 1966 eine der blutigsten Konterrevolutionen der jüngeren Geschichte.

"Wir hatten Angst vor den großen kommunistischen Führern. Sie verfügten über magische Kräfte, die sie unsterblich machten. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen. Man konnte sie noch so sehr schlagen, sie starben nicht. Riß man ihnen die Haare aus, wuchsen ihnen neue. Wir mußten ihnen die Buchstaben PKI mit glühenden Eisen in den Schädel einbrennen, um dieses Wunder zu beenden. Einige starben noch immer nicht. Nicht einmal, als wir Bambussprößlinge in ihre Münder und Ohren pflanzten; nicht einmal, nachdem wir ihnen die Augen ausgerissen hatten. Dann legte man ihnen eine Katze in den Bauch - die Katze ist das Symbol des Tigers -, sie wurden dann verrückt, verloren ihre Zauberkraft und starben." Der das sagte, war nicht einmal 18 Jahre alt, Mitglied der KAPI, der indonesischen Schülerfront, und praktizierender Katholik - der Zauberei und schwarzen Magie jedoch nicht abgeneigt. Überliefert hat dies der französische Schriftsteller Philippe Gavi in seinem Buch Konterrevolution in Indonesien (Frankfurt am Main 1969).

Die US-amerikanische Regierung hatte die politische Situation in der Region schon Anfang 1965 als überaus kritisch eingeschätzt. Man befürchtete in Indonesien eine ähnliche Entwicklung wie in Vietnam. Die Absprachen zwischen indonesischen und amerikanischen Militärs häuften sich, und dem Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, General Yani, und anderen hochrangigen Militärs wurde für die Planung eines konterrevolutionären Putsches freie Hand gelassen. Dessen vorrangiges Ziel bestand darin, Sukarno zu beseitigen, linke Nationalisten, Gewerkschafter und Kommunisten auszuschalten, eine außenpolitische Kehrtwende in Richtung Westen vorzunehmen, verstaatlichten Besitz an die früheren ausländischen Eigentümer zurückzugeben und das Land gezielt für ausländische Investitionen zu öffnen. Für die geplante Zerschlagung der PKI waren "schwarze Listen" mit den Namen all derer aufgestellt worden, die es möglichst rasch "auszuschalten" galt. Der Umsturz sollte am 5. Oktober 1965 stattfinden, da dies der Jahrestag der indonesischen Armee war und eine Konzentration größerer Truppenverbände deshalb wenig Verdacht erregen würde.

Diesem Plan kam ein Gegenputsch am 30. September zuvor. Oberstleutnant Untung, der Chef der Leibgarde Sukarnos, hatte ihn inszeniert. Untungs Truppen gelang es, der sechs ranghöchsten Generale - darunter auch Yani - habhaft zu werden; sie wurden getötet. Tags darauf gaben die Putschisten über Radio die Konstituierung eines Revolutionsrates und die Namen seiner Mitglieder bekannt, unter ihnen etliche Militärs, die nichts von ihrem "Glück" wußten und damit beschäftigt waren, der anderen Seite zuzuarbeiten. Über den Zweck des Umsturzes wurde wenig mitgeteilt, nur soviel, daß führende Persönlichkeiten, die der Komplizenschaft mit dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA bezichtigt wurden, kaltgestellt worden seien. Es gelte, Sukarnos antiimperialistischen Kurs zu unterstützen. Die Untung-Anhänger suggerierten, daß alles unter Kontrolle sei und es keiner Massenaktionen bedürfe. Allerdings trieb die Mitteilung, daß alle militärischen Grade über dem Rang des Oberst abgeschafft werden sollten, sämtliche Generale unverzüglich ins gegnerische Lager.

Kommunistenhetze und Westorientierung

So porös die Plattform der Gefolgsleute von Untung war, so rasch stürzte sie zusammen. Was folgte, war die gnadenlose Rache der Sieger. Mitglieder und (vermeintliche) Sympathisanten der PKI, der seinerzeit weltweit immerhin drittstärksten Kommunistischen Partei, bildeten die Zielscheibe des seit Anfang Oktober 1965 entfesselten Militärterrors, in dessen Verlauf über eine halbe Million Menschen massakriert wurden (andere Quellen sprechen von bis zu zwei Millionen Toten). Noch im Juni 1964 hatte die PKI-Zeitung die Zahl der Parteimitglieder mit drei Millionen und die der Sympathisanten mit etwa 18 Millionen angegeben. Überdies waren führende PKI-Kader wie Generalsekretär D.N. Aidit und Njoto (zweiter Vizepräsident der PKI und Chefredakteur der Parteizeitung) bis August 1964 Mitglieder der Sukarno-Regierung gewesen. Ihre "Theorie von den zwei Aspekten der Staatsmacht", einem "volksfeindlichen" und einem "volksfreundlichen", der die Möglichkeit eröffnen sollte, den Kommunismus auf friedlichem Wege zu verankern, sollte sich im nachhinein als fatale Fehleinschätzung erweisen.

Noam Chomsky, der bekannte Linguistikprofessor und vehemente Gegner der US-Kriegsführung in Indochina, sprach zu Recht von einem im Sinne der US-Außenpolitik "konstruktiven Massaker". "Konstruktiv" deshalb, weil es den Archipel außenpolitisch wieder in den Einflußbereich des Westens zurückführte und dem Unmut der Bauern über die ausgebliebene Landreform mit "straffem Regiment" begegnete. Nutznießer des Blutbades waren die ABRI, und zum neuen Chef eines von "subversiven Elementen" gesäuberten, fortan dem Westen zugeneigten Indonesien avancierte der Chef der Eliteeinheit KOSTRAD, Generalleutnant Suharto. Die religiösen und säkularen Eliten (vor allem Großgrundbesitzer) und die damalige Lyndon-B.-Johnson-Administration in Washington begrüßten vorbehaltlos diese "Säuberung", sahen sie doch damit endgültig die "Gefahr des Kommunismus" gebannt.

Geschmeidiger Suharto

"Der nach dem Ausscheiden Sukarnos begonnene Wandel in Staat und Gesellschaft", kommentierte Düsseldorfer Handelsblatt den Umsturz am 6.1.1970 in Erwartung lukrativer Geschäfte, sei "noch nicht abgeschlossen. (...) Immerhin verfügt Suharto neben javanischer Geschmeidigkeit und Geduld auch über taktisches Gespür und notfalls Entschlossenheit, wie er das bei der Ausschaltung seines Vorgängers hinlänglich bewiesen hat."

So zynisch diese Formulierungen sind, so zutreffend ist es, daß Suharto - wie der Dalang im javanischen Puppenspiel - die Geschicke auf und hinter der Bühne zu lenken wußte. Als Magier der Macht verstand er es immer wieder meisterhaft, potentielle Widersacher auszuschalten und eine ihm geneigte Klientel strategisch zu positionieren - in Führungsetagen von Handel und Industrie ebenso wie in der Politik und innerhalb des Militärs. So gedachte er sich auch zu Beginn seiner siebten Amtszeit aus der Schlinge zu ziehen: Als Antwort auf die eskalierende ökonomische und politische Krise schien er schrittweise den Forderungen internationaler Finanziers nachzugeben, vor allem denen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Sie insistierten darauf, daß ambitionierte Großprojekte und staatliche Subventionen gekappt werden müßten. Suharto lenkte ein - doch nachgeben wollte er nicht.

Von den westlichen Industriestaaten wurde der Diktator als Ordnungsfaktor und Garant westlicher Sicherheitsinteressen in Südostasien geschätzt; wirtschaftlich wurde er als Gebieter über den größten und lukrativsten Markt in der Region gehätschelt. Jede noch so große Schandtat Suhartos wurde als Kavaliersdelikt bagatellisiert. So blieb es ungestraft, daß während des von ihm mitgetragenen Militärputsches im Jahre 1965 Hundertausende physisch liquidiert und Zehntausende inhaftiert und/oder in die Verbannung geschickt wurden. Ungestraft blieb auch, daß Indonesien sich 1975/76 widerrechtlich Ost-Timor als 27. Provinz einverleibt und UN-Resolutionen zum Abzug seiner dort stationierten Truppen ignoriert hatte. Für weitaus geringere Verbrechen sind Schurken kleineren Kalibers von westlichen Regierungen hart an die Kandare genommen worden.

Deutsche Waffen für den Diktator

Mit von Suhartos Partie war von Anfang an auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab es für die fernen Freunde unter dem Vorwand der "Drogenmißbrauchsbekämpfung" Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. (Dort erhielt unter anderen der Schwiegersohn Suhartos, General Prabowo Subianto, 1981 eine Sonderausbildung.) Der damalige BND-Chef, Reinhard Gehlen, schrieb nach Suhartos Militärputsch: "Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden." Laut Recherchen des Fernsehmagazins Monitor (10.10.96) bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man auch militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit.

Aus der Bundesrepublik fand außerdem massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch. Nach dem letzten Indonesien-Besuch von Bundeskanzler Kohl im Oktober 1996 konnte sich die zentraljavanische Textilfirma Sritex einen Auftrag in Höhe von umgerechnet 10,4 Mio. US-Dollar für das Nähen von 500.000 Bundeswehruniformen sichern. Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) werden unter deutscher Lizenz im Lande selbst gefertigt. MBB hat in den siebziger Jahren den Suharto-Nachfolger Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie beschäftigt: Nach seinem Studium an der TH Aachen war Habibie bei MBB Direktor der Abteilung für angewandte Technologie. 1974 wurde er nach Indonesien zurückgerufen und zwei Jahre später zum Minister für Wissenschaft und Technologie ernannt. Seitdem besetzte er sämtliche wichtigen Posten im rüstungsindustriellen Bereich. Unter seiner Ägide fiel schließlich der Rüstungsindustrie eine Schlüsselrolle in der Industrialisierungsstrategie Indonesiens zu.

Kredite für Suharto ...

Die regierungsunabhängigen (Menschenrechts-)Organisationen und Gewerkschafter, die sich für die Einführung eines landesweit geltenden Mindestlohns von umgerechnet gerade mal vier Mark pro Tag einsetzen, ein Ende militärischer Einmischung in Arbeitskonflikte sowie das Recht auf die Bildung freier Gewerkschaften fordern, blieben den Machthabern stets ein Dorn im Auge. Das westliche Ausland jedoch störte das Gebaren der Militärs nicht im geringsten. Es schätzte vielmehr den reibungslosen Ablauf der Geschäfte unter dem straffen Regiment der neuen Machthaber und knauserte nicht mit Investitionen und Krediten, bis das Land schließlich eine Auslandsverschuldung von gegenwärtig etwa 134 Mrd. US-Dollar angehäuft hatte. Kommunismus-Phobie, martialische Einsätze der Sicherheitskräfte und ein Filz aus politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen zeichnete seit jeher den Suharto-Clan aus, unter dem

die Korruption üppig ins Kraut schoß und die sechs Kinder des Präsidenten schrittweise die größten Wirtschaftsimperien übernahmen beziehungsweise leiteten.

Beliebt war Suharto insbesondere wegen seiner makroökonomischen Erfolge. Er holte Ökonomen in sein Kabinett, die im Ausland, vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik, geschult waren, um gegenüber westlichen Kapitalgebern Kompetenz und Solidität zu signalisieren. Er konnte die 1.000-prozentige Inflationsrate auf ein zweistelliges Niveau drücken und Investitionen anlocken. Die Infrastruktur wurde ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen reformiert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt, wofür Suharto von der UNO besonders ausgezeichnet wurde. Als wichtiger Öllieferant und mächtiges OPEC-Mitglied profitierte das Inselreich lange vom Ölboom. Die Weltbank spendete Lob dafür, daß sich die Lebenserwartung in Indonesien innerhalb von drei Jahrzehnten von 41 auf 63 Jahre erhöht habe und gleichzeitig der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden IndonesierInnen (offiziell) von über 40 auf knapp zwölf Prozent gesenkt wurde.

Doch die binnen kurzer Zeit aus dem Boden gestampften Prachtbauten, die pompösen Kaufhausfassaden und imposanten Bürotürme, die das heutige Stadtbild Jakartas prägen, konnten nie den Blick auf die inzwischen enorme Kluft zwischen Arm und Reich verstellen. Selbst innerhalb von einzelnen Betrieben ist ein Verhältnis von 1:100 oder mehr zwischen den niedrigsten und höchsten Lohngruppen keine Seltenheit. Ein zunehmendes Problem stellte schon vor dem Aufbrechen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit beziehungsweise Unterbeschäftigung dar. Im Sommer letzten Jahres waren nach offiziellen Statistiken 7,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos und zirka 40 Prozent unterbeschäftigt. Heute ist etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze (rund 37 Mio.) gefährdet. Allein in Jakarta wurden in diesem Frühjahr über vier Millionen Menschen arbeitslos.

... und die Zange des IWF

Der tiefe Fall der Rupiah ist vor allem durch Zweifel am Willen Jakartas ausgelöst worden, den Wirtschafts- und Finanzsektor ernsthaft zu reformieren. Den Topmanagern von IWF und westeuropäischen Banken gingen die in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Überwindung der Krise offensichtlich nicht weit genug. Daher genügte das Gerücht, der IWF gedenke im Verbund mit der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank die für Indonesien vorgesehene Hilfe in Höhe von 43 Mrd. US-Dollar zu kürzen, um die Rupiah in den Keller sacken zu lassen.

US-Präsident Clinton intervenierte höchstpersönlich, indem er Suharto telefonisch über ein verstärktes Engagement Washingtons unterrichtete. Sodann fand sich nebst dem IWF-Spitzenduo Michel Camdessus und Stanley Fischer auch Weltbankpräsident James D. Wolfensohn in der indonesischen Hauptstadt ein. Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand die Frage, wie das Land kurzfristig annähernd 60 Prozent seines von Privatbanken und dem Staat angehäuften Auslandsschuldenbergs abtragen kann.

Jakarta hatte sich im Gegenzug für das vom IWF geschnürte Hilfspaket bereit erklärt, den "Empfehlungen" des IWF nachzukommen. Er fordert u.a. eine völlige Öffnung des Landes für ausländische Kapitalbeteiligungen und die Aufgabe des staatlichen Handelsmonopols für viele landwirtschaftliche Produkte sowie eine umfassende Umstrukturierung des Bankwesens; außerdem sollen 81 Regierungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet mindestens drei Mrd. US-Dollar vorerst auf Eis gelegt werden. Strittig blieb das Deregulierungsgebot des IWF in den Punkten, die unmittelbar den Suharto-Clan und dessen engste Klientel betrafen.

Die Entflechtung des Banken- und Finanzsektors sowie das Kappen politisch-ökonomischer Vergünstigungen und die Kürzung von Subventionen für Grundnahrungsmittel (vor allem Reis) wurden zwar als Lösung des Problems gepriesen; gleichzeitig aber sind sie Teil des Problems, das beide Seiten in einem fatalen Zirkelschluß gefangenhält - auch unter der Regentschaft Habibies: "Wenn er (der IWF; R.W.) die Auflagen durchpaukt", so der Indonesien-Experte der Hongkong and Shanghai Bank, Steve Gibbs, "muß er mit weiteren Unruhen rechnen. Gibt er indes nach, wird ihm der Vorwurf gemacht, er habe in Indonesien westliche Steuergelder verschwendet."

Während sich der IWF nicht vorwerfen lassen will, nicht mehr Herr der eigenen Gebote zu sein, fürchtet das Habibie-Regime um seine Stellung als regionale Führungsmacht in Südostasien. Doch wenn sich Habibie den IWF-Auflagen widersetzt oder sie zu umgehen versucht, wird auch ihn das den Hals kosten. Kommt er ihnen

nach, wird ihm der "Terror der Ökonomie" ebenfalls zum Verhängnis. Denn die Umsetzung der IWF-Auflagen gefährdet den sozialen und politischen "Frieden". Zwar könnte Habibie soziale Unruhen militärisch unterdrücken lassen. Doch das würde vollends das Image des Standorts Indonesien ruinieren und die Gefahr eines neuerlichen Massakers heraufbeschwören.

Der für Indonesien zuständige IWF-Direktor Dennis de Tray und seine indonesischen Kollegen werden in den nächsten Wochen und Monaten alle Hände voll zu tun haben, ein Rezept zu finden, das den Archipel wirtschaftlich langsam wieder Tritt fassen läßt. Schon jetzt hat Wirtschaftsminister Ginandjar Kartasasmita klar gemacht, worum es geht: "Wir werden definitiv mehr Geld brauchen", erklärte er gegenüber der in Hongkong erscheinenden Far Eastern Economic Review. Die angespannte soziale und wirtschaftliche Lage im Lande schürt fortgesetzt eine Pogromstimmung gegen die gut sechs Millionen zählenden Chinesen, von denen nicht wenige Hauptnutznießer der Suharto-Ära waren. Etliche chinesische Geschäfte sind geplündert und niedergebrannt worden. Wer es sich leisten konnte, hat sich bereits ins benachbarte Ausland abgesetzt. Mehrfach fanden zwischen Regierungsvertretern Indonesiens, Malaysias und Singapurs Krisengespräche über die Befürchtung statt, ein Massenexodus chinesischer Geschäftsleute könne in diesen Ländern zusätzlich für sozialen Zündstoff sorgen.

Wer Mitte März - nachdem die Beratende Volksversammlung Suharto nochmals ihr Vertrauen ausgesprochenen hatte - Hoffnungen auf eine wenigstens seichte Öffnung oder Reformpolitik gehegt hatte, sah sich herb enttäuscht. Statt dessen wurden einige Clanmitglieder - darunter Suhartos Tochter Siti Hardiyanti Rukmana und der Großindustrielle Mohammad Hasan - ungeniert auf Ministerposten gehievt und mit der Leitung der Ressorts Industrie, Handel und Soziales betraut - mit der Leitung jener Ressorts also, die für die von IWF und Weltbank kritisierte Politik verantwortlich waren, allen voran Vizepräsident Habibie, der als Technologie- und Industrieminister eine Schwäche für ehrgeizige Großprojekte hatte. Das schuf zwangsläufig böses Blut und ließ das Faß in jenem Moment überlaufen, als eine drastische - wenngleich aufgrund des Drucks der Straße wieder zurückgenommene - Erhöhung der Benzin-, Strom- und Nahrungsmittelpreise dekretiert wurde. Als dann auch noch auf dem Campus renommierter Hochschulen der legitime Protest von den Sicherheitskräften schießwütig erstickt wurde, brachte das selbst die bis dahin eher zögerliche Mittelschicht auf die Barrikaden.

Für den 20. Mai, den 90. Jahrestag des beginnenden antikolonialen Widerstandes gegen die Niederlande, hatte man ein Großaufgebot von Sicherheitskräften erwartet und ein mögliches weiteres Blutvergießen befürchtet. Doch diesmal zeigte sich Jakarta ausnahmsweise von der ruhigeren Seite. Der noch amtierende Staatschef versuchte, den Protesten ein Ventil zu öffnen, indem er Neuwahlen ankündigte und Reformen versprach, die der Nationale Reformausschuß auf den Weg bringen sollte, der soeben von ihm aus der Taufe gehoben worden war und mit Experten besetzt werden sollte.

So vage diese Zusage ausfiel, so rasch war sie wieder vergessen, als der alte Fuchs Suharto kurzerhand seinen Vize kürte - genau so, wie er es sich für seinen Machtabtritt ausbedungen hatte.

Vorerst ein Suharto- Regime ohne Suharto

Habibie redete dann gar nicht mehr von Wahlen, sondern präsentierte ein Kabinett, dessen Köpfe bereits zu Suhartos Zeiten sattsam bekannt waren und das einzig um so groteske Figuren wie die älteste Suharto-Tochter und den Holzkönig Hasan gereinigt war. Auf ihren Posten blieben Außenminister Ali Alatas und Verteidigungsminister General Wiranto. Generalleutnant Syarwan Hamid, früher Führer der Militärfraktion im Parlament, übernahm das Innenministerium, während mit Generalleutnant Yunus Yosfiah ein weiterer Offizier zum Chef des Informationsministeriums aufstieg. Kurzum: Im Osten nichts Neues.

Eine ernstzunehmende Opposition ist bereits in den Anfangsjahren der Suharto-Ära physisch liquidiert worden, und heute ist der Widerstand relativ schwach. Mit einer aufgewühlten Studentenschaft allein ist noch kein Staat zu machen.

Bislang deutet auch noch nichts auf einen innermilitärischen Zwist hin, der die Homogenität der ABRI bedrohen könnte. Das aber wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine oppositionelle Alternative, in die u.a. Persönlichkeiten wie Amien Rais, die Sukarno-Tochter Megawati, Gefolgsleute um den erkrankten Abdurrahman Wahid von der Nahdlatul Ulama und aktive Menschenrechtler und Gewerkschafter einbezogen werden könnten.

Rais, Führer der einflußreichen muslimischen Muhammadiyah-Bewegung (vgl. ak 411), hatte sich bereits im Frühjahr 1997 mit Suharto und Habibie überworfen, als er wegen regimekritischer Äußerungen seines Postens als Vorsitzender des Expertenkuratoriums der Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICM), einer kontroversen, 1990 von den Behörden zwecks Kooptierung kritischer Geister ins Leben gerufenen muslimischen Pressure Group, enthoben wurde. Im Augenblick hält sich Rais ebenso auffällig zurück wie Megawati Sukarnoputri und scheint zumindest für eine Zeitlang einem Burgfrieden mit Habibie zugeneigt zu sein.

Herrscher in den Zitadellen der Macht bleiben uneingeschränkt die Militärs, wenngleich noch nicht abzusehen ist, ob bzw. inwiefern sich künftig ABRI-interne Rangeleien Bahn brechen könnten. Während einige ältere Kameraden eine regulierte politische Öffnung des Systems befürworten, optieren andere Generäle für den Weg zurück in die Kasernen. Eine dritte Tendenz, fest entschlossen, den Status-quo notfalls mit Klauen und Krallen zu verteidigen, verkörpert die sogenannte Palastwache um Generalleutnant Prabowo Subianto, der auch den Großteil der sogenannten "front-line"- Kampftruppen befehligt. Alle Gruppierungen freilich sind sich einig in dem Bestreben, dem Militär auch künftig sozialpolitische Funktionen zu übertragen und Pfründe zu belassen.

"Die Armee ist noch in starkem Maße von Herrn Suharto abhängig", meint Juwono Sudarsono, Politologe am Militärkolleg in Jakarta. "Überdies ist diese Krise überwiegend wirtschaftlicher Natur, in der ein Rearrangement im Machtgefüge allein nicht hilfreich ist." Damit hat er in gewissem Sinne recht. General Wiranto, Verteidigungsminister und Kommandeur der Streitkräfte, versucht weiterhin den heiklen Drahtseilakt, Loyalität zum Präsidenten mit gleichzeitigem "soft approach"

gegenüber der aufbegehrenden Studentenschaft zu koppeln und mit Jakartas Militärbefehlshaber, Generalmajor Syafrie Syamsuddin, den Part eines zum Einlenken bereiten Offiziers zu spielen.

Entscheidend ist jetzt nicht die Frage, ob alsbald Neuwahlen stattfinden werden. Weitaus bedeutsamer ist es, Mechanismen zu schaffen, die wirklich demokratische Wahlen ermöglichen, und das diktatorische Regime zu beseitigen. Die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit und die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften sind dafür die ersten Schritte. Daß der große Kleptokrat Suharto vom kleinen Kleptokraten Habibie nicht belangt und für sein jahrzehntelanges Wirken vor den Kadi zitiert wird, das jedenfalls ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Rainer Werning

15. Die Niederlande bleiben "violett". Wahlen stärken die neoliberale Koalition - und die linke Opposition

Parlamentswahlen stärken die neoliberale Koalition - und die linke Opposition

Autor: mi. · Rubrik: Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:08

Keine Überraschungen gab es bei den niederländischen Parlamentswahlen am 6. Mai. Die Regierungskoalition unter dem sozialdemokratischen Premier Wim Kok hat insgesamt leicht zugelegt - und die kleinen linken Oppositionsparteien sind stärker geworden. Die bisherige neoliberale Wirtschaftspolitik wird fortgesetzt.

In den Niederlanden gilt das reine Verhältniswahlrecht ohne Fünf-Prozent-Klausel. Schon knapp ein Prozent (etwa 60.000 Stimmen) reicht für ein Mandat in der 150-Sitze-Kammer. Dies begünstigt kleine Parteien(im letzten Parlament gab es zwölf Fraktionen). Eine Partei, die 30Prozent oder mehr erreicht, hat schon eine dominierende Stellung.

Seit der letzten Parlamentswahl vom Mai 1994 werden die Niederlande von einer "violetten" Koalition aus Sozialdemokraten (PvdA), Rechtsliberalen (VVD) und Linksliberalen (Democraten 66) regiert. Innerhalb dieser Koalition gab es nun einige Verschiebungen: Die beiden großen Parteien haben deutlich zugelegt, D66 hat schwer verloren. Die Linksliberalen hatten bei ak-Redaktionsschluß noch nicht entschieden, ob sie sich nach ihren massiven Verlusten weiter an der Regierung beteiligen wollen. Aber Sozialdemokraten und Rechtsliberale hätten auch ohne ihren bisherigen Partner eine deutliche Mehrheit im Parlament.

Dagegen steht eine "christliche" Opposition aus Christdemokraten und drei kleineren calvinistischen Parteien. Dieses Spektrum hat Stimmen verloren. Zwei Seniorenparteien verloren ihre bisher sieben Mandate. Die beste Nachricht: Die rechtsextremen Centrumdemocraten erreichten nur noch 0,6 Prozent (1994: 2,5 Prozent) und wurden ihre bisherigen drei Sitze wieder los. Schon bei den niederländischen Kommunalwahlen im März flogen die Rechtsextremen wieder aus fast allen Gemeinderäten, in denen sie vertreten waren.

Als "wahre" Opposition konnten sich im letzten Parlament die beiden kleinen linken Parteien profilieren. Sie sind die politischen Gewinner der Wahl: GroenLinks (Grün-Links) und Sozialistische Partei (SP) haben ihren Stimmenanteil mehr als verdoppelt (von zusammen 4,8 Prozent auf jetzt 10,8 Prozent). Damit gibt es im Parlament zum ersten Mal eine"progressive Mehrheit" (aus PvdA, D66, GL und SP) - allerdings nur rechnerisch. Der Arbeitgeber-Präsident sprach am Wahlabend im Fernsehen gleich von einem "Horrorszenario" und verlangte, daß die Rechtsliberalen weiter in der Koalition bleiben müßten. Und auch der sozialdemokratische Regierungschef Wim Kok hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß er weiter mit den Rechtsliberalen regieren will.

Angesichts der Großen Koalition gab es keinen "Lager-Wahlkampf". Sozialdemokraten und Rechtsliberale priesen ihre Verdienste um das niederländische "Jobwunder", die Linksliberalen (der "Kitt" zwischen den beiden großen Parteien) erinnerten an Bürgerrechte und waren stolz auf die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Die beiden großen Regierungsparteien warben vor allem mit ihren starken Männern: Die PvdA plakatierte flächendeckend das väterlich-lächelnde Gesicht von Premier Wim Kok ("Stark und sozial"). Und der VVD-Spitzenkandidat Frits Bolkestein (der nicht nur äußerlich dem BRD-Innenminister Manfred Kanther und seinem niedersächsischen Kollegen Glogowski ähnelt) profilierte sich mit markigen Sprüchen gegen den "Asylantenstrom" und gegen "Ausländerkriminalität".

In ihrer "violetten" Koalition arbeiteten die beiden Parteien aber ohne größere Konflikte zusammen. Unter dem Motto "werk, werk, werk"(Arbeit, Arbeit, Arbeit) vertreten sie das neoliberale "Polder-Modell"(1), eine Art "Bündnis für Arbeit" zwischen Regierung, Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden. Der Sozialdemokrat Kok ist dazu bestens geeignet: Er war früher der Vorsitzende des größten niederländischen Gewerkschaftsverbandes FNV. Die größte Oppositionspartei, der "Christdemokratische Appell", der seit 1945 ununterbrochen an der Regierung war und erst 1994 nach schweren Wahlverlusten ausgebootet wurde, konnte dagegen keine überzeugende Kritik formulieren, außer das rauhere soziale Klima und den Werteverfall (v.a. Jugendkriminalität) zu bemängeln.

GroenLinks und die linkspopulistische SP

Dagegen konnte sich GroenLinks mit ihrem telegenen Vorsitzenden Paul Rosenmöller als die "eigentliche" Opposition profilieren. Die Partei kritisiert das "Poldermodell" als unsozial: "Arbeit, Arbeit, Arbeit ist noch kein Rezept gegen die Armut." Der "Euro" solle erst eingeführt werden, wenn es dazu auch soziale und ökologische Mindestnormen gibt. Beim Asyl- und Einwanderungsrecht ähnelt GroenLinks den deutschen Grünen (für humanere Gesetze, aber gegen "offene Grenzen"); "Friedensmissionen" des niederländischen Militärs unter UN-Hoheit werden gebilligt. An erster Stelle im GroenLinks-Programm stehen Bürgerrechte und Demokratie, die klassischen Umweltthemen werden erst ganz am Ende und nur kurz abgehandelt.

GroenLinks entstand Ende der 80er Jahre als Bündnis aus vier linken Parteien: der damaligen CPN (der Kommunistischen Partei) und drei kleinen pazifistischen, sozialistischen und links-christlichen Parteien. Im September 1989 erzielte die Bündnisliste allerdings nur sechs Sitze (so viel wie bis 1986 die CPN alleine hatte), 1994 sogar nur noch fünf. Erst jetzt ist mit 7,3 Prozent und 11 Mandaten der Durchbruch zu einer ernstzunehmenden Präsenz im Parlament gelungen.

Die traditionskommunistische Minderheit der CPN gründete übrigens 1992 die Neue Kommunistische Partei (NCPN) "auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus" (so steht es im Impressum der Parteizeitung "Manifest", in der auch etliche Beiträge von DKP-Autoren nachgedruckt werden). Die NCPN stellt einige Kommunalabgeordnete, spielt aber mit 0,1 Prozent bei Parlamentswahlen keine Rolle. Rechts von GroenLinks gibt es noch die ökologistischen "Groenen", die u.a. gegen die "Überbevölkerung" zu Felde ziehen. Auch sie sind in einigen Gemeinderäten vertreten, aber auf nationaler Ebene chancenlos (0,2 Prozent).

Den relativ größten Zuwachs erreichte die Sozialistische Partei (SP), ähnlich wie zwei Monate zuvor schon bei den Kommunalwahlen. Die SP ging in den 70er Jahren aus der maoistischen KPN-ML hervor. "Dagegenstimmen" hieß dieses Mal die Hauptparole, eine (als Wurfgeschoß geeignete) knallrote Tomate war das allgegenwärtige Logo. "Gegen die soziale Zweiteilung" hieß es dann im Kleingedruckten: gegen den Euro, gegen ein "zweigeteiltes" Gesundheitswesen für Wohlhabende und für Arme, gegen Privatisierungen, für höhere Sozialleistungen, für den Austritt aus der Nato und die Halbierung der Militärausgaben.

Allerdings sollten die Herzen der ak-LeserInnen deswegen noch nicht gleich höher schlagen. Innerhalb der niederländischen Linken (bzw. in Abgrenzung dazu) profilierte sich die SP noch Anfang der 80er Jahre mit Broschüren wie "Die Arbeiterfrau und der Feminismus" (gemeint war:"... gegen den Feminismus") und verlangte die Rückführung von ImmigrantInnen, die sich nicht einbürgern lassen wollen/können. Solcher Unfug wird heute zwar nicht mehr verbraten, aber das Wahlprogramm bietet noch genug starken Tobak. Die Geschlechterfrage wird überhaupt nicht angesprochen; und zum Thema "ethnische Minderheiten" fällt der Partei nur ein, eine "parlamentarische Kommission" zu fordern, um die Situation von Minderheiten zu untersuchen. Außerdem ist die SP für eine "verläßlichere"(?!) Asylpraxis. Vor allem vertritt die SP das "Recht auf Arbeit für jede/n" - verknüpft mit einer "Pflicht zu arbeiten für alle, die dazu imstande sind".

20 Jahre lang war die SP vor allem auf kommunaler Ebene präsent, erst 1994 glückte der Sprung ins Parlament (mit zwei Abgeordneten). Während alle anderen Parteien Mitglieder verlieren, gewinnt die SP rasch hinzu und ist heute bereits die viertstärkste Partei (mit wesentlich mehr Mitgliedern als z.B. GroenLinks). Die SP wendet sich vor allem an enttäuschte Sozialdemokraten. Ob die SP auch rechte Protestwähler anzieht (ihr Zugewinn entspricht den Verlusten der rechtsradikalen CD), ist mir nicht bekannt.

Euthanasie kein Thema - Politikwechsel vertagt

So weit ich das bei meinen gelegentlichen Besuchen in den Niederlanden feststellen konnte, spielte das Thema Euthanasie keine Rolle im Wahlkampf. Zumindest in den Massenmedien wird die niederländische Praxis nicht mehr als Problem betrachtet: "Aktive Sterbehilfe" ist theoretisch illegal, wird jedoch nicht juristisch verfolgt. In den Niederlanden gibt es jedes Jahr mehrere Tausend Euthanasie-Fälle (je nach Definition - vom Verabreichen todbringender Medikamente bis zur Einstellung lebenserhaltender Behandlungen). Die Mehrzahl dieser Fälle wird den Behörden nicht gemeldet, aber es gilt als sicher, daß die Zahl ständig steigt. Von den Linksparteien ist hier kein Widerstand zu erwarten. Im GroenLinks-Wahlprogramm finden sich nur zwei Sätze zum Thema (Euthanasie soll ganz aus dem Strafgesetzbuch verschwinden, aber meldepflichtig bleiben). Und die SP kaschiert ihre Null-Position mit einem Ausrufezeichen: "Laßt Euthanasie niemals zu einer Selbstverständlichkeit werden!"

Auch in den Niederlanden lösen sich die traditionellen politischen Lager auf. Die Christdemokratie, die jahrzehntelang die parlamentarische Bühne dominierte, wurde in den vergangenen fünf Jahren glatt halbiert. Und Premier Koks "Tony Blair"-Kurs führt zur inhaltlichen Auflösung der Sozialdemokratie (auch wenn sie als Parteiorganisation weiterbesteht). Das neoliberale Polder-Modell wird von einer "Mitte-Koalition" regiert; in der neuen Legislaturperiode wird man bestenfalls auf etwas mehr "Sozialverträglichkeit" achten. Gegen den Neoliberalismus regt sich (grün-) linke Kritik und verschafft sich Stimmen im Parlament. Ein "Politikwechsel" steht aber nicht an.

mi.

Anmerkung:

1) Polder = durch Deichbau neugewonnenes Land

Das Wahlergebnis vom 6.5.1998, +, +

, Prozent, Sitze (in Klammern: Veränderung zu 1994)

Regierungskoalition:, ,

PvdA (Sozialdemokraten), 29,0, 45 (+8)

VVD (Rechtsliberale), 24,7, 39 (+8)

D66 (Linksliberale), 9,0, 14 (-10)

Opposition:, ,

CDA (Christdemokraten), 18,4, 28 (-6)

GroenLinks, 7,3, 11 (+6)

SP (Sozialisten), 3,5, 5 (+3)

CD (Rechtsradikale), 0,6, 0 (-3)

andere, 7,5, 8 (-6)

(Quelle: De Volkskrant,, 12.5.98 - mit kleinen Korrekturen gegenüber dem vorläufigen Ergebnis vom Wahlabend), +, +

16. Mehr Jobs durch Umverteilung. Das niederländische "Bündnis für Arbeit" und das "Beschäftigungswunder"

Das niederländische "Bündnis für Arbeit" und das "Beschäftigungs-Wunder"

Autor: mi. · Rubrik: Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:09

Arbeitszeiten flexibilisieren, Löhne einfrieren, Sozialleistungen kürzen, Steuern senken - und schon sprießen überall Arbeitsplätze. Als Beleg für diese simple Gleichung muß in den deutschen Massenmedien immer wieder das niederländische "Beschäftigungswunder" herhalten. Was ist da wirklich dran?

Auf den ersten Blick sind die niederländischen Zahlen tatsächlich beeindruckend: In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der Arbeitsplätze um fast 20 Prozent (überwiegend im Dienstleistungssektor). Allein im laufenden Jahr rechnet man mit 150.000 neuen Jobs. Die offizielle Arbeitslosenquote sank von einem Höchststand von 11,9 Prozent (1983) auf derzeit 5,5 Prozent - in der BRD verlief die Entwicklung in dieser Zeit bekanntlich fast genau andersherum. Neuerdings schwärmen deutsche Medien schon von einem "Arbeitskräftemangel" in den Niederlanden und davon, daß mittlerweile Deutsche sich im Nachbarland als "Gastarbeiter" bewerben.

Als Grundlage des niederländischen "Job-Wunders" gilt allgemein das "Abkommen von Wassenaar" vom November 1982. Nach der "zweiten Ölkrise" von 1980/81 einigten sich damals Regierung, Kapitalistenverband und Gewerkschaften auf eine konzertierte Aktion: Die Gewerkschaften verzichten seither auf spürbare Lohnerhöhungen, der Staat federt dies durch Steuersenkungen (u.a. höhere Freibeträge) teilweise ab. Sozialausgaben wurden gekürzt. Dieses "Bündnis für Arbeit" wurde unter der "violetten" Regierungskoalition (seit 1994) fortgesetzt, inklusive verstärkter staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Haben die Neoliberalen also doch recht, daß Lohnverzicht und Sozialabbau zu mehr Beschäftigung führen? Bei näherem Hinsehen ruht das niederländische Job-Wunder auf zwei Säulen: erstens einer kreativen Statistik, zweitens einer massiven Ausweitung von Teilzeitarbeit.

Tricks mit der Erwerbslosen-Statistik

Offiziell waren in den Niederlanden 1997 etwa 350.000 Menschen arbeitslos. Wie wenig diese Zahl aussagt, zeigt schon die Tatsache, daß gleichzeitig 700.000 Menschen Arbeitslosengeld bezogen. Dazu kommen Sozialhilfe-EmpfängerInnen und vor allem eine riesige Zahl von Frühinvaliden (ca. 15 Prozent aller Erwerbstätigen) und FrührentnerInnen. Das heißt, daß viele (vor allem ältere) Erwerbslose einfach in der Statistik "umgewidmet" werden. Allerdings sind solche Taschenspielertricks ja auch in der BRD oder im Job-Musterland USA gang und gäbe. Trotzdem ist festzuhalten: Die offizielle niederländische Erwerbslosenquote ist mit Sicherheit zu niedrig.

Der Amsterdamer Politologe Uwe Becker beziffert die "breite Arbeitslosigkeit" (inklusive aller "geparkten" Erwerbslosen und unfreiwillig geringfügig Beschäftigten) in den Niederlanden auf 27 Prozent - "etwas höher als in der Bundesrepublik". Becker: "Das (niederländische) Beschäftigungsniveau ist mit dem der neuen Bundesländer zu vergleichen."

Das "Job-Wunder" besteht schlicht darin, daß die Niederlande von einem sehr viel geringeren Beschäftigungsniveau ausgingen. So lag die niederländische Erwerbsquote bis in die 80er Jahre hinein weit unter der in der BRD (siehe Kasten). Die dramatischste Veränderung gab es bei der Erwerbstätigkeit von Frauen. In den traditionell-christlich geprägten Niederlanden waren 1973 nur 28,6 Prozent aller Frauen erwerbstätig (BRD: 49,7 Prozent). Bis 1996 hat sich dieser Wert auf 55,0 Prozent fast verdoppelt (BRD: 54,3 Prozent). Die Erwerbsquoten der Männer sind in beiden Ländern gesunken.

Teilzeitjobs und Leiharbeit

Auch wenn die Zahl der Beschäftigten in den Niederlanden rapide zugenommen hat, ist das Arbeitsvolumen insgesamt gesunken. Niederländische Erwerbstätige arbeiteten 1996 im Durchschnitt insgesamt 1.372

Stunden im Jahr. In der BRD waren es zehn Prozent mehr (1.508 Stunden), in den USA sogar 1.951 Stunden. Anders ausgedrückt: In den Niederlanden gibt es sehr viel mehr Teilzeitstellen. (1)

Die Ausweitung von Teilzeitarbeit hängt u.a. mit der zunehmenden Lohnarbeit von Frauen zusammen. Fast zwei Drittel aller Frauen und ein Sechstel aller Männer arbeiten Teilzeit. Damit liegen die Niederlande in der EU an der Spitze (in der BRD arbeiten nur ein Drittel aller Frauen und nur jeder 30. Mann Teilzeit). Drei Viertel aller seit 1983 neu entstandenen Arbeitsplätze in den Niederlanden sind Teilzeitjobs. Tarifrechtlich und bei der Sozialversicherung sind Teilzeitstellen den Vollzeitstellen weitgehend gleichgestellt.

Das heißt freilich noch lange nicht, daß es sich um existenzsichernde Arbeitsplätze handelt. Ein Drittel aller niederländischen Teilzeitbeschäftigten arbeiten zehn Stunden oder weniger in der Woche. Und die Unsicherheit nimmt zu. Heutzutage werden fast nur noch befristete (oft auch jederzeit kündbare) Stellen angeboten. Ältere Menschen haben auf dem Arbeitsmarkt fast gar keine Chance mehr; die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt bei etwa 50 Prozent (also ähnlich wie in der BRD). An jeder zweiten niederländischen Straßenecke trifft man mittlerweile auf ein "Uitzendbureau" ("Aus-Send-Büro"), eine Zeit- und Leiharbeitsfirma. Rund 20 Prozent(!) aller Beschäftigten sind heute über Zeitarbeitsunternehmen angestellt.

Grundsicherung

auch im Alter

Wie bei der konzertierten Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern vereinbart, wurden in den vergangenen Jahren auch etliche Sozialleistungen gekürzt. Der gesetzliche Mindestlohn (umgerechnet etwa 1.750 Mark netto, gilt ab 23 Jahren) fiel von etwa 80 Prozent des Durchschnittslohns (1983) auf heute unter 70 Prozent; damit sank automatisch auch die Sozialhilfe. Auch Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wurden reduziert. Sozialhilfe-EmpfängerInnen können zur Arbeit gezwungen werden. Insgesamt sanken die Sozialausgaben von 19,5 Prozent (1985) auf 16,2 Prozent (1997) des Bruttoinlandsprodukts. Bei Krankheit gibt es zwei unbezahlte Karenztage.

Trotzdem ist die soziale Absicherung in den Niederlanden noch sehr viel besser als in den meisten anderen EU-Staaten (inkl. der BRD). Seit 40 Jahren gibt es eine erwerbsunabhängige Grundrente für alle über 65 Jahren. Alleinstehende bekommen etwa 1.500 Mark, Paare (ob verheiratet oder nicht, ob gleich- oder gemischtgeschlechtlich) bekommen etwa 2.000 Mark. Zusätzlich beziehen 90 Prozent aller RentnerInnen noch eine Betriebsrente. Die Sozialhilfe für Paare entspricht dem Nettomindestlohn (1.750 Mark), Alleinstehende erhalten 70 Prozent (also gut 1.200 Mark), plus entsprechende Zuschläge für Kinder. Auch Arbeitslosengeld und Invalidenrente orientieren sich am Mindestlohn.

Schafft Lohnverzicht Arbeitsplätze?

In den vergangenen 15 Jahren haben niederländische Unternehmen gegenüber ihrer deutschen Konkurrenz (die BRD ist der Haupt-Handelspartner) deutlich gewonnen. Die Lohn- und Lohnnebenkosten in der BRD stiegen fast doppelt so schnell wie in den Niederlanden. Das liegt sowohl an der Zurückhaltung der niederländischen Gewerkschaften als auch an der Abwertung des Guldens gegenüber der D-Mark.

Bei genauerem Hinsehen fällt allerdings auf, daß die niederländischen Lohnzuwächse nur in den 80er Jahren deutlich unter den deutschen lagen - damals war die Erwerbslosigkeit in den Niederlanden aber noch relativ hoch. In den 90er Jahren entwickelten sich die Lohn(neben)kosten in den Niederlanden ähnlich wie in Deutschland: plus 3,9 bzw. plus 4,1 Prozent (nach OECD-Berechnungen). In dieser Zeit sank die niederländische Erwerbslosenquote, während die deutsche anstieg. Das heißt: Die "Lohnmäßigung" der niederländischen Gewerkschaften allein kann das "Job- Wunder" nicht erklären.

Außerdem gilt, schreibt Uwe Becker: "Sollte die Langzeit-Lohnmäßigung trotz aller Relativierungen tatsächlich der Hauptgrund der günstigen Beschäftigungsentwicklung in den Niederlanden sein, dann ist diese Strategie dennoch gebunden an die Bedingung, daß nicht alle Länder sie befolgen. Die Konkurrenzvorteile würden sonst verfallen. Insofern sind die Niederlande kein Vorbild."

Das niederländische "Job-Wunder" besteht vor allem in einer riesigen Umverteilung von Lohnarbeit: Von Alten zu Jungen, von Männern zuFrauen, von Vollzeit zu Teilzeit. Diese Umverteilung ist sicher teilweise positiv,

aber eben auch oft mit mehr Leistungsdruck (kein Kündigungsschutz) und weniger sozialer Sicherheit verbunden.

Immerhin ist der Übergang zu Teilzeitarbeit weitgehend tariflich abgesichert. Und anders als in der BRD führen Teilzeitjobs nicht automatisch zu Altersarmut. Die Niederlande sind immer noch ein relativ großzügiger Sozialstaat. Deswegen taugen sie auch nicht als Paradebeispiel für neoliberale Wirtschaftspolitik.

mi.

Anmerkung:

1) Die Normalarbeitswoche in den Niederlanden hat 38 Stunden. Allmählich setzt sich die 36-Stunden-Woche durch.

Quellen:

Uwe Becker: Beschäftigungswunderland Niederlande? in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/98, S.12-21

Richard Detje: Auswege aus der Arbeitslosigkeit, in: Sozialismus 5/98, S.38-43

Axel Weber u.a.: Soziale Sicherung in Europa, Baden-Baden 1991

Erwerbsquoten in Prozent, +, +, +

, 1973, 1983, 1996

Niederl., 56,3, 52,0, 66,0

BRD, 68,7, 62,2, 64,0

Anm.: Erwerbsquote = Anteil der Berufstätigen an allen Erwerbsfähigen,, also an allen 15-65jährigen. Quelle: Becker/OECD, +, +, +

17. Das BKA konstruiert wieder. MRTA-Sprecher Velazco und seine Frau im Visier deutscher Ermittler - Interview mit Hartmut Jacobi

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:39

Am 5. Mai durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamtes mit Hilfe der Hamburger Polizei die Wohnung von Isaac Velazco und seiner Frau Norma. Neun Stunden durchwühlten sie die Wohn- und Arbeitsräume, kopierten die Festplatte des Computers und beschlagnahmten zahlreiche Briefe, Disketten, Videos und andere Arbeitsmaterialien. Bereits im September des letzten Jahres verhängte die Hamburger Ausländerbehörde gegen Isaac Velazco ein politisches Betätigungsverbot, das noch nicht rechtskräftig ist. Isaac Velazco ist Europasprecher des MRTA, seine Frau Norma betätigte sich schon in Peru (dort unter ihrem Namen Ada Beraun) als Menschenrechtsaktivistin. Vor vier Jahren sind die beiden nach Deutschland geflüchtet und wurden hier als politisch Verfolgte anerkannt. Nicht nur zur Zeit der Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz in Lima (17. Dezember 1996 bis 22. April 1997) vermittelten die Velazcos der Öffentlichkeit die Positionen des MRTA. Im folgenden Interview befragten wir Velazcos Anwalt Hartmut Jacobi zu der Razzia. Die Fragen stellte ari.

Was war der Grund für die Durchsuchung bei Isaac und Norma Velazco?

Hartmut Jacobi: Herrn Velazco und seiner Frau wird vorgeworfen, sich eines sogenannten erpresserischen Menschenraubes und der Geiselnahme schuldig gemacht zu haben. Damit ist die Botschaftsbesetzung in Lima durch ein Kommando des MRTA gemeint. Genauer gesagt wird also behauptet, daß Herr Velazco das ganze Ding von Deutschland aus gesteuert haben könnte, um es mal vorsichtig auszudrücken. Ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes hat dann auf Antrag der Bundesanwaltschaft den Durchsuchungsbefehls erlassen, um als Beweismittel insbesondere schriftliche Unterlagen und Dateien auf Personalcomputern zu beschlagnahmen, die Hinweise auf Kontakte zwischen Geiselnehmerkommando und den Beschuldigten zur Zeit der Tat belegen sollen. Also wird unterstellt, daß ein direkter Kontakt zwischen den Velazcos und dem Kommando in der Botschaft bestanden hat. Ein Vorwurf, den ich ehrlich gesagt für ziemlich lächerlich halte.

Die Deutschen hätten es sich während der Besetzung kaum gefallen lassen, daß ein ungehinderter Telefon-, Funk- oder Internetverkehr mit den BesetzerInnen stattfindet, die Peruaner wahrscheinlich noch viel weniger. Also ich weiß nicht, wie das mit dem direkten Kontakt gelaufen sein soll, ich finde das ziemlich abwegig. Das, was sie bei den Durchsuchungen alles mitgenommen haben, wird jetzt ausgewertet und übersetzt. Das kostet viel Geld, und es ist eigentlich absehbar, daß nichts dabei herauskommt.

Wieso wird eigentlich jetzt gegen beide ermittelt? Das Betätigungsverbotes war doch nur gegen Isaac Velazco gerichtet.

Das kann ich natürlich auch nicht sagen. Es heißt: "Die Beschuldigten stehen nach den Ermittlungen im Verdacht ... Der Beschuldigte soll dem MRTA in führender Funktion angehört haben ... Zusammen mit der Ehefrau lebt er in Hamburg ... In dieser Funktion [als MRTA-Sprecher] trat er mehrmals mit seiner Ehefrau auf - diese als MRTA-Sprecherin.".

Wieso wird von Deutschland aus ermittelt?

Die Botschaftsbesetzung hat in Peru stattgefunden. Nur wenn er sie von hier aus gesteuert hat, und nur über dieses Konstrukt - anders kann man es wirklich nicht nennen - läßt sich die Zuständigkeit der deutschen Behörden herbeizaubern. Man fragt sich schon, ob diese Beschuldigung nicht als Vorwand dafür genommen wird, überhaupt von hier aus ermitteln zu können.

Gibt es in diesem Fall eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und peruanischen Behörden?

Das kann man ohne Akteneinsicht nicht feststellen, und ob es in den Akten drinsteht, weiß man auch nicht. Man kann es also nur befürchten, aber nicht bestätigen. Ich vermute, daß auf Druck der peruanischen Behörden gehandelt worden ist. Wir haben in dem Äußerungsverbotsverfahren, das hier von der Ausländerbehörde Hamburg ausgeführt worden ist, umfänglich Akteneinsicht gehabt, und aus dem Verfahren

wurde sehr deutlich, daß immer wieder über die peruanische Botschaft und das peruanische Konsulat Druck auf die Hamburger Behörden ausgeübt worden ist, etwas gegen die Velazcos zu unternehmen. Die Ausländerbehörde hat sich lange Zeit dagegen gewehrt, überhaupt etwas zu machen. Die Staatsanwaltschaft, die damals ebenfalls gefragt worden ist, ob sie in der Tätigkeit der Velazcos irgendeine strafbare Handlung erkennen könnte, hat das verneint. Erst als Innenminister Kanther einen Brief an den Hamburger Innensenator Wrocklage geschickt hat, wurde am 12. September 1997 dieses politische Betätigungsverbot erlassen. Wir haben dann sofort Widerspruch eingelegt. Der Widerspruchsbescheid kam am 15. Mai 1998. Wir sind beauftragt, nun Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg zu erheben. Dies wird fristgemäß geschehen.

Besteht ein Zusammenhang zwischen den beiden Verfahren?

Ein Zusammenhang besteht eben nur, daß, wie ich annehme, in beiden Fällen politischer Druck aus Peru ausgeübt worden ist, und daß es den peruanischen Behörden nicht gefallen hat, daß dieses Äußerungsverbot so wenig Konsequenzen gehabt hat. Und ich könnte mir vorstellen - das ist nicht nur Spekulation, aber auch nicht viel mehr - daß die peruanischen Behörden sich dann noch einmal über die deutsche Botschaft oder direkt über das Außenministerium an die deutschen Behörden gewandt und gebeten haben, erneut gegen die Velazcos vorzugehen. Möglicherweise hat man aus Peru auch Material geliefert. Vielleicht hat das den Verdacht der deutschen Behörden auch erst entstehen lassen oder verstärkt. Jetzt besteht natürlich die Gefahr, daß so etwas wie ein Austausch der Materialien stattfindet, die sie bei der Razzia beschlagnahmt haben. Peru und die Bundesrepublik stehen sich ja nicht gerade feindlich gegenüber, und Geheimdienstkontakte, ob nun über Vermittlung der USA oder direkt, kann man ebensowenig ausschließen. Es gibt bestimmt genügend Leute, die sich dafür interessieren.

Was können die Konsequenzen aus dem Verfahren sein? Ist es möglich, daß Isaac Velazco an Peru ausgeliefert wird?

Solange er als Asylberechtigter anerkannt ist, geht das nicht. Wenn ihm die Straftaten nachgewiesen würden, derer man ihn jetzt beschuldigt, könnte man ihm den Status aberkennen. Aber selbst dann würde man angesichts der Menschenrechtsver- hältnisse in Peru wohl davon absehen, ihn abzuschieben. Die Asylgewährung ist ja nicht nur ein Indiz, sondern die Feststellung, daß Verfolgung in Peru droht. Und es gibt genügend Nachweise dafür, daß politische Gefangene in Peru menschenrechtswidrig behandelt werden.

Wie kann man die Ermittlungen gegen Velazcos politisch einordnen?

Ich denke schon, daß bundesrepublikani- sche Behörden die außenpolitischen Beziehungen durch die Aktivitäten von Velazco gefährdet sehen. Den peruanischen Behörden geht es wohl im wesentlichen darum, ihn mit allen Mitteln mundtot zu machen, auch mit strafrechtlichen. Ob und inwieweit sich am Ende die Bundesrepublik dazu instrumentalisieren läßt, das wird man abwarten müssen. Es entsetzt nur, daß sie überhaupt dem Druck erlegen sind und die Hausdurchsuchung über ein Jahr nach dem Ende der Botschaftsresidenzbesetzung angeordnet haben. Im Grunde ist es ja überhaupt nicht mehr aktuell.

Ich denke, daß das, was Isaac Velazco hier als Europasprecher gemacht hat, von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Wenn er hier nicht als Europasprecher des MRTA tätig werden kann, dann ist natürlich auch die Informationsfreiheit der Presse ihrerseits gefährdet, weil sie über den politischen Kampf des MRTA sonst keine Informationen bekommt. Mir hat Herr Velazco noch einmal ganz deutlich gemacht, daß auch versucht worden ist, die Ziele der Botschaftsbesetzung in Peru zu veröffentlichen. Das ist aber nicht gelungen, weil die dortige Presse die entsprechenden Kommuniqués nicht veröffentlichen durfte.

18. Bürgerkrieg niedriger Intensität? Neoliberalismus und Landlosenrevolte

Neoliberalismus und Landlosenrevolte in Brasilien

Autor: Eva Kocher · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:03

Zum dritten Mal muß die brasilianische Bevölkerung in diesem Jahr im Präsidentschaftswahlkampf zwischen Lula, dem Kandidaten der Arbeiterpartei (PT) und einem Vertreter des Neoliberalismus wählen. Diese Wahl ist nach 1989 und 1994 die dritte Direktwahl eines Präsidenten nach Beendigung der Militärdiktatur. Und Inácio da Silva Lula steht in diesem Jahr wieder für die sozialen Bewegungen und gegen eine an den Bedürfnissen der Eliten orientierten Politik.

Lula tritt in diesem Jahr zum zweiten Mal gegen Fernando Henrique Cardoso von der PSDB (Sozialdemokratische Partei Brasiliens) an. Der jetzige Präsident hat die Verfassung eigens ändern lassen, um sich zur Wiederwahl stellen zu können. Und das, obwohl er in seiner Vergangenheit als Soziologe die Meinung vertreten hatte, bei Direktwahl des Präsidenten und im politischen System der Präsidialdemokratie müsse die Möglichkeit der Wiederwahl ausgeschlossen werden, um nicht autoritäre Strukturen zu stützen. Damals war er im französischen Exil für die Demokratiebewegung und gegen die Militärdiktatur aktiv. Heute steht er für eine neoliberale Neuorientierung der Wirtschaftspolitik und insofern auch nach wie vor in deutlichem Widerspruch zu den traditionellen Eliten Brasiliens, den ländlichen Oligarchien im Norden und Nordosten des Landes, die die bisherigen Präsidenten stellten (zu ihnen gehören nicht nur José Sarney, erster Präsident der Demokratie, sondern auch der Sieger von 1989, Fernando Collor, der bereits zwei Jahre nach der Wahl wegen Korruption abgesetzt worden war).

Wie alle lateinamerikanischen Staaten entfernt sich Brasilien Schritt für Schritt von der Wirtschaftspolitik der Importsubstituierung. Das Modell des Aufbaus von nationalem Kapital wird seit dem "verlorenen Jahrzehnt" der 80er Jahre von den Herrschenden für gescheitert erklärt. Das internationale Kapital und der IWF fordern immer offensiver eine Öffnung der Märkte, das heißt vor allem einen Abbau der Schranken für den Kapital- und Warenimport sowie die Privatisierung und Internationalisierung der nationalen Industrie.

Nachdem Collor nach 1989 nur erste zögerliche Schritte auf diesem Wege machte, ist unter Cardoso die Öffnung des brasilianischen Marktes Fluchtpunkt der Wirtschaftspolitik geworden. Mit Cardoso war auch eine Währungsreform, die die brasilianische Währung am US-amerikanischen Dollar orientieren sollte, gewählt worden: Sein Plano Real hat tatsächlich weitgehende Preisstabilität gebracht - die Inflation von ca. 50% monatlich wurde auf unter 5% monatlich heruntergefahren, und das bescherte Cardoso 1994 einen überwältigenden Wahlsieg. Mit über 50% der WählerInnenstimmen wurde er im ersten Wahlgang gewählt.

Cardoso steht mit Lula ein Kandidat gegenüber, dessen politische Geschichte ebenfalls auf die Zeit der Opposition gegen die Militärdiktatur zurückgeht. Lula war als Vorstandsmitglied der MetallarbeiterInnengewerkschaft in Saõ Bernardo, Bundesstaat Saõ Paulo, einer derjenigen kritischen GewerkschafterInnen des "Novo Sindicalismo" (Neue Gewerkschaftsbewegung), die Ende der 70er Jahre die großen Streikbewegungen anführten. Sie organisierten sich damals gegen die Militärdiktatur und im Widerstand zu den Mehrheiten in den offiziellen Gewerkschaften. Im Jahre 1983 gründeten sie den branchenübergreifenden Dachverband CUT (Central Unica dos Trabalhadores). Nachdem die kritischen GewerkschafterInnen immer mehr Gewerkschaftswahlen gewannen, wurde die CUT von einem Verband von Oppositionsgruppen zu einem Dachverband von Gewerkschaften.

PT, Gewerkschaften

und Neoliberalismus

Die politische Situation hat sich seit Gründung der CUT erheblich geändert. Einerseits ist sie der größte und einflußreichste Gewerkschaftsdachverband Brasiliens. Andererseits wurden die Gewerkschaften spätestens seit Cardosos Regierungsantritt aus der Offensive in einen Abwehrkampf gegen den Abbau von Beschäftigtenrechten gedrängt. Bereits wenige Monate nach Regierungsantritt Cardosos kam es im April/Mai 1995 zu einem breiten Streik bei dem staatlichen Erdölunternehmen Petrobras, der unter anderem gegen die

Abschaffung des Monopols der staatlichen Erdölindustrie gerichtet war. Die ArbeiterInnen verlangten die Einhaltung des zuvor ausgehandelten Tarifvertrags, den Cardoso nun für inflationsfördernd erklärte. Der Streik wurde unter Zuhilfenahme von Militär und aktiver Einmischung der Regierung niedergeschlagen.

Mittlerweile werden die sozialen Konsequenzen des neoliberalen Projekts immer deutlicher. Die Erwerbslosigkeit nimmt kontinuierlich zu. Wird die Reform des Öffentlichen Dienst durchgeführt, wie es der Präsident vorhat, könnte dies zur Entlassung von 40% der dort Beschäftigten führen.

Die neue Situation stellt sich für die Arbeiterpartei PT, für die Lula antritt, reichlich kompliziert dar. Die PT wurde ebenfalls in der Zeit der Öffnung der Militärdiktatur, 1980, gegründet; den Anstoß zur Gründung hatten kritische GewerkschafterInnen gegeben. Die PT konnte in den ersten Jahren der Demokratie nach 1985 das politische Vakuum füllen, das dadurch entstanden war, daß es der bürgerlichen Elite Brasiliens nicht gelang, die politische Meinungsführerschaft zu erringen und sich auf ein Projekt zu einigen. Durch die Erfolge in Kommunal- und Parlamentswahlen entwickelte die PT sich rasch von einer Partei der gesellschaftlichen Basisbewegungen zu einem festen Bestandteil des politischen Lebens; in ihrer politischen Zielsetzung fixiert auf die jeweils nächsten Wahlen. Nach 15 Jahren ist sie jedenfalls bereits ein fester Bestandteil des politisch-institutionellen Lebens. Sie regiert zahlreiche Städte, darunter auch wichtige Landeshauptstädte, und ist in den Parlamenten regelmäßig vertreten, und stellt sogar einige GouverneurInnen von Bundesstaaten.

Auch für die PT war der Wahlsieg Cardosos ein Bruch. Der sozialdemokratische Diskurs Cardosos verschleierte das zunächst noch; aber spätestens seit der Niederschlagung des Erdölarbeiterstreiks ist klar geworden, daß es um die Durchsetzung des neoliberalen Projekts ohne Rücksicht auf die sozialen Konsequenzen geht. Die politische Auseinandersetzung läuft längst nicht mehr entlang der Themen Korruption und Klientelismus, als deren Alternative sich die PT profiliert hatte.

Landkonflikte und MST

Die Führung der Opposition ist inzwischen von einer außerparlamentarischen Bewegung übernommen worden, die mit keiner Partei der institutionellen Politik eng verbunden ist. Die zur Zeit wichtigste Oppositionsbewegung Brasiliens ist die Organisation der landlosen LandarbeiterInnen - Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST). Der Kampf der Landlosen richtet sich direkt wie keine andere Bewegung gegen die Logik des Ausschlusses, die der Neoliberalismus durchsetzen will. Während neoliberale PolitikerInnen den Anspruch, daß alle am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben können sollen, ausdrücklich aufgeben und die Ausgrenzung derjenigen, die nicht in die Erwerbsgesellschaft integriert sind, längst als unabänderlich hingenommen haben, kämpfen die brasilianischen Landlosen um ihre Rechte. Sie besetzen das Justizministerium, die Agrarreformbehörden in den Städten und natürlich das Land, das sie für sich beanspruchen, um es zu bearbeiten. Sie verlangen keine Almosen oder Sozialprogramme, sondern soziale und politische Bürgerrechte für alle.

Ähnlich wie fast alle sozialen Bewegungen Brasiliens hatte sich die Organisation MST im Jahre 1985 in der Phase der Öffnung der Militärdiktatur gegründet. Der Gründung waren bereits seit Ende der 70er Jahre eine Reihe spontaner Landbesetzungen vorausgegangen, die die Wiederorganisierung der Landbevölkerung eingeleitet hatten.

Hintergrund für die kontinuierliche Organisierung der Landbevölkerung ist die asymmetrische Landverteilung und die fehlende Agrarreform. Die Bodenkonzentration in den Händen der Großgrundbesitzer ist in Brasilien so hoch wie sonst nirgendwo auf der Welt. 50% der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen gehören einem Prozent der Bevölkerung, während sich 99% der Bevölkerung die verbleibendenden 50% des Bodens teilen. Viele Großgrundbesitzer lassen das Land brach liegen lassen oder nutzen es nur extensiv. Von dem Land, das in privater Hand ist, wird nur 14% zum Ackerbau verwendet und 48% als Weideland. Während insgesamt 42,6% des Landes nicht produktiv genutzt werden, beträgt der Anteil ungenutzten Landes beim Großgrundbesitz 88,7%. Gleichzeitig gibt es ca. 4,8 Mio Familien auf der Suche nach Land. 1970-1990 sind ca. 30 Mio BrasilianerInnen in die Städte migriert. 1960 lebten 1/3 der BrasilianerInnen in Städten mit über 20.000 EinwohnerInnen, 1990 bereits 2/3.

Die brasilianische Verfassung von 1988 erlaubt es der Regierung zwar, Großgrundbesitz, der nicht produktiv genutzt wird, zu enteignen und auf diesen Ländereien landlose Bauern anzusiedeln. Entsprechende Maßnahmen werden aber nur zögerlich angepackt; zu groß ist die Macht der Großgrundbesitzer. Die Politik

des MST zielt darauf ab, Ländereien zu besetzen, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, die Landreform tatsächlich durchzuführen. Unter der Parole "Die Landreform ist ein Kampf aller!" besetzen jährlich Tausende von landlosen Familien ungenutztes Land, bebauen es und ernähren ihre Familien von den Erträgen. Allein 1996 hat die Organisation 167 Besetzungen unter Beteiligung von 45.000 Familien durchgeführt. Insgesamt hält der MST zur Zeit rund 274 Latifundien besetzt, auf denen sich etwa 48.000 Familien niedergelassen haben.

Der MST unterhält auf den besetzten Ländereien nicht nur Schulen und führt Alphabetisierungskampagnen durch. Er hat darüber hinaus Produktions- und Handelskooperativen in acht Bundesstaaten gegründet und betreibt im Süden Brasiliens eine Textilfabrik und einen Betrieb zur Produktion von Mate. Im Bundesstaat Santa Catarina deckt ein Betrieb für Milchprodukte die Hälfte des Bedarfs einer Gemeinde mit 50.000 EinwohnerInnen ab.

Dabei werden die Kämpfe für eine gerechtere Landverteilung und für eine Agrarpolitik zugunsten der KleinbäuerInnen nach wie vor mit enormer Härte geführt. AktivistInnen des MST sind sowohl der Gewalt der Großgrundbesitzer wie auch der staatlichen Repression ausgesetzt. In den letzten Jahren haben sich die Konflikte zugespitzt, vor allem weil die Großgrundbesitzer ihre Organisation UDR (Uniaõ Democrática Ruralista) wieder haben aufleben lassen, die bereits Anfang der 60er Jahre gegen die damalige Landbewegung der Ligas Camponesas auch unter Einsatz von Waffengewalt vorging. Großbauernverbände kassieren von interessierten Großgrundbesitzern monatliche Beiträge, unter anderem um damit Pistoleros zu rekrutieren.

Nach offiziellen Angaben wurden zwischen 1985 und 1997 mindestens 1000 Menschen auf dem Land ermordet. In die internationalen Schlagzeilen gelangte 1996 ein Konflikt in Eldorado dos Carajás im Bundesstaat Pará im Norden Brasiliens. Dort ermordeten am 17. April 1996 Polizisten 19 landlose BäuerInnen.

Die Bewegung wird von den Kirchen, Gewerkschaften und weiten Teilen der zivilen Gesellschaft breit unterstützt und könnte so die eigentliche Herausforderung für die neoliberale Wirtschaftspolitik Cardosos sein. In einer Umfrage, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurde, haben sich 92% der Bevölkerung für eine Agrarreform ausgesprochen; zwei Drittel aller Befragten haben auch Landbesetzungen für ein legitimes Mittel erklärt. Im Jahr nach dem Massaker von Eldorado demonstrierten in der Hauptstadt Brasília mindestens 50.000 Menschen für eine Agrarreform - die bisher größte Demonstration gegen die Regierungspolitik des Präsidenten Cardoso und vorläufiger Höhepunkt der Aktivitäten des MST. Auch in diesem Jahr waren wieder ca. 34.000 Menschen in 20 Bundesstaaten an Protestmärschen beteiligt.

Die aktuelle Situation

und der Wahlkampf

Die Auseinandersetzung auf dieser Ebene könnte die Präsidentschaftswahl mitentscheiden. Der MST hat seit Anfang diesen Jahres die Landbesetzungen vorangetrieben, um auf eine Einlösung der Versprechen des Präsidenten zu drängen: Von den 80.000 Familien, denen Land verschafft werden sollte, sind bislang erst 12.502 Familien angesiedelt worden. Eines der politischen Probleme Cardosos besteht darin, daß er die Parteien und Abgeordneten der Großgrundbesitzerlobby im Parlament für die Durchsetzung seiner Reformen braucht.

Die Situation hat sich in diesem Jahr so zugespitzt, daß Vertreter des MST schon von einem "Bürgerkrieg niedriger Intensität" gesprochen haben. Am 26.3. wurden auf der Fazenda Goiás II in Parauapebas, Pará wieder zwei Koordinatoren des MST, Überlebende des Massakers von Eldorado, regelrecht exekutiert von Pistoleros des dortigen Großgrundbesitzers. Am 30.4. wurde einer der Hauptzeugen der Morde ebenfalls umgebracht. Der Präsident hat inzwischen Truppen in den Bundesstaat Pará entsandt.

Eva Kocher

Brasilien Gruppe Hamburg

19. Brasiliens Hausangestellt zwischen allen Stühlen

Brasiliens Hausangestellte zwischen allen Stühlen

Autor: Susanne Schultz · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:24

Unter diesem Motto versammelten sich am 28. und 29. April über hundert Delegierte von Hausangestelltengewerkschaften aus ganz Brasilien und demonstrierten vor dem Planalto, dem brasilianischen Kongreß, in der Hauptstadt Brasília. Hintergrund der national angelegten Gewerkschaftskampagne ist die gesetzliche Diskriminierung des Frauenberufes mit den meisten weiblichen Beschäftigten (nicht nur) in Brasilien. Je nach Statistik zwischen 4,5 und 7 Millionen Hausarbeiterinnen putzen, waschen und kochen in den Haushalten der Mittel- und Oberschicht, hüten Kinder und pflegen Alte und Kranke, ohne daß sie sich auf die gleichen Arbeitsrechte wie andere ArbeiterInnen berufen könnten.

Trotz der Menge der Arbeiterinnen ist deren Bewegung innerhalb Brasiliens relativ isoliert. Auch in der internationalistischen Bewegung kann man kaum von einem ernsthaften Interesse an den weltweiten Arbeitskämpfen der Hausangestellten und deren Verstrickungen in Klassenkonflikte, Rassismus und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sprechen, auch wenn allein in allen lateinamerikanischen Ländern zwischen 20 und 30 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen bezahlte Hausarbeit leisten.

Parlamentarische Verschleppungstaktik

Hintergrund der aktuellen Kampagne der Hausarbeiterinnen ist die Verschleppungstaktik der parlamentarischen Gremien. Bereits 1991 hat die Abgeordnete der PT (Arbeiterpartei) und inzwischen Senatorin Benedita da Silva (außerdem einzige schwarze Frau im brasilianischen Parlament) einen Gesetzesvorschlag für die Rechte der Hausarbeiterinnen vorgelegt. Damit sollen die bisher nur in der brasilianischen Verfassung von 1988 aufgeführten Regelungen in einem Gesetz festgeschrieben und außerdem zusätzliche Verbesserungen durchgesetzt werden. Wichtigste Elemente des Vorschlages sind der für andere Berufe längst gültige Abfindungsfonds (Fundo de Garantia por Tempo de Serviço), in den die patroes (Arbeitgeber) monatlich einzahlen müssen und der im Falle von Kündigung oder Krankheit ausgezahlt werden muß; außerdem die Einbeziehung der Hausangestellten in eine minimale gesetzliche Arbeitslosenversicherung und eine Festlegung des Abzugs für Kost und Logis vom Mindestlohn auf insgesamt höchstens 9 Prozent. Denn letzteres ist bisher der Hebel, mit dem die patroes den sowieso schon kärglichen Mindestlohn von 117 Dollar pro Monat ganz legal drastisch reduzieren können - bis zu 70 Prozent Abzug kommen nach Gewerkschaftsberichten vor.

Doch die Verbesserungsvorschläge für die Lage der Hausangestellten verstaubten in den Schubladen der Gremien. Bis zur Verabschiedung des Entwurfes im letzten Jahr hatte der brasilianische Senat die Entscheidung über fünf Jahre lang hinausgezögert, und daraufhin wurde der Antrag bis zu den Demonstrationen am 28./29. April beim Ausschuß für Arbeit des Abgeordnetenhauses geparkt. Doch die Demonstrantinnen verschafften sich Gehör und erreichten es durch lautstarkes Auftreten und internationale Protestbriefe und Vermittlungsgespräche befreundeter Anwälte und Abgeordneter, die Polizeisperren vor dem Kongreß zu durchqueren, mit dem Ausschußvorsitzenden zu reden und in den darauffolgenden Tagen die Verabschiedung des Gesetzesvorschlages im Ausschuß durchzusetzen. Die Mühlen der Bürokratie sind damit wieder ein kleines bißchen weitergedreht. Es fehlt allerdings noch die Zustimmung der Ausschüsse für Soziale Sicherheit und Justiz und die Verabschiedung durch das Plenum des Abgeordnetenhauses - und dies ist vor dem bereits im Juni startenden Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen, der die politische Bürokratie bis Ende des Jahres lahmlegen wird, kaum zu erwarten. Zu allem Überfluß besaß der Vorsitzende des Arbeitsausschusses auch noch die Dreistigkeit, kurz nach seiner Zustimmung zum Gesetz zugleich dessen Aufweichung anzukündigen. Seiner Meinung nach seien die sonst üblichen 8 Prozent des Lohnes pro Monat für den Abfindungsfonds zu hoch gegriffen, und man müsse bei den Hausangestellten eine Sonderregelung treffen - 2 Prozent sei sein Vorschlag.

Einordnung in die Arbeiterbewegung

Der Kampf um rechtliche Gleichstellung gegenüber anderen ArbeiterInnen ist ein langwieriger und stockender Prozeß. Schon in den 50er Jahren trafen sich die ersten Hausangestellten informell z. B. an den Stränden von Rio de Janeiro, um Gruppen zu bilden und sich über ihre Situation auszutauschen. Sie organisierten sich dann

innerhalb der Katholischen Arbeiterjugend und gründeten 1963, kurz vor dem Militärputsch 1964, einen ersten Berufsverband. Wie alle Gewerkschaften wurde dieser Zusammenschluß durch die Repression der nächsten Jahre sehr geschwächt. Dennoch fand 1968 der erste nationale Kongreß der Hausangestellten mit Vertreterinnen aus 9 Bundesländern statt. Auch schafften es die Vereinigungen der Hausangestellten trotz ihrer extrem prekären Bedingungen, sich unabhängig vom Zugriff der katholischen Kirche zu halten, die sie zwar unterstützte, aber auch versuchte, sie für sich zu vereinnahmen.

Die Bewegung verortete sich seitdem innerhalb der brasilianischen Arbeiterbewegung und sah sich damit als Teil des Klassenkampfes. Die Vereinigungen standen der seit Ende der 70er Jahre entstehenden unabhängigen Gewerkschaftsbewegung nahe und sind heute Mitglieder des linken Dachverbandes CUT (Central Unica dos Trabalhadores). Formal als Gewerkschaften auftreten konnten sie jedoch erst 1988 mit der neuen Verfassung - erst hier wurde den Hausarbeiterinnen überhaupt der Status einer Berufsgruppe und damit das Recht zur Gewerkschaftsgründung zugestanden. Inzwischen gibt es in ganz Brasilien 46 Gewerkschaften - darüber hinaus existieren viele Gruppen und Vereinigungen, die es sich nicht leisten können, einen Eintrag ins offizielle Gewerkschaftsregister zu finanzieren. Deswegen ist die nationale Repräsentation der Hausangestelltenbewegung inzwischen doppelt organisiert. Der auf den Plena aller Gruppen für vier Jahre gewählte Nationale Rat gilt als Sprachrohr. Offiziell gibt es seit 1997 außerdem einen Dachverband (Federaçao), in dem rechtlich nur die registrierten Gewerkschaften vertreten sind und der in Verhandlungen beispielsweise mit dem Arbeitsministerium als Rechtsperson fungiert. Der Verband erkennt jedoch den Nationalen Rat als demokratisches Organ an, so daß die gewählten Vertreterinnen personell identisch sind - ein Zeichen für die Basisorientierung der Bewegung.

Das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung ist nicht immer einfach. Einerseits verstehen sich die Hausarbeiterinnen allein schon von ihrer sozialen Herkunft her als Teil der Arbeiterbewegung und sehen andere Gewerkschaften als ihre lange Zeit einzigen und weiterhin wichtigsten Bündnispartner an. Auch erhalten sie Unterstützung und Beratung in arbeitsrechtlichen oder organisatorischen Fragen von einzelnen GewerkschafterInnen. Andererseits klagen sie auch darüber, daß sie als fast ausschließliche Frauengewerkschaft oft nicht ernstgenommen werden und ihre Arbeit häufig auch von Gewerkschaftern als kein Beruf und als minderwertig und unwichtig eingestuft wird.

Zudem sind die Hausangestellten in ihrem "Klassenkampf" mit anderen Bedingungen als andere ArbeiterInnen konfrontiert: Da die Hausangestellten isoliert in den Haushalten arbeiten und keinem gemeinsamen Arbeitgeber gegenüberstehen, ist ein Streik als Druckmittel undenkbar. Die Isolation voneinander, der Mangel eines gemeinsamen soziokulturellen Ortes insbesondere für die Mehrheit der Internas, d.h. derjenigen, die bei der arbeitgebenden Familie wohnen, macht eine Organisierung darüber hinaus extrem schwierig. In Recife etwa, einer 3,5-Millionen-Stadt mit über 100.000 Hausangestellten, sind nur knapp 1.500 gewerkschaftlich organisiert. So stoßen die Gewerkschaften an viele Grenzen: Auch wenn sie in der Verfassung von 1988 Rechte wie Kündigungsschutz, 13. Monatsgehalt, bezahlten Urlaub und einen freien Tag pro Woche erreicht haben, steht die zentrale Forderung nach einer 44-Stunden-Woche noch immer aus. Sie kommt auch im Gesetzesentwurf nicht vor, weil sie ihn damit von vornherein zum Scheitern verurteilt hätte. Nach einer Untersuchung in Rio arbeitet die Hälfte der Internas sechs Tage wöchentlich zwischen 13 und 17 Stunden täglich. Abgesehen von den erreichten Rechten hat sowieso nur schätzungsweise ein Drittel aller Hausangestellten einen Arbeitsvertrag mit dem in Brasilien üblichen Arbeitsbuch, in das Arbeitszeit und Lohn eingetragen werden müssen. Nur damit können sie aber vor Gericht gehen und Nachweise erbringen.

Kontinuität der Sklaverei?

"Die Entstehung des Empregada (Hausangestellte, d.A.) - Systems in Brasilien ist (...) eine unmittelbare Fortsetzung der Rolle und Funktion der Afrosklavinnen. Es kann für Brasilien behauptet werden, daß diese Tätigkeit ihren Ursprung in der Sklaverei besitzt." Die Sozialpsychologin Chirly dos Santos-Stubbe leitet ihre umfangreiche Untersuchung über afrobrasilianische Hausangestellte in Rio de Janeiro historisch ein - und auch die Gewerkschaften selbst beginnen ihre geschichtliche Darstellung oft mit dem Jahre 1500, Beginn der "Eroberung" Brasiliens durch die Portugiesen.

Vieles spricht für diese Einordnung: Schon rein statistisch ist es offensichtlich, daß bezahlte Hausarbeit ein Berufsghetto schwarzer Frauen ist - in Statistiken werden 70 bis 80 Prozent der Hausangestellten dieser Hautfarbe zugeordnet. Zudem handelt es sich um einen Arbeitsmarkt für Land-Stadt- oder

Peripherie-Stadt-Migrantinnen. In Rio bespielsweise stammen nach Santos-Stubbe nur 30 Prozent der Hausangestellten aus der Metropole. Insbesondere für junge Migrantinnen vom Lande und/oder junge schwarze Frauen stellt sich meistens nicht die Frage einer freiwilligen Entscheidung für diesen Beruf - es gibt schlicht keine andere Erwerbsmöglichkeit. Typisch sind Stellenanzeigen für andere Frauenberufe wie zum Beispiel Verkäuferin oder Sekretärin mit der Anforderung "gute Erscheinung", die auf weiße Hautfarbe abzielt. Schwarze Frauen dagegen werden oft gerne als Hausangestellte beschäftigt, um die soziale Differenzierung nach außen sichtbar zu machen und von vornherein klarzustellen, wer welche Rolle im Hause spielt.

Auch Lohndifferenzen machen die extreme rassistische Spaltung des brasilianischen Arbeitsmarktes deutlich: Nach Daten des IBGE (Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik) ist der brasilianische Arbeitsmarkt in bezug auf Löhne primär rassistisch und erst sekundär geschlechtsspezifisch segmentiert.

Die Situation von Frauen wurde in der männlich dominierten Schwarzenbewegung lange Zeit vernachlässigt. Die Situation von Hausangestellten in Kontinuität der Ammen, Konkubinen oder Haussklavinnen zu thematisieren, ist so auch eine noch relativ neue Errungenschaft von schwarzen Frauen innerhalb der gemischten Bewegung oder in autonomen schwarzen Frauenorganisationen - die konkrete Zusammenarbeit von Hausangestellten- und Schwarzenbewegung ist allerdings relativ sporadisch.

Die These der Kontinuität zur Sklaverei bezieht sich auf die Arbeitsbedingungen, die an feudale Abhängigkeitsverhältnisse erinnern. Bezahlt wird oft eher in "Geschenken" als bar; die patroes definieren das Verhältnis zur Angestellten häufig als Verwandtschafts-, nicht als Arbeitsverhältnis: Mit der Behauptung, die Hausangestellte sei Teil der Familie und es gebe ein herzliches persönliches Verhältnis, wird legitimiert, daß Arbeitsrechte nichts gelten. Zudem wird von der Angestellten Loyalität und emotionale Bindung "in guten wie in schlechten Zeiten" verlangt. Auch aus der Sicht der Hausangestellten ist diese emotionale Bindung real und oft eine Hemmschwelle für Widerstand. Die Liebe zu den von ihr aufgezogenen Kindern und auch der Wunsch nach einem guten Verhältnis zur Hausherrin in einem sonst von sozialer Isolation geprägten Leben ist oft wichtiger als die Durchsetzung der eigenen Rechte - denn Widerstand bedeutet in der Praxis meistens auch, die Familie zu verlassen.

Die Behauptung, die Hausangestellte sei ein Teil der Familie, entspricht allerdings in keiner Form der Partizipation an familiären Rechten und Besitzständen. Nach der Untersuchung von Chirly Santos-Stubbe essen nur 10 Prozent der Hausangestellten gemeinsam mit der Familie, bewegen sich nur 30 Prozent frei in der Wohnung und sitzen nur 30 Prozent mit der Familie vor dem Fernseher. Die Internas wohnen in einer von ArchitektInnen immer noch selbstverständlich eingeplanten, oft fensterlosen "Angestellten-Kammer" hinter der Küche. Andere haben überhaupt kein eigenes Zimmer und schlafen auf dem Sofa oder dem Boden. Auch die sexuelle Verfügbarkeit, die so manche patroes für sich, ihre Freunde oder die sexuell zu initiierenden Söhne stillschweigend verlangen, erinnert an die Zeit der Konkubinen-Sklavinnen.

Aber gerade hier zeigt sich das Problem einer solchen Einordnung von Hausangestellten als moderne Sklavinnen: Gegen die sexuelle Gewalt setzen sich viele Hausangestellte erfolgreich zur Wehr - und protestieren gleichzeitig gegen die soziale Stigmatisierung, stets sexuell verfügbar zu sein. Zudem sind sexuelle Übergriffe nicht vergleichbar mit der rechtlich abgesicherten totalen Verfügung über Sexualität und Fortpflanzung einer Sklavin. Der Rechtsstatus ist in jeder Hinsicht ein anderer: Eine Hausangestellte kann von einem auf den anderen Tag gehen, um eine bessere Arbeit zu finden - und dies ist wahrscheinlich auch immer noch die häufigste, wenn auch passive Form des Widerstandes. Und sie arbeitet grundsätzlich deswegen, weil sie einen Lohn erwartet und kann sich zumindest teilweise und theoretisch auf Arbeits- bzw. Bürgerinnenrechte und einen Vertrag berufen.

Die These einer Kontinuität der Sklaverei täuscht außerdem darüber hinweg, daß bezahlte Hausarbeit als modernes Arbeitsverhältnis auch in Nicht-Sklavenhaltergesellschaften zentral ist bzw. sein kann.

Un(ter)bezahlte Frauenarbeit

Etwa 95 Prozent der Berufsgruppe der HausarbeiterInnen sind Frauen - Männer arbeiten in diesem Bereich höchstens als Gärtner, Wächter oder Chauffeure. Hausarbeiterinnen übernehmen schlecht bezahlt die Arbeit, die in der Gesellschaft grundlegend unbezahlt von Frauen erwartet wird. Bedingungen für die Reproduktion dieses Arbeitsmarktes sind also erstens extreme Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten, die es ermöglichen, daß das Einkommen eines Haushaltes dafür ausreicht (bzw. das Lohnniveau so gering ist), daß

Hausarbeiterinnen angestellt werden können. Grundlage ist hier die angesprochene rassistische Segmentation des Arbeitsmarktes - ebenso wie kapitalistische Einkommenskonzentration allgemein. Zweitens spielt für den Bedarf an Hausangestellten die zunehmende Berufstätigkeit von Mittelschichtsfrauen seit den 70er Jahren eine Rolle. Die meisten Hausarbeiterinnen (nach Santos-Stubbe ca. 70%) ersetzen die von diesen Frauen erwartete Hausarbeit alleine, das heißt sind für alle anfallenden Tätigkeiten - von Kinderbetreuung über Einkauf bis zu Kochen, Putzen und Waschen - zuständig. Drittens - und dies ist sicherlich die zentrale Grundlage der Existenz von Hausarbeiterinnen - gibt es weder genug bezahlbare öffentliche Angebote (Kindergärten, Kantinen, Waschküchen) noch eine Bereitschaft der Männer, Hausarbeit zu leisten, so daß es sich bei un(ter)bezahlter Hausarbeit um ein Terrain handelt, das fast ausschließlich unter Frauen aufgeteilt wird.

Diese Erwägungen hören sich selbstverständlich an, aber sie zeigen die Grenzen der beiden vorhergehenden Erklärungsansätze. Sie weisen auch darauf hin, welche Beschränktheit und gleichzeitig Brisanz in der Forderung der Professionalisierung von Hausarbeit liegt - der zentrale Slogan der aktuellen Gewerkschaftskampagne. Wenn die Grundlagen der geschlechtlichen Arbeitsteilung von einer solchen Professionalisierung nicht angegriffen werden sollen, ist die Verberuflichung der Hausarbeit schlichtweg kaum durchsetzbar: Denn bezahlte Hausarbeit wird strukturell immer als durch unbezahlte Frauenarbeit ersetzbar und damit als wertlos, bzw. unqualifiziert gesetzt. Eine Berufsausbildung widerspricht dieser Arbeitsteilung: Grundsätzlich wird den Mädchen Hausarbeit im Rahmen ihrer kindlichen und jugendlichen Sozialisation beigebracht und wird damit als gegebenes Potential von allen Frauen erwartet. Gleichzeitig erleben junge Hausangestellte eine zusätzliche Diskriminierung ihrer zuhause erlernten Fähigkeiten dadurch, daß ein Mittelschichtshaushalt anders funktioniert. Dort werden Haushaltsgeräte benutzt, die ihnen nicht vertraut sind, andere Gerichte gekocht usw. - so daß sie einen Prozeß der "sekundären Sozialisation" durchlaufen (der im übrigen auch über die Arbeit hinaus die ganze Lebenshaltung/Alltagskultur der Mittelschicht betrifft). In dieser Lage sind sie potentiell immer die Lernenden, während die patroa (Hausherrin) als Haushalts-Expertin auftritt. Santos-Stubbe zufolge geben die Hausherrinnen die organisatorische Arbeit sowie pädagogische Entscheidungen, also die planerische Kompetenz im Haushalt, nicht an die Hausangestellten ab, sondern nutzen sie vor allem als Dienende, als physische Arbeitskraft - hier allerdings bis zur extremen Belastung.

"Ich bin die Waschmaschine" sagt eine Frau, als sie zu Haushaltsgeräten an ihrem Arbeitsplatz befragt wird - trotz der sonstigen Technologisierung brasilianischer Mittelschichtshaushalte wird dieses Gerät gerne durch die extrem harte Arbeit der Hausangestellten eingespart. Das Arbeitspensum ist in vielen Mittelschichtshaushalten tendenziell uferlos: "Alle wollen nur außerhalb des Hauses arbeiten. Zuhause holen sie kein Glas Wasser aus dem Kühlschrank. Alles muß ich ihnen bringen". Und dreimal am Tag die Hemden zu wechseln, ist für viele Mittelschichtsbrasilianer eine Selbstverständlichkeit - abgesehen davon, daß Frauenarbeit auch inhaltlich keine Grenzen kennt: vom Trösten weinender Kinder über die Beantwortung aller Telefonanrufe bis zum Suchen verlorener Gegenstände. Trotz dieser extremen Vielfalt und hohen Belastung achten Arbeitgeberinnen bei der Einstellung eher auf den "Charakter" einer Person, auf ihre persönliche Ausstrahlung - "Arbeit aus Liebe" wird eben auch von Hausangestellten verlangt und die praktischen und pädagogischen Fähigkeiten dazu selbstverständlich vorausgesetzt. Die Forderung nach Professionalisierung spricht genau diese Situation an. Ebenso wie klar abgegrenzte Arbeitszeiten und das Recht auf eine Privatsphäre das Ziel der Hausangestelltenbewegung sind, geht es auch um klar definierte und qualifizierte Arbeitsbereiche.

Die feministischen Organisationen in Brasilien unterstützen die Arbeit der Hausangestelltenbewegung vor allem in dieser Hinsicht: sie bieten sich als Bündnispartnerinnen im Kampf für die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung von Reproduktionsarbeit an. So erstellte die Hausangestelltengewerkschaft von Recife gemeinsam mit der feministischen Organisation SOS Corpo eine Broschüre mit dem Titel: "Der gesellschaftliche Wert von Hausarbeit".

Wenn aber in dieser Debatte nicht grundsätzlicher die Aufhebung geschlechtlicher Arbeitsteilung gefordert und die Hierarchien zwischen Frauen thematisiert werden, ist diese Solidarisierung von Mittelschichtsfrauen gleichzeitig verlogen. Schließlich sind sie die alltäglichen direkten Gegnerinnen der Hausangestellten in ihrem Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Das Machtverhältnis zwischen Frauen wird in der Unterstützung der Professionalisierungsforderung tendenziell unterschlagen - von Seiten der Arbeitgeberinnen

kann die Solidarität mit den Hausangestellten deswegen leicht als das traditionelle feudale Gnadenverhältnis anmuten, indem sie demonstrieren, daß sie "ihren Hausangestellten" wohlgesonnen sind.

Für die Hausarbeiterinnen dagegen ist die Forderung nach einer Anerkennung als qualifizierte Berufstätige zentral, um aus der beschriebenen Lage, nämlich zwischen allen Stühlen zu sitzen und in der Gewerkschafts-, Schwarzen-, und Frauenbewegung allenfalls problematische BündnispartnerInnen zu haben, dreierlei klarzustellen: Als Arbeiterinnen fordern sie eine gleichberechtigte Beteiligung an der Gewerkschaftsbewegung und Teilhabe zumindest an den sowieso weiter prekären Mindestrechten anderer Berufe. Als rassistisch Diskriminierte wehren sie sich gegen die charakterliche Stigmatisierung als jederzeit verfügbare, sexuell ausbeutbare, als fürsorglich-warmherzige oder als hinterlistig-kriminelle Menschen. Und als Frauen greifen sie tendenziell mit ihren Forderungen die geschlechtliche Arbeitsteilung insgesamt an. Für die kleinen Schritte der Verrechtlichung, der Organisierung und der Veränderung des öffentlichen Bewußtseins brauchen sie weiterhin einen langen Atem.

Susanne Schultz

Protestbriefe an die Abgeordneten sind zu erhalten bei:

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW), Hedemannstr.14, 10969 Berlin, Tel: 030/2510265 Fax: 030/2511887, Email: ASW@metronet.de

Spendenkonto für Hausangestelltengewerkschaften: Postbank Berlin Nr. 4006-104, BLZ 10010010, Kennwort Rechtshilfe Lateinamerika, Kennummer 6200.

Literatur:

Christiane Eitel: Die Hausangestelltengewerkschaft von Recife, unveröffentl. Diplomarbeit, Berlin 1995.

Roger Sanjek/Shellee Colen (Hg.): At work in Homes: Household Workers in World Perspective, USA 1990.

Chirly dos Santos-Stubbe: Arbeit, Gesundheit und Lebenssituation afrobrasilianischer empregadas domésticas (Hausarbeiterinnen), Frankfurt a. M. 1995.

20. "Ich bin eine rebellische Sklavin ..." Offener Brief von Assata Shakur

Offener Brief von Ex-Black-Panther-Mitglied Assata Shakur

Autor: ehemaliges Black-Panther-Mitglied · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:02

Im April 1998 veröffentlichte Assata Shakur als Reaktion auf die erneute US-Medienkampagne gegen ihre Person und für ihre Auslieferung in die Vereinigten Staaten diesen Text, den wir hier in einer stark bearbeiteten und gekürzten Fassung abdrucken.

Mein Name ist Assata Shakur, und ich bin eine entflohene Sklavin des 20. Jahrhunderts. Ich hatte keine andere Wahl, als vor der politischen Repression , dem Rassismus und der Gewalt der US-amerikanischen Regierungspolitik zu fliehen. Ich bin eine ehemalige politische Gefangene und lebe seit 1984 im kubanischen Exil.

Den größten Teil meines Lebens war ich politisch aktiv, und obwohl die US-Regierung alles in ihrer Macht stehende getan hat, um mich zu kriminalisieren, bin ich keine Kriminelle, noch war ich je eine. In den 60er Jahren war ich Teil der schwarzen Befreiungsbewegung, der Studentenbewegung und der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg. Ich trat der Black Panther Party bei. Bis zum Jahre 1969 war die Black Panther Party das wichtigste Angriffsziel der Counter Intelligence Programs (1) des FBI. Weil die Black Panther Party die vollständige Befreiung der Schwarzen forderte, nannte FBI-Chef J. Edgar Hoover sie die "größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes" und gelobte, sie, ihre Führung und ihre Aktivisten zu zerschlagen.

Ich bin in sechs verschieden "Kriminalfällen" falsch beschuldigt worden, und in allen sechs Fällen wurde ich entweder freigesprochen, oder die Klage wurde abgewiesen. Doch das hieß nicht, daß ich bei Gericht Gerechtigkeit erfuhr. Es bedeutete nur, daß die "Beweise" gegen mich so dünn und falsch waren, daß meine Unschuld nicht zu widerlegen war.

Am 2. Mai 1973 wurde ich zusammen mit Zayd Malik Shakur und Sundiata Acoli auf dem New Jersey Turnpike gestoppt, vermutlich wegen eines "defekten Rücklichts". Sundiata Acoli stieg aus dem Wagen, um zu erfahren, warum wir gestoppt wurden. Zayd und ich blieben im Auto. Der Polizist Harper kam dann zum Wagen, öffnete die Tür und begann, uns zu befragen. Weil wir schwarz waren und in einem Auto fuhren, das in Vermont zugelassen war, sei er "mißtrauisch" geworden, behauptete er später. Dann zog er seine Waffe, richtete sie auf uns und befahl uns, unsere Hände so vor uns zu halten, daß er sie sehen könne. Ich fügte mich, und eine Sekunde später war da ein Geräusch außerhalb des Wagens, eine schnelle Bewegung, und ein Schuß traf mich mit erhobenen Händen und dann ein weiterer von hinten. Zayd Malik Shakur wurde später erschossen, der Beamte Werner Foerster wurde erschossen, und obwohl der Beamte Harper zugab, er hätte Zayd Malik Shakur erschossen, wurde ich angeklagt, beide, Zayd Malik Shakur, der mein engster Freund und Genosse war, und den Polizisten Foerster getötet zu haben.

"Nie in meinem Leben..."

Nie in meinem Leben habe ich eine solche Wut und Trauer gefühlt. Zayd hatte versprochen, mich zu schützen und mir zu helfen, an einen sicheren Ort zu gelangen, und es war klar, daß er sein Leben verloren hatte bei dem Versuch, mich und Sundiata zu schützen. Obwohl auch er unbewaffnet war, und die Waffe, die Foerster tötete, unter Zayds Bein gefunden wurde, wurde Sundiata Acoli, der später gefaßt wurde, ebenfalls der Tötung beider angeklagt. Weder Sundiata noch ich erhielten einen fairen Prozeß. Wir beide waren bereits vor dem Prozeß von den Nachrichtenmedien für schuldig befunden worden. Kein Nachrichtensender erhielt jemals die Genehmigung, uns zu interviewen, während die New Jersey Police und das FBI die Presse täglich mit Geschichten fütterten. 1977 wurde ich von einer komplett weißen Jury schuldig gesprochen und zu lebenslänglich plus 33 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahr 1979 wurde ich aus dem Gefängnis befreit.

Am 24. Dezember 1997 lud der Staat New Jersey zu einer Pressekonferenz ein, um anzukündigen, daß die New Jersey State Police einen Brief an Papst Johannes Paul II. gerichtet hatte, mit der Bitte, in ihrem Interesse zu intervenieren und behilflich zu sein, daß ich in die Gefängnisse New Jerseys ausgeliefert werde. Die New Jersey State Police weigert sich, ihren Brief zu veröffentlichen. Ich wußte, daß sie wahrscheinlich die Fakten

vollkommen verdreht hatten und daß sie versuchten, den Papst dazu zu kriegen, im Namen der Religion die Arbeit des Teufels zu tun. Also entschloß ich mich, dem Papst selbst zu schreiben, um ihn darüber zu informieren, wie "Gerechtigkeit" für Schwarze im Staate New Jersey sowie in den USA in der Realität aussieht.

Im Januar 1998, während des Papstbesuchs in Kuba, willigte ich ein, einem Journalisten des Fernsehsenders NBC, Ralph Penza, ein Interview zu geben - über den Brief an den Papst, über meine Erfahrungen mit dem Gerichtssystem New Jerseys und über die Veränderungen, die ich in den Vereinigten Staaten sehe und darüber, wie die schwarze Bevölkerung in den letzten 25 Jahren behandelt worden ist. Ich erklärte mich bereit zu diesem Interview, weil ich jenen geheimen Brief als einen öffentlichkeitswirksamen Schachzug der New Jersey State Police verstehe und als einen zynischen Versuch, Papst Johannes Paul II. zu manipulieren. Ich lebe seit vielen Jahren in Kuba und bin ungeübt im Umgang mit den sensationslüsternen Medien von heute. Nachdem ich jahrelang Opfer der "etablierten" Medien war, war es naiv von mir zu hoffen, daß ich endlich die Möglichkeit erhalten solle, "meine Seite der Geschichte" zu erzählen. Anstelle eines Interviews mit mir war das, was da stattfand, ein "inszeniertes Medienereignis" in drei Teilen, voll von Verdrehungen, Ungenauigkeiten und glatten Lügen.

NBC gab tausende von Dollar für die Vermarktung der "Exklusiv-Interview-Reihe" aus, und sie gaben auch sehr viel Geld aus, um für dieses "Exklusivinterview" in schwarzen Radiostationen zu werben und Anzeigen in Lokalzeitungen zu setzen.

Verdrehungen und Lügen in der NBC-Serie

Die NBC sendete das Photo einer Frau mit einer Waffe in der Hand, in der Unterstellung, ich sei die Frau auf dem Bild. Das ist einfach falsch. Das Foto stammt von einem Fall, in dem ich wegen Bankraubes angeklagt war. Nicht nur, daß die ZeugInnen in einer Gegenüberstellung, auf der ich freiwillig bestanden hatte, eine andere Frau wiedererkannten, sondern es bestätigten auch zahlreiche ZeugInnen während des Prozesses, daß ich nicht die Frau auf dem Foto war. Ich wurde von dem Vorwurf des Banküberfalls freigesprochen. NBC sendete das Foto mindestens zu fünf verschiedenen Anlässen, vorgebend, die Frau auf dem Foto sei ich.

Wie ist es möglich, daß weder die New Jersey State Police, die behauptet, einen Detective Vollzeit an meinem Fall arbeiten zu lassen, noch die Gouverneurin von New Jersey, Christie Whitman, die behauptet, sie hätte alle "Beweise" überprüft, oder NBC, die über eine ausgeprägte Recherche-Abteilung verfügt, nicht wissen, daß das Foto falsch ist? NBC stellt die Wahrheit bewußt falsch dar. Denn sogar nachdem bereits viele Menschen im Sender angerufen hatten und eine massive Fax- und E-mail-Kampagne gegen die Verdrehung der Tatsachen durch NBC lief, sendeten Ralph Penza und NBC das Foto weiterhin als Darstellung von mir. Nicht ein einziges Mal sind die New Jersey State Police, Gov. Christie Whitman oder die NBC vorgetreten und haben erklärt, daß ich nicht die Frau auf dem Foto bin und daß ich von der Anklage freigesprochen wurde.

In dem eindeutigen Versuch, mich zu diskreditieren, war Col. Williams von der New Jersey State Police erlaubt worden, Stück für Stück Verdrehungen meines Interviews zu verbreiten. In meinem Interview habe ich dargelegt, daß ich in der Nacht des 2. Mai 1973 mit erhobenen Händen angeschossen wurde, dann noch einmal in den Rücken. Williams erklärte: "Das ist absolut falsch - unsere Aufzeichnungen zeigen, daß sie in ihre Handtasche griff, eine Neun-Millimeter-Waffe herauszog und das Feuer eröffnete." Die Behauptung, ich hätte in meine Handtasche gegriffen und eine Waffe gezogen, während ich im Auto war, wurde sogar von dem Beamten Harper bestritten. Obwohl er in drei offiziellen Berichten und auch bei der Aussage vor den Geschworenen behauptet hatte, er hätte mich eine Waffe aus meiner Handtasche nehmen gesehen, gab er schließlich im Kreuzverhör zu, daß er mich zu keiner Zeit mit meinen Händen in der Handtasche, zu keiner Zeit mit einer Waffe innerhalb des Wagens und zu keiner Zeit auf ihn schießen gesehen hatte.

Obwohl Col. Williams von uns als "kriminelle Elemente" spricht, waren weder Zayd, Sundiata Acoli noch ich Kriminelle, wir waren politische AktivistInnen. Ich war College-Studentin, bis die Polizei meine Tür eintrat, um mich dazu zu bewegen, mit ihnen zu kooperieren, und Sundiata Acoli war Computerexperte, der für die NASA gearbeitet hatte, bevor er der Black Panther Party beitrat und Zielscheibe des Counter Intelligence Program COINTELPRO (1) wurde.

Um Sympathien für die Polizei hervorzurufen, stellte die NBC-Reihe mein Interview der weinenden Witwe Werner Foersters gegenüber. Gleichwohl ich mit ihrer Trauer mitfühlen kann, glaube ich, daß ihr Erscheinen besonnen eingefügt wurde, um an die Gefühle der Menschen zu appellieren, um die Tatsachen zu verwischen,

mich zur Verbrecherin abzustempeln und um die Art Lynchmob-Mentalität herzustellen, die historisch in Verbindung steht mit dem Bild der weißen Frau als Opfer von Schwarzen. Was von dem vermeintlichen Interview mit mir übrig blieb, wurde zu einem Forum für die New Jersey State Police, Foersters Witwe und die offensichtlich feindlichen Kommentare Ralph Penzas. Ich wurde in dem Interview nicht ein einziges Mal nach Zayd, Sundiata oder deren Familien gefragt. Im Verlauf des Interviews wurde mir schmerzhaft klar, daß Ralph Penza mich niemals als Mensch ansehen würde. Obgleich ich versuchte, über Rassismus und die Opfer staatlicher und polizeilicher Repression zu sprechen, war es klar, daß er vollkommen uninteressiert war.

In einer NBC-Sendung wurde Gouverneurin Whitman mit den Worten zitiert: "Es geht hier nicht um Rasse, es geht hier nur um Verbrechen". Entweder sind Gouverneurin Whitman die Fakten meines Falles komplett unbekannt, oder ihre Sensibilität für Rassismus und die erdrückende Situation Schwarzer und anderer farbiger Menschen in den USA ist gleich Null.

1979 mußte der Prozeß in Middlesex County wegen des unübersehbaren Rassismus, der im Jury-Raum zutage trat, unterbrochen werden. Offensichtlich darum bemüht, zu verhindern, daß wir von Geschworenen "unseresgleichen" verurteilt werden, ordnete der New Jersey Court an, daß die Geschworenen in Morris County gewählt wurden, wo nur 2,2% der Bevölkerung Schwarze und 97,5% der möglichen Jurymitglieder weiß waren. Später wurde der Prozeß nach Middlesex County zurückverlegt, wo 70% der Bevölkerung Umfragen zufolge aufgrund der vorgerichtlichen Berichterstattung glaubte, ich sei schuldig. Die Verhandlung fand vor einer ausschließlich weißen Jury statt, die lediglich gefragt worden war, ob sie "ihre Vorurteile beiseite lassen" und "zu einem fairen Urteilsspruch gelangen" könne. Es ist Fakt in den USA, daß Schwarze immer "Verdächtige" sind, und eine Anklage normalerweise mit einer Überführung gleichgesetzt wird. Die meisten Weißen denken immer noch, "SchwarzeR MilitanteR" oder "SchwarzeR RevolutionärIn" zu sein, sei von vornherein gleichbedeutend mit der Tatsache, sich irgendwelcher Verbrechen schuldig gemacht zu haben. Obwohl die Bevölkerung New Jerseys zu annähernd 78% weiß ist, sind mehr als 75% der Gefängnisinsassen in New Jersey Schwarze oder Latinos. 80% der Frauen in den Knästen Jerseys sind Farbige.

Gouverneurin Whitman sagte, daß meine Rückkehr ins Gefängnis eine Bedingung für die "Normalisierung der Beziehungen zu Kuba" sein sollte. Wie bin ich so wichtig geworden, daß mein Leben die außenpolitischen Beziehungen zwischen zwei Regierungen bestimmen kann? JedeR, der/die etwas über Politik in New Jersey weiß, kann sicher sein, daß ihre Motive rein politischer Natur sind. Sie wollen meinen Fall als Vorwand für die Fortdauer der unmenschlichen Blockade gegen das kubanische Volk nutzen und sich die Stimmen der rechten KubanerInnen sichern.

"Glückssoldaten", Sklavenfänger und Fährtenleser

Col. Williams von der New Jersey State Police erklärte: "Wir würden alles tun, was wir können, um sie von Kuba herzubringen, und wenn das Kidnapping einschließt, wir würden es tun." Ich denke, die Theorie ist die: Wenn sie vor 400 Jahren Millionen AfrikanerInnen aus Afrika kidnappen konnten, sollten sie in der Lage sein, eine einzige afrikanische Frau heute zu kidnappen. Alles, was ich repräsentiere, ist eine weitere Sklavin, die sie zurück zur Plantage bringen wollen. Nun, ich mag vielleicht eine Sklavin sein, aber ich werde als rebellische Sklavin zu Grabe gehen. Ich werde niemals freiwillig den Zustand der Sklaverei akzeptieren, sei er nun offiziell oder inoffiziell. In einem anderen kürzlich erschienenen Interview sprach Williams davon, die Bundesregierung zu bitten, die 50.000 Dollar für meine Ergreifung aufzustocken. Er sagt, das Geld könnte auch Kopfgeldjäger anlocken. "Es gibt da einige, ich glaube sie nennen sich ‚Glückssoldaten`, die interessiert daran sein könnten, etwas zu tun, um sie uns auszuliefern." Nun, in den alten Zeiten nannten sie sich Sklavenfänger oder Fährtenleser.

Der Grad ihres moralischen und ethischen Bankrotts ist nicht nur aus dem Eifer, das Gesetz zu brechen und Gangster anzuheuern - alles im Namen von "law and order" - ersichtlich . Vor dem Hintergrund der zusammenfallenden Schulen in Paterson, N.J., den Gegenden von Newark, die wie ein Katastrophengebiet aussehen, der Crack-Epidemie, der weitverbreiteten Armut und Arbeitslosigkeit in New Jersey, wollen diese verkommenen, dekadenten Möchte-Gern-Sklavenhalter Bundesgelder, um dafür zu sorgen, diese "Nigger-Magd" zurück an ihren Platz zu bringen.

Sie nennen mich "die meistgesuchte Frau" Amerikas. Ich finde das ziemlich zynisch. Ich kam mir nie sehr "gesucht" vor. Als es um Jobs ging, war ich nie "die Meistgesuchte", als es um "ökonomische Belange" ging,

war ich nie "die Meistgesuchte", ich war auch nicht "die Meistgesuchte", als es um "vernünftige Wohnungen" ging. Es scheint so, als wenn Schwarze nur auf der Liste der "Meistgesuchten" sind, wenn sie uns ins Gefängnis stecken wollen.

Während ich das Interview mit Gouverneurin Whitman sah, war eine Sache, die mich getroffen hat, ihre "Empörung" über meine Freude darüber, Großmutter zu sein und mein "ziemlich schönes Leben" hier in Kuba, wie sie es nannte. Denn obwohl ich die Menschen Kubas und die Solidarität, die sie mir entgegenbringen, sehr schätze, war der Schmerz, von allen, die ich liebe, weggerissen zu sein, unglaublich groß. Ich habe niemals die Möglichkeit gehabt, mein Enkelkind zu sehen oder im Arm zu halten. Wenn Gouverneurin Whitman meint, mein Leben sei so schön gewesen, wenn sie meint, daß 50 Jahre mit Rassismus, Armut, Verfolgung, Brutalität, Gefängnis, Untergrund, Exil und krassen Lügen umgehen zu müssen, so schön gewesen sind, wäre ich mehr als glücklich, sie ihren Weg für einige Zeit in meinen Schuhen gehen zu lassen, damit sie einen Geschmack davon bekommen kann, wie sich das anfühlt. Ich bin eine stolze schwarze Frau und ich werde nicht ins Fernsehen gehen und für Ralph Penza oder irgendeinen anderen Journalisten weinen.

"Alles, was ich will, ist,

in Würde zu gehen..."

Aber im Moment bin ich nicht besorgt um mich selbst. JedeR muß einmal sterben, und alles, was ich will, ist, in Würde zu gehen. Ich bin eher besorgt über die wachsende Armut, die wachsende Ungleichheit, die in Amerika um sich greift. Ich bin eher besorgt um unsere jüngeren Generationen, die unsere Zukunft repräsentieren. Ich bin eher darüber beunruhigt, daß ein Drittel der jungen Schwarzen entweder im Gefängnis oder unter der Gerichtsbarkeit des kriminellen Unrechtssystems ist. Ich bin eher besorgt über den Aufschwung des Gefängnis-Industriekomplexes, der unsere Leute wieder zu Sklaven macht. Ich bin eher besorgt über die Repression, die Polizeibrutalität, die Gewalt, die sich steigernde Welle des Rassismus, die die politische Landschaft der Vereinigten Staaten heute bestimmt. Unsere jungen Menschen verdienen eine Zukunft, und ich betrachte es als das Mandat meiner Vorfahren, Teil des Kampfes zu sein, daß sie eine haben. Sie haben das Recht, frei von politischer Unterdrückung zu leben. Die Vereinigten Staaten werden mehr und mehr zum Polizeistaat, und diese Tatsache zwingt uns, gegen politische Unterdrückung zu kämpfen. Ich bitte euch alle eindringlich, jeden einzelnen, der dieses Statement liest, für die Freiheit aller politischer Gefangenen zu kämpfen. Ich bitte Euch eindringlich, für die Abschaffung der Todesstrafe zu kämpfen. Als besonders dringenden Appell bitte ich euch, für das Leben von Mumia Abu-Jamal zu kämpfen, dem derzeit einzigen politischen Gefangen, der in der Todeszelle sitzt.

Es ist lange her, daß ich in den Vereinigten Staaten gelebt habe. Aber mein Leben lang habe ich gesehen, wie jedeR prominente schwarze AnführerIn, PolitikerIn oder AktivistIn von den etablierten Medien angegriffen wurde. Wenn Afro-AmerikanerInnen in den Nachrichtenprogrammen auftauchen, reden sie normalerweise über Sport und Unterhaltung, oder sie sind in Handschellen. Nachrichten sind ein großes Geschäft, und es gehört wohlhabenden weißen Männern. Unglücklicherweise prägen sie die Art, wie viele Menschen die Welt und sogar sich selbst sehen. Zu oft ahmen schwarze und andere farbige Journalisten ihre weißen Pendants nach.

Wie viele arme und unterdrückte Menschen in den Vereinigten Staaten habe ich keine Stimme. Schwarze Menschen, arme Menschen haben in den USA keine wirkliche Meinungsfreiheit, keine echte Freiheit, sich zu entfalten und eine sehr eingeschränkte Pressefreiheit. Die schwarze Presse und die fortschrittlichen Medien haben historisch eine wesentliche Rolle im Kampf um soziale Gerechtigkeit gespielt. Wir müssen diese Tradition fortsetzen und ausweiten. Wir müssen Medien schaffen, die helfen, unsere Leute und unsere Kinder zu bilden und die nicht ihren Geist vernichten. Ich bin nur eine einzelne Frau. Ich habe keine Fernsehstationen oder Radiostationen oder Zeitungen. Aber ich fühle, daß die Menschen unterrichtet werden müssen über das, was passiert, und um den Zusammenhang zwischen den Nachrichtenmedien und der Repression in den USA zu begreifen. Alles, was ich habe, ist meine Stimme, mein Geist und der Wille, die Wahrheit zu erzählen. Ich bitte euch: In den schwarzen Medien, in den fortschrittlichen Medien, diejenigen von euch, die an wahre Freiheit glauben, veröffentlicht dieses Statement und laßt die Leute wissen, was passiert. Wir haben keine Stimme, also müßt ihr die Stimme der Stimmlosen sein.

Freiheit für alle politischen Gefangenen! Ich sende euch Liebe und revolutionäre Grüße aus Kuba - eines der größten, widerständigsten und mutigsten "Aussätzigenlager", das je auf der Oberfläche dieses Planeten existiert hat.

Assata Shakur, Havanna, Kuba

Anmerkung:

1) Counter Intelligence Programs - vom FBI in Kontakt mit höchsten Regierungsstellen entwickelte, speziell auf bestimmte Personen und/oder Organisationen zugeschnittene Programme, mit deren Hilfe sie weitgehend außerhalb US-amerikanischer Gesetze agieren konnten. Zu den Methoden der COINTELPROS gehörten unter anderem: Personen oder Gruppen mit photographischen, elektronischen oder anderen Mitteln illegal zu überwachen; vom FBI verfaßte Briefe, Flugblätter, Erklärungen, Zeitungen usw. anonym zu verbreiten; Agenten und Provokateure einzuschleusen etc. (ak).

Assata Shakur ist Ende der 60er Jahre aktives Mitglied der Black Panther Party und Zielscheibe der FBI-Aufstandsbekämpfungs-Programme. Sie wird wiederholt wegen Entführungen, Bankraub o.ä. angeklagt, aber die "Beweise" sind so offensichtlich gefälscht, daß es zu keiner Verurteilung kommt. Schließlich wird ihr 1973 Polizistenmord unterstellt. Ohne Hoffnung auf faire Behandlung wird sie zur Illegalen. Man läßt sie steckbrieflich suchen. Als sie auf der Autobahn erwischt wird, stirbt ihr Lebensgefährte. Sie, gerade noch am Leben geblieben, wird gefoltert, verhört und trotz ihrer Verletzungen am Krankenhausbett gefesselt. Später wird ihr ihr in der Haft geborenes Baby weggenommen; sie bleibt ein volles Jahr in Einzelhaft im Keller eines Männergefängnisses, genau beobachtet 24 Stunden am Tage. Ein Rechtsanwalt, der unwiderlegbare Beweise ihrer Unschuld zu haben glaubt, stirbt unter mysteriösen Umständen; seine Unterlagen "verschwinden". Assata Shakur wird zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Nach insgesamt sechs Jahren Gefängnis wird sie 1979 von einem Kommando der Black Liberation Army befreit. Es gelingt ihr 1984, nach Kuba zu fliehen, wo sie bis heute Asylrecht hat.

sinngemäß entnommen aus: "Victor Großmann über Assata Shakur", in: Das Buch zur Internationalen Che Guevara Konferenz, Berlin 1998, Verlag 8. Mai.

21. Libanesische Gefangene im Geiselstatus. "Donnerstagsmütter" fordern Freilassung ihrer Angehörigen

"Donnerstagsmütter" fordern die Freilassung ihrer Angehörigen

Autor: Brigitte Pagendamm · Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:15

Über 200 LibanesInnen befinden sich unter israelischer Kontrolle in Haft. Ihr Schicksal machen die Israelis in erster Linie von der Freilassung eines israelischen Luftwaffen-Navigators abhängig, der 1986 während eines Luftangriffs über dem Libanon abstürzte und von pro-iranischen Kräften gefangengenommen wurde. Der Geiselstatus der Gefangenen stellt einen von mehreren Verstößen gegen die Genfer Konventionen dar, die Israel 1951 ratifizierte.

Die Familien der Gefangenen wollen mit ihren Aktivitäten die libanesische und internationale Öffentlichkeit auf die Situation ihrer Angehörigen aufmerksam machen und ihre Freilassung erreichen.

Donnerstag, 11 Uhr. Etwa 40 Menschen haben sich vor der Beiruter Zentrale des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) (1) im Stadtteil Hamra versammelt. Einige Kameraleute und Journalisten treffen ein. Passanten bleiben stehen. Die "Donnerstagsmütter" holen die Fotos ihrer Angehörigen aus den abgenutzten Plastiktüten. Eine der Frauen wird gleich vor laufenden Kameras eine Erklärung verlesen, die das "Follow-up-Komitee für die libanesischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen" vorbereitet hat.

Seit sieben Monaten demonstrieren die Familien von libanesischen Gefangenen mit einer wöchentlichen Kundgebung gegen die Haftbedingungen ihrer Töchter, Söhne, Brüder, Väter und Ehemänner in den Gefängnissen unter israelischer Kontrolle.

Über 200 LibanesInnen befinden sich in israelischer Haft; mehr als 150 von ihnen im Gefängnis von Khiam, im besetzten Südlibanon, die übrigen verteilt auf verschiedene Gefängnisse in Israel.

"Seit der Ansariyeh-Operation haben die Gefangenen in Khiam Besuchsverbot," erklärt Mohammed Safa, der Vorsitzende des Follow-up-Komitees. "Nicht einmal mehr die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes können die Gefangenen besuchen. Gewöhnlich brachten die Busse des IKRK die Familienangehörigen donnerstags nach Khiam. Seitdem dies nicht mehr möglich ist, demonstrieren wir hier." Schon bald wurden die TeilnehmerInnen als "Donnerstagsmütter des " bekannt.

Ansariyeh

Im September 1997 scheiterte ein israelischer Kommandoeinsatz nicht weit der Küstenstraße auf halber Strecke zwischen Sur (Tyros) und Saida (Sidon), als eine mitgebrachte Sprengladung vorzeitig explodierte und elf israelische Soldaten tötete. Beim Bergen der Toten und Verletzten wurde ein zweites israelisches Kommando von alarmierten Kämpfern der Amal und Hisballah sowie von Soldaten der libanesischen Armee in Schießereien verwickelt. Dabei kam ein weiterer israelischer Soldat ums Leben. (2)

Die starke Explosion hatte einen oder mehrere Soldaten zerrissen, zahlreiche Leichenteile blieben zurück, die von den libanesischen Kämpfern eingesammelt wurden. Um die Bedingungen für eine Übergabe der Körperteile von vornherein zu begrenzen, wurden als Druckmittel die Gefangenen in Khiam von ihren Außenkontakten abgeschnitten.

Khiam

Das Verhörzentrum und Gefängnis nahe der Ortschaft Khiam wird von der von Israel eingesetzten und finanzierten "Südlibanesischen Armee" (SLA) verwaltet. Nach außen hin streitet die israelische Armee eine Zuständigkeit für das Gefängnis ab, tatsächlich trägt sie als Besatzungsmacht die Hauptverantwortung für die Zustände in Khiam. Daher werden Verhandlungen, die das IKRK über die Haftbedingungen in Khiam anstrengt, sowohl mit Vertretern der SLA als auch mit der israelischen Armee und nicht nur in Khiam sondern auch in Israel geführt.

Die Gefangenen in Khiam haben keinen rechtlichen Status. Elf von ihnen befinden sich seit über zwölf Jahren ohne Anklage oder Gerichtsurteil in Haft, zwölf seit über zehn Jahren, acht seit über neun Jahren. Zwischen 1987 und 1995 hatten die Gefangenen keinerlei Kontakt zu ihren Familien. Für knapp zwei Jahre hatte dann das IKRK die Möglichkeit, die Gefangenen regelmäßig aufzusuchen, alle drei Monate Briefkontakte zwischen den Familien und den Gefangenen herzustellen und Familienbesuche, ebenfalls im 3-Monats-Rhythmus, zu organisieren.

16 Gefangene starben in der Haft (3), einige nach Folterungen, andere aufgrund fehlender medizinischer Versorgung. Unter den Gefangenen befinden sich mehrere Minderjährige.

"Die Gefangenen berichten nahezu gleichlautend von Folter in den Wochen nach der Verhaftung und von wiederholten Mißhandlungen, einschließlich Schlägen während der gesamten Haftzeit. Foltermethoden waren u.a. Elektroschocks, das Aufhängen, so daß nur noch die Zehen den Boden berührten, Schläge auf den manchmal mit Wasser übergossenen Körper und Drohungen, Ehefrauen und weibliche Verwandte zu vergewaltigen. Während der ersten Haftperiode, zwischen 10 Tagen und zwei Monaten, wurden die Gefangenen gewöhnlich in einer 90 cm x 90cm kleinen Isolationszelle festgehalten, wo stehen oder liegen unmöglich war." (4)

Danach kamen die Gefangenen zu sechst in Zellen, die nicht größer als 2,5 qm waren. Einmal pro Woche, manchmal auch nur alle zwei Wochen, konnten sie für 15 Minuten nach draußen.

Die Gründe oder Vorwände um Verhaftungen vorzunehmen, sind vielfältig. Nicht allein bewaffnete Widerstandsaktionen und ihre logistischen Vorbereitungen, sondern auch die Weigerung, sich in der SLA zu rekrutieren, Steuern zu zahlen oder an der israelischen "Normalisierungspolitik" (5) mitzuwirken und Teilnahme an Protestdemonstrationen können zur Festnahme führen.

Die einzige Frau, die zur Zeit in Khiam gefangen ist, ist die heute 31jährige Soha Bshara, Mitglied der Kommunistischen Partei Libanon, die im November 1988 versuchte, den Kommandeur der SLA, Antoine Lahad, zu töten. Sie verletzte ihn an Schulter und Arm und sitzt seither ohne rechtmäßige Anklage oder Verurteilung in Khiam. Ihre Eltern wurden aus dem besetzten Streifen ausgewiesen. Das Haus der Familie wurde gesprengt. Erst sieben Jahre später konnten sie zurückkehren, um ihre Tochter in Khiam zu besuchen.

Nach Israel verschleppt

Im März 1998 befanden sich mindestens 56 LibanesInnen als Gefangene in Israel. Ein Teil von ihnen wurde unter Verletzung der Genfer Konvention aus dem Libanon nach Israel gebracht.

Sechs junge Männer, die Ende 1987 in Beirut von der pro-israelischen christlichen Miliz, Forces Libanaises (FL), verhaftet worden waren, wurden im Mai 1990 von der FL, als diese ihre Quartiere in Beirut räumen mußte, an die Israelis übergeben. Erst 1992 gaben die israelischen Behörden zu, die Gefangenen übernommen zu haben. Noch heute befinden sich diese Gefangenen (6) ohne Anklageerhebung in Haft.

Vier Personen wurden durch israelische Kommandos entführt: Im Juli 1989 Scheich Abd al-Karim Obeid und zwei seiner Begleiter aus Jibshit im Südlibanon, im Mai 1994 Mustafa ad-Dirani aus der Beqaa (7). Obeid wurde von der israelischen Regierung verdächtigt, anti-israelische Militäraktionen geplant und mit der Entführung und Ermordung eines US-amerikanischen Offiziers zu tun zu haben. Dirani soll eine Zeitlang für die Haft des bis heute verschwundenen israelischen Luftwaffen-Navigators Ron Arad (8) verantwortlich gewesen sein. Doch auch diese Personen wurden keinem israelischen Gericht vorgeführt.

Während die Begleiter Obeids nach sechs Jahren Haft von VertreterInnen des IKRK aufgesucht werden konnten, sind Obeid selbst und Dirani noch immer isoliert. Die israelischen Behörden geben den Aufenthaltsort der beiden Gefangenen nicht bekannt.

Urteil: achtzehn Monate Haftzeit: zwölf Jahre

Zu den Personen, die vor Gericht gestellt wurden, gehören elf Libanesen aus dem Südlibanon, die 1986 und 1987 als Unterstützer der Widerstandsbewegung verhaftet wurden. Fast alle wurden zunächst in Khiam verhört, bevor sie nach Israel verschleppt wurden. Dort wurden sie zu Strafen von anderthalb, zweieinhalb, drei, vier und neun Jahren Haft verurteilt. Diese Strafen sind im Fall von Bilal Dakrub, Kamal Rizk, Hassan Hijaz und Hussain Dakduk seit neun Jahren abgesessen, im Falle von Ahmad und Ali Ammar als auch Abbas,

Abdul Hassan, Yussuf und Ahmad Surur seit acht Jahren. Mohammed Yassins Haftzeit ist seit drei Jahren abgelaufen.

Im März dieses Jahres wurde ein Beschluß des Obersten Gerichtshof in Israel bekannt, der unmißverständlich erklärt, daß diese Gefangenen als Geiseln festgehalten werden. (9)

Ihre Freilassung und die der anderen libanesischen Gefangenen soll demnach nur im Austausch mit Ron Arad, als auch dreier während der Invasion 1982 möglicherweise getöteter israelischer Soldaten sowie den Körperteilen der Ansariyeh-Operation möglich sein.

Die Gefangenen sind auf die Gefängnisse in Nafha, Sarafand, al-Jalameh, Shatta, Kfar Yuna, Ramleh und Askalan verteilt. Über das IKRK können die libanesischen Gefangenen und ihre Familien Briefkontakt halten, Besuche waren in Einzelfällen, jedoch seit 1995 gar nicht mehr möglich. Um dieser Form von Isolation etwas entgegenzusetzen, haben einige palästinensische Familien "Patenschaften" übernommen und kümmern sich um einzelne libanesische Gefangene, besuchen sie und schicken ihnen Pakete.

Ivonne Sweidi ist die einzige Frau unter den libanesischen Gefangenen in Israel. Sie wurde im Dezember 1997 zusammen mit ihrem Mann und ihrem Schwager in Jezzin verhaftet. Ivonne und ihr Mann arbeiteten in der SLA, hielten aber gleichzeitig Kontakt zur Widerstandsbewegung. Ihnen wird ein Sprengstoffanschlag gegen einen Checkpoint der SLA zur Last gelegt. Nach ihrer Verhaftung wurden die drei zunächst nach Khiam gebracht, im Februar 1998 jedoch nach al-Jalameh verschleppt.

Dieser Fall erregte in der libanesischen Öffentlichkeit etwas mehr Aufsehen, als es die nahezu alltäglichen Verhaftungen und Repressalien im besetzten Gebiet gewöhnlich tun.

In den letzten Jahren gingen die meisten Widerstandsaktionen vom "Islamischen Widerstand" aus, dessen Hauptkraft die schiitische Hisballah ist. Ivonne und ihre Angehörigen sind jedoch ChristInnen und stammen aus der Stadt Jezzin, deren EinwohnerInnen als überwiegend Israel-freundlich galten.

Die unklare Perspektive der israelischen Besatzer und der von ihnen abhängigen SLA haben viele EinwohnerInnen des besetzten Streifens, gleich welcher Konfessionszugehörigkeit, darin bestärkt, sich der israelischen "Normalisierungspolitik" zu verweigern. Hisballah und Amal gelang es mehrfach, SLA-Milizionäre zur Desertion zu bewegen. Die in der israelischen Öffentlichkeit geführten Diskussionen über einen eventuellen Rückzug aus dem Libanon haben bei der SLA Zukunftsängste ausgelöst. Im Libanon steht die "Kollaboration mit dem Feind" unter Todesstrafe.

Physische und psychische Erkrankungen

Das Follow-up-Komitee berichtet von 40 Gefangenen, die unter schweren gesundheitlichen Schäden leiden und die nur unzureichend oder gar nicht behandelt werden. (10) Die Erkrankungen reichen von Gehirninfektion, Lähmung, schweren Formen von Rheumatismus bis zu Magenkrankheiten und dem Verlust der Sehkraft.

Ghassan Dirani verbrachte fünf Jahre wegen einer psychischen Erkrankung in der Psychatrie des Gefängnis Ramleh. Seine Mutter erklärt das so: "Ghassan wurde 1987 von einem Schiff im Beiruter Hafen mit 18 anderen jungen Männern von den FL entführt. Viele Eltern haben ihre Söhne freigekauft. Aber wir hatten kein Geld. Mein Sohn war nicht Mitglied irgendeiner Partei. Er arbeitete als Bankangestellter. 1990 wußte ich, daß er nach Israel geschickt wurde. Danach hatte Ghassan einen Nervenzusammenbruch. Er hatte sein Gedächtnis verloren und wußte von nichts mehr. Man verliert seinen Geist, wenn so viel Unrecht geschieht."

Zu wenig Unterstützung

Unzufrieden sind die Angehörigen über die mangelnde Unterstützung seitens der libanesischen Behörden. Jeder Gefangene bekäme zwar vom Staat 400.000 Libanesische Lira (etwa 450 DM) monatlich, doch die reichten nicht, um dessen Frau und Kinder zu ernähren. Auch würde die libanesische Öffentlichkeit nicht genügend über die Situation der Gefangenen erfahren. Gefangene Mitglieder der Hisballah erhalten zusätzlich noch 100 US-Dollar von ihrer Organisation, ebenso Gefangene, die keine Mitglieder sind, aber Unterstützung von Hisballah wünschen.

Raja Ammar, deren Bruder und Cousin ihre Haftstrafen seit acht Jahren abgesessen haben, sich aber immer noch in israelischer Haft befinden, meint: "Ich studiere Journalismus an der Uni. Wenn ich sage, daß ich einen gefangenen Bruder habe, fragen einige Kommilitonen: ‚Wieso? Gibt es noch Gefangene in Israel?` Dann kommt raus, daß sie keinerlei Informationen haben. Wer sind die Leute, die nichts wissen? Das hat nichts mit der Religionszugehörigkeit zu tun. Das sind diejenigen, die weit entfernt vom Süden und seinen Leiden sind. Die Unwissenheit der Leute kommt daher, daß die Medien den Menschen zu wenig mitteilen."

Alle Angehörigen schätzen die Arbeit des Follow-up-Komitees sehr hoch ein. Viele Angehörige haben durch die Aktivitäten des Komitees das Gefühl bekommen, nicht länger allein mit den alltäglichen Sorgen und Nöten zu sein. Für die meisten Frauen war es ein großer Schritt, auf der Straße zu demonstrieren, Komuniques zu verlesen und dabei gefilmt zu werden. Manche Mütter halten bei laufenden Kameras die gerahmten Fotos ihrer Söhne hoch und verdecken damit das Gesicht. In Teilen der libanesischen Gesellschaft gilt es noch immer als Schande, wenn die Frau sich in der Öffentlichkeit exponiert. Aber das Interesse ihrer Kinder ist den Frauen wichtiger als konservative Konventionen.

Aus dem Ausland versprechen sich die Angehörigen Druck auf die israelische Regierung."Wir Libanesen haben das Recht, gegen die Besetzung unseres Landes zu kämpfen. Wir müssen die Freilassung aller Gefangenen erreichen", sagt Mohammed Safa. Er glaubt, daß auch Briefaktionen, wie sie z.B. von amnesty international durchgeführt werden, wirkungsvoll sind. Briefe an den israelischen Ministerpräsidenten oder an die israelischen Botschaften im Ausland würden beweisen, daß es eine wachsame Öffentlichkeit gebe. Außerdem hätten die Briefe noch einen anderen wichtigen Effekt: "Sie zeigen den Gefangenen und ihren Familien, daß sie nicht vergessen und allein sind."

Brigitte Pagendamm

Mai 1998

Anmerkungen:

1) Das IKRK hat in allen Unterzeichnerstaaten der Genfer Konventionen, die sich in einem internationalen Konflikt befinden, das Recht, Gefangene und Verletzte zu betreuen, Tote zu bergen und zum Schutz der Zivilbevölkerung aktiv zu werden. Es kann eine Mittlerrolle zwischen den kriegführenden Parteien einnehmen.

2) Bei dem Überfall wurde eine Zivilistin getötet. Fünf Zivilisten und neun libanesische Kämpfer und Soldaten wurden verletzt.

3) Mohammed Safa: Die libanesischen und arabischen Geiseln in israelischen Gefängnissen; Beirut,1997 (arab.)

4) amnesty international: Israels Forgotten Hostages: Lebanese Detainees in Israel and Khiam Detention Centre; London, July 1997

5) Die "Normalisierungspolitik" beabsichtigt, die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu einer pro-israelischen Haltung zu bewegen. Dazu gehört z.B. die kostenlose Behandlung von Kranken in israelischen Krankenhäusern, Zuschüsse zu libanesischen Beamtengehältern, Durchführung von berufsvorbereitenden und Neuhebräisch-Kursen, um die LibanesInnen dem israelischen Arbeitsmarkt zuzuführen. Die Nicht-Wahrnehmung dieser Angebote wird von den Besatzern als feindlicher Akt eingestuft.

6) Die sechs Gefangenen sind Ghassan Dirani, Hassan Tlais, Ahmad Taleb, Ahmad Jalloul, Hussein Ahmad, Hussein Rmeiti. Sie befinden sich in Alon.

7) Obeid ist ein Vertreter der Hisballah, Dirani war früher ein militärischer Verantwortlicher bei Amal.

8) Während eines Luftangriffs im Oktober 1986 über der Region Saida stürzte Arad ab und wurde von Milizionären der Amal gefangengenommen.

9) Vgl. amnesty international: News Service 40/98, 6.3.1998

10) Follow-up Committee for the Support of the Lebanese Detainees in the Israeli Prisons: Lebanese Hostages in Khiam and Israeli Prisons; Beirut, 12.2.1998

Kurzchronik

März 1978: Israelische Invasion "Operation Litani"; Ziel: Zerschlagung der PLO und Errichtung eines "Sicherheitsgürtels"; 200.000 Menschen flüchten aus dem Südlibanon. In der Resolution 425 des UN-Sicherheitsrates wird die israelische Armee zum Rückzug aufgefordert; Einrichtung der UNIFIL (UN Interim Force in Lebanon) zur Überwachung des Rückzuges.

Mai 1978: Israelische Armee übergibt der mit ihr verbündeten Miliz unter Saad Haddad den "Sicherheitsstreifen" entlang der Grenze, in dem rund 80.000 EinwohnerInnen zurückgeblieben sind.

April 1979: Haddad erklärt den besetzten Streifen zum eigenständigen Staat "Freier Libanon" und beginnt mit israelischer Unterstützung, das Gebiet auszudehnen. Die EinwohnerInnen des Streifens sollen durch Zwangsrekrutierungen und Aufstellen von "Dorfligen" zur Unterstützung der Besetzung gezwungen werden. Nahezu täglich werden Ziele außerhalb des Streifens von Land, Meer und Luft aus beschossen.

Juni 1982: Israelische Invasion "Frieden für Galiläa"; Ziel: Zerschlagung der PLO, Etablierung einer pro-israelischen Regierung; nach dreimonatiger Belagerung Beiruts zieht die PLO ab.

September 1982: Massaker an der ungeschützten Bevölkerung der Lager Sabra und Shatila mit israelischer Rückendeckung durch pro-israelische christliche Milizen; libanesischer Widerstand formiert sich neu; Erstarken pro-iranischer, schiitischer Gruppierungen.

September 1983: Erster Teilrückzug der israelischen Armee.

Januar 1984: Haddad stirbt; Israelis nehmen Umstrukturierung der Miliz vor und übergeben sie im April 1984 unter dem Namen "Südlibanesische Armee" (SLA) dem Offizier Antoine Lahad.

Mai 1985: Israelischer Teilrückzug bis auf den "Sicherheitsstreifen", der größer als der vorherige "Freie Libanon" ist (etwa 1.000 qkm); Nationale Widerstandsbewegung und zunehmend der "Islamische Widerstand" unternehmen Angriffe von außerhalb und innerhalb des besetzten Streifens gegen israelische und SLA-Positionen.

1989: Das Ta'ef-Abkommen leitet Endphase des libanesischen Bürgerkriegs ein, der 1992 als beendet gelten kann (Parlamentswahlen). In der Zwischenzeit Entwaffnung aller libanesischen und palästinensischen Milizen, außer Hisballah und SLA.

Sommer 1993 und April 1996 massive Angriffe der israelischen Armee gegen militärische und zivile Ziele im Libanon. Beide Male flüchten rund 200.000 Menschen aus dem Süden, insgesamt kommen mehr als 250 Menschen ums Leben, über 100 von ihnen während des Artilleriebeschuß einer UNIFIL-Basis, die zahlreiche Flüchtlinge beherbergt.

22. (Fast) ein Generalstreik. Dänische ArbeiterInnen streiken für mehr Urlaub

Autor: Kalle Blomquist · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:05

Gegen den erklärten Willen der Gewerkschaftsführungen wurden vom 27. April bis zum 7. Mai nahezu alle Bereiche der dänischen Privatwirtschaft bestreikt. Es war der größte Streik in Dänemark seit 13 Jahren, und er kam sowohl für die staatlichen Instanzen als auch für die bürgerliche Presse völlig überraschend. Der folgende Beitrag zeichnet den Streik nach und fragt nach seiner Bedeutung in einer Situation, in der Neoliberalismus und Sozialdemokratie in dem Projekt "New Labour" verschmelzen.

Auch im europäischen Vergleich haben die Beschäftigten in der dänischen Industrie von der Explosion der Gewinne in den letzten Jahren nicht viel gehabt. "Es ist Geld für mehr da", war in den letzten Wochen, nicht nur auf Gewerkschaftsversammlungen, sehr häufig zu hören. Die bürgerliche Tageszeitung Jyllands-Posten schrieb von "goldenen Jahren für die dänische Industrie". Die Situation sei niemals so gut gewesen wie jetzt. Es sei ganz ungewöhnlich, daß über sechs Jahre eine konstante Steigerung der Gewinne bilanziert werden konnte. In dieser Zeit lag diese Steigerung bei 15-20%. Die Rendite auf Eigenkapital sei stets höher gewesen als die Leitzinsen. Die Dividende der Aktiengesellschaften sei in den letzten zwei Jahren im Schnitt um 43% gestiegen. Erklärt wird dieses Phänomen durch Rationalisierungen, Betriebsschließungen und der geringen Steigerung der Löhne. In der Tat sind die nominellen Löhne in den genannten sechs Jahren langsamer als in europäischen Ländern wie der Bundesrepublik, England, Frankreich oder Holland gestiegen. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist sogar von 70% auf aktuell etwa 60% gefallen.

Unzufriedenheit mit

den Tarifverhandlungen

In der diesjährigen Tarifrunde war die zentrale Forderung aus den Betrieben eine ganze Woche mehr Urlaub in einem Schritt. Wie auch im letzten Massenstreik (im Jahre 1985 wurde die 35-Stunden-Woche gefordert, aber nicht durchgesetzt) ging es auch diesmal um die Verkürzung der Arbeitszeit und um neue Arbeitsplätze. Am 24. März hat jedoch die Verhandlungskommission der Industriegewerkschaften ein Ergebnis akzeptiert, das für die Unternehmer lediglich ein mickriges halbes Prozent höhere Lohnkosten bedeutet hätte: einen Tag mehr Urlaub, und zwar in den meisten Bereichen am Heiligabend. Dieser Tag ist häufig aufgrund von betrieblichen Regelungen ohnehin frei. Also blieb es de facto bei den durchschnittlichen fünf Wochen Urlaub in den meisten verhandelten Bereichen.

Als weitere Punkte wurden u.a. eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung vereinbart. Die letztere Regelung ist angesichts der permanenten Aushöhlung des Sozialversicherungssystems und der Tendenz zur Privatisierung der Altersvorsorge eher eine Frage des Glaubens an den Sozialstaat des Jahres 2010. Die vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeiten dagegen erweist sich als ein weiteres Goldstück in den Händen der Unternehmer. Die Arbeitszeit kann in die Zeit zwischen 6 und 18 Uhr gelegt werden. Die angesammelten Arbeitsstunden müssen sich im Verlaufe eines Jahres auf durchschnittliche 37 Stunden pro Woche einpendeln. Zustimmung der betrieblichen Interessenvertretung ist erforderlich, aber was heißt das schon? Das Ergebnis wurde in den Tagen nach dem 24. März auch auf Bereiche übertragen, die nicht im engeren Sinne zur Industrie gehören, wie das Bauhandwerk, die Flughäfen, das Gaststättengewerbe.

Unmittelbar nach dem 24. März kam es zu einzelnen illegalen Streiks. In Odense verließen 2.000 Beschäftigte der Lindö-Werft den Betrieb. Sie forderten "ein seriöses Verhandlungsergebnis". Einzelne Gewerkschaftsabteilungen wie Dansk Metal in Lyngby bei Kopenhagen oder die Landsorganisation i Danmark (LO, Dachorganisation der Gewerkschaften) in Aarhus lehnten das Ergebnis ab. In der Woche nach dem 24. März gab es einzelne Streiks in Jütland und auf Fyn, so in der Busfabrik Scania in Silkeborg und dem Metallbetrieb Danyard in Frederikshavn. "Das sind nichts weiter als Brosamen", war dort der Tenor zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Dennoch empfahlen die Führungen von 14 der an dem Verhandlungsergebnis beteiligten Gewerkschaften die Annahme des Ergebnisses in der Urabstimmung. "Wir haben den Rahmen ausgeschöpft", erklärte Max Bähring, Verhandlungsführer der Industriegewerkschaft. Nur

die Gewerkschaft TIB (Holzindustrie, Bau) empfahl auf zentraler Ebene, gegen das Ergebnis vom 24. März zu stimmen.

Urabstimmung und die Rolle der Vertrauensleute

In der dänischen Gewerkschaftsbewegung gibt es eine lange Tradition informeller Treffen, zu denen linke Gewerkschaftsfunktionäre einladen, die Vertrauensleutetreffen. Diese Vertrauensleute waren bereits 1985 TrägerInnen einer zweiwöchigen Streikwelle, nachdem die damalige bürgerliche Schlüter-Regierung per Gesetz einen zweijährigen Lohnstopp oktroyierte und die Tarifverhandlungen beendete. Als in Esbjerg vor zwei Jahren die BusfahrerInnen streikten, organisierten die Vertrauensleute Streiks und Unterstützung in ganz Dänemark. Im Zusammenhang mit der diesjährigen Tarifrunde kam es zu mehreren solcher Treffen, an denen sich stets zwischen 500 und 2.000 Menschen beteiligten.

Die Vertrauensleute riefen anläßlich der Urabstimmungen über den Vertrag vom 24. März zur Ablehnung auf. Die Stimmbeteiligung war diesmal deutlich höher als sonst, meist lag sie über 50%. Die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses war eindeutig: Bei den BauarbeiterInnen (TIB, 55.000 Organisierte) waren es über 70%, im Metallbereich (Dansk Metal, 120.000 Organisierte) 55%, im Bund der weiblichen Fabrikarbeiterinnen (KAD, 52.000 Organisierte) rund 60%, die gegen das Verhandlungsergebnis stimmten. Diese Resultate waren für den Gewerkschaftsapparat eine böse Überraschung. Es war das erste Mal in der Geschichte Dänemarks, daß eine Gewerkschaftsführung so einheitlich und doch so wenig überzeugend für ein Verhandlungsergebnis eingetreten war.

Der Verlauf des Streiks

Der Streik begann in der letzten Aprilwoche. Beteiligt waren etwa 500.000 Beschäftigte, das sind ca. 1/5 der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. Von den 1,2 Millionen LO-Mitgliedern streikten also fast die Hälfte. Insgesamt waren 15 Einzelgewerkschaften im Streik, Beschäftigte in Werften, auf den Baustellen, den Gaststätten und in vielen anderen Bereichen. Nicht beteiligt waren die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und aller Betriebe, deren Besitzer nicht im Arbeitgeberverband (Dansk Arbejdsgiverforening, DA) organisiert sind. Am Dienstag der zweiten Streikwoche wurden ca. 50.000 Beschäftigte des Einzelhandels von den Arbeitgebern ausgesperrt.

In den ersten Tagen herrschte in der veröffentlichten Meinung Dänemarks vollkommene Verwirrung. Die Gewerkschaften nahmen die Funktionäre, die die Verhandlungen bis dahin geführt hatten, aus der Schußlinie. Jetzt sprachen auf den Kundgebungen plötzlich einerseits die linken GewerkschafterInnen, meist solche aus lokalen Verbänden, die von vornherein gegen den Kompromiß waren. Andererseits versuchte der Dachverband LO angestrengt zu moderieren. Er bot den Unternehmern neue Verhandlungen über einen Kompromiß an, der den Tausch von zusätzlichen Urlaubstagen gegen andere Bestandteile der Vereinbarung beinhalten sollte.

Die Unternehmer blieben zunächst stumm, jedenfalls diejenigen im Arbeitgeberverband. Einzelne andere klagten wechselweise darüber, daß ihre Existenz bedroht sei und andererseits darüber, daß tatsächlich der Konflikt ja recht einfach beendet werden könne, wenn man den Gewerkschaften ein Zugeständnis machte. Damit bestätigten sie indirekt, daß es sich bei den bisherigen Ergebnissen eher um Brosamen handelte.

Die sozial-liberale Minderheitsregierung stand in der ersten Woche vor dem Problem, daß sie sich die in Dänemark mögliche gesetzliche Beendigung des Streiks nicht leisten konnte. Erstens befürchtet(e) man ein Nein bei der Volksabstimmung über die EU-Frage am 28. Mai. Zweitens war ein Eingriff nur mit dem bürgerlichen Parteienblock aus Konservativen bis Völkischen möglich, da sich die Sozialistische Volkspartei (SF, eine Abspaltung der KP aus den 50er Jahren) und die Einheitsliste (KommunistInnen und linke Grüne) nicht auf solch ein Manöver einlassen wollten.

Die Mobilisierung

und ihre Grenzen

Während des Streiks selbst konnte der linke Flügel der Gewerkschaftsbewegung - das Netzwerk der Vertrauensleute - einen gewissen Druck auf die Gewerkschaftsführung ausüben. Diese sah sich schließlich gezwungen, über den finanziellen Rahmen des Abschlusses vom 24. März hinauszugehen.

Die Vertrauensleute auf der einen Seite und die politischen Organisationen der Linken mit der Einheitsliste im Parlament auf der anderen Seite sprachen sich für einen aktiven Streik aus. In den meisten Betrieben blieb es jedoch insofern ruhig, als daß die Unternehmer gar nicht erst versuchten, Streikbruch zu betreiben. Die in der DA organisierten Zeitungshäuser beispielsweise verabschiedeten sich am ersten Streiktag von ihren LeserInnen und verwiesen sie aufs Internet. Wo doch Streikbruch betrieben wurde, gab es Blockaden, bei den Fähren zwischen Seeland und Jütland auch massivere Auseinandersetzungen mit der Polizei. Im großen und ganzen lag die Industrie jedoch einfach still, und die Beschäftigten holten sich in den Gewerkschaftshäusern oder in Versammlungssälen ihr Streikgeld ab.

Das Stichwort aktive Streiks bedeutete also vor allem die Teilnahme an Demonstrationen, die am Dienstag der letzten Aprilwoche und am Dienstag nach dem ersten Mai in allen größeren Städten stattfanden. Die Teilnahme war allerdings eher enttäuschend: etwa 10.000 Menschen bei der ersten Demonstration in Kopenhagen, in anderen Städten zwischen 500 und 2.000. Am 1. Mai nahmen 150.000 Menschen an den verschiedenen Veranstaltungen der Gewerkschaften und der Linken im Volkspark von Kopenhagen teil. Das kann jedoch angesichts des Volksfestcharakters dieser Veranstaltung an der Einschätzung der geringen breiten Mobilisierungsfähigkeit des Streiks nicht viel ändern. Die Teilnahme an den Demonstrationen der zweiten Streikwoche und an der Demonstration gegen den Regierungseingriff war noch geringer.

Es ist der Gewerkschaftslinken insgesamt nicht gelungen, die Streikbewegung selbst zu politisieren und auszuweiten. Es beteiligten sich im wesentlichen diejenigen an öffentlichen Aktionen, die selbst im Streik waren und zu den UnterstützterInnen des linken Gewerkschaftsflügels gehörten. Die Orientierung auf eine Ausdehnung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen ist zwar mit einer Diskussion über den zunehmenden Verschleiß und Druck am Arbeitsplatz verbunden worden. Auch die Erwerbslosigkeit spielte eine Rolle, aber ohne daß damit der aktive Streik breiter geworden wäre. Aus Sektoren außerhalb der vom Streik erfaßten Betriebe gab es zwar finanzielle Hilfe für die Streikkasse, aber keine politischen Demonstrationen der Solidarität, die ein größeres Ausmaß erreichen konnte. Die Frage nach der EU-Abstimmung und den Folgen der Vereinheitlichung der europäischen Märkte, nach Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose u.a. wurden nicht oder nur von einem Teil der Beteiligten gestellt.

Am Dienstag der zweiten Maiwoche wurde die Situation durch die Aussperrung im Einzelhandel verschärft. Ziel dieser Angriffsaussperrung war es, einen Regierungseingriff zu provozieren. Die Gewerkschaftsführung und ein Teil der Unternehmer tat alles, um dieser Aussperrung die Brisanz zu nehmen. So beteiligten sich etwa 1/3 der Betriebe nicht an der Aussperrung. Auch die Gewerkschaftsführung reagierte zurückhaltend und kündigte lediglich die bevorzugte Belieferung der genossenschaftlichen Läden im Falle von Versorgungsmängeln an.

Hamsterkäufe und Regierungseingriff

Der öffentliche Diskurs wurde dagegen von Meldungen über Hamsterkäufe und die Knappheit von sogenannten "lebenswichtigen Gütern" beherrscht. Am ersten Tag war die Milch ausverkauft, danach Hefe, Benzin etc.. Ursache der Engpässe waren zum großen Teil die durch die Medien geschürten Panikkäufe der Bevölkerung. Es kam jedoch nie zu wirklichen Einschränkungen in der Versorgung. Trotzdem wurde davor gewarnt, daß die Krankenhäuser schließen könnten, weil das Reinigungspersonal zum Teil nicht mehr arbeitete. Meldungen über nicht lieferbare Arzneimittel oder verhungernde Tiere in der Massentierhaltung nahmen den ersten Rang in den Medien ein, mit weitem Abstand vor den Meldungen über die gewerkschaftlichen Aktionen während des Streiks. Die Gewerkschaften reagierten auf den Druck der Presse und der Unternehmer mit der teilweisen Aussetzung des Streiks. So wurden z.B. die Apotheken nach kurzer Zeit wieder beliefert; aber nicht nur mit Medikamenten aller Art, sondern auch mit Regenschirmen, Badesalz und ähnlichen "lebenswichtigen" Gütern. Letzteres festzustellen, war aktiven Streikenden überlassen, die es z.T. schafften, die Inhalte der Lieferungen zu prüfen. Insgesamt sollte auch das Notstandsgerede dazu beitragen, den Regierungseingriff zu legitimieren.

Die Regierung erließ am 7. Mai, mit den Stimmen aller Parteien außer der SF und der Einheitsliste, ein Gesetz, das den Streik beendete. Nachdem die Bürgerlichen zunächst die unveränderte Vereinbarung vom 24. März zum Gesetz erklären wollten, lauteten die Ergebnisse jetzt:

- Es gibt einen Tag Urlaub mehr als im Abschluß vom 24. März, außer für unstetig Beschäftigte, die weniger als 9 Monate in einem Betrieb arbeiten.

- Eheleute erhalten 1998 zwei, 1999 drei freie Tage zur Betreuung von Kindern unter 14 Jahren (was 1998 einen, 1999 zwei zusätzliche Tage bedeutet).

- Im Gegenzug wird der Beitrag zur Rentenversicherung in geringerem Maße erhöht als vorgesehen, und die Unternehmen werden steuerlich entlastet.

- Die Regelungen zur Flexibilisierung, die am 24. März vereinbart wurden, bleiben gültig.

Mit dem Freitag, den 8. Mai war der Streik illegal. Am Montag, den 11. Mai streikten 2.000 Beschäftigte der Lindö-Werft trotzdem gegen das Ergebnis, und 2.000 Menschen demonstrierten in Aalborg gegen den Eingriff. Der Widerstand war jedoch nicht groß genug, um irgendetwas an dem Ergebnis zu ändern. Die Masse der unmittelbar Betroffenen hatte den Unmut nur mit dem Stimmzettel bei der Urabstimmung ausgedrückt und blieb sonst passiv. Im materiellen Ergebnis dieses Konfliktes drückt sich auch die Grenze der Mobilisierung aus.

Und was hat's gebracht?

Die Regierung hat, nicht ungeschickt, gleich mehrere Spaltungslinien in das Gesetz eingebaut. Zunächst wird die Finanzierung des Urlaubs durch eine Umlage auf die SteuerzahlerInnen, also letztlich die gesamte ArbeiterInnenklasse, erreicht. Zudem enthält der Tarifvertrag die Ausgrenzung bestimmter Beschäftigtengruppen (der Unstetigen) aus dem Urlaubsanspruch. Mit der Dezentralisierung der Regelungen über die Arbeitszeiten wird erreicht, daß in Betrieben, deren gewerkschaftliche Organisierung schwächer ist, eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch eine Erhöhung der Verfügbarkeit möglich wird.

Diese Verschlechterungen für die sog. "Randbelegschaften" und schlechter organisierten Betriebe werden letztlich zu Verschlechterungen für alle Beschäftigten führen. Jan Matthisen, als Gewerkschaftssekretär des RBF (Beschäftigte in Hotels und Gaststätten) für ungelernte ArbeiterInnen zuständig, schätzt, daß mehr als 100.000 Beschäftigte, also mehr als 1/5 von allen, nicht in den Genuß zusätzlicher Ferientage kommen werden. Angesichts der Kürzungen bei der Rentenversicherung ist für diesen Teil der Beschäftigten das Gesetz eine Verschlechterung im Vergleich zum Kompromiß vom 24. März!

Aber das Ergebnis enthält andererseits auch eine reale Verbesserung, vor allem die Ausweitung des Urlaubs für einen großen Teil der Beschäftigten. Der Begriff "Freiheit", der in der dänischen Bewegung synonym für "Urlaub" verwendet wurde, macht deutlich, daß es hier auch um eine Auseinandersetzung mit dem Charakter der Arbeit insgesamt ging. Der Streik war also auch ein Protest gegen einen hochrationalisierten betrieblichen Alltag. "Die Leute sind heute von der Arbeit mehr kaputt als vor 10, 20, ja vor 40 Jahren" sagte ein Kollege aus der Metallgewerkschaft. Der Streik war auch Ausdruck eines kollektiven Wunsches, den ständig anwachsenden Druck zu reduzieren. Die Industriebeschäftigten, die mitsamt der gewerkschaftlichen Organisation schon für beerdigt erklärt worden waren, haben zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht mehr so häufig wie bisher in der Knochenmühle aufhalten wollen. Und sie haben einen Schritt aus der Knochenmühle heraus geschafft.

War also der Streiks selbst ein wichtiger Fortschritt für die dänische Arbeiterbewegung, so sind seine Ergebnisse weder Sieg noch Niederlage. Sie reproduzieren die Spaltung der ArbeiterInnenklasse ebenso wie sie darüber hinausweisen.

Der Streik und "New Labour"

Der Streik macht deutlich, wie und woran eine Vermittlung und Eindämmung von Klassenkämpfen aufbricht, für die die skandinavische Tradition der sozialdemokratischen Hegemonie geradezu exemplarisch steht. Darüber hinaus beschreibt der Streik die Grenzen der Regulierungsversuche sozialdemokratischer Regierungen unterschiedlicher Provenienz, ob New Labour in Großbritannien, die Jospin-Regierung in Frankreich oder eben Paul Nyrup Rasmussen in Dänemark.

Die sozialdemokratische Regierung in Dänemark hat in den letzten Jahren mit einem Programm der zwangsweisen (unter Androhung der Streichung des Arbeitslosengeldes) Beschäftigung von Jugendlichen unter 26 Jahren die Jugendarbeitslosigkeit erheblich reduziert. Dieses Programm soll nun schrittweise auf alle

Erwerbslosen ausgedehnt werden. Gleichzeitig hat die wirtschaftliche Stagnation der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine massive Einschränkung der Einkommen der Beschäftigten zur Folge gehabt, die sich auch in den 90ern fortgesetzt hat. Diese Faktoren und die Strukturveränderungen der Industrie, Betriebsschließungen und Rationalisierungen, die schrittweise Privatisierung öffentlicher Unternehmen etc. hatten nicht nur außerordentlich hohe Profitraten zur Folge, sondern mithin auch eine massive Verschiebung der Machtposition zugunsten des Kapitals. Die ArbeiterInnenklasse ist durch die Schließungen traditioneller großer Industriebetriebe (wie z.B. eines großen Teiles der Werften) in ihrer Zusammensetzung erheblich verändert worden. Bei den Streikbewegungen der letzten Jahre taten sich somit auch nicht die Industriebelegschaften, sondern die des öffentlichen Dienstes und des Gesundheitswesens hervor.

Um so bemerkenswerter ist vor diesem Hintergrund der Streik in diesem Frühjahr. Er ist ein deutlicher Hinweis, daß von einem reibungslosen Durchmarsch neoliberaler Politik keine Rede sein kann. Insofern enthält der Streik des Frühjahrs 1998 tatsächlich etwas Neues, Jan Matthisen hat das so ausgedrückt: "Nach zehn Jahren Stillstand und Rückschritt für die dänische Arbeiterbewegung bedeuten die Streiks vor allem, daß eine völlig neue Generation erstmals Erfahrungen in einer offenen Konfrontation mit den Kapitalisten machen konnte. Das ist sehr positiv und das wird auf Jahre hinaus eine wichtige Erfahrung bleiben."

Angesichts des Streiks konnte - mit Ausnahme der konsequent an den sozialen Bewegungen orientierte Einheitsliste - keine Partei eine Lösung des Problems anbieten. Und darüber hinaus: Alle Instanzen - die sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsführung, die Arbeitgeberverbände, die Presse, die Parteien und die Regierung - haben den Streik nicht verhindern, sondern nur beenden können. Das staatliche Schlichtungsamt hatte ein paar anstrengende Monate. Plötzlich konnte man sich auf die Beschäftigten in der Industrie nicht mehr verlassen.

Aber es war auch kein verläßlicher Feind da, mit dem man hätte verhandeln können. Ein paar rote Fahnen, ein paar linke Vertrauensleute, das war alles. Keine Partei oder Organisation, die den Streik angezettelt hätte. Nur ein leises Knacken in den Fugen der Gesellschaft. Aus Sicht der dänischen Politik ist der Streik nicht zu erklären. Nyrup Rasmussen sagte am 7. Mai in seiner Regierungserklärung, die Tarifpartner hätten sich nicht genügend angestrengt, sie hätten eben keine Phantasie. Tatsächlich haben die Instanzen jede realistische Einschätzung selbst ihrer eigenen Klientel verloren. Die PolitikerInnen schweben wie in einem Raumschiff über den realen Verhältnissen. Daß die Konflikte, die in den zwei Wochen des Streiks aufgebrochen sind, weiter bestehen, ist selbstverständlich. Ein Regierungseingriff kann sie nicht aufheben.

Den Unternehmen hat der Streik sehr geschadet. Er fand in einer Phase maximaler Auslastung statt, bei gleichzeitig sehr reduzierter Lagerhaltung - eine Folge der sog. "schlanken Produktion". Dennoch geht die bürgerliche Presse davon aus, daß der Konflikt den Aufschwung der dänischen Industrie zunächst nicht abschwächen wird. Die Tageszeitung Jyllands-Posten macht das vor allem am Inhalt des Regierungseingriffes fest. Dabei wird der Streik allerdings auf seine unmittelbaren ökonomischen Folgen reduziert. Letztlich entscheidend ist jedoch die politische Bedeutung des Streiks, seine Folgen für das Kräfteverhältnis der Klassen. Die dänischen KollegInnen haben mit dem Streik das New-Labour-Konzept der dänischen Regierung angegriffen: die Bevölkerung durch kleine sozialpolitische Zugeständnisse bei Laune zu halten, die Spaltung der verschiedenen Gruppen der ArbeiterInnenklasse zu verschärfen und gleichzeitig die Transfereinkommen zunehmend nur noch gegen Arbeit um jeden Preis zugänglich zu machen. Kernpunkt von New Labour ist es, die sozialen Bewegungen, den Klassenkampf zu verwalten, einzubinden und zurückzudrängen. In anderen Worten: Maul halten und Mitmachen. Davon hatten die dänischen KollgInnen genug.

Alles weitere bleibt abzuwarten: Die Angst der Regierung vor der Niederlage in der Volksabstimmung zum Maastrichter Vertrag ist groß. Glaubt man den Meinungsumfragen, ist die Zustimmung zu diesem Vertrag in den zwei Wochen des Streiks geschmolzen wie Eis in der Sonne. Die Ablehnung des Kompromisses vom 24. März bei der Urabstimmung war ein fein angesetzter Schuß vor den Bug der Sozialdemokratie. Diese ist damit gründlich aus dem Rausch des knappen Sieges bei der Parlamentswahl von Mitte März aufgewacht. Es kann sein, daß der sozialdemokratische Tanker schnell wieder in unruhiges Fahrwasser kommt.

Kalle Blomquist

Dieser Artikel erscheint auch in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift express

23. Die Spur führt nach Susurluk. Anschlag auf Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsverein

Anschlag auf Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:22

Am 12. Mai wurde der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins, Akin Birdal, von zwei Attentätern lebensgefährlich verletzt. Anders als bei tausenden ähnlicher politischer Attentate nahm die Polizei dieses Mal bald Tatverdächtige fest. Die Identität der mutmaßlichen Täter und deren Aussagen verweisen auf das Geflecht aus Politik, Rechtsextremismus, Sicherheitsorganen und normaler Kriminalität, das durch einen Unfall bei dem Ort Susurluk im November 1996 offensichtlich wurde.

Dem Anschlag vorausgegangen war eine dreiwöchige Medienkampagne gegen Akin Birdal und einige kritische Journalisten. Aufhänger der Kampagne waren angebliche Aussagen des am 12. April in der sogenannten kurdischen Schutzzone im Nordirak entführten ehemaligen Feldkommandanten der PKK, Semdin Sakik. Ende April veröffentlichten die Zeitungen Hürriyet und Sabah die in nicht-öffentlichen Vernehmungen gemachten Aussagen ohne Quellenangabe. Obwohl sie von Ungereimtheiten und Plattheiten wimmelten, übernahmen fast alle türkischen Medien diese Aussagen ohne kritische Anmerkung. Die mittlerweile bekanntgewordenen polizeilichen Vernehmungsprotokolle und Aussagen vor dem Haftrichter widerlegen fast alle diese Veröffentlichungen. Auch alle Aussagen gegen Akin Birdal, wie z. B. die, daß Öcalan den Menschenrechtsverein als seine "Pistole in der Türkei" bezeichnet habe.

Nach dem Anschlag auf Akin Birdal verurteilten alle namhaften Politiker, bis auf die Faschisten und Tansu Ciller, sofort das Attentat. Das eignete sich vorzüglich für ein dramatisches Medienspektakel: Die erste Fernsehkamera war lange vor dem Rettungswagen neben dem wie sterbend daliegenden Opfer, wütende Demonstranten brüllten Spitzenpolitikern "Der Staat ist der Mörder" entgegen, Ärzte berichteten lange über Wunden und Operationen, hohe ausländische Politiker, darunter Bundesaußenminister Kinkel, forderten Aufklärung. Es war schwer, sich der durch das Medienecho verstärkten Welle von Betroffenheit zu entziehen.

Doch die Betroffenheit kippte sehr schnell. Schon drei Tage nach dem Attentat verkündete Ministerpräsident Mesut Yilmaz, der Anschlag auf Akin Birdal sei eine interne Abrechnung innerhalb der PKK. Überraschend präsentierte die Polizei dann eine Woche später Tatverdächtige aus einem ganz anderen Umfeld: Zwei Männer, die auf Birdal geschossen haben sollen, wurden festgenommen, außerdem vier weitere, die in den Fall verwickelt sein sollen. Nach einem Verdächtigen wird noch gefahndet.

Im Zusammenhang mit den Festnahmen wurden auch die bei der Tat verwendeten Pistolen gefunden. Von einem der Festgenommenen konnten Fingerabdrücke am Tatort identifiziert werden. Birdal und drei weitere Zeugen haben die mutmaßlichen Attentäter identifiziert, und diese haben Geständnisse abgelegt.

Bezahlte Killer?

Organisiert haben soll das Attentat der Feldwebel bei der paramilitärischen Polizeitruppe "Jandarma" Cengiz Ersever. Der Name Cengiz Ersever steht nicht zum ersten Mal in den Zeitungen. Mehrfach wurden ihm unter Berufung auf anonyme Informanten aus dem Sicherheitsapparat politische Morde zur Last gelegt. Diesen Anschuldigungen zufolge soll er 1991 an der Ermordung des kurdischen Politikers Vedat Aydin, 1993 an der Ermordung des kritischen Jandarma-Majors Cem Ersever und seiner beiden Begleiter und schließlich 1994 an der Ermordung des Finanziers der prokurdischen Zeitung Özgür Gündem, Behcet Cantürk, und dessen Fahrer beteiligt gewesen sein. Außerdem wird seine Verwicklung in das im Auftrag von Tansu Ciller unternommene - jedoch fehlgeschlagene - Attentat auf PKK-Chef Abdullah Öcalan behauptet.

Cengiz Ersever gilt auch als rechte Hand des Killers Mahmut Yildirim. Mahmut Yildirim, der auch unter seinem Codenamen "Yesil", d. h. "Grün" bekannt ist, soll für die "Geheimdienstorganisation der Jandarma zur Terrorbekämpfung", "JITEM", gearbeitet haben. In dem im Auftrag von Ministerpräsident Mesut Yilmaz erstellten "Susurluk-Report" (siehe ak 412) wird ihm vorgeworfen, mehr als 23 Jahre lang Regimegegner ermordet zu haben. Nebenbei erpreßte Yesil seine Opfer auch vorher. Der Journalist Ismet Derkan schildert dies anschaulich am Beispiel eines in Kiew lebenden türkischen Geschäftsmannes (1): Eines Tages läuten

bewaffnete Männer an seiner Tür und wollen im Namen der PKK 10.000 Dollar im Monat. Der Geschäftsmann geht zur Polizei. Am Tag darauf läuten die gleichen Männer wieder und sagen, "Warum bist du zur Polizei gegangen, jetzt mußt du jedes Mal 15.000 Dollar bezahlen". Der Geschäftsmann zahlt und erfährt hinterher, daß die 5.000 Dollar Zuschlag für die Polizei sind. Der Mann wendet sich schließlich an den türkischen Botschafter und erfährt, daß er als PKK-Unterstützer in den Akten steht. Schließlich wird er bei der Einreise in die Türkei festgenommen, und bei der Polizei in Istanbul stellt sich ihm ein Mann als "Yesil" vor und sagt: "Wenn du Geld hast, um es der PKK zu geben, so hast du auch Geld, um es uns zu geben", und will einen höheren Betrag.

Mesut Yilmaz hat mehrfach erklärt, Mahmut Yildirim sei tot. Sein eigener Innenminister Basesgioglu erklärte jedoch, er habe keine Informationen über den Tod Mahmut Yildirims. Außerdem wurden nie Einzelheiten über den angeblichen Tod des Politkillers genannt. Andererseits melden sich immer wieder Zeugen bei Zeitungen, die Mahmut Yildirim, alias Yesil, gesehen haben wollen. Würde Yesil noch leben, so müßte man nach ihm fahnden und ihn vor Gericht stellen. Mit ihm stünde dann aber die politische oder sogar persönliche Verantwortung aller Regierungen der letzten beiden Jahrzehnte für unzählige politische Attentate und Morde mit vor Gericht. Doch lassen wir Yesil in seinem unbekannten Grab und wenden wir uns dafür den Aussagen der Tatverdächtigen zu.

Und wieder Catli ...

Diesen Aussagen zufolge hatte Cengiz Ersever eine Organisation namens "Türkische Rachebrigade" (TIT) gegründet. Dies war vielleicht die zweite oder dritte Organisation unter diesem Namen. Die erste hatte Ende der siebziger Jahre der damalige Vizechef der "Grauen Wölfe", Abdullah Catli, gegründet. Erneut in Erscheinung trat eine TIT Anfang der neunziger Jahre in Diyarbakir. Doch bald übernahm niemand mehr die Verantwortung für politische Morde, und die Bezeichnung TIT tauchte nicht mehr auf. Kurz nach dem Anschlag auf Akin Birdal wurde gemeldet, die TIT habe sich zu der Tat bekannt. Das Innenministerium dementierte jedoch umgehend.

Die unmittelbar an der Tat beteiligten Männer sollen vier Monate vor dem Anschlag von Cengiz Ersever angesprochen und in ein Ausbildungslager in einen Wald bei Silivri gebracht worden sein. Dort erhielten sie eine militärische und politische Ausbildung, an der noch weitere 15 Personen und ein Ausbilder teilnahmen. Auch Silivri hat eine einschlägige Geschichte: Bei Silivri befindet sich ein Landhaus, in dem der bei einem Autounfall bei Susurluk 1996 umgekommene Abdullah Catli (siehe ak 298 und ak 404) häufig verkehrte und in dem er 1995 einen auf ihn angesetzten Agenten verhörte und ermordete.

Durch all diese Details ist klar, daß die Attentäter aus dem Umfeld jener "staatlichen Banden" kommen, die durch den Unfall bei dem Ort Susurluk im November 1996 bekannt wurden. Durch den Unfall wurde bewiesen, daß ein Abgeordneter, ein hoher Polizist und der als Mörder und Drogenhändler gesuchte Abdullah Catli im gleichen Auto unterwegs waren und Catli neben anderen Papieren einen Diplomatenpaß besaß. Damit wurde eine Struktur sichtbar, die sich aus in den Sicherheitsapparat eingeschleusten Rechtsextremisten und umgedrehten PKKlern zusammensetzte und einerseits im großen Stil "normale" Kriminalität wie Rauschgifthandel und Erpressung betrieb, andererseits mutmaßliche Staatsfeinde durch Mord aus dem Wege räumte.

Der Anschlag auf Akin Birdal paßt zunächst in dieses Schema: Das Opfer war spätestens durch die angeblichen Aussagen Semdin Sakiks zum Staatsfeind erklärt. Die Verdächtigen passen in die Kategorie von Leuten, die Auftragsarbeit für den Staat oder Politiker übernehmen und sich aus dieser Position auch privaten Geschäften widmen.

Von zwei der Verdächtigen ist bekannt, daß sie der faschistischen Jugendorganisation der "Grauen Wölfe" angehört haben. Ein weiterer, Erkan Ulas, hat eine Strafe offen, weil er mit einer Gruppe von Männern vor einem Jahr den Fernsehsender "Flash TV" überfiel und die Einrichtung mit Schußwaffen demolierte. Kurz zuvor hatte der Sender ein Interview ausgestrahlt, in dem der Ehemann der damaligen Außenministerin Tansu Ciller krimineller Machenschaften bezichtigt wurde. Der Tatverdächtige Bahri Eken ist angeklagt, weil er einen Geschäftsmann im Auftrag eines anderen Geschäftsmannes bedroht und ihm ins Bein geschossen haben soll. Zwei seiner Begleiter gaben sich dabei als Agenten von JITEM und des Geheimdienstes MIT aus.

Doch paßt auch vieles nicht in das bisherige Schema der sogenannten "Morde mit unbekanntem Täter". Die Ausführenden waren vielleicht nicht so neu bei der Arbeit, wie es ihre Aussagen nahelegen, Profis wie Catli oder Yesil waren es aber offenbar auch nicht. Auch die meist angewandte Methode, sich dem Opfer als Polizei vorzustellen, es in ein ziviles Auto zu zerren und irgendwo zu foltern und dann zu ermorden, lag offenbar außerhalb ihrer Möglichkeiten.

Der Hauptunterschied zu fast allen der etwa 5.000 politischen Morde, die in den letzten Jahren in der Türkei verübt wurden, besteht darin, daß die Täter gefaßt wurden. Sie hatten anscheinend nicht die gleiche Rückendeckung innerhalb des Sicherheitsapparates wie andere bei ähnlichen Attentaten in früheren Jahren. Den Unterschied im Verhalten der Polizei zeigt sehr deutlich der Fall des Journalisten Burhan Karadeniz. 1993 wurde Burhan Karadeniz durch Schüsse von Yesil querschnittsgelähmt. Nach seinen Angaben konnte ein sehr genaues Phantombild von Yesil erstellt werden. Doch das dann von der Polizei veröffentlichte Phantombild hatte mit dem nach den Angaben von Burhan Karadeniz gezeichneten keine Ähnlichkeit.

Offenbar hat das Modell von Susurluk, nach dem sich Rechtsextreme als Rächer der Nation den Sicherheitskräften anbieten und dann mit Hilfe der so erlangten außerhalb bzw. über den Gesetzen stehenden Stellung auch für die eigene Tasche Geschäfte machen, in diesem Falle nicht hingehauen. Das muß keinen tieferliegenden Grund haben. Mit dem Unfall von Susurluk 1996 und den damit einhergehenden Ereignissen, insbesondere dem Rücktritt von Mehmet Agar, den Tansu Ciller zunächst zum obersten Polizeichef und danach zum Justiz- und Innenminister machte, haben sich sicher bei den oft rivalisierenden Cliquen in den verschiedenen Sicherheitsapparaten Machtverschiebungen ergeben. Andererseits kann es gut sein, daß in den Sicherheitsapparaten die Methoden modifiziert wurden. Etwa so, daß nun einige Auswüchse - von wem auch immer - nicht mehr geduldet werden. Überlegungen dazu finden sich in dem bereits erwähnten "Susurluk-Report": "Wer kann einer ‚Hinrichtungsgruppe` den Befehl geben? Wer kann eine solche Gruppe bilden? Zu welchem Zweck kann dieses System in Gang gesetzt werden? (...) 1996 hat die Armeekorpskommandantur, um jede Art von Regellosigkeit zu beenden, dieser Willkür beim Töten von Menschen bis zu einem gewissen Punkt vorgebeugt."

Als Beispiel für diese schädliche Regellosigkeit beim Töten erwähnt der Report ausgerechnet einen Vorfall, in den Cengiz Ersever verwickelt sein soll: "Daß Cem Ersever und seine Freunde Opfer eines Mordes mit unbekannten Tätern in Ankara wurden, ist ein Beispiel, das beweist, daß Dimensionen erreicht waren, die nicht Nutzen, sondern Schaden für die Allgemeinheit hervorbrachten."

Gerade das letzte Zitat beschreibt die nun eingetretene Situation: Es gibt eine unverminderte, auf Gesetzen basierende Repression z.B. gegen den Menschenrechtsverein, von dem im vergangenen Jahr sechs Zweigstellen geschlossen wurden und dessen völliges Verbot Gegenstand eines Gerichtsverfahrens ist.

Und es gibt extralegale Repression, vor allem Folter, aber auch immer noch das Verschwindenlassen von Oppositionellen - allerdings in geringerer Zahl als vor dem Unfall von Susurluk. Zugleich scheint im Kampf gegen Regimegegner nicht mehr allen alles erlaubt zu sein. Was in Kurdistan vielleicht geduldet würde, geht in Ankara nicht mehr. Einstweilen zumindest, denn aufgeklärt ist Susurluk noch lange nicht.

Jan Keetman

Anmerkungen:

1) Radikal, 24. 5. 98

2) Vermutlich ist nicht die Armee, sondern die parallel organisierte Polizeitruppe Jandarma gemeint.

24. Schengenland Österreich. Buchbesprechung

Eine Buchbesprechung

Autor: ch. · Rubrik: Österreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:21

Seit dem 1. April des Jahres sind die Grenzkontrollen zwischen Österreich und anliegenden Schengenländern - Italien und BRD - aufgehoben. Damit wurde Österreich als "vollwertiges" Mitglied im Club der Schengenländer aufgenommen. Was in der offiziellen Propaganda als Reisefreiheit und fehlende Grenzkontrollen verkauft wird, bedeutet gleichzeitig eine weitere Überwachung von Reisenden und die Aufrüstung der Grenzen zu Nicht-Schengenländern - besonders dann, wenn sie nicht zur EU gehören. Denn die Außengrenze dieser Länder soll für nicht erwünschte Einreisende dicht sein.

In dem von Anny Knapp und Herbert Langthaler - beides langjährige MitarbeiterInnen des Vereins "Asylkoordination" - herausgegebenen Buch "Menschenjagd - Schengenland in Österreich" werden die unterschiedlichen Auswirkungen des Schengen-Abkommens auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich und Europa beleuchtet.

Schon an den Verhandlungen der EU-Innenminister zum Schengener-Abkommen Mitte der 80er Jahre nahm eine Delegation der österreichischen Regierung teil. Österreich war damals noch nicht Mitglied der EU. Die Mitgliedschaft war zwar geplant, diskutiert wurde aber noch, ob das Alpenland seine Neutralität zugunsten der Integration in die EG aufgeben solle. Spätestens mit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten wurde deutlich, daß der Zug unaufhaltsam in Richtung West-Integration fahren wird. Bezeichnenderweise wird dies gerade in der Flüchtlingspolitik deutlich. Mit Beginn der 90er Jahre wurden die Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien aufgerüstet. Schon im September 1990 wurde das österreichische Bundesheer von der Regierung beauftragt, Polizei und Zoll bei der Bewachung der Grenze zu unterstützen. In der Anweisung hieß es damals, das Bundesheer solle "zur spürbaren Minderung der im Zusammenhang mit illegalen Grenzübertritten feststellbaren fremden-, asyl- und kriminalpolizeilichen Probleme" beitragen. Die Maßnahme war anfangs nur auf wenige Wochen beschränkt. Aber der Erfolg - die Zahl der rumänischen AsylbewerberInnen ging innerhalb von zwei Wochen um drei Viertel zurück - führte dazu, daß die Armee noch heute die Grenze bewacht. Geht es nach dem Willen der PolitikerInnen, wird das Militär eingesetzt, bis die Osterweiterung der EU die Außengrenzen einige hundert Kilometer nach Osten verschoben haben wird.

Wehrpflichtige bewachen die Grenze

Zur Bewachung der Grenze werden seit 1991 Wehrdienstpflichtige eingesetzt. 2.000 bis 3.000 Soldaten bewachen die Grenzen. Parallel wurden die Grenzen auch technisch aufgerüstet. Wie an der BRD-Grenze zu Polen und Tschechien werden u.a. Nachtsichtgeräte und Hubschrauber zur Jagd auf nicht erwünschte Einreisende eingesetzt.

Von September 1990 bis Oktober 1997 wurden so über 32.000 Menschen an den Grenzen vom Bundesheer festgenommen. Polizei und Zoll kamen dagegen "nur" auf rund 11.000 Festnahmen. Mit solchen Zahlenspielen soll die "Effektivität" des Militärs im Kampf gegen die "illegale Einreise" verdeutlicht werden. Die Kosten für den Einsatz des Heeres und die spezifischen Gerätschaften beziffert das Verteidigungsministerium mit 400 bis 500 Millionen Schilling (zwischen 55 und 70 Millionen DM) jährlich. Die Gelder für die Ausrüstung der Soldaten sind darin allerdings nicht enthalten. Die Kosten für den Aufgriff eines Flüchtlings liegen damit - wie Markus Kemmerling bei der Beschreibung der "militärischen Befestigung des Ostwalls" feststellt - bei rund 100.000 Schilling (15.000 DM). (S.38)

Auch in Österreich wurde - ähnlich wie in der BRD - die Kriminalisierung der Fluchthilfe vorangetrieben. Unter "Schlepperei" wird dabei nicht nur die Hilfe für Flüchtlinge über die Grenze verstanden, sondern auch die "Förderung der rechtswidrigen Ein- oder Ausreise eines Fremden". Dabei ist es gleichgültig, ob "sie vor oder nach dem Grenzübertritt oder während des Aufenthalts des Fremden im Bundesgebiet gewährt wird." Mit dieser weiten Definition werden alle HelferInnen kriminalisiert. Treffen kann dies auch Unbeteiligte - wie z.B. TaxifahrerInnen -, deren Dienstleistung von den illegalisierten Flüchtlingen genutzt wird. Seit März letzten Jahres gibt es den Straftatbestand der "ausbeuterischen Schlepperei". Bestraft werden damit nicht etwa

überhöhte Kosten für die Dienstleistung Fluchthilfe, sondern die Täuschung von Flüchtlingen durch Fluchthelfer hinsichtlich der Möglichkeiten, sich in Österreich niederzulassen. Dies kann mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Das ist die härteste Strafe für Fluchthilfe in Österreich. Die "einfache Schlepperei" wird mit Geldstrafen bis zu 50.000 Schilling geahndet, während die professionelle Fluchthilfe mit bis zu drei Jahren Haft bestraft wird. Seit Anfang diesen Jahres ist es auch möglich, die bei der Fluchthilfe verwendeten Fahrzeuge vorläufig einzuziehen.

Die Auswirkungen von Schengen

Schon Anfang der 90er Jahre wurde das Asylrecht den Bedingungen des Schengen-Abkommens angepaßt. 1991 wurde das Asylrecht von 1968 geändert. War es bis dahin relativ einfach, in Österreich als Flüchtling anerkannt zu werden, so wurde - ähnlich wie in den Schengen-Staaten - das Asylgesetz beschnitten und faktisch abgeschafft. Durch die Regelung bezüglich der "sicheren Drittstaaten" können Flüchtlinge abgewiesen werden. Wie gering die Rechtsicherheit für Flüchtlinge ist, weist Georg Bürstmayr in seinem Aufsatz über "Das österreichische Asylgesetz" nach. Paragraph 2 des Gesetzes besagt: "Kein Asyl wird einem Flüchtling gewährt, wenn (...) er bereits in einem anderen Staat vor Verfolgung sicher war". (S. 179) Ob diese Sicherheit noch gewährleistet ist, wenn der Flüchtling in Österreich einen Asylantrag stellt, spielt für die Entscheidung der Bürokraten keine Rolle. Absurd ist dies vor allem deshalb, weil sich der Flüchtlings-Begriff in Österreich an den der Genfer Konvention anlehnt. "Sicher" sind Staaten - das ist nicht neu - schon dann, wenn in den Ländern "die Rechtsordnung im großen und ganzen effektiv" ist. (S. 180)

Mit Beginn des Jahres wurden weitere Verschärfungen des Asylgesetzes rechtskräftig. Flüchtlinge, die auf dem Landweg nach Österreich eingereist sind, haben keine Chance mehr auf ein Asylverfahren.

Vom Brückenkopf

zum Frontstaat

Wurde zu Zeiten des Kalten Krieges die außenpolitische Neutralität Österreichs als Verbindung zwischen West- und Osteuropa betont, so wurde das Land mit der Integration in die EU quasi automatisch zum Frontstaat gegen die osteuropäischen Nachbarn. Konnte sich Österreich noch bis Anfang der 90er Jahre einer liberalen Asylgesetzgebung rühmen, so ist dies mit der veränderten geo-strategischen Lage auch vorbei. Wie in anderen Staaten wurde die Abschottung gegen Osteuropa vorangetrieben - auch schon zu einem Zeitpunkt, als das Land noch nicht offiziell Teil der Festung Europa war.

Nach Ansicht von Anny Knapp und Herbert Langthaler ist das Schengen-Abkommen der Hebel zur abhängigen Integration der osteuropäischen Staaten in die EU: Mit dem Abkommen sollen die alten kolonialen Verhältnisse wieder hergestellt werden. Der Verkehr für Kapital und Waren läuft schon im Interesse der EU, der für Menschen muß noch geregelt werden. Vorbild, so meinen die AutorInnen, seien die Erfahrungen Österreichs und des Deutschen Reiches zu Anfang des Jahrhunderts, als WanderarbeiterInnen mit "Wanderbüchern" in die Metropolen ziehen durften. Sollen die osteuropäischen Länder weiterhin als Reservoir für billige Arbeitskraft dienen, so die These, muß deren Integration weiter vorangetrieben werden - dazu gehören natürlich die schon abgeschlossenen Rücknahmeabkommen mit den osteuropäischen Staaten.

Ein weiteres Mittel ist es, auch denjenigen Nicht-EuropäerInnen, die schon länger hier leben, das Leben so schwer wie möglich zu machen. Selbst nach achtjährigem Aufenthalt in Österreich können Nicht-Österreicher nach längerer Arbeitslosigkeit "nach Hause" geschickt werden. Für Familienangehörige gilt ein Arbeitsverbot. Nicht-Österreicher haben keinen Zugang zu öffentlich geförderten Wohnungen. Wie in anderen europäischen Ländern auch wird ihnen die politische Mitbestimmung verwehrt, und auch einen Schutz vor Diskriminierung gibt es nicht.

Weitere Aspekte, die in dem Sammelband behandelt werden, sind die Situation der Flüchtlinge, Bedingungen der Abschiebehaft, Informationen zu HelferInnen und UnterstützerInnen von Flüchtlingen und die Ursachen für Flucht. Empfehlenswert ist das Buch nicht nur aufgrund des umfassenden Überblicks über die Auswirkungen des Schengener-Abkommens, sondern vor allem deshalb, weil die meisten Aufsätze von PraktikerInnen in der Flüchtlingsunterstützung geschrieben wurden und daher nicht auf der formellen Ebene stehenbleiben, sondern auch von den Schicksalen und Geschichten der Betroffenen berichten.

ch.

Anny Knapp, Herbert Langthaler (Hg.), Menschenjagd - Schengenland in Österreich, Verlag Promedia Wien 1998, 208 Seiten, DM 29,80 (ISBN 3-85371-133-2)

25. Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen. Eine Bestandsaufnahme

Autor: Antirassismusbüro Bremen · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:20

Das Antirassismusbüro Bremen (ARAB) ist eine der Bremer Vorbereitungsgruppen des Karawane-Projektes. Im vorliegenden Artikel stellen sie Hintergründe des Projektes dar und informieren über den aktuellen Stand der Vorbereitung.

Der Artikel wurde stark gekürzt und redaktionell überarbeitet.

Am 13. August wird in Bremen eine vom Internationalen Menschenrechtsverein in Bremen (IMRV) initiierte Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen starten. Sie wird über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinweg durch 25 deutsche Städte ziehen und dabei die verschiedenen Aspekte des Rassismus in dieser Gesellschaft zum Thema machen. Die Karawane ist eine Reaktion auf die von Jahr zu Jahr an Schärfe zunehmenden Angriffe des deutschen Staates auf Flüchtlinge und MigrantInnen und der mangelnden Gegenmobilisierung. Eine weitere Eskalation der Situation im Wahljahr 1998 ist angesichts der Debatten um "Innere Sicherheit", das "New Yorker Modell", "zero tolerance" etc. schon vorprogrammiert.

Die letzten Wochen vor der Wahl stellen einen strategisch günstigen Zeitraum dar, um mit der Karawane die Lähmung zu überwinden, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und damit zu beginnen, der aggressiven Politik (wieder) offensiv gegenüber zu treten. Während der gesamte organisatorische Aufwand für eine größere lokale Aktion in der Regel nur einen Tag an Aktivität hervorbringt, wird die Karawane eine kontinuierliche Kette von Aktionen beinhalten, die als gemeinsames Projekt wahrgenommen werden können, obwohl sie in verschiedenen Städten stattfinden. Darüber hinaus ist es das erklärte Ziel, mittels der Karawane ein funktionsfähiges Netzwerk unterschiedlicher Gruppen zu etablieren, das auch über das Jahr 1998 hinaus handlungsfähig bleiben und so zur Basis weiterer Aktivitäten im Sinne der so dringend benötigten Opposition von unten werden könnte.

Fehlende Strukturen

Sehr deutlich geworden ist das fundamentale Problem einer fehlenden sozialen Basis für breiter angelegten Widerstand gegen die rassistische Eskalation in Deutschland an den Auseinandersetzungen um die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ausgehend von der Überlegung, daß wir es hier mit einer neuen Qualität von Massenausweisungen und -abschiebungen zu tun haben, startete das ARAB 1996 den Versuch, über die bundesweite Koordination linker antirassistischer Gruppen eine Kampagne gegen die Abschiebungen nach Ex-Jugoslawien zu initiieren. Dieses Projekt scheiterte bereits im Frühjahr 1997. Zwar war bei diesem Thema über einen Zeitraum von mehr als eineinhalb Jahren ein sehr großes Interesse der Medien vorhanden. Es war aber eben auch nur medial und verfügte über keine breitere gesellschaftliche Solidaritätspraxis als Entsprechung. Hinzu kam, daß es z.B. von seiten der bosnischen Flüchtlinge keinen offensiven Widerstand gegen den Rausschmiß aus Deutschland gegeben hat. Die ursprünglich von uns gehegte Hoffnung, daß es nicht zuletzt aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen, die zudem - in globalen Dimensionen betrachtet - alle aus einer Region stammten, zu einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen in Deutschland kommen könnte, hat sich nicht erfüllt. Die Betroffenen sind mit dem sog. Stufenplan erfolgreich in kleinere Gruppen aufgeteilt und gegeneinander ausgespielt worden, die Einschüchterung durch den entsprechenden Terror der Ausländerbehörden (Zitat: "Man darf sich nicht wehren, sonst wird es noch schlimmer") hat gegriffen. Für uns ist der Eindruck einer starken Vereinzelung entstanden, d.h. es hat kaum Zusammenhalt unter den Flüchtlingen gegeben. Die wenigen Widerstandsinitiativen, die es in Bezug auf die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland gab, blieben lokal begrenzt. Es war aber von vornherein klar, daß bei diesem Thema durch lokale Aktivitäten keine substantiellen Erfolge erzielt werden konnten, sondern nur durch ein bundesweit koordiniertes Vorgehen.

Obwohl die Situation in Bosnien nach wie vor katastrophal ist, reichte der staatliche Druck aus, um bislang etwa ein Drittel der bosnischen Flüchtlinge zur Ausreise zu bewegen. Abschiebungen gab es dagegen nur in relativ wenigen Fällen (die meisten übrigens aus dem rot-grün-regierten NRW). Hier zeigt sich deutlich der Effekt der in den letzten Jahren perfektionierten Verwaltungsbürokratie. Nachdem die Innenminister im

Dezember 1995 den Rausschmiß angekündigt hatten, war zunächst unklar, wie dies bewerkstelligt werden sollte. Es kam zu einer Art Trial-and-error-Verfahren, das trotz zwischenzeitlichem Chaos im Aktenmanagement der Ausländerbehörden letztlich erfolgreich war. Ist es der Verwaltungsbürokratie doch gelungen, binnen zwei Jahren fast 100.000 Menschen rauszuschmeißen und dabei weniger als 1.000 Abschiebungen vorzunehmen. Unser ursprünglicher Fokus auf ein größeres Abschiebeszenario war falsch, vielmehr wirkte die Strategie der Einschüchterung, der nicht verlängerten Duldungen, der Kürzung bzw. des Entzugs sozialer Leistungen, kurz des gezielten Behördenterrors.(1) Die neue Dimension bei den Ausweisungen nach Bosnien besteht im übrigen auch darin, daß hier eine in der deutschen Öffentlichkeit vergleichsweise positiv angesehene Flüchtlingsgruppe von einem Tag auf den anderen zum Abschuß freigegeben worden ist. Es gelang den politisch Verantwortlichen angesichts einer anfänglich recht kritischen Medienberichterstattung nicht, breite Akzeptanz für das Projekt zu schaffen. Doch konnte es ohne gesellschaftliche Unruhe über die Bühne gebracht werden. Klar ist nun auch, daß der 1992/1993 diskutierte sog. Bürgerkriegsflüchtlingsstatus lediglich ein Intermezzo war, mit dem die Abschaffung des Asylrechts gerechtfertigt wurde. Zur Aufnahme einer größeren Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen wird er in naher Zukunft garantiert nicht führen.

Verschärfung der rassistischen Politik

In den Diskussionen um "illegale Einwanderung" und Asylpolitik geht unter, daß auch zunehmend MigrantInnen, die sich schon seit Jahren/Jahrzehnten in Deutschland aufhalten, bzw. deren Nachkommen (2. und 3. Generation) in das Gesichtsfeld konservativer IdeologInnen und ÖkonomInnen geraten. Eine vergleichsweise höhere Arbeitslosenquote, ein höherer Anteil von Sozialhilfebezug und im Vergleich zu Deutschen unterdurchschnittliche Bildungsabschlüsse werden nicht etwa als Ergebnis fundamentaler Benachteiligung und rassistischer Diskriminierung und damit als Problem der Gesamtgesellschaft aufgefaßt. Vielmehr werden die betroffenen Menschen selbst dafür verantwortlich gemacht. Schlagworte wie der Begriff der sog. "Ausländerkriminalität" oder der Verweis, das deutsche Sozialsystem könne den Unterhalt der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht mehr finanzieren, zeigen, daß zwischen den Diskussionen über Einwanderungs- und Asylpolitik, Sozialpolitik, Neoliberalismus, Innere Sicherheit und den Standort Deutschland vielfältige argumentative Verknüpfungen bestehen. In den Auseinandersetzungen um die "Ausländerpolitik" treffen somit Aspekte verschiedener reaktionärer, rassistischer und neoliberaler Ideologien aufeinander. So lassen sich Klagen über die "soziale Hängematte" und Forderungen nach einem Abbau der Sozialsysteme zwanglos mit dem Wunsch in Übereinstimmung bringen, daß mit Einwanderung jetzt endlich Schluß sein müsse. In diesem Sinne äußerte sich z.B. der Referent für Grundsatzfragen des Ausländerrechts und der Ausländerpolitik beim Berliner Innensenator, Hans-Burkhard Richter: "Entscheidender Magnet für unerwünschte Zuwanderung war in der Vergangenheit bzw. ist bis heute das außerordentlich großzügige deutsche Sozialsystem. (...) Die aktuelle Finanzkrise (...) hat insoweit auch ein Gutes. Integrationspolitik hat ohne entschlossene Begrenzung der Zuwanderung keine Chance. Das gilt erst recht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Am Beispiel der deutschen Hauptstadt lassen sich die Folgen hoher Konzentration ausländischer Problemgruppen sowie fehlender Integrationschancen und die damit immer enger werdenden Grenzen gesellschaftlicher Integrationsfähigkeit intensiv studieren."(2)

In den reaktionären Argumentationsfiguren werden "problematische Ausländergruppen"(3) nicht nur als Gefahr für die Innere Sicherheit ausgemacht, sondern auch zur zunehmenden Belastung für die sozialen Sicherungssysteme und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes erklärt. Kurz, sie gefährden den Standort Deutschland. Der Wirtschaftswissenschaftler Meinhard Miegel, Professor in Leipzig und Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, formuliert entsprechende Drohungen in aller Offenheit: "Für die Zuwanderer, die bis Anfang der siebziger Jahre nach Deutschland kamen, gilt, daß ihre Wertschöpfung zunächst höher war als ihr Verbrauch, daß sich aber beide bereits gegen Ende dieser Phase weitgehend entsprachen. Anders liegen die Verhältnisse bei der späteren Zuwanderung. Sie stellt bis heute eine wirtschaftliche und soziale Belastung der einheimischen Bevölkerung dar. Ob sich dies in Zukunft ändern wird, ist schwer vorherzusagen. (...) Die Zuwanderung hat bislang nicht wirklich innovativ beflügelt, sondern allenfalls dazu beigetragen, einen bestimmten Status quo zu erhalten. Wenn sich das künftig ändern soll, müssen Zuwanderer so umfassend wie möglich integriert und ihr innovatives Potential aktiviert werden. Darüber hinaus muß Deutschland für Wissen und Kapital attraktiver werden, als es heute ist. Sollte das nicht gelingen, wird das gesamte volkswirtschaftliche Gefüge absinken. (...) Deutschland muß sich deshalb umgehend damit befassen, daß möglicherweise wenig qualifizierte und produktive Menschen in großer Zahl

zuwandern werden, und daß nicht zuletzt deshalb Kapital und Wissen abwandern könnten."(4) Die Überschneidung der verschiedenen ideologischen Stränge führt dazu, daß die Umbrüche auf dem Gebiet der Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie der Inneren Sicherheit beschleunigt und die entsprechenden Entwicklungen kontinuierlich radikalisiert werden. Die Folgen dieser Politik gehen letztlich weit über die Gruppe der Flüchtlinge und Illegalisierten hinaus, auch wenn es diese am härtesten trifft.

Flüchtlinge und Illegalisierte sind nicht nur besonders hart von den Verschärfungen der letzten Jahre betroffen, die Asyldebatte war bis Mitte der 90er Jahre der entscheidende Schrittmacher bei der rassistischen Radikalisierung der deutschen Gesellschaft. Bereits von daher führt kein Weg daran vorbei, daß sich auch länger in Deutschland lebende MigrantInnen mit den Flüchtlingen solidarisieren. Es ist in diesem Zusammenhang ein grundsätzliches Problem der letzten Jahre gewesen, daß die vielfältigen rassistischen Differenzierungen der deutschen Ausländer- und Asylgesetzgebung die Solidarisierungsprozesse innerhalb der Flüchtlings- und MigrantInnengemeinschaft immer wieder aufs Neue blockiert und verhindert haben. Solidarisierungsprozesse gegen einen Rassismus, der die Grenzen gegen die aktuellen Wanderungsbewegungen rigoros abzuschotten versucht, und der gleichzeitig alles daran setzt, längst eingewanderte, hier lebende, hier geborene, hier aufgewachsene und hier arbeitende MigrantInnen auf Teufel-komm-raus auszugrenzen und ihnen damit subalterne Plätze in der rassistisch geprägten gesellschaftlichen Hierarchie zuweist. Es dürfte möglicherweise auch der Vielgestaltigkeit und Flexibilität der Angriffe geschuldet sein, daß die Elterngeneration selbst der massiven rassistischen Ausgrenzung und Kriminalisierung von jungen MigrantInnen, der Ausweisungspolitik gegenüber jugendlichen bzw. heranwachsenden sog. "ausländischen Straftätern" und dem entsprechenden Propagandagetöse der jüngsten Zeit bislang sehr verhalten gegenübersteht - ganz zu schweigen von der nunmehr dreißigjährigen Verweigerung ihrer Integration und ihrer politischen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung, selbst auf dem Papier. Andererseits ist es nicht unbedingt erstaunlich, daß die älteren Einwanderungsgenerationen den jüngeren Flüchtlingen oftmals skeptisch bis ablehnend gegenübertreten, und daß nicht nur die dünne Schicht mehr oder weniger etablierter MigrantInnen mitunter offen Front gegen die vermeintlich "kriminellen" Flüchtlinge macht und in den Chor der hiesigen Law-and-order-Fraktionen einstimmt. Ist es doch auch aus anderen europäischen Ländern bekannt, daß die Angst vor einem Verlust des Status quo und vor zunehmender Konkurrenz durch die ins Land drängenden Flüchtlinge zunächst einmal Abgrenzung hervorruft. Verstärkt wird dieser Effekt durch eine äußerst effektive Sozialtechnik, die Flüchtlinge von vornherein gesellschaftlich ausgrenzt und in Sammellagern isoliert, und die zusammen mit der oben beschriebenen Politik der systematischen Desintegration von Flüchtlingen geradezu zwingend dazu führt, daß diese versuchen, jenseits der (für sie ohnehin durch Arbeitsverbot verschlossenen) Lohnarbeit und/oder Sozialhilfe andere Einkommensperspektiven zu realisieren. Hinzu kommt, daß die deutsche Gesellschaft Begriffe wie den der "Ausländerkriminalität" nicht nur zur eigenen rassistischen Formierung benutzt, sondern ihn auch in dem Sinne als permanente Drohung einsetzt, daß die "anständigen Ausländer" sich stets aufs Neue von den "kriminellen" Flüchtlingen, den arbeitslosen und straffälligen Jugendlichen distanzieren sollen, wollen sie nicht selbst Gefahr laufen, Opfer einer generalisierten "Ausländerfeindlichkeit" zu werden. Die Tatsache, daß es in Deutschland keine antirassistische Bewegung gibt, die hier massiv Stellung beziehen könnte, macht es den selbst in vielfältiger Weise von Rassismus betroffenen EinwandererInnen um so schwerer, sich gegen die Verschärfung des Klimas zur Wehr zu setzen. Die Karawane ist auch der Versuch, eine Änderung dieser Situation herbeizuführen. Einmal, weil sich die Radikalisierung des Rassismus in Deutschland eben nicht "nur" auf Flüchtlinge beschränkt - auch wenn sich diese Tatsache in den Aktivitäten der deutschen antirassistischen Linken so gut wie nicht niederschlägt. Zweitens, da der fortschreitenden Eskalation ohne eine Bewegung unter den länger ansässigen MigrantInnen nicht Einhalt geboten werden kann. Eine Bewegung, die umgekehrt nur dann Erfolg haben kann, wenn sie die Differenzierungen überwindet und sich mit den Flüchtlingen solidarisiert.

Inhaltlicher Rahmen der Karawane

Drei zentrale Gedanken legen den inhaltlichen Rahmen des Karawane-Projekts fest. Einmal geht es darum, den Rassismus in Deutschland in all seinen Dimensionen auf- und anzugreifen. Im ersten vom IMRV herausgegebenen Flugblatt zur Karawane hieß es dazu unter anderem: "Völlig unabhängig vom Wahlausgang steht schon jetzt fest, daß man unsere Rechte weiter beschneiden wird, daß man weiterhin Zehntausende deportieren wird, und daß unter noch viel mehr Menschen ein derartiges Ausmaß von Angst und Schrecken verbreitet werden wird, daß sie Deutschland "freiwillig" verlassen werden."

Das zweite Ziel ist es, der nationalistischen "Standort-Deutschland"-Politik eine offensive internationale Position entgegenzusetzen. Die Karawane soll dazu beitragen, einen erneuerten Internationalismus hervorzubringen, der die mörderischen Effekte der Weltwirtschaftsordnung aggressiv angeht, anstatt sich mit dem "Sieg" des Kapitalismus abzufinden. Personifiziert und konkret repräsentiert wird die fundamentale Kritik an der Weltwirtschaftsordnung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Europa aus allen Regionen der Welt erreichen. Im Karawane-Flugblatt heißt es dazu: "Deutschland unterstützt anti-demokratische und diktatorische Regime, die zwar die Rechte der Menschen mit Füßen treten, aber gut sind für die deutschen Wirtschaftsinteressen. Billiglöhne für deutsche Investoren bedeuten Rechtlosigkeit für die ArbeiterInnen und Menschen, billige Rohstoffe bedeuten Zerstörung der Umwelt und der sozialen Gemeinschaften. (...)Aber wenn es eine Handvoll Flüchtlinge schafft, der blutrünstigen Diktatur zu entkommen, und hier in Deutschland eintrifft, dann heißt es: 'Tut uns leid, für Euch ist hier kein Platz!'"

Drittens wird sich die Karawane nicht nur auf Flüchtlinge und deren Probleme konzentrieren, sondern auch einen Bogen schlagen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie soll ein Versuch sein, sich der "Teile-und-Herrsche"-Politik, den endlosen Differenzierungen mit ihrem Gegeneinander-Ausspielen der verschiedensten Gruppen zu widersetzen und diese lähmende Situation zu durchbrechen. Damit ist nicht gemeint, die inhaltliche Schärfe aufzugeben und eine belanglose Sauce zu fabrizieren, die nach dem Motto "Allen geht's irgendwie schlecht" rassistische und sexistische Hierarchien leugnet. Die Idee ist vielmehr, die Schärfe beizubehalten und gleichzeitig eine Ausweitung der Themen zu versuchen, so daß die Karawane einen (gegenseitig-solidarischen) Brückenschlag ermöglicht. Gibt es doch in der Logik der politischen, wirtschaftlichen und polizeilichen Angriffe auf verschiedenste Gruppen auch deutliche Übereinstimmungen. So schwierig es auch sein mag, dieses Vorhaben zu verwirklichen - es gibt keine Alternative dazu, es zumindest zu versuchen.

Stand der Planungen

Das Karawane-Projekt ist Ausdruck der Überzeugung, daß es nicht die richtige Antwort sein kann, angesichts der gegenwärtigen Umstände zu kapitulieren oder sich gar in ihnen einzurichten. Wir wollen und müssen im Gegenteil Strukturen aufbauen, die der Law-and-order-Politik längerfristig etwas entgegensetzen können, uns also die Möglichkeit geben, die Lage nicht nur zu analysieren, sondern auch praktisch und wirksam zu intervenieren. Die Karawane stellt die bislang einmalige Chance dar, damit zu beginnen - und diese Chance muß ergriffen werden. Die Idee dabei war nie, daß von Bremen aus ein Treck mit großer Beteiligung auf die Beine gestellt wird - im Sinne einer Wahlkampftour -, der in den Städten von einigen Personen empfangen wird und dann auf dem örtlichen Marktplatz seine Standard-Show abzieht. Die Karawane besteht vielmehr aus den Beiträgen jeder einzelnen Stadt/Gruppe/Person und soll Anlaß sein, lokal und überregional neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu festigen. Es ist entscheidend, daß sich möglichst viele Menschen an ihrer Planung und Durchführung beteiligen. Das wird mit Hilfe lokaler Vorbereitungsgruppen bewerkstelligt, die sämtliche vor Ort anfallenden Organisationsarbeiten übernehmen. Die Karawane wird im Hinblick auf ihre thematische Breite und Qualität genau das leisten können, was in den einzelnen Städten von den Vorbereitungsgruppen organisiert wird.

Fest steht, daß bestimmte symbolische Schlüsselorte des staatlichen Rassismus wie der Flughafen Frankfurt/Main, der Abschiebeknast in Büren und einzelne Grenzübergänge angelaufen werden. Drei bundesweit organisierte Flüchtlingsgruppen haben bis jetzt ihre Unterstützung zugesagt, nämlich iranische, kurdische und tamilische Organisationen. Gemeinsam mit den in der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" organisierten Initiativen stellen sie das derzeitige Rückgrat des Projekts dar. Auf dem letzten bundesweiten Vorbereitungstreffen ist folgende Route festgelegt worden (Kontaktadressen für die Städte siehe Kasten):

Bremen (13.-15.8.) - Hamburg/Norderstedt (16/17.8.) - Kiel (18.8.) - Lübeck (19.8.) - Berlin (20.-22.8.) - Dresden (23.8.) - Leipzig (24.8.) - Aktionen bei der ZAST in Tambach bzw. Jena (25.8.) - Göttingen (26.8.) - Kassel (27.8.) - Hannover (28.8.) - Bielefeld (29.8.) - Büren (30.8.) - Osnabrück (31.8.) - Regensburg (2.9.) - München (3.9.) - Stuttgart (4.9.) - Tübingen (5.9.) - Strasbourg (6.9.) - Karlsruhe (7.9.) - Trier (8.9.) - Mainz (9.9.) - Wiesbaden (10.9.) - Frankfurt/Hanau (11/12.9) - 13/14.9. sind noch offen - Bochum (15.9.) - Köln (16. - 20.9)

Am 20. September wird die Karawane in Köln mit einer großen Abschlußdemonstration beendet werden.

Die Route schließt die Teilnahme weiterer Städte nicht aus. Neu hinzukommende Städte können ihr Programm zeitlich parallel zum schon bestehenden durchführen, so daß die Karawane phasenweise aus zwei Strängen bestünde, die dann wieder zusammenliefen. Auf dem Weg von Stadt zu Stadt soll es Abstecher geben zu markanten Orten des Rassismus bzw. des Widerstandes: Lager und Abschiebeknäste auf der einen Seite, Kirchenasyle auf der anderen etc. Der Transfer zwischen den einzelnen Städten wird voraussichtlich mit Bussen erfolgen. Jede Stadt ist für die Unterbringung, Verpflegung und Weiterreise ebenso verantwortlich wie für die Gestaltung des lokalen Programms.

Die bundesweite Koordination des Projekts erfolgt über das Büro des IMRV in Bremen. Die Arbeit umfaßt das Erstellen und Übersetzen von Protokollen ebenso wie die Bearbeitung von eingehenden Anfragen und das Kontakthalten mit den einzelnen Städten, um über die aktuellen Planungen informiert zu sein und diese aufeinander abstimmen zu können. Der Aufwand hierfür ist erheblich und kann mit den ehrenamtlichen Kräften kaum mehr bewältigt werden. Von daher wäre es notwendig, eine Person für die Zeit der Karawane fest anzustellen, damit diese die Koordination effizienter und flexibler gestaltet. Hierfür fehlen allerdings bislang die finanziellen Mittel. Darüber hinaus ist das gesamte Projekt mit erheblichen Kosten verbunden, unter anderem für Telefon und Postverschickungen, Flugblätter und Plakate, für Versorgung, Unterbringung und Transfer der TeilnehmerInnen etc. Das Bremer Vorbereitungskomitee im IMRV-Büro ist deshalb dringend auf Spenden angewiesen, die an den Internationalen Menschenrechtsverein Bremen, Stichwort "Karawane" überwiesen werden sollten. Alle, die das Projekt darüberhinaus unterstützen, in den lokalen Vorbereitungskomitees mitarbeiten oder gar eine neue Station anbieten wollen, können sich an den IMRV in Bremen werden, von wo aus sie mit den nötigen lokalen Adressen und weiteren Informationen versorgt werden.

Antirassismusbüro Bremen

Internationaler

Menschenrechtsverein Bremen

Kornstr. 51, 28201 Bremen

Tel. 0421/55 77 093

Fax 0421/55 77 094

e-mail: mail@humanrights.de

http://www.humanrights.de

Konto-Nr. 1073 9282 bei der Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01

Anmerkungen:

1) Nicht klar ist allerdings, wie es mit den immer noch etwa 300.000 Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien (darunter 200.000 BosnierInnen) in diesem Jahr weitergehen soll, d.h. ob der Ausreisetrend ungebrochen anhält, oder ob demnächst eine Art toter Punkt erreicht wird, an dem neue Initiativen von Seiten der Behörden nötig werden.

2) Hans-Burkhard Richter: "Probleme der Zuwanderung am Beispiel Berlins", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B46/97

3) ebenda

4) Meinhard Miegel: "Zuwanderung und Sozialstaat", in: Steffen Angenendt (Hg.), Migration und Flucht, München, 1997

Kontaktadressen für die Karawane:

(Die Liste ist leider nicht ganz vollständig. Bei Nachfragen bitte an den Internationalen Menschenrechtsverein wenden.)

Berlin, Dresden, Leipzig, Jena: AG Karawane, c/o Antirassistische Initiative (ARI), Yorkstraße 59 HH, 10965 Berlin,

Tel.: 030 - 785 72 81

Bielefeld: AK Medizinische Hilfe, c/o UWZ, August-Bebel-Straße 16-18, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521 - 17 67 11

Bochum: Roma-UnterstützerInnen-Gruppe, c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum, Tel.: 0234 - 58 20 72

Büren: Hochschulgruppe Hilfe für Menschen in Abschiebehaft, c/o ASTA Uni Paderborn/Büren, Warburgstraße 100,

33098 Paderborn

Frankfurt/Hanau: AG3F, Metzgerstraße 8, 63450 Hanau, Tel.: 06181 - 184 892, e-mail: AG3F@OLN.comlink.apc.org

Göttingen: Antirassismusplenum, c/o Buchladen Rote Straße, Nicolaikirchhof 7, 37073 Göttingen, Tel.: 0551 - 749 26

Hamburg: Komitee "KMII", c/o BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040 - 43 15 87

Hannover: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Lessingstraße 1, 31135 Hildesheim, Tel.: 05121 - 156 05

Köln: Kölner Netzwerk 'kein mensch ist illegal', c/o Kölner Appell - Allerweltshaus, Körnerstraße 77-79, 50823 Köln,

Tel.: 0221 - 952 1199, Fax: 0221 - 952 11 97

Lübeck und Kiel: Lübecker Flüchtlingsforum, Fleischhorsterstraße 32, 23552 Lübeck, Tel.: 0451 - 755 32

München: Münchener Karawane Gruppe, c/o Bürgerhaus, Isar Vorstadt, Kahlkirchner Str. 104, 80337 München

Trier: Multikulturelles Zentrum, Gervasiusstraße 2, 54290 Trier, Tel.: 0651 - 484 97

26. Aufruf zu den antirassistischen FrauenLesben-Aktionstagen an der deutsch-polnischen Grenze

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:41

Die Grenze von heute besteht nicht mehr aus herkömmlichen Befestigungsanlagen: PolitikerInnen und Behörden schüren systematisch ein Klima von Verrat und Verunsicherung, das Flüchtlingen und MigrantInnen den Grenzübertritt unmöglich machen soll. Wer sich nicht von paramilitärischen Patroullien abhalten läßt, soll von Bürgerwehren im Hinterland, einem Heer von DenunziantInnen und verschreckten AnwohnerInnen zur Strecke gebracht werden.

Grenze heißt mehr denn je: Jagd auf Menschen, die vor Hunger, Ausbeutung und Krieg fliehen, die in ihrem Herkunftsland keine Chancen mehr sehen, ihre Heimat verlassen müssen, die Mühen und Strapazen einer oft Tausende von Kilometern langen Flucht auf sich nehmen. Wir bewundern den Mut, die Ausdauer und die Entschlossenheit dieser Menschen. Eine Mentalität, die ihnen nicht nur die Begrüßung und angemessene Solidarität verweigert, sondern planmäßig schon den Zutritt untersagt, können und wollen wir nicht akzeptieren.

Gleichzeitig bedeutet Grenze aber auch: Eine breit angelegte Gehirnwäsche, die Ressentiments schürt, freisetzt und der sich zu entziehen immer schwieriger wird. Mit dem Aktionscamp werden wir versuchen, gegen die Verdummungs- und Verschleierungskampagne der politisch Verantwortlichen anzugehen und gleichzeitig die Menschen unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente und gezielte Irritationen; unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern wo immer möglich Einhalt gebieten.

Der Kampf gegen die Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Aufruf zum antirassistischen

Aktionscamp an der

deutsch-polnisch-tschechischen

vom 24. Juli bis 2. August 1998

+ + + Rave an der Grenzlinie + + + Maßnahmen gegen rassistische Stimmungsmache + + + Irritationen im grenznahen Raum + + + Regatta auf der Neiße + + +

Ein breites Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen organisiert im Sommer ein einwöchiges Aktionscamp im Landkreis Görlitz. Das Camp ist einer der diesjährigen Höhepunkte der Kampagne "kein mensch ist illegal", die 1997 gestartet wurde und mehr als Hundert Initiativen bundesweit miteinander vernetzt. Vorbereitet wird das Camp von Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet, sowie von vor Ort. Teilnehmen werden aber auch Gäste aus Tschechien und Polen sowie einigen weiteren Ländern Europas.

Warum an die Grenze?

An der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze sind derzeit etwa 10.000 Polizisten stationiert, deren Aufgabe es ist, ein menschenverachtendes Grenzregime durchsetzen. Mobile Kontrollen und an den Haaren herbeigezogene Bedrohungsszenarien machen das Schleierfahndungskonzept aus, das heute die sogenannte Grenzsicherung bestimmt. Als gälte es einen Krieg zu führen, reden ScharfmacherInnen von "offenen Flanken" angesichts einer "verbrecherisch organisierten Wanderungsbewegung". Vermutlich wird diese Hetze sich im Laufe des Bundestagswahlkampfes 1998 noch weiter verschärfen. Gleichzeitig wird jede Form von selbstorganisierter Einreise, deren Aufwand natürlich mit der Aufrüstung der Grenzen wächst, als "Schlepperkriminalität" diffamiert; eine Heuchelei, die selbst in linken und humanitär engagierten Kreisen zu

verfangen scheint. Mit der Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetze 1997 werden bislang selbstverständliche Formen von Menschlichkeit und Zivilcourage unter drastische Strafen gestellt. Insbesondere die aktuelle Prozeßflut gegen TaxifahrerInnen aus Zittau soll ein Exempel statuieren und offenbar von jeder Form der Unterstützung von MigrantInnen abschrecken.

Spiel ohne Grenzen

Ziel des Sommercamps ist, das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindest zur Sprache zu bringen. Vorbereitet werden derzeit:

- Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame Interventionen

- spontane Aktionen, die nicht zuletzt die Aufmerksamkeit der Grenzschutzeinheiten auf sich ziehen und den reibungslose Ablauf der Kontrollen tangieren

- inhaltliche Auseinandersetzung und Erfahrungsaustausch in Workshops und Arbeitsgruppen

- ein umfangreiches Programm mit Raves, Parties und Konzerten

Kontakt: Sommercamp, c/o Forschungsstelle Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a,

10961 Berlin, Telefon 030/6935670, Telefax: 030/6938318, e-mail: grenze@ibu.de,

http://www.contrast.org/borders

Spenden bitte an: Forschungsstelle Flucht und Migration, Berliner Sparkasse

BLZ 100 500 00, Konto-Nr.: 61 00 24 264, Stichwort: "Spiel ohne Grenzen"

27. Kurden, Kirche und Kampagne. Es geht in die entscheidende Runde

Autor: a.k., Kölner Netzwerk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen; Aktionen / Veranstaltungen; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:18

Spätestens seitdem der Kurde Mehmet Ali Adbas mit Hilfe deutscher Behörden aus der Türkei zurück nach Deutschland gebracht wurde, müßte dem letzten Asylbürokraten klar sein: Jede weitere Abschiebung kurdischer Flüchtlinge ist amtliche Beihilfe zur Folter. Der Fall ging durch die Presse, denn er war einzigartig. Das Auswärtige Amt hat nämlich aus weiß der Himmel welchen Gründen einem von den deutschen Asylbehörden abgeschobenen Flüchtling zur erneuten Flucht aus der Türkei verholfen. Vielleicht wollten Klaus Kinkel und die Seinen beim Jüngsten Gericht vorsorgen. Oder war es doch der Nachweis von Folter, die Mehmet Ali Adbas nach seiner Abschiebung erlitten hatte? Sollten die beamteten Ohren wirklich zum ersten Male gehört haben?

Zum gleichen Zeitpunkt, in der zweiten Maiwoche, ist Süleyman Yadirgi aus der Türkei zurückgekehrt. Zurück in eine der Kirchen, die jetzt über 150 kurdischen Flüchtlingen Schutz gewähren. Auch sein Asylantrag war zuvor abgelehnt worden, auch er wurde zurückgeschoben, weil ihm nach amtlicher Sicht keine Gefahr für Leib und Leben drohte. Auch er wurde gefoltert und bedroht. Auch er floh zum zweiten Mal, nicht mit Hilfe diplomatischer Fluchthelfer, sondern mit Hilfe gewerblicher.

Wenige Tage vor diesen Ereignissen stellte sich Landesinnenminister Kniola vor den Landtag und schleuderte den verwegenen Satz in die Runde: "Es leuchtet von vornherein ein, daß nicht all den hunderttausend Kurden, die in Deutschland leben, dann, wenn sie in die Türkei zurückgehen, Verfolgung wegen ihrer Volkszugehörigkeit droht. Ebenso abwegig ist es, das für die 15 bis 20 Millionen Kurden anzunehmen, die in der Türkei leben. Weil das so ist, besteht kein Anlaß für einen generellen Abschiebestopp für alle kurdischen Flüchtlinge." Der Mann kann rechnen, zweifellos. So viel Polizei gibt es auch in der Türkei nicht und auch nicht so viele Gefängnisse, daß sämtliche KurdInnen auf einen Schlag gefoltert oder massakriert werden könnten. Und weil das nicht so ist, weil also ein holocaust-ähnliches Niveau von Verfolgung nicht zu konstatieren ist, verweigert der Herr Minister den Flüchtlingen generellen Schutz. Ein Denken, das offenbart, wie heruntergekommen der Asylgedanke in diesem Lande ist. Andererseits ist er immerhin überhaupt in Bewegung geraten, hat Sätze von sich gegeben, hat reagiert, hat öffentlich gesprochen - was er in den vorangegangenen Monaten abgelehnt hat, seitdem die Aktion für Abschiebestopp und Bleiberecht der kurdischen Flüchtlinge am 21. Januar begann. Und sein Parteikollege Edgar Moron meinte gar: "Das einzige, was man tun kann - und ich denke, dazu werden alle bereit sein -, ist, jeden Einzelfall noch einmal, wenn es sein muß, einer genauen Prüfung zu unterziehen."

Einschätzung

Angesichts der monatelangen Blockadepolitik aus Düsseldorf ist es ein großer Erfolg, daß am 24. April, als unter dem Motto "Wir tauchen auf!" die Schiffsfahrt von Köln nach Düsseldorf stattfand, Gesprächsdelegationen sowohl vom Innenministerium als auch von VertreterInnen der drei Landtagsfraktionen empfangen wurden.

Ein Erfolg ist ebenso, daß am 8. Mai die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Unterstützung für die Aktion und die Forderung nach Abschiebestopp in die Türkei in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde im Landtag unterstrichen hat. Und es geht weiter: So hat die SPD-Fraktion für den 28. Mai zu einer Fortsetzung der am 24.4. begonnenen Gespräche eingeladen. Das Gesprächsangebot der SPD ist eine Reaktion auf die breite Unterstützung der Aktion, mit der sich ja außer der überwiegenden Mehrheit der Kirchenkreise in Nordrhein-Westfalen auch Funktionsträger und Gliederungen der SPD solidarisieren (z.B. in Aachen der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion, in Köln der SPD-Ortsverband Deutz). Zu hoffen ist, daß damit "das Eis gebrochen ist", daß also ein ernsthaftes Nachdenken auch in der größeren der beiden Regierungsparteien in NRW über den dringend notwendigen Schutz für Flüchtlinge aus der Türkei begonnen hat.

Der Hinweis auf die Geschichte der Gespräche ist wichtig, weil von höherer kirchlicher Warte (Jörn-Erik Gutheil, Landeskirchenamt Düsseldorf) im Wissen um diese Gespräche der Vorwurf formuliert wurde, die Wanderkirchenasyl-Aktion würde "keinen gangbaren Lösungsweg" aufzeigen. Nun hat aber gerade die

Asylpraxis der letzten Jahre und Monate gezeigt, daß ausschließlich eine politische Lösung, sozusagen eine politische Notbremse gegen die "demokratisch legitimierte Barbarei der Abschiebung in die Türkei" (Günter Grass) - d.h. ein Abschiebestopp - verhindern kann, daß weiterhin wie in den vergangenen Jahren 70% der kurdischen Flüchtlinge abgeschoben werden. Der einzig mögliche Weg zu dieser politischen Lösung wird seit Anfang an gegangen: öffentlichen Druck zu erzeugen und das Gespräch mit den Verantwortlichen zu suchen.

Was spricht gegen

einen Abschiebestopp?

Weil nicht nur im landesweit an die beteiligten evangelischen Kirchengemeinden verschickten Brief von Jörn-Erik Gutheil unlauter mit den Forderungen der Aktion für Abschiebestopp, ihren Gründen und ihrer Realisierbarkeit umgegangen wird, soll hier ein Blick auf die Gegenargumente gegen Forderungen nach Abschiebestopp und Bleiberecht folgen:

1. Der Abschiebestopp sei nicht nötig. Es gebe für Kurden die sicheren Fluchtalternativen in der Westtürkei. - Dies Argument ist längst von zahlreichen Beobachtern der türkischen Wirklichkeit widerlegt worden, nicht zuletzt von den Opfern der Abschiebepraxis wie Mehmet Ali Adbas oder Süleyman Yadirgi. Das Auswärtige Amt, dessen Lageberichte zäh an der Behauptung einer "innerstaatlichen Fluchtalternative" festhalten, tut das in seiner Rolle als diplomatischer Partner der Türkei, als Institution, die bedeutende Teile seiner Erkenntnisse von türkischen Behörden erhält und als Teil einer staatlichen Apparatur, die umgekehrt die türkischen Behörden (über das Ausländerzentralregister in Köln) mit Daten über Asylbewerber versorgt. Dieser Zusammenhang ist den Gerichten nicht unbekannt und wurde in einem anderen Fall vom Verwaltungsgericht Magdeburg so gewertet, daß "die Feststellung des Auswärtigen Amtes ... als Beweismittel ungeeignet" sei (Aktenzeichen A1K370/96). Eine mutige, wenn auch in der gerichtlichen Landschaft leider seltene Entscheidung.

2. Die Flüchtlinge und ihre UnterstützterInnen hätten rechtsstaatlich gefundene Entscheidungen zu akzeptieren. - Tatsächlich hat die Asylpraxis sich von Grundsätzen rechtsstaatlicher Prüfung und rechtsstaatlichen Handelns unübersehbar entfernt. Die Degradierung der Flüchtlinge im Asylverfahren zu Objekten behördlich organisierter Entsorgung fällt jedem ins Auge, der sich mit den Einzelschicksalen der Betroffenen befaßt. Deshalb ist ja die Unterstützung für diese Aktion der kurdischen Flüchtlinge so groß. Die durch Rechtsverordnungen und politische Stimmungsmache vorangetriebene Unterhöhlung internationaler Schutzstandards für Flüchtlinge läuft im Endeffekt darauf hinaus, ein Holocaust-ähnliches Niveau von Gruppenverfolgung zur Voraussetzung dafür zu machen, wenn heute in Deutschland Flüchtlinge wegen ihrer Angehörigkeit zu einer verfolgten Minderheit tatsächlich Schutz erhalten sollen.

3. Der Aktion gehe es gar nicht darum, den einzelnen KurdInnen zu helfen. Innenminister Kniola in der Aktuellen Stunden im Düsseldorfer Landtag (8. Mai): "Aber es gibt gute Gründe zu bezweifeln, daß es allen Betreibern um Einzelschicksale geht." - Mit dem Gegeneinanderausspielen von politischer Forderung und Einzelfallhilfe soll diese Aktion nun schon seit einigen Wochen diskreditiert werden. Das Argument ist allerdings demagogisch. Alle Schutz suchenden Flüchtlinge haben die rechtlich vorgesehenen Einzelfallprüfungen durchlaufen. Daß sie dennoch, also trotz ihrer Verfolgungsgeschichte und trotz der drohenden erneuten Verfolgung nach einer Abschiebung, nicht anerkannt und geschützt werden, macht ja gerade den Skandal aus und hat zu dieser Aktion geführt. Da überdies die ersten zusätzlichen Einzelfallprüfungen über die Härtefallkommission erneut abgelehnt wurden (Familie Karakoc in Köln), muß man leider feststellen: dem Einzelnen im gebotenen Maße zu helfen, verweigern sich leider bislang alle im Rahmen der asylpraktischen Vorgaben arbeitenden zuständigen Stellen. Deshalb brauchen wir ein politisches Signal, ein politisches Eingeständnis, eine politische Entscheidung, die die angeordnete Unmenschlichkeit der Abschiebungen unterbricht. Eben einen Abschiebestopp und ein Bleiberecht. Im übrigen führt gerade der ständige Verweis auf die Arbeit der Härtefallkommission als Ausweg bietender Instanz in die Irre. Denn diese Kommission, die ihre Arbeit innerhalb der immer enger werdenden rechtlichen Vorgaben abwickelt, akzeptierte im vergangenen Jahr nur 16,7% der gestellten Anträge.

4. Die Aktion sei eine "politische Aktion", vorbei an den parlamentarisch-politischen Institutionen und stelle "unerreichbare" Forderungen, außerhalb der "vorhandenen rechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten" (Gutheil in seinem Brief an die evangelischen Gemeinden). - Daß die Forderungen erreichbar und rechtlich

möglich sind, wird im nächsten Punkt (5.) erläutert. Daß die Aktion "politisch" sei, und zwar außerhalb der parlamentarischen Institutionen, stimmt sicherlich. Wir sind alle keine ParlamentarierInnen, nehmen uns in einer Demokratie allerdings trotzdem das Recht, politisch zu denken und zu handeln. Die Aktion für einen Abschiebestopp und für ein Bleiberecht wegen einer "verabredeten Verfahrensweise zum Kirchenasyl" (Kniola im Landtag) zu diffamieren, kommt einem politischen Handlungsverbot außerhalb von Parlament, Regierung und Bürokratie gleich. Die geforderte Unterwerfung politisch denkender und handelnder Kirchengemeinden und StaatsbürgerInnen unter eine einmal gefundene Absprache zwischen Landesinnenministerium und Ausländerbeauftragtem der Landeskirche offenbart ein Denken, das von den unveräußerlichen demokratischen Grundrechten wenig zu halten scheint. Eine Rückkehr ins wilhelminische Denken, sozusagen.

5. Nordrhein-Westfalen könne nicht im Alleingang einen Abschiebestopp anordnen. - Dies Argument trifft nicht zu. §54 Ausländergesetz, der diese Möglichkeit einräumt, gilt nach wie vor. Es existiert zwar eine Verabredung, die zwischen den Landesinnenministern und dem Bundesinnenminister vereinbart wurde (Beschlußniederschrift vom 29.3.96). Die Verabredung, der maximal 6-monatige Abschiebestopp (§54 AuslG) solle nur noch "als Ausnahmetatbestand für kurze Zeit und nach vorheriger Konsultation mit dem Bundesministerium des Innern und den Innenministerien der Länder angewandt" werden, hat aber keinerlei Gesetzeskraft. Ihr offensichtlicher Zweck besteht darin, den jeweiligen Landesregierungen ein Argument an die Hand zu geben, um Forderungen nach flüchtlingsschützenden Landesregelungen abzuwiegeln (im Sinne einer bundeseinheitlichen repressiven Flüchtlingsabwehr auch bei anhaltender starker landesbezogener Opposition). Die Behauptung, ein Abschiebestopp nur in NRW entwickele Sogwirkung auf die Flüchtlinge, ist purer Unsinn. Asylbewerber werden nach gesetzlich festgelegten Aufnahmequoten (§45 Asylverfahrensgesetz) auf die Bundesländer verteilt.

6. Der Abschiebestopp sei keine wirkliche Lösung. - Das stimmt. Der sechsmonatige Abschiebestopp, den das Land NRW (wie jedes Bundesland) nach §54 Ausländergesetz anordnen kann, ist tatsächlich "nur" ein Atemholen. Aber dies Atemholen ist unbedingt nötig. Zum einen für die Flüchtlinge; die extremen Belastungen, denen sie unterliegen (gleich ob in den Kirchen oder als heimliche Illegalisierte), würden für eine nicht geringe Zeitspanne bedeutend gemildert. Zum anderen für die deutschen AsylpolitikerInnen, die diese Zeit offensichtlich brauchen, um zu realisieren, daß erhebliche Teile ihrer Wählerschaft die Unmenschlichkeit ablehnen, die sie mit den von ihnen beschlossenen Gesetzen täglich exekutieren lassen.

7. Die Forderung nach einem "Bleiberecht" sei nicht realisierbar. - Die Forderung nach einem Bleiberecht zielt auf eine dauerhafte Lösung für die Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben wollen. Eine Umsetzung ist auf verschiedenen Wegen denkbar. So könnten die kurdischen Flüchtlinge als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge nach §32a AuslG anerkannt werden und damit für die Dauer des Krieges staatlichen Schutz finden. Unabhängig von dieser gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit hat es in der Vergangenheit verschiedene (gesetzlich so nicht vorgesehene) Formen von Bleiberecht-Regelungen gegeben, wie Kontingentlösungen für Roma (1993ff) oder Altfall- bzw. Härtefallreglungen für AsylbewerberInnen, die schon seit langen Jahren ergebnislos auf die Entscheidung über ihren Antrag warten (1996/97); in anderen europäischen Länder gibt es immer wieder Legalisierungsregelungen auch für illegalisierte Menschen (Italien, Frankreich, Spanien usw.).

8. Den Flüchtlingen im Sinne eines Abschiebestopps entgegenzukommen, wäre Wasser auf die Mühlen rechter Stimmenfänger (ein nach internen Informationen wichtiges Argument von Teilen der SPD-Fraktion). - Die Frage wäre bei diesem Argument sicherlich, wie tief der Kotau vor rassistischen Stimmungen noch werden soll, wieviel Humanität, wieviel Menschenrechte noch auf dem Altar der Rechtsradikalen geopfert werden sollen. 3% Stimmenverlust wird in den Reihen der SPD kalkuliert, wenn der Abschiebestopp beschlossen würde. Vielleicht sollten die PolitikerInnen daran erinnert werden, daß auch die immer zahlreicheren UnterstützerInnen der Aktion WählerInnen sind ... Besonders da, wo kurdische Flüchtlinge in dieser Aktion ihr Schicksal mitteilen, ändert sich die Stimmung in der Bevölkerung: statt platter "Das Boot ist voll" Parolen Forderungen nach einer Abkehr vom amtlichen Abschiebewahn.

Zudem lenkt der dramatisch kalkulierte Verweis auf die RassistInnen von DVU u.a. von dem Umstand ab, daß die offizielle Ausländer- und Asylpolitik selbst rassistische Gräben aushebt und vertieft. Gegenüber einer wach werdenden demokratischen Öffentlichkeit könnte solches Manöver möglicherweise nicht mehr verfangen, sondern das Eigentliche schärfer in den Blick geraten: Daß die Verletzung der Menschenrechte zur Grundlage hiesiger Flüchtlingspolitik geworden ist.

Wenn am 7. Juni die große Mehrheit der Evangelischen Kirchengemeinden in Nordrhein-Westfalen und auch bedeutende Teile der katholischen Kirche in einer öffentlichen Anhörung die Menschenrechtslage in der Türkei und die Asylpraxis in Deutschland thematisieren, wird das den Druck auf die Politiker in Düsseldorf erhöhen, einer Lösung für die Flüchtlinge zuzustimmen. Wie weit diese Lösung eine Abkehr von den Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Deutschland einleitet, werden die zukünftigen Auseinandersetzungen entscheiden.

a.k., Kölner Netzwerk

"Kein Mensch ist illegal"

28. Kein Ende in Sicht! NRW schiebt weiter kurdische Flüchtlinge ab

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:40

Trotz der zunehmenden Unterstützung für das Wanderkirchenasyl in Nordrhein-Westfalen will die Landesregierung keinen Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge beschließen. (Zum Verlauf der Aktion siehe unsere Ausgaben ab ak 411.)

Seit vier Monaten befinden sich mittlerweile rund 150 kurdische Flüchtlinge in verschiedenen Kirchengemeinden Nordrhein-Westfalens im Kirchenasyl. Am Samstag, dem 23. Mai, wurde das Wanderkirchenasyl in zwei weitere Städte ausgeweitet. 15 kurdische Flüchtlinge, die vier Wochen in einer Bielefelder Kirche Zuflucht fanden, sind nach Bochum umgezogen. Weitere 30 Flüchtlinge, die bislang in Köln und Mönchengladbach im Kirchenasyl waren, fanden in einer Düsseldorfer Kirche für die nächsten zwei Wochen Zuflucht. Die Unterstützung für die Aktion, die Ende Januar vom Kölner Netzwerk "kein mensch ist illegal" und einigen Kirchengemeinden gestartet wurde, wird mittlerweile selbst von KommunalpolitikerInnen der SPD unterstützt - z.B. dem Oberbürgermeister von Aachen.

Trotz der zunehmenden Unterstützung ist es fraglich, ob das Ziel, einen Abschiebestopp und ein Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge durchzusetzen, erreicht werden kann. Sowohl die Landesregierung als auch die Kirchenoberen können sich trotz der erwiesenermaßen katastrophalen Menschenrechtssituation in der Türkei nicht zu einem Abschiebestopp entschließen. Im Gegenteil - sie versuchen mit zum Teil hanebüchenen Argumenten die Aktion zu torpedieren (siehe dazu den Artikel vom Kölner Netzwerk kein mensch ist illegal). Dabei spielen auch einige Ausländerämter mit, wie der Fall von Süleyman Yadirgi zeigt. Yadirgi wurde am 26. Mai zum zweiten Mal beim Versuch, einen Antrag auf Asyl zu stellen, verhaftet. Seitdem sitzt er im Abschiebeknast Büren. Zum ersten Mal verhaftet und in die Türkei abgeschoben wurde er vor zwei Monaten. Dort wurde er direkt nach seiner Ankunft verhaftet. Erst nach sechs Tagen Haft und Folter kam er frei. Da er in der Türkei nicht sicher vor Verfolgung ist, floh er ein weiteres Mal in BRD, wo er wieder bei einer Kirchengemeinde Zuflucht fand. In UnterstützerInnenkreisen wird nun vermutet, daß mit dem Fall ein Exempel statuiert werden soll, um zu zeigen, wie aussichtslos die Aktionen gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sind. Aus Protest gegen die Verhaftung und die drohende Abschiebung ketteten sich am 28. Mai einige PfarrerInnen an die Eingangstür des Bundesamtes zur Anerkennung ausländerischer Flüchtlinge - ein Einzelentscheider dieser Behörde hatte den Antrag von Yadirgi abgelehnt und seine Verhaftung veranlaßt. Gespräche zwischen UnterstützerInnen des Wanderkirchenaysls und VertreterInnen der Landesregierung, die am gleichen Tag stattfanden, waren wenig erfolgreich. Einziges Ergebnis war, daß die Gespräche fortgesetzt werden sollen.

Am 7. Juni wird ein Hearing zur Lage der Menschenrechte in der Türkei stattfinden. Veranstaltet wird es von über 30 Kirchengemeinden aus dem Rheinland und Westfalen.

ch.

Kölner Netzwerk "kein mensch ist illegal", c/o Allerweltshaus, Körnerstraße 77-79, 50823 Köln, Fax: 0221-95 21 1197

Netzwerk Asyl in der Kirche NRW, Tel: 0221-33 82-281, e-mail: J.Courage @link-lev.dinoco.de, http://www.contrast.org/borders

Spendenkonto: Allerweltshaus, Stichwort "kein mensch ist illegal", Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 370 205 00, Konto: 707 44 00

29. "Sind wir zu fein, uns zu bücken?" Arbeitslose zum Spargelstechen abkommandiert

Autor: Kt. · Rubrik: Sozialpolitik; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:26

"Deutsche Arbeit für Deutsche", fordert die DVU, und mancher Arbeitslose ist vielleicht geneigt, ihr zuzustimmen. Auch die Bundesregierung scheint die Forderung plausibel zu finden - und schiebt die Verdrängung osteuropäischer Saisonarbeiter durch deutsche Zwangsarbeiter an.

Erstmals sind in diesem Jahr mehrere tausend deutsche Arbeitslose zur Spargelernte abkommandiert worden. Wer sich vor der Dienstverpflichtung zu drücken versucht, wird mit Sperrung der Arbeitslosenhilfe bestraft.

Jeweils rund 200.000 Menschen aus Osteuropa, größtenteils Polen und Polinnen, wurden in den vergangenen Jahren für zeitlich befristete Saisonarbeiten in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Ferien- und Gaststättengewerbe an deutsche Bauern, Hoteliers, Weinbergbesitzer u.a. vermittelt. Die Löhne für harte körperliche Arbeit liegen unterhalb dessen, was man bei McDonalds erheblich leichter verdienen könnte. Aber für McDonalds würden die Osteuropäer gar keine Arbeitsgenehmigung erhalten. Und für die polnischen Arbeitskräfte stimmt die Rechnung auch so: Nach (vielleicht etwas übertriebenen) Angaben des "Spiegel" (44/1997, S. 99) entspricht der Monatslohn eines Erntehelfers in Deutschland immer noch ungefähr sechs durchschnittlichen Monatslöhnen in Polen; 1989 sei das Verhältnis sogar 12-14 zu 1 gewesen.

So kommen als Saisonarbeiter größtenteils Menschen, die hochgradig motiviert sind. Die meisten sind an schwere und lange körperliche Arbeit gewohnt; manche haben in Polen noch Nebenerwerbslandwirtschaften, die während ihrer Abwesenheit von anderen Familienmitgliedern bewirtschaftet werden. Gern zeigen sie, daß sie durchschnittlichen deutschen Arbeitern klar überlegen sind, wenn's um hartes Ranklotzen geht. Die Ausbeuter polnischer Arbeitskraft konnten also bisher vollauf zufrieden sein.

Die Bundesregierung aber will die Beschäftigung osteuropäischer Saisonarbeiter schrittweise einschränken und abbauen. Warum? Der vorgeschobene arbeitsmarktpolitische Effekt ist absolut lächerlich. Die Saisonarbeitskräfte sind, wie der Name schon sagt, jeweils nur wenige Monate, manchmal sogar nur einige Wochen beschäftigt. Aufs ganze Jahr umgerechnet entspricht ihr Einsatz nur ungefähr 20.000 Vollzeit-Arbeitskräften.

Warum also? Weil es der Disziplinierung der Arbeitslosen insgesamt dient; weil es ein paar tausend Menschen aus der Empfängerliste der Arbeitsämter vertreibt; weil es eine "aktive Arbeitsmarktpolitik" vortäuscht, wo in Wirklichkeit nur totale Ratlosigkeit und Inkompetenz herrscht; und schließlich oder vor allem: weil es zu einer entscheidenden Tendenzwende der öffentlichen Meinung gegen die Arbeitslosen beitragen soll.

Die Grundlage der saisonalen Zwangsarbeit wurde 1996 mit dem § 134 b des Arbeitsförderungsgesetzes geschaffen. Dort ist vorgesehen, daß eine "Arbeitnehmerhilfe" von 25 Mark pro Tag an Bezieher von Arbeitslosenhilfe gezahlt werden kann, die eine niedrig entlohnte, zeitlich befriste Arbeit (längstens drei Monate) aufnehmen. Damit wird die Zumutbarkeitsklausel ausgehebelt, die besagt, daß niemand eine Arbeit übernehmen muß, deren Entlohnung unterhalb seiner Arbeitslosenhilfe liegt. Arbeitslose können also zwangsweise zu solchen Arbeiten verpflichtet werden, oder ihnen droht Einstellung der Zahlungen vom Arbeitsamt. Zunächst für drei Monate, im Wiederholungsfall auch endgültig.

Das Unternehmen ließ sich im ersten Jahr, 1997, äußerst schleppend und unlustig an. Für die Arbeitgeber der betroffenen Bereiche ist die Ersetzung osteuropäischer Saisonarbeiter durch dienstverpflichtete deutsche Arbeitslose ausschließlich mit erheblichen Nachteilen verbunden. Freiwillig macht das selbstverständlich niemand. Also muß der Staat auch gegen die Arbeitgeber Druck ausüben, indem die Ämter ihnen von vornherein weniger Osteuropäer bewilligen, als sie angefordert hatten, und indem sie sie verpflichten, eine bestimmte Zahl deutscher Arbeitsloser, die ihnen vom Arbeitsamt zugewiesen werden, zu beschäftigen.

Wie gesagt, es funktionierte im ersten Jahr überhaupt noch nicht. Von den im Bundeshaushalt 1997 für die "Arbeitnehmerhilfe" vorgesehenen 50 Millionen Mark wurden - mangels Interesse der potentiellen Arbeitgeber - nicht einmal zwei Millionen in Anspruch genommen. Insgesamt konnten nur rund 5.000 Arbeitslose für

Saisonarbeiten zwangsvermittelt werden, bei einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von 29 Tagen. (lt. Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der PDS)

Für 1998 nahm die Bundesregierung sich sehr viel mehr vor: Statt 200.000 osteuropäischen Saisonarbeitskräften dürfen den Arbeitgebern nur noch 170.000 bewilligt werden. Der darüber hinausgehende Bedarf soll durch zwangsvermittelte deutsche Arbeitslose gedeckt werden.

Die Spargelernte 1998 wurde zur ersten großen Probe aufs Exempel. Hatte die Bundesregierung 1997 noch erklären lassen, man denke vor allem an den Einsatz jüngerer Arbeitsloser unter 35 Jahren, so wurden nun plötzlich Männer und Frauen bis zu 56 Jahren (lt. Bild, 25.4.) zu einem einwöchigen Lehrgang im Spargelstechen verpflichtet. Nur etwa 20% der zum Lehrgang Befohlenen wurden abschließend als geeignet befunden.

Dann folgte erwartungsgemäß der Aufschrei: "Spargel-Skandal" - "Sind wir zu fein, uns zu bücken?" (Bild, 19.5.) Mit "wir" waren aber natürlich nicht die Bild-Redakteure, sondern die leistungsunwilligen Arbeitslosen gemeint. Bild-Chefredakteur Udo Röbel ging in seinem Leitkommentar die Sache gleich ganz grundsätzlich an: "Der Pole sticht - der Deutsche ißt. Wie lange können wir uns diesen Luxus noch erlauben? Nicht nur beim Spargel ..." - Der Vorsitzende der Vereinigung niedersächsischer Spargelanbauer wurde von Bild mit dem Satz zitiert: "Es funktioniert nicht, weil die Einheimischen nicht einsatzbereit sind." Der Chef der süddeutschen Spargelbauern klagte, daß sich die Krankmeldungen unter den abkommandierten Arbeitslosen so gehäuft hätten, daß 55 Betriebe rund 120 Hektar stillegen mußten. "Einige werden das nicht überleben." - Und Bild weinte mit Spargelbauer Göllner, der angeblich sieben Hektar Spargel (Wert ca. 80.000 Mark) wegpflügen mußte, weil ihm die deutschen Arbeitslosen davongelaufen seien.

Dies zumindest ist eine typische Bild-Ente. Spargelfreunde konnten heuer feststellen, daß die Preise für deutschen Spargel von Anfang an deutlich niedriger lagen als im Vorjahr. Dafür gibt es mehrere Gründe: 1. Eine besonders gute Ernte aufgrund der Wetterverhältnisse. 2. Der anhaltende Konkurrenzdruck von billigem Spargel aus Griechenland u.a.; etwa die Hälfte des in Deutschland gegessenen Spargels ist mittlerweile Importware. 3. Eine erhebliche Ausdehnung der Anbauflächen in früheren Jahren, die nun zu einem Überangebot geführt hat.

Also: Wahrscheinlich wurde in diesem Jahr wirklich eine Menge Spargel von den Bauern vernichtet. Aber nicht wegen der Arbeitslosen, sondern wegen Unverkäuflichkeit oder zur Stabilisierung des Preises. Wenn man bedenkt, daß die Zuteilung osteuropäischer Arbeitskräfte an die Bauern nur um etwa 10% gegenüber dem Vorjahr gekürzt wurde, ist klar, daß dieses Defizit teilweise aufzufangen war und jedenfalls nicht zu den behaupteten Rieseneinbrüchen führen konnte - selbst wenn sich sämtliche deutschen Zwangsarbeiter gleich am ersten Tag vom Acker gemacht hätten.

Damit soll nicht weggeredet werden, daß die Bauern durch die Zwangsvermittlung von Arbeitslosen erhebliche Probleme haben. Selbstverständlich sind Zwangsarbeiter in der Regel nicht gut motiviert, außerdem ist diese Arbeit wirklich körperlich sehr hart und nicht von jedem 8-10 Stunden täglich zu leisten. Aber selbst ein junger, gesunder, kräftiger und absolut "gutwilliger" Arbeitsloser wird als Anfänger nicht annähernd die gleiche Leistung bringen können wie die Polen, die teilweise selbst in der Landwirtschaft aufgewachsen sind und nun schon seit etlichen Jahren zur Spargelernte nach Deutschland kommen. Der Bauer muß den Deutschen aber genau den gleichen Lohn zahlen wie den Polen - ein ganz schlechtes Geschäft, und außerdem sorgt es für Unfrieden. Was soll der Bauer also machen, wenn er clever ist? Er wird zusehen, daß er die meisten Deutschen, deren Ernteleistung allzu weit zurückbleibt, schnell wieder los wird. Dann braucht er sie wenigstens nicht zu bezahlen, sondern kann stattdessen beispielsweise versuchen, schnell noch ein paar zusätzliche "illegale" Polen aus dem Verwandtenkreis seiner langjährigen Erntehelfer nachkommen zu lassen.

Das Ergebnis des Experiments ließ sich schon in dem Moment voraussagen, wo es in Bonn beschlossen wurde: Die betroffenen Arbeitgeber wehren sich selbstverständlich grundsätzlich gegen die Zwangszuweisung von Arbeitslosen, weil sie ihnen nur Nachteile bringt. Sie wehren sich vor allem mit Blick auf die erklärte Absicht der Bundesregierung, die Ersetzung osteuropäischer Saisonarbeiter durch deutsche Zwangsvermittelte in den kommenden Jahren schrittweise immer mehr auszudehnen, was dann zu echten Schwierigkeiten führen würde. Um diese Gefahr abzuwehren, bauschen die Arbeitgeber die real vorhandenen Probleme in der Öffentlichkeit noch weiter auf und verkünden Pauschalurteile über die leistungsunwilligen

Arbeitslosen. Das war schon im Herbst 1997 ganz genau so, als erstmals Arbeitslose zur Weinlese abkommandiert wurden.

Die Folgen sind einfach und zwangsläufig: Jede Abkommandierung von Arbeitslosen in harte, schlecht bezahlte Jobs verstärkt durch die praktischen Ergebnisse das herrschende Vorurteil, daß die meisten Arbeitslosen und insbesondere Langzeitarbeitslose entweder nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können. Sie erschwert also die Vermittlung von Arbeitslosen auf freiwilliger Basis und ist damit arbeitsmarktpolitisch direkt kontraproduktiv.

Fraglich ist, ob die Bundesregierung das Unternehmen tatsächlich gegen die Interessen und gegen den Protest der betroffenen landwirtschaftlichen Interessenverbände fortsetzen will und kann, oder ob sie nicht sogar noch im laufenden Jahr zu Korrekturen gezwungen ist. Der Deutsche Bauernverband fordert eine "Lockerung" der neuen Regelung. Einzelne Spargelanbauer haben angekündigt, daß sie ihr Recht auf ungekürzte Zuteilung polnischer Arbeitskräfte vor Gericht einklagen wollen. Als erste Partei hat sich die FDP hinter die Interessenverbände gestellt. Sie fordert, die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter wieder großzügiger zu bewilligen, "da sonst nach der Spargel- auch die Obsternte und die Weinlese in Gefahr seien." (HA, 28.5.)

Es kennzeichnet die Verhältnisse, daß öffentlicher Widerstand gegen die Zwangsvermittlung nur aus rein pragmatischen Gründen von den Arbeitgeberinteressen her laut wurde. Und daß, wenn überhaupt, auch nur von dieser Seite her eine gewisse Aussicht besteht, daß das Experiment zum Scheitern gebracht wird. Laut Bild-Umfrage bejahten 73% die Frage: "Sollen Arbeitslose generell für Saisonarbeiten, wie zur Zeit Spargelstechen, herangezogen werden?" Nur 24% antworteten mit Nein. (Bild, 9.5.)

Kt.

30. Wieder nur Sprechblasen. Die RAF bleibt eine Erklärung schuldig

Autor: ga. · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:42

Das Interessanteste im Zusammenhang mit der RAF-Auflösungserklärung vom 20. April (vgl. ak 414) war das Fax, das bei uns in der ak-Redaktion einen Tag später ankam. Eine ak-Leserin fragte an, ob wir ihr bestätigen könnten, daß sich die RAF wirklich aufgelöst habe. Tja, wir können auch nichts anderes tun als alle anderen: einfach davon ausgehen, daß es stimmt. Nach der Gewaltverzichtserklärung gegen führende Repräsentanten von Staat und Wirtschaft 1992, aber spätestens 1993 nach der Festnahme von Birgit Hogefeld und dem Tod von Wolfgang Grams gab es die RAF "irgendwie" nicht mehr - die RAF draußen. Die Gefangenen in den Knästen gibt es weiterhin - sie müssen endlich raus.

Die lange Auflösungserklärung der RAF, die das Projekt Stadtguerilla zur Geschichte erklärt, ist nichtssagend; wo sie doch versucht, etwas zu erklären, ist sie schlicht großmäulig. Die VerfasserInnen halten es offensichtlich auch 28 Jahre nach Gründung der RAF nicht für notwendig, sich auch nur mit einer der vielen immer wieder geäußerten Kritiken an dem politischen Konzept und den Einschätzungen der RAF auseinanderzusetzen. Darin unterscheiden sie sich nicht von den GründerInnen; darin ähnelt auch dieses Papier den vielen vorausgegangenen. Schon in der Gewaltverzichtserklärung von 1992 wurde eine Auseinandersetzung mit der bisherigen RAF-Politik vermieden - es war eben alles richtig. Jetzt wird das Projektende erklärt, aber eine ernsthafte Auseinandersetzung findet nicht statt.

Der allgemeine Tenor, der sich durch das ganze Papier zieht, ist von der an der Realität doch etwas vorbeigehenden Einschätzung geprägt, daß die RAF die einzige konsequent anti-staatliche Gruppe gewesen sei. Alle anderen Linken erscheinen als diskutierende SchwätzerInnen - während die RAF nach Faschismus und Krieg etwas Neues in die Gesellschaft gebracht habe: die entschiedene Feindschaft gegen die Verhältnisse.

Die Erklärung überschlägt die Jahre 1970 bis 1975 und fängt mit dem Jahr 1975 an. Das ist ein Zeitpunkt, der für viele schon nach der offensiven Phase der RAF liegt. 1975, mit der Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm, wurde die "Raushole-Phase" eingeleitet. In diesem Zusammenhang standen seitdem in der Regel die Anschläge gegen Sachen und Personen. Die Ziele wurden nicht eben zimperlich ausgesucht, und die Aktionen ließen sich oft nicht eindeutig zuordnen. Politisch selbstbestimmte Aktionen, die in aktuelle politische Auseinandersetzungen eingreifen oder Kämpfe unterstützen sollten, fanden vor 1975 statt.

Die VerfasserInnen dagegen schätzen 1977, als durch die Schleyer-Entführung die Stammheimer Gefangenen befreit werden sollten, als Jahr der Offensive ein. Die VerfasserInnen behaupten allen Ernstes, mit der Schleyer-Entführung habe die RAF die Machtfrage gestellt. Heute wie damals stehen sich hier widersprüchliche Vorstellungen von offensivem und defensivem Agieren gegenüber.

Bis heute hält sich der Mythos, der die RAF-KämpferInnen als hochmoralische und konsequente Menschen erscheinen läßt - mit dem Nimbus, alles aufgegeben zu haben, um der Sache (dem Volke) zu dienen und für die Befreiung der Menschen vom Joch des Kapitalismus zu kämpfen und zu sterben. Das führt immer noch dazu, daß auch die beschissensten Aktionen mit einem "ja, aber" kommentiert werden. Daß irgendwie nach Verständnis gerungen wird, sei die Aktion auch noch so absurd. In den Erklärungen für die Aktionen stellt sich die RAF dann auch während der ganzen Jahre entsprechend dar: Ihre konsequente, anti-staatliche Haltung und Kompromißlosigkeit gegenüber den herrschenden Verhältnissen legitimiert ihr Tun.

Die romantisierende Verklärung des bewaffneten Kampfes bei vielen westeuropäischen Linken trägt dazu bei, daß solche Rechtfertigungen akzeptiert werden. Nicht zufällig kamen die InternationalistInnen aus Nicaragua mit Fotos zurück, auf denen sie selber mit Waffe - möglichst bei Sonnenuntergang -, ein bißchen wie Che Guevara aussehend, abgelichtet sind.

Jeder kann anfangen?

"Das Ergebnis kritisiert uns", schreiben die VerfasserInnen der Erklärung. Hier wäre zumindest der Versuch einer Analyse nötig, wie die RAF ihren Schritt zum bewaffneten Kampf als machbare Form in den Metropolen begründet hat. Sie bezieht sich auf die Guerilla in den Ländern Lateinamerikas und den Volkskrieg in China.

"Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: Die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften." Die Gruppen, auf die sich die RAF damals bezog, waren neben der Volksbefreiungsarmee in China die IRA in Nordirland oder die Tupamaros in Uruguay. Eine etwas genauere Betrachtung der dortigen Kämpfe hätte die Anbindung der bewaffneten KämpferInnen an die Kämpfe der Bevölkerung bzw. ihrer fortschrittlichsten Kräfte deutlich werden lassen. Die Ignoranz der RAF gegenüber dieser Ein- und Anbindung führte zu dem tödlichen Fehlschluß, daß denjenigen, die nicht zur Waffe greifen, nichts fehle als Mut, Konsequenz und Entschlossenheit.

So erklärte die RAF 1972: "Ist sie (gemeint ist die Guerilla, Anm. ak) eine ländliche Guerilla, muß sie sich in entlegenen, schwer zugänglichen Gegenden verstecken oder nach einem Schlag gegen den Feind sofort untertauchen und als Teil der ländlichen Bevölkerung erscheinen. In beiden Fällen ist ihre Versorgung nur durch die Bevölkerung zu sichern, Teile derselben müssen in Kenntnis der Umstände zu Hilfsdiensten bereit sein. (...) Anders ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten. (...) Die großstädtische Anonymität ist ein bestimmendes Element für die Stadtguerilla. Konspirative Kontakte zu Informanten, Sympathisanten und Partisanen mit besonderen Aufgaben in den Institutionen des Feindes lassen sich in einer Großstadt leichter knüpfen und aufrechterhalten als in anderen Gebieten." Es stimmt, daß in den ersten Erklärungen der RAF immer wieder versucht wird, die Notwendigkeit des Bezuges des bewaffneten Kampfes zu den legalen Kämpfen herauszustellen. In der Praxis spielt sich das Gegenteil ab. Das konstatiert selbst die RAF schon zu diesem Zeitpunkt.

Völlig entsetzt sind 1972 selbst diejenigen, die den Schritt der RAF für moralisch vertretbar, wenn auch für politisch sinnlos oder gar kontraproduktiv halten, als die Bomben im Springer-Hochhaus explodieren und mehrere ArbeiterInnen verletzt werden. Da nützt auch der Einwand nichts, daß schließlich gewarnt worden sei und die Geschäftsleitung mit dem Leben der ArbeiterInnen gespielt hat, weil sie das Gebäude nicht räumen ließ. Dieses Abschieben der Verantwortung zieht sich durch die RAF-Geschichte hindurch. Da das eigene Handeln moralisch ist, sind für die dabei auftretenden Fehler die Schweine verantwortlich.

Aktionen, die hinterfragt wurden, weil sie jeder linken Handlungslogik und Moral entgegenliefen, wurden mit dem konsequenten Handeln im Kampf gegen das Schweinesystem begründet. Oder einfach mit der Diffamierung der KritikerInnen als ReformistInnen oder als vom Schweinesystem bestochen. Während die Tötung von Ponto, Schleyer oder Buback noch bei vielen auf mehr als nur Verständnis stieß - und das durchaus weit über die Kreise der radikalen Linken hinaus - so sind Aktionen wie die Ermordung Pimentals durch einen Genickschuß (!) oder von Braunmühls schlicht nicht zu verstehen gewesen. Die VerfasserInnen der Schlußerklärung setzen sich auch damit nicht auseinander. Sie lamentieren über das Auseinanderdriften der Politik der RAF und der Politik der "legalen" Linken.

Inwieweit sie selber dazu beigetragen haben, bleibt im dunkeln. Vielleicht würde eine kritische Betrachtung der regelmäßig auftretenden Auseinandersetzungen während der Hungerstreiks hier ein wenig Licht in die Sache bringen.

Entebbe und Mogadischu

Zu den innerhalb der Linken umstrittensten Aktionen wird inhaltlich schlicht nichts Kritisches gesagt. Zwar schreiben die VerfasserInnen richtig, daß mit der Aktion von Mogadischu aus dem Bruch mit dem System und der Ablehnung der Verhältnisse in dieser Gesellschaft der Bruch mit der Gesellschaft geworden ist. Aber so bleibt es dann auch unreflektiert stehen: Nicht die Aktion an sich war falsch, sondern die fehlende Vermittlungsmöglichkeit.

Nachdem es 1976 während der Entebbe-Entführung zur Aussonderung israelischer Staatsbürger kam und eine der bei der Geiselbefreiung Getöteten eine KZ-Überlebende war, ist die Zustimmung der RAF 1977 zu einer Flugzeugentführung durch ein palästinensisches Kommando mehr als fragwürdig.

Diesem Aspekt hätte endlich einmal mehr Raum für eine kritische Auseinandersetzung gegeben werden müssen. Statt dessen wird im Schlußsatz der Erklärung unreflektiert und heroenhaft all derer gedacht, die im Kampf alles gegeben haben.

Bewaffneter Kampf passé?

Auch wenn sich (fast) weltweit die ehemals bewaffneten Gruppen auf eine neue Etappe ihres Kampfe eingestellt und Waffenstillstandsabkommen oder Friedensverträge abgeschlossen haben, diskreditiert das nicht den bewaffneten Kampf als notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Die Verhältnisse heute sind anders als 1968. Sie sind in einzelnen Punkten positiv fortgeschritten. In vielen Punkten wurden oder werden sie gewaltig zurückgedreht. Dagegen vielfältige Kampfformen zu entwickeln, ist die Aufgabe der heutigen Linken.

Sich die gesellschaftlichen Verhältnisse schön zu trinken oder sie so darzustellen, daß die Kampfform paßt, die einer/m am liebsten oder bequemsten ist, heißt bis heute nichts dazugelernt zu haben.

ga.

Alle Zitate aus: Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa. Mai 1972

Foto unten: M. Höhn

31. Maifeier mit Torte. Frankreich diskutiert über den Mai 68 und die Folgen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:37

Der diesjährige Monat Mai fing schlecht an für Dany Cohn-Bendit. Am 5. sollte er an der Universität Paris X-Nanterre - wo einst, 1967, "alles angefangen" hatte, wo Dany le Rouge als Wortführer der aufrührerischen Studenten agierte - an einer Diskussionsveranstaltung zum 30. Jahrestag des Mai 68 teilnehmen. Prompt bekam er zum Auftakt eine Torte ins Gesicht. Junge Militante der anarcho-syndikalistischen Vereinigung CNT bekannten sich zu dem Tortenwurf und erklärten in einem Kommuniqué: "Er ist das Symbol für etwas, dessen wir niemals gedenken werden: das Sicheinlassen, die Komplizenschaft mit einem System, das ihn aufgenommen hat. Cohn-Bendit, ebenso wie Alain Geismar (ein anderer 68er Wortführer, später Maoist, heute Berater von Bildungsminister Allègre, Anm. B.S.) und Serge July (nach einer maoistischen Phase heute Chefredakteur der Tageszeitung Libération, Anm. B.S.) sind unsere schlimmsten Erinnerungen an damals." Zugleich warfen sie Cohn-Bendit sein heutiges Eintreten für einen "Dialog mit den islamistischen Mördern in Algerien" vor.

Die CNT wollte nach eigenem Bekunden durch ihre Aktion, über die auch in der großen Presse berichtet wurde, zeigen, wie der 30. Jahrestag des Mai 68 ihrer Ansicht nach am besten zu begehen sei: mit eigenen radikalen Aktionen gegen die herrschenden Verhältnisse. Damit schwimmt sie in diesen Frühjahr gegen den Strom. Seit April überschwemmen die Medien den Markt mit Veröffentlichungen zu den 30. Jahre zurückliegenden Ereignissen; Le Monde und Libération erfreuen das Publikum mit einer täglichen Doppelseite als Fortsetzungsroman, und selbst die Regenbogenzeitschrift Paris Match druckte über mehrere Dutzend Seiten hinweg Fotos der damaligen Ereignisse ab.

Dagegen herrscht weitgehend Funkstille, was die aus der Revolte zu ziehenden Lehren betrifft. Im aktuellen Teil stellt Le Monde (10.5.) fest: "Die politische Formationen schweigen über den Mai 68" - auszunehmen seien neben der CNT nur die trotzkistische LCR (ihr langjähriger Sprecher Alain Krivine war einer der vier oder fünf führenden Köpfe der studentischen Bewegung). Die LCR unterstreicht vor allem, daß der berühmte Mai nicht nur eine studentische Erhebung war, sondern vor allem auch der dreiwöchige Generalstreik von 10 Millionen Arbeitern; verbreitete Theorien über die vollkommene Einbindung der Arbeiterschaft in die imperialistische Gesellschaft seien damit anschaulich widerlegt worden. Lehren müsse man insbesondere aus der strukturellen Schwäche der Bewegung ziehen, dem Fehlen koordinierender Strukturen außerhalb der Gewerkschaftsapparate.

Eine Revolte für den Liberalismus?

Die meisten Kommentatoren in den Medien, zum großen Teil ehemalige Angehörige der damaligen studentischen Bewegung, unterstreichen jedoch eher den vermeintlichen Triumph der "Ideen von 1968" - den sie, vor dem Hintergrund ihrer eigenen Karriere, weitgehend in positivem Licht sehen. Dabei wird die 68er Bewegung meist unter zwei Aspekten charakterisiert: erstens als Generationenkonflikt (der den Durchbruch der zahlenmäßig starken "Babyboom"-Generation gegen den Widerstand der Alten gesichert habe); zweitens als Modernisierungsimpuls für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft. Diese Aspekte hat die Maibewegung zweifelsohne auch gehabt, den erstgenannten als Wesenszug und den letzteren, in einer rückblickenden Betrachtung, als objektives Ergebnis. Doch es grenzt an Geschichtsklitterung, die damals aufgetretenen gesellschaftlichen Brüche zu leugnen und einen glatten Übergang zum "modernisierten Kapitalismus" ohne weiterreichende Widersprüche zu behaupten.

Die im bürgerlichen Kultur- und Ideologiebetrieb dominierende Interpretation des Mai 68 gibt das sozial-liberale Wochenmagazin Le Nouvel Observateur (23.4.98) vor. Es präsentiert ein Interview mit Gilles Lipovetsky, der als Philosoph und Soziologe vorgestellt wird, also als einer der weisen Medizinmänner, die kraft ihres Titels zur Deutung bedeutender gesellschaftlicher Ereignisse berufen sind. Lipovetskys Analyse besagt im Kern: "Auf der einen Seite hat der Mai 68 die hyper-ideologischen revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts verlängert. Man sieht die rote und die schwarze Fahne Seite an Seite. Man erklärt, daß man das Leben ändern müsse - surrealistischer Slogan -, das System zerstören, den Kapitalismus und sogar die parlamentarische Demokratie umstürzen." Der Mai 68 weise "im Kern eine Dualität" auf: "eine Hyper-Ideologisierung kombiniert

mit dem Aufstieg von Bestrebungen individualistischen Typs. (...) Der Mai 68 als politische Bewegung hat keine Zukunft gehabt; aber er hat die Tiefenströmung des kulturellen Liberalismus ausgelöst." Und weiter: "Der Mai 68 hat auf gewisse Weise den neuen Geist des Kapitalismus gekennzeichnet, der bereits durch die Werbung, durch das Marketing, die Medien, das Show-Business befördert worden war, durch die Freizeitgesellschaft, welche sich Mitte der 60er Jahre in Frankreich herauszubilden beginnt. Eine Dynamik war geschaffen worden. Der Rückzug des Autoritarismus und der Starrheit der Sitten war unvermeidlich. (...) Der Mai 68 hat die Gesellschaft von einer Hülle von Überzeugungen befreit, die nicht mehr mit dem Neokapitalismus in Übereinstimmung war und dennoch fortbestand. Die revolutionäre Gewalt hat die Konsumgesellschaft von ihren alten Kleidern befreit; sie hat ihr geholfen, den kulturellen Liberalismus zu gebären."

"Genießen ohne Schranken"

Am 1. Mai 1998 fiel in Brüssel die Entscheidung über die Europäische Währungsunion, einen Tag später zog Le Monde in einem Editorial eine Linie zwischen den beiden drei Jahrzehnte auseinanderliegenden Ereignissen: "Von einer ‚Revolution` zur anderen. Vor 30 Jahren war es die Straße. Heute ist es der Euro. Trotz bedeutender Unterschiede - das Frankreich von 1968 hatte eine Periode langanhaltenden Wirtschaftswachstums hinter sich, das Europa von 1998 über 20 Jahre wirtschaftlicher Schwierigkeiten - ist die Revolution von 1998 sehr wohl ein Erbe der Revolte des Mai 1968. Aber von den beiden Fäden, an denen die 68er Bewegung hing, ist einer - selbstsicher und dogmatisch - mit einer anderen Revolution gerissen, mit dem Mauerfall 1989 und dem Ende des realen Kommunismus. Der andere, intakt gebliebene, ist jener des Appells an die Phantasie, an die Erfindung der Zukunft und an die Träume von Brüderlichkeit. (...) (Die zweitgenannte Kultur) war eine Bewegung gegen die Autorität, für die Freiheit, für alle Freiheiten, jene der Sitten und jene des échange (der Begriff ist hier doppeldeutig, er steht für kulturellen Austausch und für Handel; Anm. B.S.). Humanistisch und internationalistisch, offen für die Welt und die Menschen in ihrer Diversität. (...) Man findet sie im europäischen Streben wieder. Der Euro ist nicht nur die Vollendung des Binnenmarkts, ein Sieg der wirtschaftlichen Freiheit, sondern auch der Grundstein für den Aufbau eines politischen und sozialen Europas. Man findet sie auch wieder, wenn das Zusammenleben der Homosexuellen endlich sozial akzeptiert und offiziell anerkannt sein wird." (Ein Gesetzentwurf der Regierung für die Anerkennung einer eheähnlichen Gemeinschaft ist in Arbeit, das Projekt liegt jedoch wegen zahlreicher Widerstände derzeit auf Eis; Anm. B.S.)

Ähnlich euphorisch argumentierte bereits im Februar 98 das Kunst- und Zeitgeistmagazin Technikart in einer Titelgeschichte über die dreißigste Wiederkehr des Mai 68: "Natürlich darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten: die ‚Bewegung des 22. März` (der Anarchisten von Nanterre; Anm. B.S.) und ihr Slogan ‚genießen ohne Schranken` auf der einen Seite, die Barrikaden des Mai und die Mao-Bibel auf der anderen. Denn wenn 30 Jahre später das Badewasser trübe ist und stinkt, ist das Kind ziemlich gewachsen. Heute sind der Hedonismus, die Toleranz und das libertäre Wesen, welche die ‚Wütenden` von Nanterre ausdrückten, keine Forderung mehr: Diese Werte werden Tag für Tag von der jungen Generation gelebt. (...) Die alte Welt, jene des Generals de Gaulle wie jene der Marxisten, ist gründlich tot. Raveparties, Arbeitslosenbewegungen und zerstörte Familien, so unterschiedlich diese Beispiele sein mögen, zeugen von einer improvisierten und spannenden Lebensführung. (...) Nach dem Bild dessen, was die Protagonisten der Bewegung des 22. März behaupten, läßt der Strudel unserer Zeit nur eine einzige Regel zu: die Freiheit."

Selbstkritisches von der KP

Die KP-Tageszeitung L'Humanité, die dem Mai 68 ihrerseits eine Sonderausgabe widmet, analysiert dasselbe Phänomen zugleich rationaler und pessimistischer. Aus der Feder des Humanité-Direktors Pierre Zarka ist etwa zu lesen: "(In den 60er Jahren) politisiert sich die Frage: ‚Welchen Platz in der Gesellschaft finden?`; sie knüpft eine neue Beziehung zwischen kollektiven und individuellen Bestrebungen, die man allzu oft auf die individuelle Seite reduziert hat. (Es geht um) die soziale Zukunft - für die Studenten etwa um Berufsperspektiven, die blockiert sind - ebenso wie um die sexuelle Entfaltung. (...) Die kollektive Antwort kommt nicht von da, woher man sie erhofft hätte."

Zarka führt das auch auf das negative Bild zurück, das die Realität der realsozialistischen Länder vermittelt - dort sei damals ebenfalls ein Verlangen nach Demokratie und Selbstverwaltung herangereift, das 1968 mit dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR 1968 beantwortet wurde. "Die Bourgeoisie nimmt das libertäre Verlangen auf. Sie bewegt, was immer sie in Bewegung versetzen kann, solange es nicht ihre Herrschaft in

Frage stellt - mit dem Ziel, das Verlangen zu vereinnahmen. (...) Der Kapitalismus ändert seine Haltung. Bis 1968 war er konservativ gewesen, hielt an der gesellschaftliche Erstarrung fest. Da die Dynamik im Lager des Protests liegt, versucht er, sie aufzunehmen, sie zu integrieren. Um so mehr, als er die Gesellschaft nicht in ihrem Zustand belassen, sondern sie seinen eigenen Erwartungen unterwerfen will, wobei er sowohl das Verbot der Abtreibung als auch die Arbeitsgesetzgebung unter den Begriff des ‚Erstarrten` subsumiert."

Als Beispiele für Veränderungen mit dem Ziel der Integration des Protests werden die Reformen der Universität und die Einführung neuer Managementmethoden in den Betrieben genannt, welche Teilen der jungen Generation "neue soziale Aufstiegsmethoden eröffnen, während die Massenarbeitslosigkeit einzusetzen beginnt. Zu dem Zeitpunkt, als die innere Erosion der UdSSR einsetzt, regeln die USA auf der Ebene der Bürgerrechte ihre gravierendsten Rassenprobleme, ziehen sie sich aus Vietnam zurück und geben sich das Bild einer dynamischen Gesellschaft..." Im Ergebnis sei die Dynamik auf die Seite der Herrschenden übergegangen; "die Bourgeoisie drängt diejenigen fortschrittlichen Kräfte, welche die Initiative verloren haben, in die Ecke des Erstarrten und Realitätsblinden."

Die französische KP is im Mai 68 sichtbar der Ordnungsfaktor für das gaullistische Regime gewesen: Die ihr nahestehende Gewerkschaft CGT bemühte sich nach dem "Abkommen von Grenelle" mit Unternehmern und Regierung um ein rasches Abwürgen des Streiks, da die KP die Bedingungen für einen Machtwechsel für "nicht reif" erachtete und ihr die Kontrolle über das soziale Protestpotential entglitten war. Aus der heutigen Sicht der KP setzte nach 1968 die Vorstufe ihres Niedergangs ein, der dann in den 70er und 80er Jahren spürbar wurde. Eine ganze Generation von Unzufriedenen ging der KP verloren; sie fand sich aufgrund der weitaus größeren Offenheit des (1971 gegründeten) Parti Socialiste für die 68er Generation alsbald in den Reihen der aufstrebenden Sozialdemokratie wieder.

Für die KP, die heute - nach dem Verlust des sowjetischen "Modells" - nach allen Seiten hin auf die Suche nach neuen gesellschaftlichen Quellen für ein progressives Projekt gegangen ist, bietet der 30. Jahrestag von 1968 nunmehr die Gelegenheit, ihre neue Offenheit zu demonstrieren. So stellt Humanité-Chefredakteur Claude Cabanes in der Sondernummer vom 7.5.98 fest, im Mai 68 sei eine historische Gelegenheit verpaßt worden: "Die Kommunistische Partei verfügte tatsächlich nicht über die theoretischen, strategischen und politischen Instrumente, die ihr erlaubt hätten, die ganze Bedeutung der Ereignisse zu erfassen. (...) Das Korsett des sowjetischen Modells hat ihren Spielraum eingeschränkt, die KP hat 1968 den Preis dafür teuer bezahlt." Der Redakteur der KP-Zeitung schließt die Frage an: "Und wenn all das, was die französische Gesellschaft einige Wochen lang im Innersten erschütterte, Kommunismus gewesen wäre - in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes und in jener, mit der wir ihn heute neu aufbauen?"

Rechte beklagen Kulturbruch

Auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums siedelt man die Bedeutung von 1968 ebenfalls weitgehend auf der Ebene kultureller Werte an - allerdings, um den damals stattgefundenen Bruch zu beklagen. So läßt sich das stockkonservative Figaro-Magazine (2.5.98) im larmoyanten Tonfall der Verlierer über den Mai 68 aus, der durch den (lang und breit interviewten) Essayisten Paul-Marie Coûteaux ebenfalls als Modernisierungsrevolte im Rahmen des Kapitalismus begriffen und beklagt wird. Seine Kernaussage: "Diese Bewegung, die links zu sein behauptete, hat den Triumph des Geldes und der Medien gesichert" - das Fernsehen wurde erst nach 1968 aus dem Zugriff der staatlichen Zensurbehörde ORTF entlassen. Zugleich sei die Bewegung in erster Linie gegen Werte wie den Patriotismus und die Familie "und allgemein gegen die klassische französische Zivilisation" gerichtet gewesen.

Noch dramatischer klingt der Kulturbruch in der Darstellung der Rechtsextremen, für die der Mai 1968 den Ausgangspunkt der aktuellen französischen "Dekadenz" und des vorprogrammierten Verschwindens der Nation darstellt. So führt der Generalsekretär des Front National, Bruno Gollnisch, in einer Kolumne der konservativen Tageszeitung Le Figaro (die einmal mehr ihre Offenheit für die Neofaschisten beweist) vom 25.5.98 aus: "Die ‚Ereignisse` des Mai 68 haben weder Ruinen noch Leichen hinterlassen. Die Ordnung kehrte zurück, (...) und jedermann glaubte die Revolution gescheitert. In Wirklichkeit war sie dies keineswegs. Die revolutionären Ideen sind tief eingedrungen und werden nicht in Frage gestellt. (...) Natürlich hat der marxistische Internationalismus einem anderen Inernationalismus, in den Farben des Antirassismus Platz gemacht. Aber die Ziele sind dieselben: Zerstörung der Nation, Zerstörung der Familie, Verweigerung aller

moralischen Normen, auf die unsere Zivilisation begründet ist. Die Pflastersteine sind verschwunden, doch die Subversion ist ihren Weg gegangen."

Die FN-Wochenzeitung National Hebdo widmete in den letzten Wochen zweimal ihre Titelseite dem Mai 68, wobei sie im Blattinnern auch nicht versäumt, auf die "wahren Schuldigen" der Subversion hinzuweisen. So werden in der Ausgabe vom 30. April unter der Überschrift "Statistiken: Die Juden von 68" auf einer ganzen Seite akribisch die jüdischstämmigen Akteure der Maibewegung und ihre familiären Hintergründe aufgelistet.

Bernhard Schmid, Paris

32. Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution von 1848. Teil 3

Teil 3 und Schluß: Die Norddeutsche Arbeiter-Vereinigung und die Kommunisten

Autor: Vo · Rubrik: Arbeiterbewegung; Geschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:19

In Teil zwei dieses Artikels (ak 414) wurde die Entwicklung der ersten gesamtdeutschen proletarischen Organisation, der Arbeiter-Verbrüderung, während der Revolutionsjahre 1848/49 bis zu ihrer Zerschlagung 1850 nachgezeichnet. Im folgenden dritten und letzten Teil soll auf die norddeutsche Nachfolge-Organisation der Arbeiter-Verbrüderung eingegangen werden, und abschließend soll eine knappe Einschätzung der deutschen Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/49 versucht werden.

Die "Norddeutsche Arbeiter-Vereinigung" (NAV) hatte sich im Rahmen der Arbeiter-Verbrüderung bereits im Oktober 1849 - zu einer Zeit weitgehender Handlungsunfähigkeit der Leipziger Zentrale der Arbeiter-Verbrüderung (AV) also - gebildet und blieb noch bis in den Sommer 1851 als stabiler und sogar expandierender Verbund bestehen. Sie wurde auf einem Regionalkongreß der AV am 27./28. Oktober in Hannover von zahlreichen norddeutschen Arbeitervereinen gegründet. Allerdings blieb die größte lokale norddeutsche Arbeiterorganisation, der Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg, mit seinen rund 1.000 Mitgliedern zunächst abseits; die Hamburger fürchteten "Sonderbündelei" und erklärten, man müsse die AV und deren Leipziger Zentrale stärken, statt einen eigenen norddeutschen Laden aufzumachen. So wurde zunächst Bremen zum provisorischen Vorort der NAV bestimmt und dort das Zentralbüro der Organisation eingerichtet; nach Anschluß der Hamburger sollte dann Hamburg Vorort werden.

Die Norddeutsche Arbeiter-Vereinigung

Nach der von der Reaktion erzwungenen Selbstauflösung der AV (Juni 1850) waren alle Diskussionen um das Verhältnis AV - NAV allerdings hinfällig, und die NAV gab ihr Fortbestehen als "selbständiges Ganzes" bekannt.

Kurz zuvor hatte am 28. Mai 1850 noch ein Kongreß der NAV in Bremen als Regionalkongreß der AV stattgefunden, auf dem 20 Arbeitervereine mit insgesamt ca. 2.000 Mitgliedern durch Delegierte vertreten waren. Der Kongreß stand von Anfang an unter Polizeiaufsicht, so daß wichtige politische Fragen nicht erörtert werden konnten. Wesentliches Ergebnis des Kongresses war daher lediglich ein verbessertes Statut für die Wanderunterstützungskassen.

Die zweite Jahreshälfte 1850 war geprägt von Stagnation der überlokalen Aktivitäten der NAV. Das provisorische ZB in Bremen löste sich am 31. Dezember 1850 auf, und am 6. Januar 1851 nahm ein neues Zentralbüro in Hannover seine Tätigkeit auf. Dies markierte den Beginn eines neuerlichen kurzzeitigen Aufschwungs der organisierten Arbeiterbewegung in Norddeutschland. Quantitativ äußerte sich dieser in einer Ausdehnung der NAV. Eine ganze Reihe von Arbeitervereinen schloß sich der NAV neu an. Die Kontakte der Vereine untereinander wurden durch Vermittlung des ZB intensiviert. Doch diese hoffnungsvolle Entwicklung wurde durch das Eingreifen der Obrigkeit durchkreuzt. Die staatlichen Stellen hatten die NAV bereits seit Sommer 1850 recht gut ausspioniert, und mit Verhaftungs- und Beschlagnahmungsaktionen im Juni/Juli 1851 wurde der Zusammenhalt der norddeutschen Arbeiterorganisation weitgehend zerschlagen. Das ZB versuchte zwar noch, die Arbeitervereine zur Tarnung in Gesangsvereine umzuwandeln und unter dem Vorwand der Gründung einer norddeutschen Liedertafel einen Kongreß einzuberufen, doch schlug auch das fehl.

Das ZB unternahm bis 1853 zwar noch vereinzelte Aktionen, doch an eine Wiederaufnahme der Arbeit im großen Maßstab war nicht zu denken. In der Reaktionsperiode der 50er Jahre blieb den politisch bewußten Arbeitern nur die Einigelung in relativ kleinen, voneinander isolierten Zirkeln.

Interessanter noch als die Tatsache, daß sich in Norddeutschland eine organisierte überregionale Arbeiterbewegung noch einige Jahre nach Niederschlagung der Revolution halten und sogar 1851 kurzfristig einen gewissen organisatorischen Aufschwung nehmen konnte, ist das weitere Faktum, daß der Bund der Kommunisten in dieser Bewegung großen Einfluß hatte.

Der Einfluß der Kommunisten

An der NAV läßt sich das Verhältnis von allgemeiner Arbeiterbewegung und Bund der Kommunisten (BdK) gut untersuchen. Denn während aufgrund der faktischen Auflösung des BdK in den Revolutionsjahren die einzelnen BdK-Mitglieder weitgehend "auf eigene politische Rechnung" gearbeitet hatten und aus einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in BdK und AV daher nur schwer eine politische Einflußnahme des BdK auf die AV abzuleiten ist, ging der BdK nach seiner Reorganisation Ende 1849 gezielt an die Intervention in die breitere Arbeiterbewegung in Deutschland. In Norddeutschland konnte sich der BdK seit Anfang 1850 erfolgreich neu organisieren. Im April 1850 bereiste Heinrich Bauer als Emissär der Zentralbehörde des BdK in London Norddeutschland und reaktivierte die Bundesgemeinden in Hamburg, Hannover, Göttingen und Osnabrück. Die Aussage der Juni-Ansprache der Zentralbehörde des BdK, daß die einflußreichsten Männer der AV dem Bunde angehörten (1), traf für Norddeutschland sicherlich zu. BdK-Mitglieder hatten leitende Positionen in mehreren lokalen Vereinen der NAV inne, und sie saßen im (Hannoveraner) Zentralbüro der Organisation.

Die BdK-Mitglieder in der NAV wirkten auf der Linie der März-Ansprache der Zentralbehörde des Bundes (2). Diese Linie läßt sich in Stichworten folgendermaßen kennzeichnen: politische Verselbständigung der Arbeiterbewegung, Parteibildung des Proletariats, was vor allem hieß: Loslösung von den kleinbürgerlichen Demokraten. Mit denen sollten die Arbeiter zwar in der nächsten Revolution zunächst zum Sturz der herrschenden feudalabsolutistischen Gewalten zusammengehen, doch danach müßten sich die Arbeiter sofort auch gegen die (klein-)bürgerliche Demokratie kehren, um gegen sie ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Auch nach der Spaltung des BdK im September 1850 in die Fraktion Willich/Schapper und die Fraktion Marx/Engels arbeiteten die meisten norddeutschen Bundesgemeinden - auch wenn sie sich aufgrund der Unkenntnis der Spaltungsursachen oft nicht explizit für eine der beiden Fraktionen entschieden - politisch im Sinne von Marx und Engels. Sie standen mit der neuen Zentralbehörde der Marx/ Engels-Fraktion in Köln in Kontakt und wurden im Dezember 1850 vom Emissär Nothjung bereist; Nothjung übermittelte ihnen die Dezember-Ansprache der Zentralbehörde, in denen die Organisation über die Spaltung informiert wurde.

Die Linie der Fraktion Marx/Engels vertrat auch das in der ersten Jahreshälfte 1851 erscheinende Zentralorgan der NAV, die "Deutsche Arbeiterhalle. Wochenschrift für die arbeitenden und besitzlosen Volksklassen" (DAH). Sie wurde seit Januar 1851 in Hannover vom BdK-Mitglied und Mitglied des ZB der NAV Stechan herausgegeben. Es erschienen 26 Nummern, die letzte am 28. Juni 1851. Das ZB empfahl die DAH in einem Rundschreiben vom 22. Januar 1851 allen Arbeitervereinen und Arbeitern als Organ der NAV. Die DAH hatte eine Auflage von ein paar hundert Exemplaren, durch die Vereine aber einen sehr viel größeren Leserkreis.

Die "Deutsche Arbeiterhalle"

Die DAH brachte Artikel zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu aktuellen Problemen der Arbeiterpolitik, Nachrichten aus dem Leben der Vereine, Berichte über die internationale Arbeiterbewegung, kritische Analysen der reaktionären Politik der deutschen Regierungen und Hilfsaufrufe für die politischen Flüchtlinge. Die DAH propagierte eindeutig marxistische Positionen; die Artikel dieser Zeitschrift reproduzierten teilweise wörtlich die Analysen von Marx und Engels aus dieser Zeit.

Da die DAH auch die alten Kontroversen um die Frage von ökonomischer Evolution und politischer Revolution wieder aufgriff (3) und zugunsten letzterer entschied - wobei auch nochmals eine marxistische Kritik an utopischen Assoziationskonzepten geleistet wurde -, kann für die norddeutschen Arbeitervereine tatsächlich von einem Lernprozeß der Arbeiterbewegung gesprochen werden, den wesentlich der BdK verantwortete.

Im Zusammenhang mit der Assoziationskritik wurde auch der bestehende Staat als Herrschaftsinstrument von Aristokratie und Bourgeoisie entlarvt; der Staat könne nicht durch Reformen in seinem Wesen geändert werden, sondern es gelte, ihn durch eine Revolution zu zerschlagen (4).

Im Zentrum der Aufklärungsarbeit der DAH stand die Klärung des Verhältnisses der Arbeiter zu den kleinbürgerlichen Demokraten. Für Marx/Engels war dies die Kernfrage für die Arbeiterbewegung nach der Niederlage der Revolution 1848/49. Für sie war die wichtigste Lehre aus den Revolutionserfahrungen die Notwendigkeit der entschiedenen Trennung der Arbeiterbewegung von der kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung und die Bildung einer eigenständigen revolutionären Arbeiterpartei. In diesem Sinne äußerte sich

auch die DAH. In dem Artikel "Unsere Aufgabe" wurde die Frage gestellt: "Was ist die Hauptaufgabe der Arbeiterpartei?" und folgendermaßen beantwortet: "Daß sie ihre rechte Stellung gegenüber den anderen, namentlich den revolutionären Parteien erkennt und danach handelt". Ausgeführt wurde dieser Gedanke dann wie folgt: Die Demokraten "lassen ... den Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit bestehen, sie wollen ihn nur mildern. ... Die Demokraten und die Arbeiter verfolgen also schroff entgegenstehende Interessen: die Arbeiter dürfen also kein Bündnis mit den Demokraten eingehen. In der nächsten Revolution gehen die Wege beider zusammen, nur zu dem Zweck, die herrschende Klasse zu stürzen, die Arbeiter helfen ihren augenblicklichen Bundesgenossen. Ist der Sturz der herrschenden Klasse vollbracht, so treten die Arbeiter den Demokraten sofort feindlich gegenüber, ein jetzt mit ihnen eingegangenes Bündnis würde die Möglichkeit dieses feindlichen Auftretens nur erschweren" (5). Die Arbeitervereine wurden aufgefordert, sich vom Einfluß der Kleinbürger, die sie auf unpolitische Bildungsarbeit festlegen und beschränken wollten, zu lösen. Dies ist genau die in der März-Ansprache der Zentralbehörde des BdK entfaltete Argumentation in komprimierter Form!

Mit der DAH übte der BdK mithin politischen und ideologischen Einfluß auf die NAV und die ihr angeschlossenen Arbeitervereine und Arbeiter aus. Da ferner zumindest die Vereine Hannovers und Braunschweigs von Kommunisten geführt wurden und auch die Arbeiterorganisationen Hamburgs unter kommunistischer Führung standen, kann man von einem beträchtlichen Einfluß des BdK auf die norddeutsche Arbeiterbewegung zu Anfang der 1850er Jahre sprechen. Allerdings war dieser Einfluß lokal und zeitlich klar beschränkt und sollte daher nicht überbewertet werden.

Die Verhaftungswelle, die nach der Festnahme des BdK-Kuriers Nothjung im Mai 1851 Ausgangspunkt der Auflösung des BdK war, führte zudem dazu, daß dieser Einfluß nicht gefestigt und verstetigt werden konnte.

Trotz der Zerschlagung des BdK, der AV und ihrer süd- und norddeutschen Ableger läßt sich eine Kontinuität zwischen der Arbeiterbewegung der Revolution 1848/49 und dem Wiederaufleben der deutschen Arbeiterbewegung zu Beginn der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts aufweisen: Einige Arbeitervereine überdauerten - obzwar isoliert und im Vergleich zur Zeit der Revolution personell merklich dezimiert - die Reaktionsperiode der 50er Jahre ebenso wie einige der von der AV in der letzten Phase ihres Bestehens gegründeten Konsumgenossenschaften. Die Linie von den Konsumgenossenschaften der AV aus dem Jahre 1850 läßt sich bis zu der Entfaltung der Genossenschaftsbewegung in den 60er Jahren verfolgen. Und die Gründungskader des im Mai 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) - eines unmittelbaren Vorläufers der deutschen Sozialdemokratie - rekrutierten sich großteils aus dem alten Personal der AV. Sie knüpften bewußt an die Traditionen der 1848er-Arbeiterbewegung an. Ebenso ist es kein Zufall, daß gerade die bereits 1848 gesamtnational gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker und Zigarrenarbeiter 1866 bzw. 1865 als erste Arbeitergruppen nationale Gewerkschaften aufbauten. Die Gepflogenheit, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erst 1863 mit Gründung des ADAV beginnen zu lassen, erweist sich angesichts dieser Kontinuitätslinien als historisch falsch.

Versuch eines Fazits

Überschaut man die Entwicklung der organisierten deutschen Arbeiterbewegung - namentlich der AV und der NAV - zusammenfassend, so ergibt sich folgendes Bild: Teile der durch die Revolution 1848 in Bewegung geratenen arbeitenden Klassen entwickelten die Erkenntnis, die Vertretung ihrer Interessen in die eigenen Hände nehmen zu müssen und sich dazu selbständig organisieren zu müssen, wozu die in der Revolution erkämpfte Versammlungs- und Organisationsfreiheit die Möglichkeiten bot. Vornehmlich Handwerksgesellen gründeten auf dem Berliner Kongreß im Sommer 1848 die AV, in der zunächst kommunistische, utopisch-sozialistische, zünftlerische und sozialreformerische Tendenzen und Strömungen durcheinander gehen, die sich jedoch im Frühjahr 1849 - dem Höhepunkt der Organisationsentwicklung - zunehmend politisiert und radikalisiert. Dabei wurden zünftlerische Tendenzen vollständig überwunden, und marxistische Positionen gewannen den Vorrang.

Die Niederlage der Reichsverfassungskampagne im Mai/Juni 1849 und damit die Niederlage der bürgerlichen Revolution von 1848/49 versetzte der AV den entscheidenden Rückschlag. Die einsetzende Krise der Organisation konnte jedoch noch einmal überwunden, eine kurzfristige Konsolidierung Anfang 1850 erreicht werden. Nunmehr standen sich in der AV entpolitisierte Arbeiter, die die Tätigkeit der Organisation auf Fortbildung und praktische Selbsthilfe beschränken wollten, und durch die Erfahrung der Revolution politisierte Arbeiter, die den politischen Kampf unter Tarnformen weiterführen wollten, gegenüber. Gegen die Übermacht

der Reaktion konnte sich die AV nicht mehr lange halten. Sie löste sich als nationale Organisation im Juni 1850 auf. Regionale Ableger in Nord- und Süddeutschland bestanden noch ein paar Jahre länger.

Die AV war keine einheitliche Organisation mit einheitlichem Programm. Als Produkt der unmittelbaren Bewegung von (männlichen) Arbeitern und Handwerkern während der Revolutionszeit spiegelte die AV die Widersprüchlichkeit dieser Bewegung wider. Die Geschichte der AV ist gekennzeichnet von dem Nebeneinander von und der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Linien, die um die Beantwortung folgender zentraler Fragen rangen: Zunft oder Gewerbefreiheit, Primat der politischen oder der ökonomisch-sozialen Arbeit, Reform oder Revolution, politischer Anschluß an die Demokraten oder Emanzipation von diesen und Aufbau einer selbständigen Arbeiterbewegung und -partei. Zu eindeutigen und abschließenden Antworten auf diese Fragen hat die AV in der kurzen Geschichte ihres Bestehens nicht gefunden und wohl auch nicht finden können.

Um so interessanter ist es zu beobachten, wie die historische Forschung mit der Geschichte der AV und der Arbeiterbewegung in der 1848er-Revolution umgegangen ist. Sowohl die bürgerliche Geschichtswissenschaft als auch die "marxistische" Historiographie aus der DDR seligen Angedenkens nämlich waren gekennzeichnet von dem Bestreben, die Widersprüchlichkeit der realen historischen Prozesse zu liquidieren zugunsten der eigenen Wunschvorstellungen über den "richtigen" geschichtlichen Verlauf.

Die DDR-Geschichtsschreibung begnügte sich lange Zeit mit der unkritischen Rezeption der pauschalen und unhaltbaren Urteile von Friedrich Engels über die AV aus dessen "Geschichte des Bundes der Kommunisten". Engels hatte dort über die AV und ihren führenden Kopf Stephan Born geschrieben: " Die ‚Arbeiterverbrüderung` aber hatte sich, gegenüber der großen politischen Bewegung des Proletariats, als ein reiner Sonderbund bewährt, der großenteils nur auf dem Papier bestand und eine so untergeordnete Rolle spielte, daß die Reaktion ihn erst 1850 und seine fortbestehenden Ableger erst mehrere Jahre nachher zu unterdrücken für nötig fand. Born, der eigentlich Buttermilch heißt, wurde keine politische Größe, sondern ein kleiner Schweizer Professor, der nicht mehr den Marx ins Zünftlerische, sondern den sanften Renan in sein eignes süßliches Deutsch übersetzt". (6) Einmal abgesehen von der ungerechtfertigten Häme (und dem antisemitischen Zungenschlag) geht diese Engels'sche Einschätzung - wie gezeigt - auch an den historischen Fakten ziemlich weit vorbei. Gleichwohl nahm die DDR-Forschung, die Marx und Engels (übrigens völlig im Gegensatz zur von diesen selber stets vertretenen und (mit Ausnahmen - s. obiges Engels-Zitat) brillant angewendeten historisch-materialistischen Methode der Analyse von Geschichte und Gesellschaft) als unfehlbare "Klassiker" vergötzte, dieses Engels'sche Fehlurteil lange Zeit für bare Münze. Nur scheinbar im Widerspruch hierzu versuchte die DDR-Geschichtsschreibung dann später die "marxistische" Wende der AV vom Frühjahr 1849 (7) als endgültig darzustellen und das Bild von einer seitdem - selbstverständlich unter Anleitung des BdK - widerspruchsfrei fortschreitenden, blitzblanken "korrekt marxistischen" AV zu vermitteln. Auch hinter dieser Darstellung stand das Bestreben, die historische Rolle von Marx und Engels zu überhöhen und sie zu den Führern des deutschen Proletariats, das massenhaft ihrer "Lehre" folgte, zu stilisieren. Auch das hat mit der Realität von 1848ff nichts zu tun.

Ganz anders selbstverständlich die BRD-Geschichtsschreibung. Für sie ist die AV die Organisation der "sozialen Reform" und als solche der "gute" Gegenpart zum "bösen", weil revolutionären BdK. In dieser Sicht werden Verbindungen zwischen AV und BdK ignoriert bzw. heruntergespielt.

An beiden Positionen kann man studieren, wie scheinbar objektive Geschichtswissenschaft in der ideologischen Befangenheit aktualisierender Funktionalisierung der Vergangenheit verharrt. In der DDR versuchte man, durch oberflächliche Apologie "kommunistischer" Arbeiterpolitik die Tradition einer durchweg "revolutionären" Arbeiterbewegung zu zimmern, als dessen legitimer Erbe und Vollstrecker dann Walter Ulbricht bzw. Erich Honecker und das ZK der SED erschien. Und in der BRD ging und geht es darum, die parlamentarische Demokratie und das Ferment ihrer Veränderung, die Reform, als genuines Anliegen auch und gerade der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen an zur Geltung zu bringen. Bei dem beiderseits gehandhabten Verfahren, unterschiedliche Momente einer Gesamtwirklichkeit gegeneinander geltend zu machen, bleibt allemal die wirkliche Bewegung - und das ist immer die Widersprüchlichkeit dieser Bewegung - auf der Strecke.

Vo

Anmerkungen:

(1) Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom Juni 1850. In: MEW, Bd.7, S. 306-312, hier: S. 310.

(2) Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850. In: MEW, Bd.7, S. 244-254.

(3) S. dazu Teil 2 dieses Artikels in ak 414.

(4) S. dazu die Artikelserie über das Wesen des Sozialismus in DAH Nr. 8, 9, 16, 18, in: v. Berg, S. 303ff.

(5) Zit.n. v. Berg, S. 367.

(6) Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: MEW, Bd. 8, S. 577-593, hier: S.589.

(7) S. dazu Teil 2 dieses Artikels in ak 414.

Literaturhinweise für die Teile 1 - 3:

Balser, Frolinde: Social-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation "Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution. Text- und Quellenband. Stuttgart 1962

Berg, Herrmann von: Entstehung und Tätigkeit der Norddeutschen Arbeitervereinigung als Regionalorganisation der Deutschen Arbeiterverbrüderung nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/1849. Phil Diss. Berlin (DDR) 1970.

Born, Stephan: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. Leipzig 1898.

Bruch, Rüdiger vom (Hg.): Weder Kommunismus noch Kapitalismus. München 1985.

Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1970.

Dittrich, Eckart: Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert. Bensheim 1980.

Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: MEW, Bd. 8, S. 577-593.

Husung, Hans-Gerhard: Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution. Göttingen 1983.

Na'aman, Shlomo: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten in Deutschland in der 2. Phase seines Bestehens. In: Archiv für Sozialgeschichte 5/1965. S. 5-82.

Quarck, Max: Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Glashütten im Taunus 1970 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1924).

Rogger, Franziska: "Wir helfen uns selbst". Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns. Erlangen 1986.

Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter. Herausgegeben vom Centralcomitee für die deutschen Arbeiter. Redigiert von Stephan Born, Franz Schwenninger, Karl Gangloff. Jahrgang 1-3 (3. Oktober 1848 - 29. Juni 1850). Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber. Zentralantiquariat der DDR. Leipzig 1975.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band. Von der Reformära bis zur industriellen und politischen "Deutschen Doppelrevolution" 1815-1845/49. Frankfurt/Main 1987.

33. Vor 150 Jahren: Die erste Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung

Autor: Vo · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:12

Am 1. Juni 1848 erschien in Köln die erste Nummer der "Neuen Rheinischen Zeitung. Organ der Demokratie". Die Neue Rheinische Zeitung mit ihrem Chefredakteur Karl Marx ist die großartigste Zeitung, die die revolutionäre Linke jemals zustande gebracht hat. In ihren Artikeln aus den Federn von Karl Marx, Friedrich Engels und ihren Mitstreitern findet sich Analyse und Kritik von einer Tiefe und einer Schärfe, die bis heute von linker Publizistik nie wieder erreicht wurde. Wir können als ak-Redaktion daher unseren LeserInnen nur empfehlen, gelegentlich auch die Neue Rheinische Zeitung zu studieren (neben der Lektüre unserer Zeitung selbstverständlich, die - ebenso selbstverständlich - allerdings nicht im entferntesten an das große Vorbild heranreicht). Dann nämlich wird es Euch wie Schuppen von den Augen fallen und ihr werdet erkennen, mit was für einer Magerkost ihr (und wir) vorlieb nehmen müssen, wenn wir mangels Alternativen die "linken Tageszeitungen" der heutigen Zeit in uns hineinwürgen, die an Ödnis und Flachheit der Republik entsprechen, in der sie erscheinen.

Die Gründung der NRZ

Karl Marx und Friedrich Engels kehrten nach dem Ausbruch der Märzrevolution Anfang April 1848 aus der französischen Emigration nach Deutschland zurück. Sie gingen in das Zentrum der revolutionären Bewegung im Rheinland, Köln. Köln war seinerzeit Hauptstadt der preußischen Rheinprovinz und eines der wenigen industriellen Zentren im damaligen Deutschland. Hier gab es schon eine selbstbewußte Bourgeoisie und die Anfänge einer proletarischen Bewegung. Marx und Engels kamen mit der Absicht, eine große revolutionäre Tageszeitung herauszugeben. Dafür schien Köln der geeignete Platz, zumal die Erinnerung an die fortschrittliche "Rheinische Zeitung", deren Chefredakteur Marx von Oktober 1842 bis März 1843 gewesen war, noch fortlebte. Außerdem galt hier, anders als in den anderen Landesteilen Preußens, der Code Napoleon, der eine größere Pressefreiheit garantierte als das preußische Landrecht.

Als Marx und Engels am 10. April 1848 in Köln eintrafen, waren schon einige Mitglieder des Bundes der Kommunisten (BdK) und einige radikale Demokraten mit den Vorbereitungen zur Herausgabe einer Tageszeitung befaßt. Marx übernahm die Leitung dieser Bestrebungen. Am 24. April kündigte ein Prospekt die neue Zeitung an; sie sollte den Namen "Neue Rheinische Zeitung" erhalten. Große Probleme bereitete es in den nächsten Wochen, mittels der Vergabe von Zeitungsaktien Geld für die Herausgabe der Zeitung zu beschaffen. Marx und Engels hatten damit gerechnet, die finanzielle Unterstützung liberaler und demokratischer Bourgeois zu erhalten. Doch damit sah es schlecht aus. Engels schrieb seinerzeit aus Barmen, wo er sich zwecks Geldbeschaffung aufhielt: "Auf Aktien von hier ist verdammt wenig zu rechnen. ... Die Sache ist au fond (im Grunde) die, daß auch diese radikalen Bourgeois hier in uns ihre zukünftigen Hauptfeinde sehen und daß sie uns keine Waffen in die Hand geben wollen, die wir sehr bald gegen sie selbst kehren würden". Die handvoll Aktionäre, die sich tatsächlich fanden, ließen die Zeitung entweder bereits nach den ersten Nummern fallen, als der radikale und konsequente Kurs der NRZ sogleich deutlich wurde, oder spätestens drei Wochen später, als die NRZ sich während des Pariser Juniaufstands auf die Seite der kämpfenden Pariser Arbeiter stellte. Da Geld also anderweitig nicht aufzutreiben war, mußte Marx den Großteil seines väterlichen Erbes in die NRZ stecken, um ihr regelmäßiges Erscheinen zu sichern.

Insgesamt brachte es die NRZ auf 301 Ausgaben. Die erste Nummer erschien am Abend des 31. Mai 1848, datiert vom 1. Juni 1848. Trotzdem die finanzielle Grundlage der Zeitung alles andere als gesichert war, hatte sich Marx entschlossen, die Zeitung früher als geplant herauszubringen, weil die Zuspitzung der politischen Lage es geboten erscheinen ließ. Mit Ausnahme der Zeit vom 26. September bis 12. Oktober, als über Köln der Belagerungszustand verhängt war und alle demokratischen Zeitungen verboten waren, erschien die Zeitung täglich, häufig mit Extraausgaben. Die letzte Nummer kam am 19. Mai 1849 heraus. Die Auflage steigerte sich auf mehr als 6000 Exemplare im Abonnement im Mai 1849 (damit war die NRZ für damalige Verhältnisse eine große Tageszeitung).

Die Redaktion setzte sich aus Mitgliedern des BdK, die Marx und Engels politisch sehr nahe standen, zusammen: Ferdinand und Wilhelm Wolff, Ernst Dronke sowie die Dichter Georg Weerth und Ferdinand

Freiligrath, die das Feuilleton gestalteten. Chefredakteur war der damals dreißigjährige Karl Marx, Friedrich Engels seine rechte Hand.

Engels schrieb rückblickend über die Arbeit an der NRZ: "Die Verfassung der Redaktion war die einfache Diktatur von Marx. Ein großes Tageblatt, das zur bestimmten Stunde fertig sein muß, kann bei keiner anderen Verfassung eine folgerechte Haltung bewahren. Hier aber war noch dazu Marx' Diktatur selbstverständlich, unbestritten, von uns allen gern anerkannt. Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht haben". (1)

Das "Organ der Demokratie"

Die NRZ war das politische und organisatorische Zentrum der äußersten Linken in der deutschen bürgerlichen Revolution von 1848, das Organ der entschiedensten demokratischen Kräfte. Diese Positionierung auf dem äußersten linken Flügel der demokratischen bürgerlichen Bewegung erschien den Kommunisten Marx und Engels angesichts der seinerzeitigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland als einzige Möglichkeit politischer Einflußnahme. Denn die Voraussetzungen zur Schaffung einer eigenständigen proletarischen Bewegung und kommunistischen Partei waren noch nicht vorhanden. Sie mußten im Kampf um die konsequente Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie und Republik erst geschaffen werden. Engels erläuterte die Aufgabe der NRZ unter diesen Bedingungen rückblickend wie folgt: "... unbekannt noch mit seiner eigenen geschichtlichen Rolle, mußte das Proletariat in seiner großen Masse zunächst die des vorantreibenden, äußersten linken Flügels der Bourgeoisie übernehmen. Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren: Freiheit der Presse, der Vereinigung und Versammlung ... Das deutsche Proletariat erschien so zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei. Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung begründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein, aber die einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte". (2)

Das Ende der NRZ

Als im Mai 1849 die Konterrevolution zu den letzten entscheidenden Schlägen gegen die demokratische Bewegung ausholte, war auch die NRZ nicht mehr zu halten. Die preußische Regierung wies Marx aus Preußen aus. Seine Ausweisung und Repressalien gegen die anderen Redakteure zwangen zur Einstellung der NRZ. Die letzte Nummer vom 19. Mai 1849 erschien in rotem Druck. Engels berichtet über das Ende der Zeitung: "Endlich am 18. Mai 1849 kam der Schlag. Der Aufstand in Dresden und Elberfeld war unterdrückt, der in Iserlohn umzingelt, die Rheinprovinz und Westfalen starrten von Bajonetten, die nach vollendeter Vergewaltigung der preußischen Rheinlande gegen die Pfalz und Baden zu marschieren bestimmt waren. Da endlich wagte die Regierung, uns auf den Leib zu rücken. Die eine Hälfte der Redakteure war unter gerichtlicher Verfolgung, die andere als Nichtpreußen ausweisbar. Dagegen war nichts zu machen, solange ein ganzes Armeekorps hinter der Regierung stand. Wir mußten unsere Festung übergeben, aber wir zogen ab mit Waffen und Bagage, mit klingendem Spiel und mit der fliegenden Fahne der letzten, roten, Nummer, in der wir die Kölner Arbeiter vor hoffnungslosen Putschen warnten und ihnen zuriefen: ‚Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird immer und überall sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse.`" (3)

Vo

Anmerkungen

(1) Engels, Friedrich: Marx und die "Neue Rheinische Zeitung" 1848-49. In: MEW 21, S.16-24 (erstmalig veröffentlicht in: Der Sozialdemokrat, Nr.11 vom 13. März 1884), hier: S.19.

(2) Ebd., S.18.

(3) Ebd., S.23.

34. Der "Pöbel" steckt die rote Fahne auf. Rüdiger Hachtmanns Buch "Berlin 1848"

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:25

"Das königliche Haus muß gänzlich nieder, es muß bis auf den letzten Blutstropfen ausgerottet werden." Sätze wie dieser waren am 14. Juni 1848, dem Tag des Zeughaussturms, in Berlin oft zu hören. Das Bild vom gütigen Landesvater Friedrich Wilhelm IV. war verblaßt, und vor allem die unteren Schichten der Berliner Bevölkerung waren zutiefst enttäuscht, daß weder der König noch die neue Regierung bereit waren, die "soziale Frage" zu lösen und das Volk zu bewaffnen.

Die "soziale Frage" ist bis heute nicht gelöst. Vielleicht ist das ein Grund dafür, daß man sich in der Bundesrepublik für die Berliner Revolution von 1848 weit weniger interessiert als für die Frankfurter Paulskirche, wo die deutsche Nationalversammlung tagte. Das Buch Berlin 1848 des Berliner Historikers Rüdiger Hachtmann ist jedenfalls die erste umfassende Darstellung der Märzrevolution in der preußischen Metropole, die in der BRD erschienen ist.

Der Berliner Zeughaussturm forcierte die Polarisierung der verschiedenen politischen Strömungen jener Zeit. Konservative Publizisten glaubten damals, diese spontane Revolte der Unterschichten sei inszeniert worden, um die Republik zu proklamieren. Friedrich Wilhelm IV. sah sich in seiner Meinung bestätigt, daß man die aufmüpfige Stadt am besten mit Truppen einschließen und ein "Ministerium meiner Dictatur" einsetzen solle. Tatsächlich gelang es der Reaktion nach dem Zeughaussturm, den alten Polizeistaat wiederherzustellen, "und zwar noch concentrierter und energischer als er gewesen", so ein Zeitgenosse. Mit Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit sollte die demokratische Bewegung neutralisiert werden.

Für Hachtmann markiert der 14. Juni den Wendepunkt der Revolution. Mitte November 1848, als Wrangel und seine Truppen in Berlin einmarschierten und der Belagerungszustand ausgerufen wurde, war sie bereits zu Ende: Fortan wurden "Ruhe und Ordnung" in der heimlichen Hauptstadt nicht mehr gestört.

Hachtmann untersucht in erster Linie das Berliner Revolutionsgeschehen von März bis November 1848 in mikrohistorischer Perspektive. Dabei verfolgt er, teilweise Tag für Tag, die Gärung in der Bevölkerung, den Umschlag von verbal vorgetragenen Forderungen nach Reformen in militante Barrikadenkämpfe, das Entstehen von politischen Klubs, das Lavieren des Königs und den Einfluß seiner Kamarilla. Diese Detailfreude hat das Buch gut 1.000 Seiten lang, aber keineswegs zu dick werden lassen: Hachtmann schreibt anschaulich und spannend, und man legt den gut gegliederten und mit zahlreichen zeitgenössischen Stichen und Karikaturen illustrierten Band ungern wieder aus der Hand. Ein umfassendes Register sowie Kurzbiographien der für die Berliner Revolution wichtigsten Persönlichkeiten im Anhang erleichtern die Lektüre und machen das Buch auch als Nachschlagewerk nutzbar.

Berlin - Zentrum der Revolution

Hachtmann hat nicht nur Lokalgeschichte geschrieben; er ordnet das politische Geschehen in Berlin in den gesamten europäischen Revolutionsprozeß ein. In Berlin waren - ebenso wie in Paris und Wien, den beiden anderen Zentren der Revolution - die sozialen, politischen und militärischen Konfliktlinien besonders ausgeprägt. Die Stadt war Sitz der Hohenzollernmonarchie und ihrer zentralen Ministerien; hier tagten während der Revolution aber auch die nationalen Dachverbände der wichtigsten "Parteien" und Organisationen: Demokraten und Liberale, Konservative und frühe "Arbeiterbewegung". Der bürgerliche, moderne Kern der Revolution trat in Berlin besonders deutlich zutage, wenn auch, wie Hachtmann betont, weiterhin traditionelle, "vorbürgerliche" Mentalitäten dominierten.

Die Revolution mobilisierte Fabrikanten und Großkaufleute, Notare, Lehrer und Verwaltungsbeamte, Handwerksmeister, Gesellen und Erdarbeiter. Hachtmann erklärt das Denken und Verhalten der in viele Sozialschichten und politische Parteiungen gespaltenen Berliner Bevölkerung und stellt die zahlreichen politischen Klubs vor, jene Frühformen des (außerparlamentarischen) Parteiwesens. Die Berufsverbände begreift er als quasi gewerkschaftliche Organisationen, die Bildungsvereine als ein weiteres Element des vielfältigen politischen Lebens. Er vermittelt die Atmosphäre des "revolutionären Alltags" in Berlin, erläutert die

Kommunikationsstrukturen - unter anderem auch die Wirkungen von Gerüchten - und benennt die neuralgischen Punkte, an denen die allgemeine Unruhe und Unsicherheit in eklatante Ereignisse umschlug.

"Kultur der Armut"

Ein "Proletariat" im engeren Sinne des Wortes gab es zur Zeit der 1848er Revolution in Deutschland noch nicht, die Unterschichten waren "weder Stand noch Klasse" (Jürgen Kocka) und ihre Interessen dementsprechend wenig einheitlich. Hachtmann widmet ein Kapitel der "Kultur der Armut" und betont den "kaum zu überschätzenden Einfluß" der leicht entflammbaren, meist spontan agierenden Unterschichten auf das Revolutionsgeschehen. "Sie stellten die überwiegende Mehrheit des Publikums auf den ‚Volks'versammlungen und Großdemonstrationen, die viele soziale und politische Forderungen erst auf die allgemeine Tagesordnung brachten und die alte wie neue Obrigkeit nicht selten erheblich unter Druck setzten." Der "Pöbel" war daher ein Schreckgespenst der konservativen, liberalen und selbst der demokratischen Bürger. Aber auch führende Vertreter der frühen Arbeiterbewegung distanzierten sich von den unberechenbaren untersten Schichten und ihrer "Kultur der Armut".

Bestimmte soziale Gruppierungen sind in der Revolutionsforschung traditionell vernachlässigt worden, z.B. die die Frauen. Nicht so bei Hachtmann. Vor allem die Unterschichtsfrauen, für die es wegen der beengten Wohnverhältnisse keine wirkliche Trennung von öffentlicher und Privatsphäre gab, wurden stärker als bisher angenommen in die allgemeine Politisierung hineingezogen. Sie standen an den Straßenecken und Brunnen, lasen die Wandzeitungen und forderten Erklärungen, wie Fanny Lewald berichtet. Die Frauen des Bürgertums hingegen politisierten nicht auf der Straße - das galt als anstößig -, sondern vor allem bei Kaffeekränzchen und in Teegesellschaften. Oft übernahmen die Frauen in der Revolutionszeit karitative Aufgaben und erweiterten dadurch den sozialen Raum, der ihnen in den Familien zugewiesen war.

"Berlin wurde im ‚tollen Jahr' gründlich durchlüftet", schreibt Hachtmann; trotz aller Rückschritte im folgenden Jahrzehnt entwickelte es sich von einer provinziellen Residenzstadt zu einer europäischen Metropole. Die Lektüre von Berlin 1848 ist ein Genuß für Berlin-Liebhaber und für Fachleute ein Gewinn. Hachtmann hat zahlreiche Quellen gesichtet, die in DDR-Archiven lagerten und bis zur Wende für westdeutsche Historiker daher nur schwer zugänglich waren; außerdem hat er erstmals die damaligen Zeitungen und Flugschriften systematisch ausgewertet. Eine besondere Schwierigkeit seines Themas lag darin, die zahlreichen Handlungsebenen systematisch voneinander zu scheiden, ohne ihre inneren Zusammenhänge zu zerreißen. Es ist ihm vorzüglich gelungen.

Angela Martin

Rüdiger Hachtmann: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn (Dietz Nachfolger) 1997, 1007 Seiten, Abbildlungen, Register, Kurzbiographien, DM 98,-.

35. Böse Dealer, arme Schweine. Linke und Drogen(-politik)

Autor: Oya Sömnez · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:06

Angestoßen durch die Vertreibung sozial auffälliger und marginalisierter Menschen aus den Innenstädten sind Drogen in den letzten Jahren zu einem - auch in linken und linksliberalen Kreisen - hitzig diskutierten Thema geworden. An der Frage, wie die Linke gegen die zunehmende und häufig genug rassistisch aufgeladene Repression gegen die sog. "Drogenszene" eingreifen kann und soll, spielen häufig genug Mythen und Vorurteile eine Rolle. Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um einen stark gekürzten Vorabdruck aus dem im Verlag Libertäre Assoziation erscheinenden Buch "Umkämpfte Räume. Linke Strategien in der Stadt".

Drogenpolitik war in den letzten 10-20 Jahren kein Thema in der Linken, und auch legale Drogen wie Alkohol wurden außer bei direkten Vorbereitungen zu Demos und Aktionen kaum thematisiert. Der Konsum illegaler Drogen war Ende der 60er und Anfang der 70er von orthodoxen Marxisten-Leninisten als konterrevolutionär gebrandmarkt worden, während antiautoritäre Linke zumindest Kiffen und LSD eher verteidigten. In den folgenden Jahren wurde illegaler Drogenkonsum weitgehend tabuisiert und möglichst ausgegrenzt: "Heroindealer verpißt euch".

Diese Ausgrenzung aus der politischen Subkultur, zusätzlich zu der aus der bürgerlichen Gesellschaft, bewirkte eine Isolation der Drogenszene, die sich in den folgenden Jahren noch verstärkte durch die Zunahme jugendlicher KonsumentInnen aus sog. Schlichtwohngebieten oder vormals geschlossenen Heimen, die mit Politik größtenteils nichts am Hut haben wollten. So schienen Junkies seither tatsächlich wenig Berührungspunkte mit der linken Szene zu haben, wo der eigene besonders bei Männern regelmäßige und teilweise problematische Alkoholkonsum kaum hinterfragt, der Konsum von Heroin jedoch als unpolitische Realitätsflucht angeprangert wurde.

Böse Dealer

Der Abstand zwischen linken und staatstragenden Positionen ist oft nicht groß. Die beiderseits bestehenden Vorurteile sind vorwiegend moralisch: Hinterhältige, skrupellose Dealer verdienen an dem Leid anderer Menschen und deren Abhängigkeit von illegalen Drogen. Die allseits bekannte und an verelendeten Junkies ja zu sehende Gefährlichkeit von Drogen wie Heroin oder Kokain macht ihre Verkäufer zu "Verbrechern". Und die dürfen natürlich mit entsprechender Härte verfolgt werden. Dazu kommen unlautere Verkaufs- und Wettbewerbsmethoden ("Anfixen", Strecken, Mafiastrukturen), so daß einem Dealer, der so etwas tut, auch fast jedes andere Verbrechen zugetraut werden kann: Wo Dealer sind, da steigt die Kriminalität, so die gängige These.

Genährt durch solche Klischees kursieren Verschwörungstheorien. Auf der einen Seite das Schreckgespenst der (ausländischen) "organisierten Kriminalität", auf der anderen Seite die ziemlich abwegige Vorstellung, Heroin werde mittels staatlicher Counterinsurgency in BRD-Stadtviertel gebracht, um soziale und politische Strukturen zu zerstören.

Selbst wenn der Staat bzw. seine jeweiligen Akteure sicherlich nichts dagegen hätten, die linken Strukturen aufzulösen, greift die These einer gezielten Zerstörung zu kurz, da wesentliche Dynamiken des Drogenmarktes und der Szene außer acht gelassen werden. Drogenszene und -handel suchen gerade unter illegalen Bedingungen und schlechten Lebensverhältnisse die Nähe einer günstigen Infrastruktur. Gute Verkehrsverbindungen, unübersichtliche Straßen und Plätze voller verschiedener Menschen sind Treffpunkte, die Unauffälligkeit und schnelles Verschwinden ermöglichen sowie Verdienstmöglichkeiten durch Diebstahl und Hehlerei offenhalten. Bahnhofsviertel werden deshalb immer bevorzugt, aber auch in "Szenevierteln" wie z.B. dem Hamburger Schanzenviertel sind ähnlich gute Bedingungen vorhanden. Für die herrschende Politik ist es sicherlich ein wohltuender Effekt der Drogenverbotspolitik, wenn ständige Polizeipräsenz nun in Stadtvierteln möglich wird, wo sie früher undenkbar gewesen wäre.

Drogenhandel -

der große Coup?

Im Gegensatz zum monopolisierten legalen Drogenhandel ist der illegale Drogenhandel auch und gerade für Klein- und EinzelhändlerInnen attraktiv. Die leichte Verfügbarkeit insbesondere von Kokain, die gegenüber anderen Erwerbsmöglichkeiten relativ hohen Gewinnchancen und die Nichteinklagbarkeit von Abmachungen führen dazu, daß der Handel meist über flexible Einzelkontakte abgewickelt wird. Selbst die Länderpolizeien stellen fest, daß der Großteil illegaler Drogen durch sog. Ameisenhandel über die Grenzen in die Großstädte gelangt. Das Bild des Mafia-Dealers trifft wenn überhaupt nur auf wenige Händlerstrukturen zu. Zum Teil sind es typische Mittelschichtsangehörige, die etwas hinzuverdienen oder ihre Schulden tilgen wollen. Vielfach sind es aber MigrantInnen, die sich - oft als einmaliger großer Coup gedacht - mit ein, zwei Kilo auf den Weg nach Europa machen, um damit ihre Familie zu unterstützen oder sich eine neue Existenz aufzubauen.

Millionengewinne sind so nicht zu erzielen, insbesondere nicht auf der EndverbraucherInnenebene. Die groß in Szene gesetzten Filmaufnahmen von verhafteten Straßendealern mit "nie versiegenden Vorräten" verschweigen, daß sich die Mengen, die auf der Straße gehandelt werden, im Zehntelgrammbereich bewegen. Reich werden läßt sich davon nicht so schnell, zumal die hier Dealenden oft selbst KonsumentInnen sind, und ein Teil des Erlöses für den eigenen Konsum draufgeht.

Diesen riskanten Teil des Handels wickeln zudem oft die ab, die schon gefährdet sind. Die Illegalität der Drogen formt die Art und Weise des Handels. Das Ausländer- und Asylrecht bewirkt zudem, daß viele MigrantInnen, Flüchtlinge ohne Arbeitserlaubnis mit prekärem oder sogar illegalisiertem Aufenthaltsstatus den Straßenverkauf machen. Viele der oft minderjährigen Dealer sind nicht länger als ein, zwei Monate im Geschäft, denn Abschiebung ist an der Tagesordnung. Die deutsche Gesetzgebung sorgt für Kasernierung, Arbeitsverbot und Geldmangel. Selbst wer eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhält, bekommt in der Regel nur die "bad jobs". Gleichzeitig wird ein für alle sichtbarer grenzenloser Warenkonsum zelebriert. Diejenigen, die ein Stückchen davon abhaben wollen, verdienen sich ihr Geld möglicherweise durch illegalen Drogenhandel.

Es ist lobenswert, aus einer gesicherten Existenz heraus auf Konsum zu verzichten. Wer aber ganz genau weiß, daß er keine legale Chance kriegt, am Wohlstand teilzuhaben, sieht das womöglich anders. Ähnliches gilt für die Wahl der Erwerbsquelle: Von Linken werden die Zwänge des Asylrechts zwar gesehen, auch wird das bürgerliche Arbeitsethos in Frage gestellt. Aber Dealen als möglicher Ausweg wird von Linken geächtet. Übersehen wird, daß z.B. typisch links-autonomer Gelderwerb wie Arbeit in Kollektiven, Schwarzarbeit, Aushilfstätigkeiten oder Diebstahl und Versicherungsbetrug für viele MigrantInnen nicht in Frage kommen, weil sie nicht über das erforderliche Wissen oder die persönlichen Kontakte verfügen und das Entdeckungsrisiko (nicht zuletzt durch die Hautfarbe) viel größer ist.

Illegaler Drogenhandel bleibt mit einem Makel behaftet, solange er mit einer bösen, lediglich profitorientierten Einstellung assoziiert wird und der Handelsartikel als gefährlich gilt. Dabei wird so getan, als schaffe das Angebot erst die Nachfrage. Doch anders als bei kulturell akzeptiertem, verbreitetem und gefördertem legalen Drogenkonsum wissen heute dank vielfältiger Abschreckungskampagnen fast alle, auf was sie sich einlassen, wenn sie Heroin oder Kokain konsumieren. Auch wenn die Suchtgefahr unterschiedlich eingeschätzt werden mag, so ist jeder/m der finanzielle und repressive Druck beim Konsum dieser Drogen klar. Zudem kann wie bei Alkohol oder Tabak der erste Konsum überaus unangenehm sein. Es braucht also bewußte Anreize wie Lebensstil, Szenezugehörigkeit oder Erfahrungsberichte, statt schlichter Verführung, um mit einem Dealer ins Geschäft zu kommen. Wenn von "Anfixen" überhaupt die Rede sein kann, findet es eher im Freundeskreis durch den Wunsch zur Nachahmung statt; für Dealer dagegen wäre es finanziell wenig attraktiv und gerade bei unerfahrenen Jugendlichen mit dem Risiko einer Anzeige verbunden. Zum vielfach skandalisierten "Strecken" der Drogen läßt sich sagen, daß kein Dealer ein Interesse daran hat, potentielle Abnehmer zu vergiften, es geht darum, den eigenen Profit zu erhöhen. (1)

Dealer als Bedrohung?

Der Dealerszene wird ein steigendes Aggressionspotential und verschiedene Arten von Bedrohungen angelastet. Dabei grenzt es fast an ein Wunder, wenn aggressive Reaktionen angesichts der Polizeimethoden gegenüber Dealern, speziell Schwarzen, und Junkies ausbleiben. Außer Observationen, Platzverweisen und Verhaftungen sind Beleidigungen und Mißhandlungen durch Polizisten mehrfach dokumentiert. Tatsächliche Angriffe von Schwarzen wären dagegen der Presse bestimmt nicht entgangen. Auch sog. Begleitkriminalität ist von Dealern kaum zu befürchten, da sie keine zusätzliche Aufmerksamkeit auf ihre Aktivitäten lenken wollen.

Junkies sind allerdings zur Finanzierung ihres Drogenkonsums meist auf "Beschaffungskriminalität" angewiesen, in der Regel Diebstahl und Scheckbetrug. Andere Delikte sind in diesem Kreis eher selten. Unbestritten ist, daß eine vorhandene Drogenszene die Atmosphäre in der Nähe verändert. Illegalität und steigende Repression sind hierfür jedoch der wesentliche Motor.

Die z.T. angespannte Atmosphäre wird auch in der linken Diskussion undifferenziert als subjektive Bedrohungsempfindungen skizziert, aggressives Dealverhalten und sexistische Anmache werden genannt. Klar bin ich genervt, wenn ich durch eine Menschengruppe gehe, dabei als Frau mehrmals zu einer "Verabredung" gebeten werde und dazu noch etwas Koks angeboten bekomme. Zwischen Nerverei und Bedrohung besteht jedoch ein Unterschied. Und wer den Tatbestand der Belästigung anführen will, müßte über diverse Szenen nach einem Spiel des FC St. Pauli mindestens ebenso empört sein.

Der Vorwurf sexistischen Verhaltens mag sehr wohl angebracht sein, und es gibt durchaus bedrohliche Situationen für Frauen. Dies hat jedoch mit dem Verhalten von Männern generell, besonders in größeren Gruppen, zu tun, und nicht damit, daß es Dealer und/oder Schwarze sind.

Die Droge

Daß die Verelendung vieler KonsumentInnen illegaler Drogen weniger auf die Substanzen selbst zurückzuführen ist, als vielmehr auf staatliche Repression und Prohibition, wissen die meisten Linken inzwischen. Reines Heroin verursacht selbst bei chronischem Gebrauch keine körperlichen Schädigungen. (2) Todesfälle sind in der Regel Folge einer unbeabsichtigten Überdosierung, also des schwankenden Reinheitsgrad des Straßenheroins.

Die abhängigkeitserzeugende Wirkung von Heroin ist größer als bei legalen Drogen, allerdings nicht zwangsläufig. Der professionellen Drogenhilfe sind durchaus eine Reihe von sog. GelegenheitskonsumentInnen und SelbstheilerInnen bekannt, die sich stark vom Bild verelendeter DrogenkonsumentInnen unterscheiden. (3) Anhand dieser Personengruppe wird deutlich, daß für Abhängigkeit auch Umstände jenseits der Droge verantwortlich sind. Ein wesentlicher Faktor ist die Drogenpolitik selbst, die die Nutzung sozialer Netze sowie die Vermittlung und Anwendung risikoarmer Gebrauchsformen verhindert.

Gerade in den 80er Jahren wurde von Selbsthilfegruppen und professioneller Drogenhilfe um die Anerkennung von Drogenabhängigkeit - es ging fast ausschließlich um Heroin - als Krankheit gerungen. Einerseits, um dem Stigma bestrafungswürdiger Kriminalität zu entgehen und andererseits, um eine Kostenübernahme der Therapien z.B. die Substitution mit Methadon durch die Kranken- und Rentenversicherungsträger zu erreichen ("Therapie statt Strafe"). Dieser im Prinzip nachvollziehbare Ansatz führt jedoch dazu, daß nicht unterschieden wird zwischen denen, die nicht aufhören wollen, und denen, die nicht aufhören können: Das sei ja das Tückische der Krankheit, daß der Betroffene keine Krankheitseinsicht habe. Bis heute wird mehrheitlich an einer Sichtweise festgehalten, die den Konsum illegaler Drogen als "abweichendes" Verhalten definiert. DrogenkonsumentInnen können so als Kranke oder Kriminelle je nach Belieben kontrolliert und entmündigt werden. Zudem kann der illegale Drogenhandel in der Öffentlichkeit weiterhin als Feindbild von sozialen Fragen ablenken.

Arme Schweine?

Um die herrschende Drogenverbotspolitik nicht aus einer StellvertreterInnenrolle heraus, ohne genauen Bezug oder Betroffenheit, zu kritisieren, habe ich versucht, einige Berührungspunkte der Linken mit dem Konsum von illegalen Drogen herzustellen und Mythen über HändlerInnen und ihr Handelsgut aufzulösen. Dazu gehört auch, jenseits der herrschenden Anonymität der Drogenszene zu sehen, wer diese Menschen eigentlich sind. Wenig bekannt, weil weniger auffällig, ist beispielsweise die Tatsache, daß z.B. das Schanzenviertel seit vielen Jahren bevorzugtes Wohnquartier vieler Junkies und Substituierter ist. Schätzungsweise einige Hundert leben hier, die, wie viele Linke auch, das kulturelle und soziale Leben im Viertel zu schätzen wissen und sich gleichzeitig eine eigene kleine Infrastruktur aufgebaut haben. (4) Viele nutzen dieselben Treffpunkte der autonomen Szene, gehen zu denselben Konzerten in die Rote Flora, sind Teil der alten Punk- und Reggaeszene oder haben sich in der Häuserkampfbewegung engagiert. Aufgefallen sind in der Regel nur diejenigen, die den szeneüblichen Status nicht mehr halten konnten, weil der Konsum und der damit verbundene Streß mit Geld und Polizei zu stark wurde. Ab da gehören sie einem scheinbar ganz eigenen Universum an: der Drogenszene. Außer dem Konsum illegaler Drogen gibt es dort jedoch keine

Gemeinsamkeit. Die Drogenszene bildet sowohl von der Herkunft als auch von der persönlichen Einstellung her einen typischen Querschnitt der Gesellschaft, rassistische und sexistische Positionen sind so dort ebenso zu finden wie typisch linke Vorstellungen.

Die Stigmatisierung und Marginalisierung bestimmter Gruppen in dieser Gesellschaft erschwert eine politische Aktivität, da sich die Betroffenen nicht unbedingt selbst über das Merkmal Arbeitslose/r, Flüchtling oder DrogenkonsumentIn definieren. Zudem spielt der Kampf um einfache Existenzbedingungen oft eine so gewichtige Rolle, daß ein darüber hinaus gehendes gemeinsames Engagement auf der Strecke bleibt. Aber so wie sich in anderen gesellschaftlichen Bereichen Arbeitsloseninis, Flüchtlingsgruppen usw. gebildet haben, gibt es auch Junkieselbsthilfegruppen, die politische Forderungen entwickelt haben. JES (Junkies-ExUser-Substituierte) ist beispielsweise eine bundesweit organisierte Selbsthilfegruppe, die eng mit der Deutschen Aids-Hilfe zusammenarbeitet und regelmäßig politische Aktionen und Demonstrationen in Kooperation mit Obdachlosen u.a. veranstaltet.

In Holland ist diese Selbsthilfebewegung aufgrund einer Drogenpolitik, die zwar auf polizeilicher Ebene nicht minder repressiv, jedoch bei Drogenhilfeangeboten und Experimentiermöglichkeiten wesentlich flexibler ist, noch stärker verwurzelt. Dort gibt es eine Vielzahl von Junkiebünden, die ihr eigenes Netz aus Treffs, Hilfsmöglichkeiten, Jobs und Informationsvermittlung aufgebaut haben. In Rotterdam existiert ein vom Junkiebund initiiertes Hausprojekt, in dem (Ex-)Junkies mit ihren Kindern zusammenleben. Dort gibt es einige selbst aufgestellte Konsumregeln, welche die gesundheitlichen Risiken minimieren sollen. Auch das Dealen findet in einigen Häusern selbstorganisiert und kontrolliert statt, was von der Polizei tendenziell geduldet wird. Von "armen Schweinen", die bestenfalls bemitleidet werden können, weil sie nichts anderes mehr geregelt bekommen, läßt sich nicht sprechen.

Statt über Dealer und Junkies zu reden, sollte versucht werden, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Daß dabei nicht mit allen gleich gut oder einfach zu reden ist, sollte klar sein. Dabei geht es nicht (nur) um die Ebene des persönlichen Kontakts. Argumentation und Solidarität auf dieser Ebene wären auch zu kurz gegriffen. Das hieße, Dealer und Junkies würden nur solange akzeptiert, wie sie sich (persönlich) "korrekt" verhalten. Wenn es aber um Angriffe auf die Menschenwürde geht, so muß diese unabhängig davon verteidigt werden, ob man jemanden kennt oder er/sie die eigenen politischen Positionen unterstützt. Nicht jedes Verhalten von Menschen aus der Drogenszene ist zu rechtfertigen. Es geht auch nicht darum, eigene Interessen prinzipiell denen der DrogenkonsumentInnen unterzuordnen. Es kann jedoch nicht angehen, Forderungen hauptsächlich gegenüber der Drogenszene zu erheben und dabei die Verantwortlichen für die herrschende Drogen- und Flüchtlingspolitik unangetastet zu lassen.

Druckräume und Legalisierung

Es ist sicherlich nicht leicht, mit einigen Erscheinungsformen der Drogenszene, vielfacher körperlicher Verelendung und dem Drücken auf Spielplätzen, in Parks und Häusereingängen, umzugehen. Es ist nachvollziehbar, daß Eltern sich nicht wünschen, daß die Spielplätze ihrer Kinder quasi zweckentfremdet werden. Doch es kann nicht die Konsequenz sein, einen Spielplatz mit entsprechender Beschilderung zur "drogenfreien Schutzzone" mit Bewachung zu erklären, wenn es nirgendwo Orte gibt, an denen sich DrogenkonsumentInnen und Dealer aufhalten können. Solche Aktionen dann lediglich mit der gleichzeitigen Forderung nach Druck- oder FixerInnenräumen legitimieren zu wollen, bleibt aus zwei Gründen kritikwürdig. Druckräume, so wie sie von vielen PolitikerInnen und Polizeibehörden gefordert werden, erfüllen ganz klar ordnungspolitische Funktionen und laufen auf ein Aufenthaltsverbot von Junkies in der Öffentlichkeit hinaus. Die Praxis in Frankfurt und Zürich, wo Druckräume relativ flächendeckend eingeführt worden sind, zeigt, daß die Polizei dort um so repressiver gegen DrogenkonsumentInnen und HändlerInnen vorgeht, sobald sie sich in der Öffentlichkeit zeigen.

Wer in die Druckräume geht, braucht Stoff zum Drücken. Der Handel wird aber weiterhin bestraft und verfolgt. In Rotterdam hat ein Kirchenpfarrer daraus Konsequenzen gezogen und nicht nur einen Druckraum in seiner Gemeinde aufgemacht, sondern drei Hausdealer eingestellt, die Heroin und Kokain zu festgelegten Preisen und guter Qualität verkaufen. Selbst in deutschen Bürgerinitativen und Polizeikreisen kursieren Ideen von "Duldungszonen". Es ist jedoch unschwer zu erraten, daß solche Zonen dort angesiedelt werden sollen, wo der anständige Bürger möglichst wenig gestört wäre und wo HändlerInnen und KonsumentInnen gut durch die Polizei kontrolliert werden könnten. Um dieser Zonierung und der darin enthaltenen Vertreibung und

Überwachung zu entgehen, müßten sich linke Forderungen an einer weitgehenden Legalisierung orientieren. Druck- und Dealräume müßten ähnlich den holländischen Coffeshops flächendeckend eingeführt werden. Die derzeitigen Druckräume erinnern in ihrer sterilen Ausstattung eher an Operationssäle. In Räumen, wo alle Flächen abwischbar und feuerfest sein müssen und der von SozialarbeiterInnen beaufsichtigte Platz gleich für die/den nächste/n geräumt werden muß, können Genuß, Ruhe und Entspannung kaum aufkommen. Auch draußen lädt selten ein nettes Sofa zum Verweilen ein.

Bei einer Legalisierung könnte ein Teil dieser Räume selbstorganisiert betrieben werden. Gestaltet nach den Wünschen der BenutzerInnen würden sie sich vielleicht gar nicht so sehr von Kneipen mit Billardtischen, Kicker und Dart-Scheiben unterscheiden.

Eine staatlich kontrollierte Freigabe an Schwerstabhängige, wie in der Schweiz praktiziert und in Hamburg gefordert, würde hingegen das Sanktions- und Ausleseprinzip beibehalten: Nur die, für die scheinbar jede andere Hilfe zu spät kommt, würden nach dem Gnadenprinzip ihre Ration bekommen und als Kranke unter der Aufsicht von ÄrztInnen stehen, die jederzeit den Rausschmiß anordnen können. Danach drohen wieder Knast oder Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung. Gleichzeitig wird jede Genußkomponente des Konsums geleugnet, denn es soll kein Zweifel daran aufkommen, daß es sich bei illegalen Drogen um für die Person und die Gesellschaft hochgefährliche Stoffe handelt.

Legalisierung stellt unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen keine großartige Utopie dar, sondern eine schlichte Notwendigkeit. Daß ein Großteil der Verelendung und gesundheitlichen Schädigungen wegfallen würde, heißt nicht, daß alle Probleme beseitigt wären. Ursachen für riskanten und unüberlegten Drogenkonsum wären durch die sich verschlechternden sozialen Bedingungen weiterhin vorprogrammiert. Aber sie ließen sich nicht mehr so leicht hinter einer Drogenverbotspolitik verstecken.

Bis dahin ist es jedoch ein weiter Weg, und es stellt sich die Frage, was bis dahin getan werden kann. Statt eine Einrichtung von Schutzzonen zu betreiben, sollte es um eine Politik gehen, die verbesserte Lebensbedingungen für alle zum Ziel hat und dazu den Dialog auch mit Dealern und Junkies aufnimmt. Mögliche Etappenziele wären z.B. mehr Spritzentauschmöglichkeiten und Abwurfcontainer; die Polizei daran zu hindern, Dealer und KonsumentInnen mal hier- und mal dorthin zu jagen; in Absprache mit allen Betroffenen Plätze einzurichten, wo Handel und Konsum möglich sind und diese vor dem Zugriff der Polizei zu schützen. Die Rote Flora hat sich vor kurzem entschlossen, Konsum und Handel rund um das Gebäude ausdrücklich zu billigen und vor dem Zugriff der Polizei möglichst zu schützen. Damit das von den AnwohnerInnen möglichst mitgetragen wird, bedarf es einer engagierten Öffentlichkeits- und Diskussionsarbeit. Denn wenn es bei diesem Einzelvorstoß bleibt, ist es wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis der Platz hinter der Flora überfüllt ist und alle damit überfordert sind.

Oya Sömnez

Anmerkungen:

1) Die Illegalität, welche die jeweilige Droge knapp macht, verhindert Qualitätskontrollen und bewirkt das Strecken der Stoffe: Statt reinem Kokain wird z.B. Speed verkauft, oder es werden Verschnittstoffe wie Ascorbinsäure und Milchpulver zugesetzt. Wirkliche Gifte sind eher ein Versehen.

2) Bei Konsum von reinem Heroin kann es in seltenen Fällen allergische Reaktionen geben. Auch bei der Erforschung von Kokain zeichnet sich ab, daß Kokain kaum zu Schädigungen führt (vgl. Püschel 1995, JD/JL 1998). Nur bei Überdosierung besteht die Gefahr eines Atemstillstands (vgl. Noller 1993)

3) Die Berichte und Untersuchungen gehen dabei von einer Zahl von 10-40% der KonsumentInnen aus.

4) Im Hamburger Schanzenviertel gibt es einige ÄrztInnen, Apotheken und Drogenhilfeeinrichtungen, die im Rahmen des Substitutionsprogramms tätig sind. Gleichzeitig existieren eine Reihe offener und informeller Treffpunkte von Junkies und Ex-Usern.

Literatur:

Berliner Tinke Magazin; zu beziehen über: BTM, c/o Berliner Aids Hilfe, Meinekestr. 12, 10719 Berlin

JungdemokratInnen/Junge Linke (1998): Stoffkundebroschüre, zu bestellen über: JD/JL, Pappelallee 9, 10437 Berlin

Junkfurter Ballergazette; zu beziehen über: JuBaz, Niddastr. 49, 60329 Frankfurt

Noller, P. (1993): "Kontrollierte Opiatabgabe - Erfahrungen im internationalen Vergleich", in: Nimsch, M.: Heroin auf Krankenschein?, Frankfurt a. M.

Hess, H. (1992): "Drogenpolitik und Drogenkriminalität: Von der Repression zur Entkriminalisierung", in: Nemeyer, J./Schaich-Walch, G.: Zwischen Legalisierung und Normalisierung. Ausstiegsszenarien aus der repressiven Drogenpolitik

Püschel, K. (1995): "Drogen Ihre Wirkungen, Nebenwirkungen, Wechselwirkungen", in: Heudtlass, J.H.; Stöver, H.; Winkler, P.: Risiko mindern beim Drogengebrauch, Fachhochschulverlag Frankfurt a.M.

Scheerer, S./Vogt, I. (1989): "Drogen und Drogenpolitik", Frankfurt a. M./New York

Schmidt-Semisch, H. (1994): "Die prekäre Grenze der Legalität", München

Schneider, W. (1988): "Welche Entwicklungmöglichkeiten haben Heroinabhängige?", Neue Praxis, Heft 18

Die Autorin ist aktiv in einer antirassistischen Frauengruppe im Schanzenviertel und arbeitet seit sechs Jahren in verschiedenen Drogenhilfeeinrichtungen in Hamburg, zur Zeit bei ragazza e.V., einer Kontakt- und Anlaufstelle für drogenkonsumierende und sich prostituierende Frauen in Hamburg-St. Georg

StadtRat (Hg.): Umkämpfte Räume. Linke Strategien in der Stadt", Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg, 240 Seiten, 28 DM

36. Der Euro und die Linken. Nicht die Währung ist das Problem, sondern die neoliberale Politik

Nicht die Währung ist das Problem, sondern die neoliberale Politik - von ZAK Tübingen

Autor: ZAK Tübingen · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:16

Seit Anfang Mai 1998 ist es offiziell: Der "Euro" kommt. Was sagen Linke in Deutschland dazu? Die Palette der Positionen ist breit: Grüne, Gewerkschaften und linke Sozialdemokraten begrüßen den Euro und hoffen auf eine "europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik". Antinationale setzen darauf, daß die europäische Integration das deutsche Großmachtstreben bändigen wird. Dagegen lehnen PDS und manche Autonome (z.B. die Antifa-AG der Uni Hannover) den Euro ab und fordern eine Volksabstimmung.

Mit dem Thema Europa haben wir schon lange unsere Schwierigkeiten. Schon in den 80er Jahren gab es in der Westlinken immer wieder (meist folgenlose) Appelle, sich endlich mit dem EG-Imperialismus zu beschäftigen. Spätestens mit dem Beginn des EG-Binnenmarktes Anfang 1992 und zu "500 Jahre Conquista" im selben Jahr gab es dann bundesweit Kampagnen und Aktionen. Die wichtigsten Schlagworte unserer Kritik waren: Europa der Banken und Konzerne, Europa als rassistische (Wohlstands-)Festung gegen die berechtigten Ansprüche der Menschen im Süden, Repression und Überwachung nach innen. Dagegen hat sich die unabhängige Linke bisher wenig um die "Niederungen"der Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik gekümmert.

Fessel oder Sprungbrett für Deutschland?

Manche ("antinationale") Linke hoffen, daß die Einbindung Deutschlands in supranationale Strukturen künftige deutsche "Alleingänge" verhindern wird. Wir bezweifeln aber, daß die EU deutsche Großmacht-Ambitionen bändigen kann. Die BRD spielt in der EU schon jetzt eine dominierende Rolle. Zwei Beispiele:

- Mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien war Deutschland kriegstreibende Partei im Jugoslawien-Konflikt - gegen Widerstand u.a. aus Frankreich und Großbritannien;

- bei Sitz und Charakter der neuen Europäischen Zentralbank hat sich die deutsche Bundesbank weitgehend durchgesetzt. Der Euro folgt dem Vorbild der D-Mark: Geldwertstabilität und Unabhängigkeit von politischen Vorgaben gehen über alles.

Andererseits stößt die BRD-Regierung mit ihrem harten neoliberalen Kurs in der EU auch immer wieder auf Schwierigkeiten. Die französische Regierung hat ihr bei der Beschäftigungspolitik einige (kosmetische?) Zugeständnisse abgerungen. Der sogenannte Stabilitätspakt (und damit der Zwang zu rigoroser staatlicher Sparpolitik) wurde abgeschwächt.

Trotzdem: Wir gehen davon aus, daß die deutsche Dominanz in der EU mit der neuen Währung eher noch zunehmen wird. Es ist zu befürchten, daß aus dem Vereinigungsprozeß nicht ein europäisch gezähmtes Deutschland hervorgeht, sondern ein deutscheres Europa. Die EU dient den deutschen Eliten als Sprungbrett zur Weltmacht. Das dürfte auch ein wichtiges Motiv von Kohl, Schäuble etc. sein, weshalb sie für den Euro eintreten.

Daß wir uns wenig von einer "europäischen Zähmung" Deutschlands versprechen, liegt auch an der europäischen Geschichte, die eine Geschichte von Ausgrenzung und Ausbeutung ist. Die Europa-Befürworter wollen eine "europäische Identität" konstruieren. Dieses Konstrukt hat jedoch Wurzeln, die uns nur wenig sympathischer erscheinen als der deutsche Nationalismus. Die jahrhundertelange Tradition des christlich-abendländischen Rassismus reicht von den Kreuzzügen über Antisemitismus und Kolonialismus bis zum aktuellen Feindbild Islam.

Comeback der Politik?

Die ökonomische Globalisierung läßt die "Handlungsreichweite" von Nationalstaaten schrumpfen. Die Kapitalisten treten weltweit in verschärfte Konkurrenz zueinander und geben sich internationalistisch: "Wir können auch anders, nämlich ins Ausland gehen, wenn der Standort Deutschland nicht nach unseren

Bedingungen gestaltet wird." Die Folge: Die gesamte politische Klasse kapituliert vor der Macht des Kapitals und scheint sich nur noch darum zu kümmern, ihrerseits die Globalisierung voranzutreiben. Soziale und ökologische Standards fallen der Standort-Konkurrenz zum Opfer.

Und nun der Euro? Manche Linke hoffen, daß in dem größeren EU-Wirtschaftsraum die Politik (die staatliche und die "von unten") wieder mehr Macht gegenüber dem Kapital haben wird: ein "Comeback" der Politik. Aber dies ist nicht nur eine Frage des Könnens, sondern auch des Wollens. Wir machen uns keine Illusionen über einen angeblich interessensneutralen Staat. Die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen: Auch sozialdemokratische Regierungen folgen mittlerweile nur noch dem Diktat des Neoliberalismus. Wir hoffen, daß die westeuropäische Integration zu einer besseren Verständigung der sozialen Bewegung untereinander führen wird - und so eine europäische "Politik von unten" möglich wird.

Dagegen steht allerdings die mangelnde Demokratie in der EU - selbst nach den mageren bürgerlich-parlamentarischen Standards. Beispiel Euro: Die nationalen Parlamente geben ihre Entscheidungsbefugnis über Währungspolitik ab, das EU-Parlament ersetzt dies nicht. Die europäische Zentralbank wird nicht politisch kontrolliert.

Die EU-Befürworter haben bis jetzt fast jedes Argument aus dem Hut gezaubert, aber mit "mehr Demokratie" haben sie aus gutem Grund noch nie geworben. Zu deutlich haben die Menschen mitbekommen, daß es gegenüber der zentralistischen EU-Bürokratie keine politische Beteiligung von unten mehr gibt. Welchen Stellenwert Demokratie für das "Haus Europa" hat, zeigt sich besonders kraß bei den Repressionsorganen (z. B. Europol). Die sowieso minimalen (aber historisch erkämpften) BürgerInnenrechte innerhalb der Nationalstaaten finden sich in der EU nicht wieder. Dies hat auch Konsequenzen für die Möglichkeit linker Politik.

Gewinner und Verlierer

Entlarvend für das Projekt der europäischen Integration ist es, daß eine entscheidende Frage nicht mehr gestellt wird: "Wem nützt es?" Unsere Aufgabe ist es, diese Frage auf den Tisch zu bringen.

Schon in Deutschland, dem Land mit der "härtesten" Währung sind die sozialen Folgen der monetären Anpassungspolitik spürbar. Von A wie Arbeitslosigkeit bis Z wie Zuzahlungen bei Medikamenten wird hier dieselbe IWF-Politik durchkonjugiert, wie wir sie seit Jahren in Bezug auf den Trikont (dort sind die Auswirkungen noch viel schlimmer) kritisieren. Entsprechend vertieft sich auch im reichen Deutschland die Spaltung in oben und unten.

Ob man es nun mit dem Euro oder mit dem internationalen Wettbewerbsdruck begründet - die Verlierer sind die gleichen: Erwerbslose müssen immer schlechtere Jobs annehmen; "ArbeitsplatzbesitzerInnen" müssen immer mehr schuften, während die "Reservearmee" wächst; Frauen werden aus dem geregelten Erwerbsleben hinaus in die ungesicherte Heimarbeit abgedrängt; sogenannte "Scheinselbständige" arbeiten auf eigenes Risiko für die gleichen Firmen, bei denen sie vorher angestellt waren; Familien können Kita, Schulbus und Studienkosten nicht mehr bezahlen; usw.

Hauptgewinner der europäischen Integration und des Euro sind dagegen die Konzerne und Banken. Europaweit tätige Großfirmen profitieren besonders davon, daß die bisherigen Umtauschkosten entfallen und sie sich nicht mehr gegen Wechselkurs-Schwankungen absichern müssen. Sie können ihre Beschäftigten besser erpressen (mit der Drohung einer Standort-Verlagerung), ihre Steuern werden gesenkt, und im Dschungel der EU-Bürokratie haben sie noch bessere Einflußmöglichkeiten als ohnehin schon im bürgerlichen Parlamentarismus.

Für die weniger finanzkräftigen Länder der EU kommt hinzu, daß ihnen ein letztes Mittel nicht mehr zur Verfügung steht, mit dem sie bisher Wirtschaftskrisen abfedern konnten: die Abwertung der eigenen Währung. Weil dadurch die eigenen Exportgüter billiger und Importe teurer wurden, konnte die heimische Wirtschaft (vorübergehend) gestützt werden. Jetzt bleibt den schwachen Ländern nur noch ein Ausweg, um bei einer Krise international konkurrenzfähig zu bleiben: Löhne, Sozialleistungen und Umweltstandards müssen noch weiter sinken.

Um zur Euro-Zone zu gehören, müssen die schwächeren Mitgliedsländer (und diejenigen, die erst noch beitreten wollen) jede noch so katastrophale innenpolitische Maßnahme in Kauf nehmen. Um die sogenannten

Konvergenzkriterien zu erfüllen, müssen sie vor allem die staatlichen Schulden abbauen und Sozialleistungen senken. Wer beim Euro nicht dabei ist, muß seine Zinsen erhöhen, um überhaupt noch an Geldkapital heranzukommen - und würgt damit die eigene Wirtschaft ab. Das Ganze ähnelt dem Verhältnis vieler Trikontländer zum kapitalistischen Weltmarkt: Mitmachen ist teuer, Nicht-Mitmachen ist fatal.

In Europa wird die Folge eine weitere Spaltung sein zwischen einem relativ reichen Kerneuropa und einer armen Peripherie. Durch den Euro wird der Markt größer und einheitlicher. Die Konkurrenz unter den Regionen verschärft sich. Darin werden die reicheren Regionen eher bestehen. Dies wiederum wird auch Arroganz und Rassismus in den reichen Regionen/Ländern gegenüber den ärmeren verstärken.

Ein wichtiger Zweck des Euro ist die verbesserte Konkurrenzfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt - vor allem gegenüber Nordamerika und Japan. Der Wettkampf um Märkte und Rohstoffe wird sich weiter verschärfen. Es muß noch billiger produziert und noch rücksichtsloser abgesetzt werden. Die Konflikte zwischen den drei großen Machtblöcken werden zunehmen. Die Leidtragenden werden vor allem die Menschen in den Ländern des Südens sein. Als InternationalistInnen lehnen wir diesen Wettbewerb zu Lasten der Schwächeren ab.

Die rechten Euro-Gegner

Mit unserer internationalistischen Kritik am Euro haben wir in der deutschen Gesellschaft nicht viele Verbündete. Die einen (Regierungskoalition, Gewerkschaften, Sozialdemokratie) wollen den Euro, um damit den "Standort Deutschland" zu stärken, die anderen (von Biedenkopf über den Bund Freier Bürger bis hin zu offenen Nazis) sind zwar gegen den Euro, aber aus anderen Gründen als wir: Sie trauern um "unsere D-Mark" und sorgen sich um die "deutsche Identität".

In unseren Antifa-Herzen freuen wir uns auf den Tag, an dem wir den DM-FetischistInnen mit den verhaßten "Esperanto"-Geldscheinen zuwedeln können. Aber unsere Freude wird nicht lange währen: Die Nationalisten werden auch aus der Einführung des Euro politisches Kapital schlagen. Bei jeder Sozialkürzung, bei jeder Schweinerei des Kapitals wird es dann heißen: "Daran ist der Euro schuld. Wenn wir doch nur die DM noch hätten, dann müßten wir nicht die Portugiesen durchfüttern."

So einfach, wie es die bereits genannte Antifa-AG der Uni Hannover sieht (Broschüre: Die Linke und Maastricht, Hannover 1997), wollen wir es uns allerdings nicht machen. Weil sämtliche "bestimmenden Sektoren des deutschen Kapitals" auf den Euro setzen, müßten Linke uneingeschränkt dagegen sein. Daß Rechtsradikale ebenfalls gegen den Euro agitieren, stört die HannoveranerInnen nicht. "Sollte die Linke deshalb etwa - aus Angst dem Antisemitismus Vorschub zu leisten - auch ihren Kampf gegen das Kapital einstellen?" (Kurz davor grenzt sich die Antifa-AG auch gegen "bürgerliches Kosmopolitentum" ab.)

Zudem fühlen sich die HannoveranerInnen dadurch beflügelt, daß wir gegen den Euro endlich einmal "stimmungsmäßig die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns" haben (gemeint ist die deutsche Bevölkerung). Sie zitieren eine Umfrage, nach der 71 Prozent der Deutschen mit dem Euro einen "Anstieg der organisierten Kriminalität" befürchten, 63 Prozent eine höhere Arbeitslosigkeit, und nur 31 Prozent einen "Verlust der eigenen nationalen Identität". Also keine Gefahr, beschwichtigt die Antifa-AG, daß ein "Kampf gegen das Europa des Kapitals Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen" leiten könnte. Als ob die Hysterie wegen "organisierter Kriminalität" nichts mit Rassismus zu tun hätte!

Wir müssen unsere Agitation gegen "das Europa des Kapitals" deutlich von den Rechten abgrenzen - sowohl von dem Standort-Gejammer der Bürgerlichen als auch von der "antikapitalistischen" Demagogie der Nazis. Wenn wir öffentlich auftreten, müssen wir darauf achten, daß wir nicht mit den DM-Fetischisten verwechselt werden: An unseren internationalistischen Argumenten sollt ihr uns erkennen. Wir sind nicht gegen den Euro, weil wir für die "starke DM" wären - sondern gegen Sozialdumping. Wir sind nicht gegen das Kapital, weil wir für die Volksgemeinschaft wären - sondern für die internationale Solidarität.

Was tun?

Die europäische Integration wird die deutsche Vormacht zementieren, soziale Spaltungen in Europa vertiefen, die Profite der Banken und Konzerne auf Kosten der Arbeitenden und Nichtarbeitenden steigern und die Festung nach außen ausbauen. Politik wird stärker noch als bisher von vorgeschobenen und realen ökonomischen Sachzwängen bestimmt und damit unmöglich gemacht werden.

Der Euro wird als ein weiterer Hebel zur Durchsetzung einer neoliberalen Politik benutzt. Sozialabbau, Privatisierung, Deregulierung und Konzentration werden durch den Euro (und seine Konvergenzkriterien) noch beschleunigt. Aber diese Prozesse gäbe es auch ohne die neue Währung. Entscheidend ist nicht die Währung, sondern die dahinter stehende neoliberale Politik mit allen ihren sozialen Katastrophen. Daher sollten wir uns die Frage auch nicht als "ja oder nein"-Glaubensfrage aufdrängen lassen. Zu diesem Euro "nein" zu sagen, heißt noch lange nicht, daß wir die D-Mark verehren oder daß wir die Herrschaft der deutschen Bundesbank über Europa gutheißen.

Unsere Gegenwehr darf nicht beim "Nein zu dieser EU" verharren. Auch die neue Währung werden wir nicht mehr aufhalten können. Statt dessen müssen wir jetzt danach streben, die verschiedenen sozialen Bewegungen und Kämpfe in Europa (und außerhalb) zu vernetzen - ob "Euro-Märsche" und internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, Umweltaktionen von Greenpeace und Robin Wood, internationalistische Kongresse, gegenseitige Solidarität der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Frauenbewegungen, der Flüchtlings- und MigrantInnengruppen. Das Kapital organisiert sich längst transnational. Es ist Zeit, daß wir es auch tun.

Dieser Beitrag beruht auf einem Positionspapier der Tübinger Gruppe ZAK (Zwiespältig Aber Konsequent, früher: Zentralamerikakomitee) vom Januar 1998. Kontakt: ZAK, Belthlestr. 40, 72070 Tübingen.

37. Fußball ist Gott. In Lateinamerika lauern überall Tore

Autor: ari · Rubrik: Lateinamerika allgemein; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak415/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:35

Dort wird Fußball gespielt, dort ist jeder Sieg der eigenen Mannschaft ein wahres Fest, dort gibt es noch flammende Radioreportagen, und die Frage, für welches Team man den Sonntag im Stadion verbringt, ist beim Kennenlernen mindestens genauso wichtig wie die Frage nach dem Namen. Pünktlich zur Weltmeisterschaft in Frankreich versuchen zwei Bücher dem Mythos Fußball in Lateinamerika nachzuspüren. Der uruguayanische Fan Eduardo Galeano erzählt in "Der Ball ist rund und Tore lauern überall" kleine wichtige und unwichtige Anekdoten zum Thema. Am Anfang stehen Gedanken über die verschiedenen Rollen, die im allwöchentlich inszenierten Fußballtheater verteilt werden. Vom Ball über den Schiedsrichter, vom Fan zum Stadion, vom Star zum technischen Direktor - alle wichtigen Positionen werden angemessen gewürdigt. Es folgen Geschichtchen über die Geschichte - warum sind viele Begriffe des lateinamerikanischen Fußballspanisch dem Englischen entlehnt? Wie kommt es zur ewigen Rivalität der brasilianischen Clubs "Fla" (Flamengo) und "Flu" (Fluminense)? Und daß der Fallrückzieher zuerst in Lateinamerika gezeigt worden ist, ist fast eine Selbstverständlichkeit.

Doch der Autor wendet sich auch politischen Themen zu, denn seit es große Sportveranstaltungen gibt, werden sie auch von Diktatoren oder anderen mißliebigen Mächtigen für ihre Zwecke mißbraucht. Die enge Verknüpfung von "Fußball und Vaterland" wird an folgender Geschichte verdeutlicht: "In Kiew, in der Ukraine, erinnert ein Denkmal an die Spieler von Dynamo Kiew im Jahre 1942. Unter deutscher Besatzung hatten sie die Dummheit begangen, in ihrem Stadion eine Mannschaft Hitler-Deutschlands zu besiegen. Man hatte sie gewarnt: ‚Wenn ihr gewinnt, kostet es euch den Kopf`. Bereit zu verlieren, kamen sie auf den Platz, zitternd vor Angst und Hunger, doch konnten sie die Lust an der Würde nicht bezähmen. Noch mit ihren Trikots auf dem Leibe wurden die elf am Rande eines Abhangs erschossen, als das Spiel zu Ende war."

Natürlich vergißt Galeano auch die lateinamerikanischen Fußballgötter Di Stefano, Pelé, Maradona nicht. Und man kann noch in weiteren Erinnerungen schwelgen: Jede Weltmeisterschaft und ihre Besonderheiten werden erwähnt, besonders schöne Tore beschrieben, und auch hier zeigt Galeano immer wieder die Verknüpfung von Politik und Fußball auf: "Während der Qualifikationsspiele (zur WM 1974) hatten sich die Sowjetrussen geweigert, im Nationalstadion von Chile zu spielen, das kurz zuvor Konzentrationslager und Hinrichtungsstätte gewesen war. Da hatte die chilenische Mannschaft das kläglichste Spiel in der Geschichte des Fußballs bestritten: Sie hatte gegen niemanden gespielt und in ein leeres Tor Bälle geschossen, die vom Publikum begeistert gefeiert wurden. Später bei der WM gewann Chile kein einziges Spiel."

Galeano erweist sich mit seinem Buch als wirklicher Fußballfan. Ganz anders ist das Werk von Chris Taylor "Samba, Coca und das runde Leder", das länderspezifische Fußballstudien betreibt und sich hauptsächlich den Nationalmannschaften der jeweiligen Länder widmet. Ein Kapitel über Uruguay macht den Anfang. Nach einem kurzen Blick auf ein aktuelles Duell Argentinien - Uruguay anläßlich der WM-Qualifikation 1997, konzentriert der Autor seine Gedanken auf die ruhmreicheren Jahre des kleinsten Landes im Cono Sur. Die goldenen Zeiten sind vorbei - Uruguay blieb diesmal nur der drittletzte Platz in der südamerikanischen WM-Qualifikationsgruppe. Auch internationale Erfolge der beiden großen Clubs "Peñarol" und "Nacional" aus Montevideo können den verblassenden Stern nicht sonderlich aufhellen.

Das Kapitel über Argentinien beschäftigt sich natürlich mit Maradona. Die "Hand Gottes" wird dort ebenso gewürdigt wie Maradonas Drogenkonsum und seine Comeback-Versuche. Auch ein Vergleich zwischen den ehemaligen Nationaltrainern Bilardo ("harter Soldat") und Menotti ("linker Intellektueller und Philosophenprinz des Fußballs") darf nicht fehlen. Der nächste (und längste) Abschnitt des Buches ist Brasilien gewidmet. Zunächst stehen nicht wie erwartet die ruhmreichen Siege der Fußballzauberer im Mittelpunkt, sondern die rassistische Diskrimierung schwarzer Spieler im brasilianischen Fußball. Danach singt der Autor eine Hymne auf das Maracanâ-Stadion, das 1950 für die WM gebaut wurde und zu den größten der Welt zählt.

Bei der Beschreibung des bolivianischen Fußballs dreht sich eigentlich alles nur um eines: Am 12. Dezember 1995 hat die FIFA entschieden, daß internationale Spiele ab einer Höhe von 3.000 Metern über NN verboten werden. In Bolivien war man starr vor Entsetzen (schließlich befinden sich unter anderem die Stadien von La

Paz in derart luftiger Höhe) und zeigte es als Ungerechtigkeit an, denn bolivianische Mannschaften müßten auch in der tropischen Hitze und Feuchtigkeit brasilianischer Städte spielen. In Kolumbien gibt es andere Probleme - die meisten Fußballmannschaften werden von Drogenbossen finanziert, Fußballspieler sympathisieren offen mit den Verurteilten oder Gesuchten, und mißliebige Schiedsrichter werden erschossen oder zumindest bedroht.

Nach so vielen Geschichten über fußballfanatische lateinamerikanische Länder muß zumindest ein Gegenbeispiel genannt werden: Nicaragua, ein Land, in dem Fußball einfach keine Bedeutung hat. Der Sieg der Nationalmannschaft gegen die argentinischen Kicker von Estudiantes de la Plata ging 1966 als die einzige Heldentat in die Fußballgeschichte ein.

Das wichtige Thema Vermarktung und Fußball diskutiert Chris Taylor am Beispiel Mexiko. Ob Nike, Corona, Coca-Cola, Radio 58 oder Televisa - alle versuchen, ein möglichst großes Stück vom Fußball-Werbekuchen abzubekommen. Das Buch schließt mit einem Kapitel über die Qualifikation lateinamerikanischer Länder zur WM 1998.

Nach Lektüre der Länderstudien ist man um einiges schlauer, was die Geschichte des lateinamerikanischen Fußballs, Intrigen eingeschlossen, anbelangt. Was aber fehlt, ist die Vermittlung der Fußballkultur, der Faszination, die das Gekicke dort ausübt. Vielleicht kann man das aber auch nur am eigenen Leibe erfahren, wenn man ins Stadion geht und sich nach kurzer Zeit vor Begeisterung kaum noch halten kann, auch wenn die eigene Mannschaft schlecht spielt...

ari

Eduardo Galeano: Der Ball ist rund und Tore lauern überall, Wuppertal 1997, Peter Hammer Verlag, 277 Seiten, DM 29,80.

Chris Taylor: Samba, Coca und das runde Leder. Streifzüge durch das Lateinamerika des Fußballs, Stuttgart 1998, Schmetterling Verlag, 223 Seiten, DM 29,80.

38. Quelldatei 20bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/20bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:20bu

Flüchtlinge willkommen! In der Nacht von 22./23.5. besetzten dänische, schwedische und deutsche antifa- und antira-Gruppen deutsch-dänische Grenzübergänge bei Padborg und Krussa. Die Aktion richtete sich gegen die EU-Abkommen, die wenige Tage später (am 28.5.) durch eine Volksabstimmung in Dänemark angenommen wurden. Die AktivistInnen befürchten, "mehr Diskriminierung, noch strengere Asylgesetze und noch stärkere Kriminalisierung von Flüchtlingen."

Die Polizei beendete die Aktion nach sieben Stunden. Nicht bekannt ist, wieviele Flüchtlinge das freundliche Angebot angenommen haben.

39. Weg mit herrschaftssichernden Grenzen!

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:28

2. Aufruf und aktuelle Infos zu den antirassistischen FrauenLesbenAktionstagen an der dt./polnischen Grenze vom 30.6.-5.7.98

Der Staat hat die Grenzen hochgerüstet, um Flüchtlingen und MigrantInnen die selbstorganisierte Einreise unmöglich zu machen. Die Toten in der Neiße/Oder und Frauenhandel sind Beispiele direkter Folgen dieser Politik. Die von der Bevölkerungsmehrheit vertretenen rassistischen und nationalistischen Positionen werden dabei aufgegriffen und durch gezielte Hetzpropaganda weiter verstärkt. Sie dienen dann zur Rechtfertigung von Verschärfungen der Gesetze und einer alltäglichen Praxis von Ausgrenzung.

Antirassistische Politik muß deshalb konsequent sowohl die Interessen des Staates als auch die der deutschen Mehrheitsbevölkerung an Rassismus benennen und angreifen.

Der in der Gesellschaft zur gleichen Zeit bestehende Sexismus ist auch in der antirassistischen Bewegung noch nicht überwunden. Wir haben uns deshalb bewußt als Frauen und Lesben organisiert, um der herrschenden Grenzpolitik etwas entgegenzusetzen.

Hier einige Stichworte zur derzeitigen Situation.

- In Eigeninitiative gegründete Bürgerwehrgruppen, die gegen die Flüchtlinge vorgehen.

- Ein "Infomobil des Bundesgrenzschutzes" informiert die AnwohnerInnen der Grenze über "Grenzkriminalität" und fordert zu Denunziation auf.

Dafür sind eigene "Bürgertelefone" installiert worden.

- Besondere Befugnisse des BGS in einer 30-km-Zone an der Grenze, z. B. "verdachtsunabhängige Kontrollen".

- Anwendung des § 92 a AuslG. ("Einschleusen von Ausländern") auf TaxifahrerInnen, die auf der deutschen Seite im Grenzgebiet illegalisierte MigrantInnen befördern. Durch bereits erfolgte Verurteilungen wird versucht, eine ganze Berufsgruppe zu Handlangern des BGS zu machen. Wenn bei TaxifahrerInnen der Verdacht besteht, daß ihre Fahrgäste "illegale Ausländer " sind (z.B. durch "undeutsches Aussehen"), sind sie verpflichtet, den BGS über Funk zu verständigen bzw. die Fahrgäste sofort zum nächsten Bullenrevier zu fahren.

Vom 30.6. - 5.7. werden wir in der Region Zittau/Görlitz antirassistische Aktionstage durchführen. Der Auftakttag wird in Dresden stattfinden.

Anreisezeit ist der Abend des 30.6. in Dresden. Den 1.7. werden wir dazu nutzen, uns kennenzulernen, auszutauschen, die Aktionen zu koordinieren und das Schutzkonzept vorzustellen. Am 2.7. wollen wir dann gemeinsam zum Ausgangsort der Aktionstage fahren. Dort gibt es eine berollbare Halle mit ausreichendem Platz. Bei unseren Aktionen soll es darum gehen, den reibungslosen Ablauf der rassistischen Maschinerie an der Grenze zu stören. Wir wollen zeigen, daß wir die Abschottungs- und Abschiebepolitik ablehnen und nicht hinnehmen. Mit den Aktionen wollen wir gegen das Vorgehen des BGS, die herrschende Grenzpolitik und das Denunziationsverhalten in weiten Teilen der Bevölkerung Position beziehen.

Unsere Solidarität gilt den betroffenen MigrantInnen und Flüchtlingen. Wir sehen die Aktionstage darüber hinaus als Unterstützung von denjenigen, die in der Region leben und antirassistische Haltungen vertreten.

Der Schwerpunkt der Aktionstage liegt nicht darin, Aktionen vorzubereiten, sondern den Rahmen für deren Umsetzungen zu bieten. Dies bedeutet, daß von den teilnehmenden Frauen/Lesben bereits welche mit Plänen und praktischen Vorstellungen anreisen müssen. Den Abschlußtag am 5.7. werden wir in Zittau verbringen, wo wir die regionale Antifa bei einer Gegenkundgebung gegen einen bereits angemeldeten Faschoaufmarsch unterstützen.

Form und Ausdruck der Aktionen werden vielfältig sein, auch deine Phantasie ist gefragt. Wir versuchen, die Aktionstage für möglichst viele Frauen/Lesben, die kommen wollen, zugänglich zu machen. Wir bemühen uns

um Assistenzen, können diese aber noch nicht gewährleisten. Frauen, die Assistenz machen wollen, gebärdendolmetschen können etc., werden noch gesucht. Wir fänden es für alle FrauenLesben wichtig, sich bis zum 15.6. unter der untenstehenden Adresse anzumelden! Für die ausreichende Vorbereitung wäre das eine wichtige Voraussetzung. Infos, Fragen, Vorschläge und Absprachen über die Kontaktadresse. So, wenn du jetzt neugierig geworden bist und Lust auf die Aktionstage hast, melde dich bei uns:

Stichwort "Sommerfrische"

c/o Symbiose e.V.

Kinzigstraße 9, 10247 Berlin

Tel. 030 / 294 76 88, Fax: 030 / 294 921 20

Spendenkonto bei:

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Stichwort: "Frauen/Lesben Camp '98"

KtoNr. 610024264, BLZ 100 500 00

Berliner Sparkasse

Wenn du nicht zu den Aktionstagen kommen kannst/willst, die Idee aber unterstützenswert findest: Wir freuen uns über zeitgleiche Aktionen anderswo und natürlich Geld- oder Sachspenden (auch leihweise Handys, Laptop, Fax, Modem...)

40. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:32

Leserbrief

Betr.: Trau keinem unter 30!, ak 414

DVU-Konkurrenz

"Ein wesentliches Defizit scheinen die Rechtsextremen nach der Wahl in Sachsen-Anhalt überwinden zu können: ihre organisatorische Zersplitterung in diverse Parteien und Grüppchen mit persönlich verfeindeten ‚Führern`. Der frühere REP-Vorsitzende Schönhuber will Freys Angebot annehmen, als ‚Spitzenkandidat` der DVU in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Daraus könnte eine gefährliche Sogwirkung auch auf Teile der REP's und andere rechte Gruppierungen entstehen."

Glaube ich nicht. Die REP's werden mangels Masse und Geld jedes Angebot von Frey zur Kooperation annehmen, wenn sie ihr Gesicht wahren können. Die Situation wird sich vorläufig klären, wenn die NPD als gesamtdeutsche und im Osten organisatorisch verankerte Partei auf lokaler Ebene zur Wahl antritt. Falls die im Frühjahr in Sachsen erfolgreich ist und das durch die Medien verbreitet wird, kann sie der DVU ernsthaft Konkurrenz machen. Vor allem auch deshalb, weil die Jungwähler primär den Sozialismus wollen (deshalb macht die NPD ja Reklame mit ‚Sozialismus ist machbar`), aber eben einen nationalen. Und der ist mit dem Miethai Frey nicht zu haben.

Burkhard S.

41. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:34

Migration und Arbeit

Migration in die wohlhabenden Metropolenstaaten ist in erster Linie Arbeitsmigration. Dies gilt sowohl für "klassische" ArbeitsmigrantInnen ("GastarbeiterInnen") als auch für die verschiedenen Formen der Werksvertrags- und SaisonarbeiterInnen und selbst für die allermeisten derjenigen, die als Flüchtlinge gekommen sind. Dennoch werden MigrantInnen als ArbeiterInnen in der praktischen Antirassismus-Arbeit in der Bundesrepublik relativ wenig wahrgenommen. Jüngstes Beispiel ist die April-Ausgabe der antirassistischen Zeitung ZAG mit ihrem Schwerpunkt "MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt". Der einführende Beitrag der ZAG-Redaktion kommt über eine oberflächliche und schlagwortartige Beschreibung der "Umstrukturierung der Wirtschaft" nicht hinaus. Er hinterläßt den Eindruck, daß die gesamte Debatte um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Neuzusammensetzung des Proletariats, Lean Production, De- und Reregulierung der Arbeitsmärkte etc. den AutorInnen eher fremd ist. Und mit "MigrantInnen" sind eigentlich nur Flüchtlinge und WerksvertragsarbeiterInnen meint. Die ehemaligen "GastarbeiterInnen" und ihre Kinder und Enkel kommen in diesem Schwerpunkt einfach nicht vor. Zu den lesenswerten Beiträgen im Rahmen des ZAG-Schwerpunktes gehören der Text von Bridget Anderson zur Situation der Hausangestellten in Europa und das Interview, das die ZAG mit Vertreterinnen von Ban Ying über Asiatinnen in Berlin gemacht hat. Alles in allem aber ist das ZAG-Schwerpunktthema eher Reflex eines grundsätzlichens Problem der antirassistischen Unterstützungsarbeit zumindest in der BRD: Neben einer Verengung des Begriffs der Migration und damit des Blicks scheinen sich antirassistische Initiativen immer noch schwer damit zu tun, sich auf Debatten zum Thema Arbeit, Neuorganisation der Ausbeutung, Klassenspaltungen und Klassenwiderstand zu beziehen, die in der Betriebs- und Gewerkschaftslinken und anderen Zusammenhängen seit längerem geführt werden.

ZAG. Antirassistische Zeitung, Nr. 26 (1. Quartal 1998), Yorckstr. 59 HH, 10965 Berlin, 50 Seiten, 6 DM

Wahlen und Humbug

Das laufende "Superwahljahr" mit seinem erbärmlichen Niveau der "politischen Auseinandersetzung" verleihen einer - eigentlich längst geklärten - Frage neue Aktualität: Sollen Linke sich in Wahlkämpfe einmischen, Wahlaufrufe formulieren, selbst ihr Kreuz machen? Der Berliner Verlag Klaus Guhl fand es lohnend, eine altbekannte Position neu zu propagieren: die des anarchistischen Dichters Erich Mühsam, der sich schon 1912 über den "Humbug der Wahlen" lustig machte. Störend an der Neuausgabe ist das Vorwort von Jochen Knoblauch - eine Sammlung besonders platter Sinnsprüche wie "Wer seine Stimme abgibt, hat nichts mehr zu sagen". Der flache Sinn korrespondiert mit sprachlichen Mißgriffen: "In Italien wechseln die Regierungen wie andere ihre Hemden." Dagegen erweist sich der Genosse Mühsam einmal mehr als Meister der Polemik, wenn er z.B. schreibt: "Freilich sind die armen Sozis bei den Wahlen besonders übel dran. Sympathisch sind sie mit ihrer unproduktiven Betulichkeit, mit ihrer anschmeisserischen Opposition und ihrer phrasenschwulstigen Alleswisserei niemandem, ausser den Kinderstuben-Politikern des ‚Berliner Tageblatts`. Man lässt sich schließlich, wenn das Geschäft lohnend erscheint, von ihnen unter die Arme greifen. Nachher gibt man ihnen den Tritt." Ersetzt man Sozis durch Grüne und Berliner Tageblatt durch taz, hat man eine schöne Beschreibung heutiger Zustände. Daß dem rechtspopulistischen Medienwahlkampf der Schröder-SPD kaum "unproduktive Betulichkeit" vorzuwerfen ist, konnte Mühsam noch nicht wissen.

Erich Mühsam: Der Humbug der Wahlen; Verlag Klaus Guhl, Knobelsdorffstr. 8, 14059 Berlin, Tel. 030/3213062, Fax. 030/3215549, 56 Seiten, 6 DM

Leiber und Leiden

Selten hatten es "unsportliche" Menschen schwerer. Durch Training gestählte Leiber sind allgegenwärtig, vor allem in der Werbung; eine Zeitschrift nach der anderen findet auch für den letzten bewegungsarmen Leser "die ideale Sportart". Dem ein schlichtes "No sports!" (Winston Churchill) entgegenzusetzen, trauen sich die wenigsten. Die Massen nehmen wenigstens passiv Anteil am Kampf der Heroen. Rechtzeitig vor der Fuball-Weltmeisterschaft mit TV-Dauerstreß, nationalistischem Wonnegefühl und kollektiver Enttäuschung widmen sich die blätter des iz3w dem Phänomen analytisch. Was steht hinter dem Sportboom? Woher kommt die Begeisterung für das "Leiden der Leiber" (Schwerpunktthema)? Gemäß der These von der

"Kontrollgesellschaft", welche die "Disziplingesellschaft" ablöse, ist der Sport "eingebettet in eine Gesellschaft, in der Arbeit und Erholung nicht mehr strikt getrennt sind". Diedrich Diederichsen, der einer solchen "verengenden und totalisierenden Sichtweise" widerspricht, äußert sich auch über einen weiteren Aspekt des Sportbooms. Die Ästhetisierung vorzugsweise schwarzer Körper enthält für ihn Elemente "faschistischer Übermenschenprojektion" in der Tradition Leni Riefenstahls. In weiteren Artikeln geht es um Sport in Zeiten der Globalisierung, identitätsstiftenden Spitzensport in Südafrika, Henry Maske und die deutsche Einheit, das scheinbare "Verschwinden" des Rassismus in deutschen Fußballstadien.

blätter des iz3w, Mai/Juni 1998, Ausgabe 229, informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a, D-79020 Freiburg, Tel. 0761/74003, Fax. 0761/709866, 52 Seiten, 8 DM

Rassismus und Antirassismus

Ende April wurde ein neuer Rekord gemeldet: Um 30% höher als 1996 lag die Zahl der für 1997 registrierten rechtsextremen Delikte. Auch die Zahl der rassistisch motivierten Gewalttaten stieg weiter an. Über die "Gewalt gegen Fremde" schrieb der Soziologe Ulrich Bielefeld vom Hamburger Institut für Sozialforschung im Dezember 1997, sie habe sich so weit "veralltäglicht", "daß sie als solche inzwischen nur noch geringe Aufmerksamkeit erregt, wenn nicht wieder mehrere Tote zu beklagen sind." So steht es im Vorwort seines Buches "Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?", das nach der Erstveröffentlichung 1991 nun noch einmal neu herausgegeben wurde - aus gutem Grund. Die dort diskutierten Fragen sind aktueller denn je. Es geht um das Konzept des Fremden, die Intoleranz des Nationalstaats, Arbeitsmigration und Neorassismus (Teil 1: "Wir und die Anderen"); um "Rasse" und Rassismus (Teil 2); um Rassismus und Antirassismus (Teil 3). Zu den namhaften Autorinnen und Autoren, deren Beiträge in dem Buch gesammelt sind, gehören Zygmunt Baumann ("Moderne und Ambivalenz"), Colette Guillaumin ("Rasse. Das Wort und die Vorstellung"), Etienne Balibar ("Der Rassismus: auch noch ein Universalismus"), Robert Miles ("Theorien über Rassismus") und Phil Cohen ("Antirassismus und Antihumanismus"). Ihre Aufsätze können auch bei der Beantwortung der Frage helfen, die Ulrich Bielefeld in der Einleitung formuliert: "ob der Begriff des ‚Rassismus` geeignet ist, eine wichtige analytische und kritische Funktion in der Bestimmung des Verhältnisses der Mehrheit zu diskriminierten Minderheiten in den gegenwärtigen westeuropäischen Gesellschaften zu übernehmen."

Ulrich Bielefeld (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburger Edition, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, 338 Seiten, 28 DM

Hattingen und Lübeck

Schon kurz nach dem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße, bei dem im Januar 1996 zehn Menschen ums Leben kamen, war für die Ermittlungsbehörden klar, wo die Täter zu suchen seien: unter den BewohnerInnen des Hauses. Spuren, die auf andere Täter hinwiesen, wurden nicht ernsthaft verfolgt und so de facto verwischt. Ähnlich war es auch beim Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie in Hattingen. Die Prozeßgruppe zum Fall Hattingen und die AG zu rassistischen Ermittlungen haben nun die beiden Fälle dokumentiert. Die Analyse der Pressereaktionen in beiden Fällen zeigt, wie aus Opfern Täter gemacht wurden. Hier liegt die Stärke des Buches, es ist eine faktenreiche Materialsammlung. Die rassistischen Ermittlungen, die Hetze in den Medien und die Prozeßführung werden in beiden Fällen dokumentiert. Im Fall Hattingen geschieht dies zum erstenmal in diesem Umfang. Interviews mit Überlebenden machen deutlich, mit welch hinterhältigen Methoden versucht wurde, aus ihnen unglaubwürdige Kriminelle zu machen. Ärgerlich sind die "Analysen", die wohl von der AG rassistische Ermittlungen stammen. (Die entsprechenden Artikel wurden leider nicht namentlich gekennzeichnet, deshalb diese Vermutung.) Ein unreflektierter paternalistischer Ansatz und Selbstbeweihräucherung werden verbunden mit haltlosen Rundumschlägen gegen andere UnterstützerInnengruppen. Über die eigenen Fehler wird dagegen hinweg gegangen - man erinnere sich an den Brief der AG an die Lübecker Familie El Omari, die "gebeten" wurde, ihre Position (als Nebenkläger gegen Safwan Eid) zu überdenken. Da wird dann so dick aufgetragen, daß selbst der Verlag sich von den AutorInnen distanziert und sie als ein "Häuflein guter Deutscher" bezeichnet.

Prozeßgruppe zum Fall Hattingen und AG zu rassistischen Ermittlungen (Hrsg.): Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft, Verlag Schwarze Risse Berlin, Verlag Rote Straße Göttingen, 264 Seiten, 18 DM

42. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:38

Kalender

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen

Eren Keskin (RA, Istanbul) vom Projekt zur rechtlichen Unterstützung von Frauen, die in der Haft vergewaltigt wurden, Meral Danis (RA, Diyarbakir), Sengül Senol (Köln) von B90/Die Grünen, Monika Hauser (Köln) von Medica Mondiale e.V. und Rita Jungkamp (Köln) vom Solidaritätsforum für Kurdische und Türkische Frauen sprechen über sexualisierte Gewalt gegen Frauen im Krieg, in der Haft, auf der Flucht und in der Familie.

Köln, 6.6., 19.00 h, Alte Feuerwache, Saal im Mannschaftshaus, Melchiorstr, 3.

Tupamara Yessie Macchi

Über Tupamaros, bewaffneten Kampf, Knast und Militärdiktatur ist viel geschrieben worden. Die spezifischen Erfahrungen von Frauen wurden dabei aber meist ausgeblendet. Monika Berberich und Irene Rosenkötter haben für ihr Buch "Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt" Frauen aus Uruguay interviewt; Yessie Macchi, die als Kolonnenführerin der Tupamaros 1972 verhaftet wurde, kommt zur Buchvorstellung in die BRD.

Hamburg: 8.6., 20.00 h, Buchladen im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Berlin: 14.6.; Frankfurt/M.: 18.6.; Köln: 22.6. Kontakt: Verlag Libertäre Assoziation, Lindenallee 72, 20259 Hamburg, Tel./Fax: 040-4393666.

Jüdische Arbeiterbewegung - Vorträge und Filme

Im Begleitprogramm zur Ausstellung "Selbstbehauptung und Utopie. Jüdische Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg und Hamburg" bietet das Museum der Arbeit in Hamburg Vorträge und Filme an.

10.6., 19.00 h: "100 Jahre jüdischer Arbeiterbund" (Jack Jacobs, New York) und "Der ‚Bund` und die deutsche Sozialdemokratie" (Gertrud Pickhan, Leipzig). 14.6., 11.00 h: "Ostjüdische Industriearbeiter in Deutschland" (Ludger Heid, Duisburg). 15.6., 17.00 h: "Image before my Eyes". Dokumentarfilm über das jüdische Leben in Polen vor der Shoah (USA, 1980). 15.6., 19.00 h: "Rosa Luxemburg". Spielfilm von Margarethe von Trotta (BRD 1985). 15.6., 21.15 h: "Soll sein - Jiddische Kultur im jüdischen Staat". Dokumentarfilm von Henryk M. Broder (trotzdem gut!) und Frans van der Meulen (BRD, Israel, Niederlande 1984-1992). 17.6., 19.00 h: "Zur Auswanderung osteuropäischer Juden über den Hamburger Hafen 1881-1914" (Jürgen Sielemann, Hamburg) und "Rosa Luxemburg zog es nach Hamburg und wieder nicht" (Jürgen Ellermeyer, Hamburg). 24.6., 19.00 h: "Von der Jugendbewegung zum Kibbuz und zur politischen Partei: Ein Weg von Osteuropa nach Palästina" (Avraham Barkai, Kibbuz Lehavot Habashan, Israel). 28.6., 11.00 h: "Jüdische Mitstreiter in der Hamburger Arbeiterbewegung" (Ulrich Bauche, Hamburg), "Ein Bericht" (Kurt-Wolf van der Walde, Hamburg), "Jüdische Kommunisten im Widerstand" (Wilfried Weinke, Hamburg). 1.7., 19.00 h: "Rosa Luxemburg und Isaac Deutscher - zwei jüdische Ketzer im Kommunismus" (Theodor Bergmann, Stuttgart). 5.7., 11.00 h: "Jüdische Arbeiterbewegung und die ‚Palästina-Frage`" (John Bunzl, Wien).

Hamburg, 10.6.-26.7. Alle Vorträge finden statt im Museum der Arbeit, Maurienstraße, Hamburg. Die Filme zeigt das Metropolis-Kino, Dammtorstraße 30a, Hamburg.

Der Neoliberalismus und die extreme Rechte

Einen Vortrag zu diesem Thema hält Ralf Ptak, Wirtschaftswissenschaftler und Mitautor des Buches Wollt Ihr den totalen Markt? von Herbert Schui, Ralf Ptak u.a.

Düsseldorf, 15.6., 19.30 h, ZAKK-Studio, Fichtenstr. 40

Der Nürnberger Ärzteprozeß

Das Hamburger Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und das Institut für Medizin-Soziologie der Uni Hamburg veranstalten eine Ringvorlesung zum Nürnberger Ärztepozeß. Im Mittelpunkt stehen die Menschenversuche und Patientenmorde, die in Nürnberg verhandelt wurden.

"Die aktuelle gesundheitspolitische Entwicklung im historischen Vergleich" diskutieren am 17.6. Klaus Dörner, Winfried Kahlke, Heidrun Kaupen-Haas, Frank Ulrich Montgomery, Karl Heinz Roth, Udo Schagen und Michael Wunder. Am 24.6. hält Hans-Walter Schmuhl einen Vortrag über "Die Patientenmorde". Am 1.7. spricht Wolfgang Eckart über "Seuchenmedizinische Experimente" und Angelika Ebbinghaus über "Versuche mit Kampfstoffen". Karl Heinz Roth referiert am 8.7. über "Menschenversuche in der Luftfahrtmedizin".

Hamburg, 17.6., 24.6., 1.7., 8.7., jeweils 19.00 h, Hörsaal C im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6.

Rundreise der Samstagsmütter

Die Samstagsmütter und Angehörige der Verschwundenen in der Türkei und Kurdistan fordern u.a., daß die deutsche Regierung stärker auf die Türkei einwirken soll, um dem Verschwindenlassen von Menschen und der Folter ein Ende zu bereiten. Auskünfte über die Rundreise gibt die Informationsstelle Kurdistan e.V., Koelhoffstr. 10, 50676 Köln, Tel. 0221-9234498, Fax: 9234499.

Köln, Bonn: 14./15.6.; Bonn, Aachen: 16.6.; Düsseldorf: 17.6.; Hamburg: 18.-20.6.; Berlin 21./22.6.; Leipzig, Dresden: 22./23.6.; Besuch der Gedenkstätte Buchenwald: 24.6.; München: 25.6.; Frankfurt, Mainz, Wiesbaden: 26.6.

Jüdische Massenauswanderung von Polen in die USA

Soziales Elend, Pogrome und religiöse Enge zwangen zwei Millionen Jüdinnen und Juden zwischen 1880 und 1920 zur Auswanderung aus Mittel- und Osteuropa. Ihr Ziel war fast ausnahmslos Amerika. Thema eines Wochenendseminars der Hamburger Volkshochschule sind die Gründe der Auswanderung, der Weg aus dem Osten über Bremen und Hamburg nach Amerika, die Bildung eigener Gewerkschaften und die allmähliche Integration in die neue Gesellschaft. Kursleitung: ak-Autor Klaus Mellenthin.

20./21.6., jeweils 11.00-16.30 h. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule - VHS Hamburg, Karolinenstraße 35, Hamburg. Anmeldung unter Kursnr. 1700M75 in der VHS, Schanzenstraße 75-77, 20375 Hamburg. Info über Telefon 040-2297223.

Fußball - mehr als ein Spiel

Eine Woche vor der Fußballweltmeisterschaft veranstaltet die Evangelische Akademie Hofgeismar eine Tagung über Fußball in den Medien, seine Vermarktung, die von dem Spiel ausgelösten Sehnsüchte und Gewalt und andere Aspekte. Mit von der ReferentInnenpartie ist auch ak-Autor Dietrich Schulze-Marmeling. Fußball geguckt wird natürlich auch (Niederlande gegen Südkorea und Deutschland-Jugoslawien).

Hofgeismar, 19.-21.6., Informationen bei der Evangelischen Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar, Tel. 05671-881108 (Frau Rudnick).

43. Grüner AKW-Ausstieg?

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/akw.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:akw

Der Castor-Skandal - die Vielzahl der Grenzwertüberschreitungen bei den Atomtransporten, die nach jahrelanger Verheimlichung nun zutage getreten sind - hat eine ungeahnte Dynamik in der Diskussion um den Ausstieg aus der Atomwirt- schaft ausgelöst. Die niedersächsische Landesregierung hat z.B. mit dem "ungeklärten Risiko bei Atomtransporten" das Planfeststellungsverfahren für das atomare Endlager Schacht Konrad gestoppt - zweifelsfrei ein voller Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Was weiter passiert, wird davon abhängen, welchen Druck die außerparlamentarische Bewegung ausüben kann.

Auf den erklärten Ausstiegswillen der Grünen kann mensch nicht bauen. Mit der Forderung der Bewegung nach einer "sofortigen Stillegung aller Atomanlagen" haben die Überlegungen der Grünen wenig gemein. Unser Autor Jürgen Stay analysiert das Ausstiegsgesetz, das die Grünen eventuell noch vor der Bundestagswahl im Bundesrat einbringen wollen.

Seite 4

44. Ostartikel braune Socken

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/braune.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:braune

Kaum hatten die Politiker ihre Krokodilstränen getrocknet, da erhielten sie Trost von den Beschwichtigern: Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt habe mit "rechtsradikalen Motiven" nichts zu tun, versichern die Experten der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Dem stimmt auch Sachsen-Anhalts sozialdemokratischer Ministerpräsident Höppner zu: Viele DVU-Wähler hätten "nicht realisiert, daß das eine schlimme rechtsradikale Partei ist". Solch provozierende Verharmlosung ergänzen Teile der Linken mit ihren eigenen entlastenden Thesen: Für den unverhältnismäßig großen Anteil junger Leute unter den rechten Wählern könne die untergegangene DDR nicht verantwortlich gemacht werden - vielmehr sei die in Bonn betriebene Politik schuld.

Daß rechtsextreme Einstellungen in der Ex-DDR weiter verbreitet sind als im Westen, läßt sich mit solchen "Analysen" nicht erklären. 60 Prozent Zustimmung zu der rassistischen Parole "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" zeigt, daß die Rechten ihr Potential noch längst nicht ausgeschöpft haben. Bisher steht dem vor allem der desolate Zustand ihrer Wahlparteien entgegen. Die einst führenden REPs erleben magere Zeiten. Ihr ehemaliger Vorsitzender Schönhuber kungelt derzeit mit Frey. Verschiedene Anzeichen sprechen für eine rechte Neugründung nach der Bundestagswahl. Seite 7

45. Indonesien vor dem Bankrott

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/suharto2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:suharto2

Die siebte Präsidentschaft hatte Indonesiens Despot Suharto schon fest im Blick, da machten ihm Aufstände gegen Preiserhöhungen für Lebensmittel und Benzin einen Strich durch die Rechnung. Nach 32 Jahren Diktatur mußte der Kohl-Freund Suharto am 21. Mai zurücktreten. Noch bis vor kurzem wurden die südostasiatischen Wirtschaftswunderländer von den führenden kapitalistischen Institutionen gelobt. Seit einigen Monaten hängen etliche von ihnen am Tropf des IWF.

Die trügerische Aussicht auf kontinuierliches Wirtschaftswachstum ließ überschüssige Geldmittel in die Region fließen. Im letzten Sommer begann eine wilde Spekulation gegen die Währungen dieser Länder. Der indonesische Rupiah sank auf historische Tiefstwerte. Das Suharto-Regime war nicht mehr in der Lage, der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise gegenzusteuern.

Innerhalb eines halben Jahres stieg die offizielle Erwerbslosenzahl auf über acht Millionen an. Mittlerweile ist die Hälfte aller Arbeitsplätze gefährdet. Es kam zu Plünderungen und Straßenkämpfen; Hunderte von Toten, panikartige Fluchtbewegungen und Massenevakuierungen von AusländerInnen waren Ergebnis dieser Riots. Auf sanften Druck der G8-Staaten übergab Suharto die Regierungsgeschäfte an seinen politischen Ziehsohn, den "German-Boy" Habibie.

Nicht die Demokratisierung des despotischen Systems steht jetzt im Mittelpunkt der IWF-Forderungen. Sie lauten vielmehr: Abbau des Auslandsschuldenbergs; Aufhebung der Kapitalbeteiligungsbeschränkungen für ausländische Unternehmen; Entflechtung der Handelsmonopole für landwirtschaftliche Produkte; Umstrukturierung des Bankenwesens. Mit der Umsetzung dieser IWF-Auflagen sind weitere Aufstände vorprogrammiert. Die politische und ökonomische Macht in Indonesien wird weiterhin von einer Armee abgesichert, die eng mit dem Suharto-Clan verwoben ist.

Auf den internationalen Finanzmärkten gehen die Geschäfte trotz der Krise munter weiter, die Aktienkurse erklimmen immer höhere Rekordwerte. Die bisherigen kapitalistischen Musterländer Asiens sind von diesem Boom abgehängt. Indonesische Banker wurden am Pfingstmontag zum Rapport nach Frankfurt/Main beordert. Die europäischen, japanischen und US-amerikanischen Banken sehen ihre angelegten Gelder in Gefahr und werden alles unternehmen, um sich die 70 Milliarden US-Dollar Schulden der indonesischen Unternehmen zurückzuholen.

Indonesien wird den Forderungen der Gläubigerbanken und des IWF folgen müssen. Für dieses Jahr wird von einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um zehn Prozent ausgegangen. Die gesamte asiatische Region befindet sich in einer schweren ökonomischen Krise; auch die führende Wirtschaftsmacht Japan ist betroffen.

Die Verlierer sind jetzt schon klar auszumachen: Innerhalb kürzester Zeit stieg die Zahl der Erwerbslosen in Indonesien auf zehn Millionen. Die Versorgung der indonesischen Bevölkerung mit bezahlbaren Grundnahrungsmitteln ist stark gefährdet. Damit sind weitere Aufstände vorprogrammiert, die - so steht zu befürchten - weiterhin in der häßlichen Fratze des Rassismus daherkommen werden. Eine Opposition mit einer antirassistischen und antikapitalistischen Perspektive ist nicht sichtbar. Habibie und die Armee wird es freuen.
Seite xx

46. Leere Regale in Dänemark

CD-Datei: daten/aksuche/ak415/titeldÄn.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:415:titeldÄn

Wenn heutzutage von Klassenkämpfen die Rede ist, richten sich die Blicke meist sehnsuchtsvoll nach Frankreich. Aber nicht nur dort streuen die ArbeiterInnen Sand ins Getriebe des neoliberalen "Modernisierungsprozesses". Anfang Mai traten nahezu alle Beschäftigten der dänischen Privatwirtschaft gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaftsführung in einen Streik, in dem es hauptsächlich um mehr Urlaubstage ging. Viele BeobachterInnen werden sich anläßlich der Bilder aus dem hohen Norden verwundert die Augen gerieben haben: leere Regale in den Kaufhäusern, kein Sprit an den Tankstellen, Stillstand in Dänemark. Dieser Streik war um so erstaunlicher, als die skandinavischen Länder mit ihrer traditionellen und in allen gesellschaftlichen Bereichen präsenten sozialdemokratischen Hegemonie eigentlich als Prototypen "vernünftiger" sozialpartnerschaftlicher Konfliktlösung gelten. Und in der Tat kam der Streik auch für die politische Klasse Dänemarks einigermaßen überraschend. Einige Wochen zuvor noch knapper, aber gefeierter Wahlsieger, sah sich der Sozialdemokrat Rasmussen Anfang Mai gezwungen, den Ausstand per Dekret zu beenden; alle Verhandlungen waren im Vorfeld gescheitert. Für die dänische Sozialdemokratie, die sich an Tony Blairs "New Labour" orientiert, ist der Streik ein Schuß vor den Bug. Bei weitem nicht so sensationell, wie in den Medien dargestellt, aber ein deutlicher Knacks im gesellschaftlichen Gefüge: Die sozialdemokratische Variante von Neoliberalismus und Thatcherismus scheint nicht so reibungslos zu funktionieren.
Nachbetrachtung und Analyse zum Streik in Dänemark auf Seite 21